DESTATIS
wissen.nutzen.

DIE BUNDESLÄNDER

Strukturen und Entwicklungen
Ausgabe 2008

Statistisches Bundesamt

Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktion: Kerstin Hänsel, Silvia Krings
E-Mail: redaktion@destatis.de
Tel.: +49 (0) 611 / 75 28 99
Fax: +49 (0) 611 / 75 36 00

Graphische Gestaltung: studio z Corporate Communication GmbH, Bingen

Internet: www.destatis.de

Informationsservice
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05
Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30
www.destatis.de/kontakt

Erscheinungsfolge: zweijährig

Erschienen im März 2008

Preis: EUR 0,– (Downloadversion)

Bestellnummer: 1010700089004

ISBN:

Fotorechte Titelbild: © Pixtal/F1 Online, 1622513
© irisblende.de/t_0182
© irisblende.de/b_0037
© panthermedia.net/Eberhard S.
© Presse- und Informationsamt des Landes Berlin/J. Gläser
© panthermedia.net/René H.

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Tel.: +49 (0) 70 71 / 93 53 50
Fax: +49 (0) 70 71 / 93 53 35
destatis@s-f-g.com

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

Deutschland bedeutet Vielfalt. Die Bundesländer unterscheiden sich nicht nur in den Dialekten oder kulinarischen Besonderheiten. Sie sind auch strukturell sehr unterschiedlich: Es gibt traditionelle Wirtschaftsstandorte, bekannte landwirtschschaftlich geprägte Anbauregionen, schwach und stark besiedelte Gebiete. Die wirtschaftlichen Gegebenheiten beeinflussen das tägliche Leben in den Bundesländern. Die Zahl der Arbeitslosen, die Höhe der Verdienste und die Bevölkerungsstruktur wirken sich auf die Bildungs- und Sozialpolitik der Länder aus.

Die Ihnen vorliegende Veröffentlichung beschreibt Strukturen und Entwicklungen des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft der deutschen Bundesländer, zieht Vergleiche und und zeigt die Unterschiede auf. Wussten Sie zum Beispiel, dass Sachsen 2006 mit 4,0 % das größte Wirtschaftswachstum unter den Bundesländern hatte oder dass in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg knapp 50 % der Haushalte so genannte Single-Haushalte sind? Dies und einiges mehr erfahren Sie auf den folgenden Seiten. Wenn Sie darüber hinaus Informationen zu den Bundesländern oder anderen Themen wünschen, besuchen Sie das Statistische Bundesamt auch im Internet unter www.destatis.de.

Abschließend möchte ich mich herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die an dieser Veröffentlichung mitgewirkt haben, und Dr. Frank Thalheimer vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, der den Beitrag zur Gesamtwirtschaft verfasst hat. Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen der Statistischen Landesämter, die uns die Länderdaten zur Verfügung stellen.

Ihr

Walter Radermacher

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Inhalt

Vorwort

Teil I: Lebensbedingungen und Infrastruktur

1 Bevölkerung 9

Verteilung der Bevölkerung auf die Bundesländer — Altersstruktur — Wanderungen zwischen den Bundesländern und dem Ausland — Ausländische Bevölkerung — Einbürgerungen — Eheschließungen und Ehescheidungen

2 Lebensstandard der privaten Haushalte 18

Haushaltsstruktur — Verdienste — Verbraucherinsolvenzen

3 Soziales 24

Sozialhilfe — Wohngeld — Kinder- und Jugendhilfe

4 Gesundheit 31

Krankenhäuser — Schwangerschaftsabbrüche — Todesursachen

5 Bildung 38

Allgemein bildende Schulen — Hochschulen — Ausgaben für Bildung — Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

6 Verkehr 46

Straßennetz, Kfz-Bestände und Unfälle — Personenverkehr — Güterverkehr

7 Umwelt 52

Flächennutzung — Abfallentsorgung — Umweltschutzinvestitionen

Inhalt

Teil II: Wirtschaft und öffentliche Finanzen

8 Gesamtwirtschaft 59

Bruttoinlandsprodukt — Bruttowertschöpfung — Einkommen und Löhne

9 Arbeitsmarkt 73

Erwerbsbeteiligung — Erwerbstätigkeit — Registrierte Arbeitslosigkeit — Arbeitskosten

10 Unternehmen 87

Unternehmensbestand — Unternehmensumsatz — Unternehmensgründungen — Insolvenzen

11 Wirtschaftsbereiche 93

Landwirtschaft — Produzierendes Gewerbe — Handel und Gastgewerbe — Außenhandel — Tourismus — Ausgewählte Dienstleistungen

12 Öffentliche Finanzen 111

Einnahmen öffentlicher Haushalte — Ausgaben öffentlicher Haushalte — Öffentliche Schulden — Öffentliches Finanzvermögen

Übersichtskarte 6

Die Bundesländer

Quelle der Verwaltungsgrenzen: VG 1000, Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.

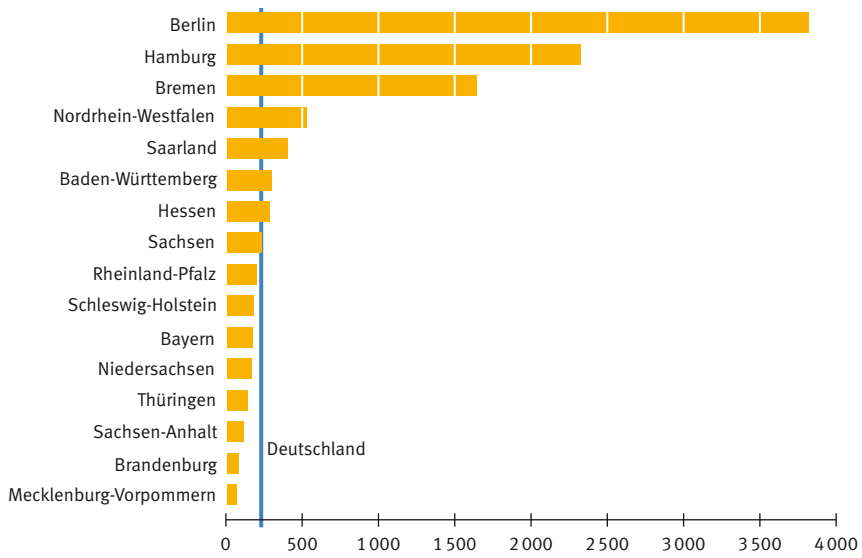
Teil I:

Lebensbedingungen und Infrastruktur

1 Bevölkerung

Statistische Daten zur Entwicklung und Altersstruktur der Bevölkerung sind bedeutend für fast alle Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft. Bevölkerungsstatistische Daten bilden sowohl die Grundlage für politische Entscheidungen auf Bundesebene als auch in Bereichen, in denen die Länder über die Kompetenz verfügen selbst Gesetze zu erlassen (etwa im Bildungs- oder Gesundheitswesen). Diese Daten lassen Rückschlüsse auf den kommenden Bildungsbedarf bzw. das Ausmaß zu, in dem soziale Sicherungssysteme zukünftig in Anspruch genommen werden.

Abb. 1.1: Einwohner je Quadratkilometer 2006



Verteilung der Bevölkerung auf die Bundesländer

Knapp die Hälfte der Einwohner lebt in Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg

Insgesamt lebten am 31.12.2006 rund 82,3 Mill. Menschen in Deutschland, darunter 7,3 Mill. (8,8 %) mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Nordrhein-Westfalen war mit über 18 Mill. Einwohnern das mit Abstand bevölkerungsreichste Bundesland, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg mit rund 12,5 bzw. 10,7 Mill. Einwohnern. Die Hälfte (50 %) der Bevölkerung in der Bundesrepublik hatte ihren Wohnsitz in einem dieser drei westlichen Flächenländer.

Tab. 1.1: Bevölkerungsstand 2006
in Tausend

Nordrhein-Westfalen	18 029
Bayern	12 493
Baden-Württemberg	10 739
Niedersachsen	7 983
Hessen	6 075
Sachsen	4 250
Rheinland-Pfalz	4 053
Berlin	3 404
Schleswig-Holstein	2 834
Brandenburg	2 548
Sachsen-Anhalt	2 442
Thüringen	2 311
Hamburg	1 754
Mecklenburg-Vorpommern	1 694
Saarland	1 043
Bremen	664
Deutschland	**82 315**

Die Stadtstaaten: Viel Leben auf engem Raum

In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen lebten 2006 überdurchschnittlich viele Menschen auf einem Quadratkilometer. In Berlin waren es 3 820, gefolgt von Hamburg mit rund 2 323 und Bremen (einschließlich Bremerhaven) mit ca. 1 642 Einwohnern auf einem Quadratkilometer. Die drei Stadtstaaten heben sich auf der Dichtekarte (siehe Abb. 1.2) sichtbar vom Umland ab. So lebten in Nordrhein-Westfalen, dem am dichtesten besiedelten Flächenland der Bundesrepublik, durchschnittlich 529 Menschen auf einem Quadratkilometer, also nicht einmal ein Drittel so viele wie in Bremen. Auch die industriell geprägten und traditionell bevölkerungsreichen Kreise Nordrhein-Westfalens im Kölner Raum und im Ruhrgebiet zeichnen sich auf der Karte deutlich ab. Weitere Regionen, die aufgrund ihrer Besiedelungsdichte auffallen, sind das Rhein-Main-Gebiet um Frankfurt (im hessischen Süden) sowie der Stuttgarter Raum in Baden-Württemberg.

Regionale Unterschiede

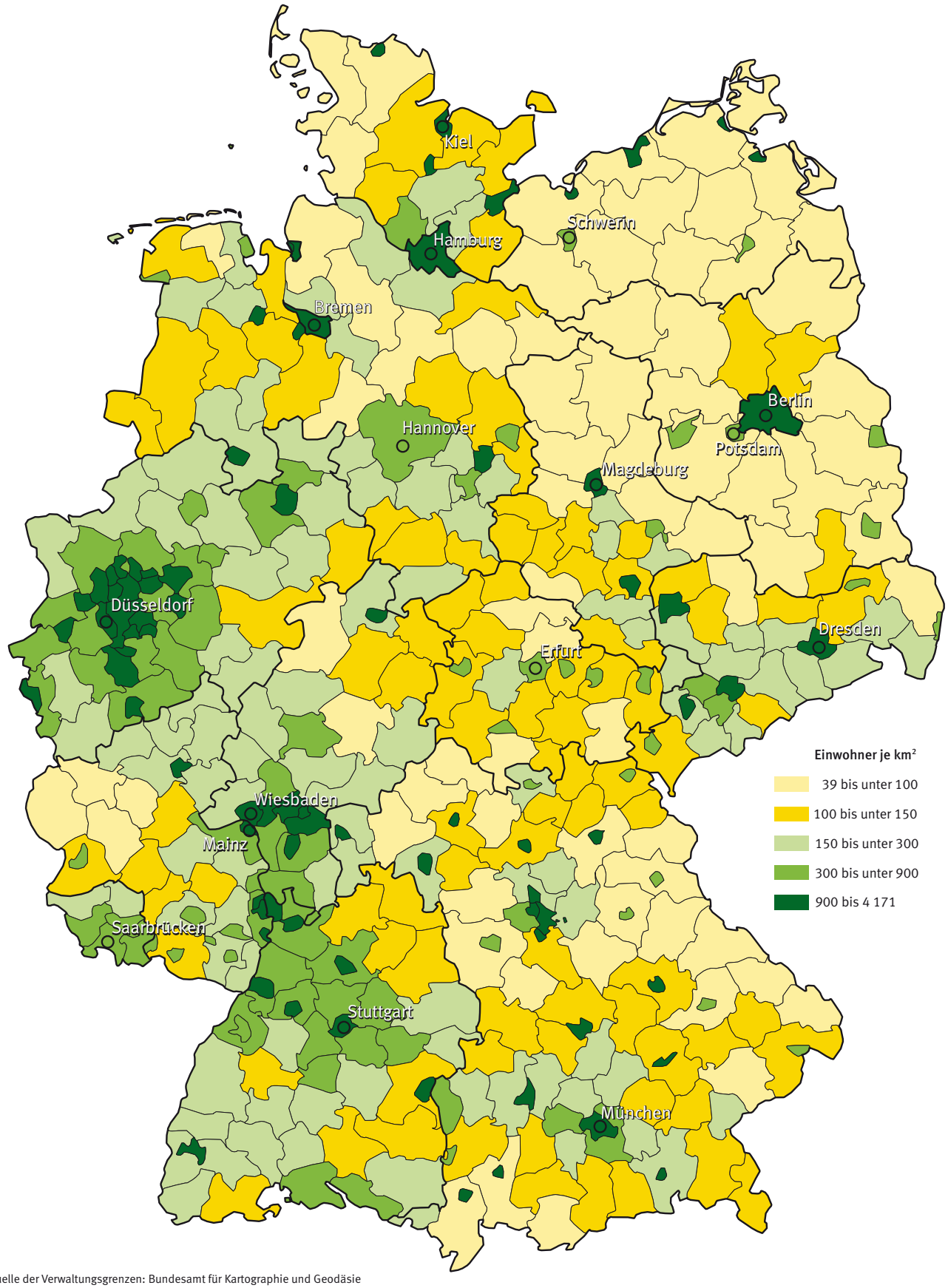
Deutliche regionale Unterschiede in der Bevölkerungsdichte zeigen sich zwischen den Stadt- und Flächenstaaten sowie zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern, die mit Ausnahme von Sachsen hinsichtlich der Bevölkerungsdichte unter dem Bundesdurchschnitt liegen. In Sachsen-Anhalt lebten 119 Einwohner auf einem Quadratkilometer, während Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit durchschnittlich 86 bzw. 73 Einwohnern je Quadratkilometer im Jahr 2006 am dünnsten besiedelt waren.

Altersstruktur

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Geburtenrate besteht eine enge Wechselbeziehung. In geburtenschwachen Jahrgängen gibt es wenige potentielle Mütter, folglich sinkt bei unverändertem Geburtenverhalten die Anzahl der geborenen Kinder nach 30 Jahren, das Alter in dem die Frauen die meisten Kinder bekommen. Zudem beeinflussen Zu- bzw. Abwanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands und gegenüber dem Ausland sowie die Sterbefälle den Altersaufbau der Bevölkerung in den Ländern.

Zunächst zeigt sich für die Bevölkerungsentwicklung im gesamten Bundesgebiet eine ähnliche Ausgangssituation: Eine

Abb. 1.2: Bevölkerungsdichte nach Kreisen am 31.12.2006



Quelle der Verwaltungsgrenzen: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Einwohnerdichte und Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich soll Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern abmildern, um gleiche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu wahren. Bundesländer, deren Finanzkraft über der des Bundesdurchschnitts liegt, sind ausgleichs- bzw. zahlungspflichtig. Die Einwohnerdichte spielt im Länderfinanzausgleich eine wichtige Rolle. Bei Bundesländern mit einer extrem hohen oder extrem dünnen Besiedelung wird von einem überdurchschnittlichen Bedarf an finanziellen Mitteln je Einwohner ausgegangen. Der Mehrbedarf der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen resultiert daraus, dass diese für die Bevölkerung aus angrenzenden Regionen zahlreiche Leistungen im sozialen, kulturellen sowie im Bildungsbereich (z. B. als Hochschulstandorte) erbringen. Insbesondere die Diskrepanz zwischen Wohn- und Erwerbsbevölkerung wirkt sich negativ auf die Kassen der Stadtstaaten aus. Zahlreiche Pendler aus dem Umland nutzen die städtische Infrastruktur, sind jedoch in den Stadtstaaten nicht steuerpflichtig, da sie ihren Wohnsitz in angrenzenden Bundesländern haben. Zum Ausgleich dieser „strukturellen Andersartigkeit“ wird den Ländern Berlin, Hamburg und Bremen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs ein überdurchschnittlicher Finanzbedarf von 135 % je Einwohner zugesprochen.

Seit Inkrafttreten der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zum 1. Januar 2005 greift die „Einwohnerwertung“ auch bei sehr dünn besiedelten Flächenstaaten. Diese müssen die Infrastruktur und zahlreiche öffentliche Leistungen auf breiter Fläche in Stand halten bzw. anbieten, während die Finanzlast nur auf wenige Einwohner verteilt werden kann. Seit Anfang 2007 wird daher Mecklenburg-Vorpommern ein überdurchschnittlicher Finanzbedarf von 105 %, Brandenburg von 103 % und Sachsen-Anhalt von 102 % je Einwohner zugestanden.

Abnahme der Bevölkerung bei den Anfang 60-Jährigen spiegelt den Geburtenrückgang als Folge des 2. Weltkriegs wider. Auch der durch die Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre ausgelöste Geburtenrückgang lies die Bevölkerungszahlen schrumpfen. Der Frauenüberschuss bei den Älteren geht auf die Verringerung der Männerjahrgänge sowohl infolge des zweiten Weltkrieges als auch auf die gestiegene Lebenserwartung der Frauen zurück.

Ab Mitte der 50er bis zum Ende der 60er Jahre waren in allen Bundesländern relativ hohe Geburtenraten zu verzeichnen. Die starke Besetzung der Jahrgänge der heute Mitte 30- bis Ende 40-Jährigen ist auch in fast allen anderen westlichen Industriestaaten zu beobachten.

Bei den nachrückenden Jahrgängen zeigen sich Unterschiede zwischen östlichen und westlichen Flächenländern sowie den Stadtstaaten.

Westliche Flächenländer: Dem Babyboom folgen geburtenschwache Jahrgänge

Der Geburtenrückgang Anfang der 70er Jahre führte im früheren Bundesgebiet zu einem konstant niedrigen Geburtenniveau, das sich in einer schmalen Basis des Altersaufbaus äußert. Die geburtenschwachen Jahrgänge, die den „Babyboomern“ der 60er Jahre folgen, sind dagegen deutlich geringer besetzt. Die geburtenstarken Jahrgänge wachsen ab 2020 in das Seniorenalter hinein, während die deutlich dünner besetzten nachrückenden Jahrgänge zu einem Rückgang der Bevölkerung führen.

Mitte der 70er bis Mitte 80er Jahre: Geburtenhoch im Osten

Auch in den neuen Bundesländern sind die mittleren und älteren Jahrgänge am stärksten besetzt. Allerdings zeigen sich bei allen Gemeinsamkeiten deutliche Unterschiede gegenüber der Altersstruktur der Bevölkerung in den alten Bundesländern.

Die Geburtenrate pendelte sich nach einem Einbruch Anfang der 70er Jahre nicht wie im Westen konstant auf einem niedrigen Niveau ein, sondern stieg Mitte der 70er Jahre bis 1980 wieder deutlich

Abb. 1.3: Altersstruktur am 31.12.2006, prozentuale Darstellung

Die Altersklasse „90 Jahre und älter“ ist nicht dargestellt.

an und verharrte einige Jahre auf relativ hohem Niveau. Dies zeigt sich in Form einer auffällig starken Besetzung der Jahrgänge der heute etwa 17- bis Ende 20-Jährigen. Zurückzuführen ist dies auf bevölkerungs- und familienpolitische Maßnahmen der ehemaligen DDR-Regierung. Diese stellte ein umfassendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und nicht zuletzt finanzielle Beihilfen und Anreize für junge Familien mit Kindern bereit, um dem Rückgang der Geburtenzahlen Anfang der 70er Jahre entgegenzusteuern.

Östliche Flächenländer: Dramatischer Geburtenrückgang nach der Wende

Zur Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands ist in den neuen Bundesländern ein dramatischer Rückgang der Geburtenzahlen zu beobachten. Dieser Einbruch wird zurückgeführt auf die tief greifenden Veränderungen zur Wendezeit, die alle Lebensbereiche erfassten und zunächst mit einer starken Verunsicherung der Bevölkerung einhergingen. Auch kam es zu einer Anpassung an westdeutsche Verhaltensweisen. In der ehemaligen DDR waren die Mütter bei der Geburt des ersten Kindes erheblich jünger als im früheren Bundesgebiet. Der Umzug zahlreicher jüngerer Menschen in den Westen Deutschlands verstärkte noch den Geburtenrückgang in den neuen Ländern.

Seit Mitte der 90er Jahre ist wieder ein Anstieg der Geburtenzahlen festzustellen. Die Geburtenrate der neuen Bundesländer hat sich inzwischen erheblich an diejenige der alten Bundesländer angenähert.

Stadtstaaten: Hoher Anteil an 20- bis 40-Jährigen

Bei der Betrachtung der Stadtstaaten fällt auf, dass die Altersjahrgänge der heute 20- bis 40-Jährigen überdurchschnittlich besetzt sind. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Stadtstaaten über vielfältige Bildungsangebote (insbesondere im Hochschulbereich) verfügen. Berlin, Hamburg und Bremen sind im bundesweiten Vergleich bedeutende Hochschulstandorte.

Wie in den neuen Bundesländern lässt die Altersstruktur von Berlin auf einen Rückgang der Geburten nach der Wende schließen. Dieser Rückgang zeigt sich hier allerdings in abgeschwächter Form, da Ost- und Westberlin nicht getrennt voneinander ausgewiesen werden.

Lebenserwartung für Neugeborene in Baden-Württemberg am höchsten

Die Zahl der Sterbefälle hängt von der Größe und der Altersstruktur der Bevölkerung sowie der Lebenserwartung ab. Im Jahr 2006 starben in Deutschland rund 822 000 Menschen, Ende der 80er Jahre waren es noch etwa 900 000 pro Jahr. Die Altersstruktur der Bevölkerung lässt langfristig eine Zunahme der Sterbefälle erwarten, da stark besetzte Jahrgänge in höheres Alter aufrücken.

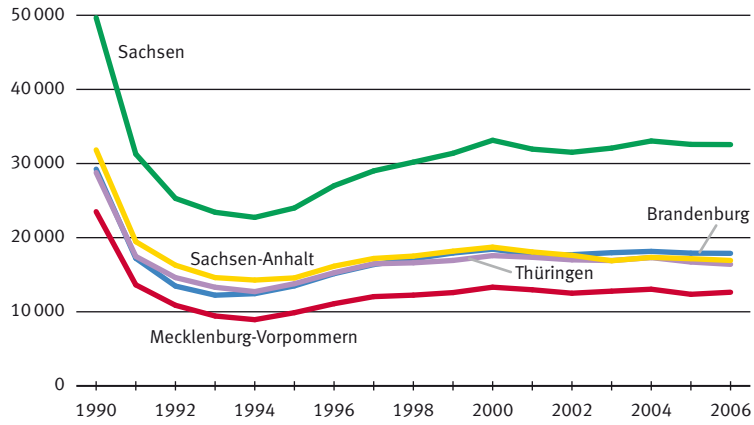
Ihrer Bevölkerungsgröße entsprechend gibt es die meisten Sterbefälle in den Ländern Nordrhein-Westfalen (184 000), Bayern (119 000) und Baden-Württemberg (93 000), die wenigsten dagegen in Bremen (7 000) und im Saarland (12 000).

Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in Baden-Württemberg am höchsten. Für neugeborene Jungen betrug sie nach der Sterbetafel 2004/2006 in diesem Bundesland 78 und für neugeborene Mädchen 83 Jahre. Die niedrigste durchschnittliche Lebenserwartung gab es bei den Jungen in Mecklenburg-Vorpommern (74,5 Jahre) und bei den Mädchen im Saarland (80,8 Jahre). Bei den Jungen ist der Abstand zwischen Minimum und Maximum damit höher als bei den Mädchen.

Während die Einwohner Baden-Württembergs bereits Mitte der 90er Jahre die höchste Lebenserwartung aufwiesen (neugeborene Jungen 74,5 und neugeborene Mädchen 80,7 Jahre), war sie 1993/1995 in Mecklenburg-Vorpommern für beide Geschlechter am geringsten (Jungen 68,9 Jahre, Mädchen 77,6 Jahre). Mitte der 90er Jahre war die Spanne zwischen den Bundesländern deutlich größer als heute. Die neuen Länder und Berlin nahmen damals in der Rangfolge der Länder die unteren Plätze ein, von den alten Bundesländern wiesen das Saarland und Bremen die niedrigsten Lebenserwartungen auf.

Seitdem ist die Lebenserwartung in allen Bundesländern angestiegen, besonders ausgeprägt in den neuen. Mecklenburg-Vorpommern hatte die stärkste Zunahme zu verzeichnen (bei Jungen um 5,6 und bei Mädchen um 3,8 Jahre). Damit fiel der Abstand zwischen den Ländern 2004/2006 niedriger aus als noch zehn Jahre zuvor. Bei den Jungen hat jetzt Sachsen mit 76,1 Jahren eine höhere Lebenserwartung als Bremen und das Saarland und bei den Mädchen liegt Sachsen mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 82,4 Jahren in der Spitzengruppe. Die anderen neuen Länder befinden sich allerdings weiter im unteren Drittel. Insgesamt hat sich somit eine deutliche Verbesserung der Lebenserwartung in den neuen Ländern und eine weitere Zunahme in den alten Ländern ergeben, die zu geringeren Unterschieden zwischen den Bundesländern führt.

Abb. 1.4: Lebendgeborene in den neuen Bundesländern (ohne Berlin)



Demografischer Wandel und Generationenvertrag

Im Rahmen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung geht man davon aus, dass die Anzahl der Geburten im früheren Bundesgebiet zunächst auf niedrigem Niveau bleibt und langfristig sinkt. Für die neuen Länder wird bis 2010 eine allmähliche Annäherung des Geburtenverhaltens an das Niveau des früheren Bundesgebietes angenommen.

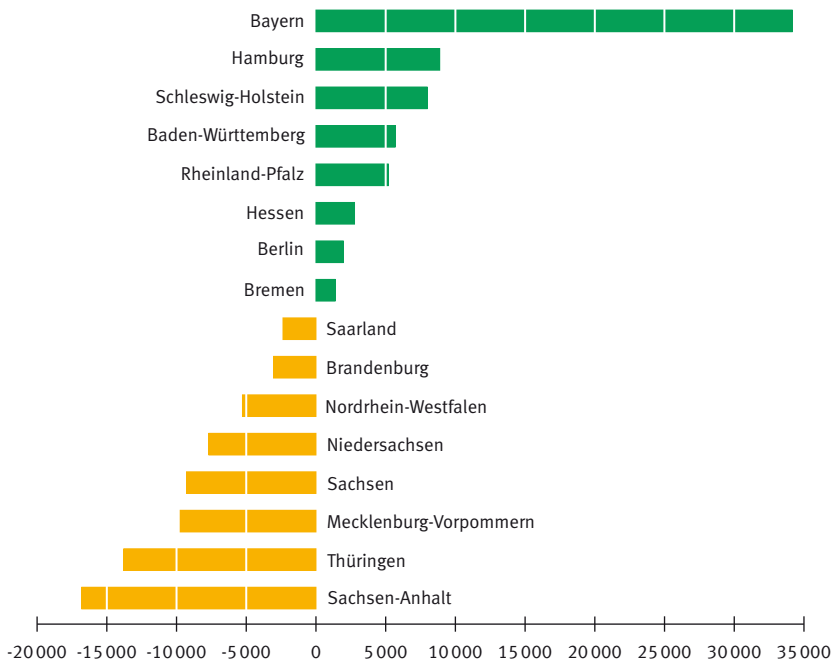
Die gegenwärtigen und zukünftig zu erwartenden Wanderungsüberschüsse von Personen aus dem Ausland können die Alterung der Gesellschaft zwar nicht verhindern, tragen jedoch dazu bei, dass sie langsamer voranschreitet. Das allgemein relativ niedrige Geburtenniveau wird dazu führen, dass im Jahr 2050 die Jahrgänge bis zum 50. Lebensjahr schwächer besetzt sein werden als die älteren, was neue Herausforderungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit sich bringt.

Angesichts stagnierender und langfristig sinkender Geburtenzahlen sowie dem steigenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft ist in der öffentlichen Diskussion häufig von der Gefährdung des „Generationenvertrages" die Rede. Dieser basiert darauf, dass die Arbeitnehmer mit ihren Versicherungsbeiträgen die Renten der jeweiligen Rentenbezieher finanzieren. Im Zuge des „demographischen Wandels", den die Alterspyramiden der Bundesländer verdeutlichen, ändert sich das Verhältnis der Bevölkerungsgruppen, die aktiv am Erwerbsleben teilnehmen und dem Teil der Bevölkerung, deren Renten von den Erwerbstätigen finanziert werden. Den Personen im erwerbsfähigen Alter stehen in Zukunft immer mehr ältere Menschen, also Rentenempfänger, gegenüber.

Wanderungen zwischen den Bundesländern und dem Ausland

In der Wanderungsstatistik wird zwischen Umzügen innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und den Zu- und Fortzügen von Deutschen oder ausländischen Staatsangehörigen über die Grenzen der Bundesrepublik (Außenwanderung) unterschieden. Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR gelten seit 1991 als Binnenwanderungsfälle.

Abb. 1.5: Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) innerhalb Deutschlands 2006



Bei statistischen Informationen hinsichtlich der Wanderungsbewegungen werden zum einen die Zuzugs- oder Fortzugszahlen und zum anderen der Saldo ermittelt, den man erhält, indem man die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen bildet. Der Saldo kann positiv (Wanderungsüberschuss oder -gewinn) oder negativ (Wanderungsverlust) ausfallen.

Wanderungen innerhalb Deutschlands

Im Jahr 2006 haben rund 3,6 Mill. Personen innerhalb Deutschlands ihren Wohnsitz gewechselt. Die westlichen Flächenländer (außer Niedersachsen und dem Saarland) hatten im Jahr 2006 eine positive Binnenwanderungsbilanz zu verzeichnen. Die höchsten innerdeutschen Wanderungsgewinne erzielten Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein. Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands werden stark von den Erwerbsmöglichkeiten in den jeweiligen Bundesländern beeinflusst. Diese stellten sich im Jahr 2006 in den drei „Einwanderungsländern" Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen – gemessen an der Anzahl offener Stellen – im bundesweiten Vergleich am günstigsten dar.

Abwanderung aus den östlichen Bundesländern

Der größte Teil der Abwanderungsverluste entstand in den neuen Ländern durch Fortzüge in das westliche Bundesgebiet sowie nach Berlin. Bevorzugte Ziele neben Berlin waren Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. In der öffentlichen Diskussion ist vielfach von einem regelrechten „Abwanderungssog" aus den neuen Ländern die Rede. Die hohen Binnenwanderungsverluste in Richtung Westen konnten 2006 in den neuen Bundesländern durch die Zuwanderung aus dem Ausland nicht ausgeglichen werden.

Niedersachsen: Drehscheibe für Spätaussiedler

Niedersachsen stellt mit seiner negativen innerdeutschen Wanderungsbilanz eine Ausnahme unter den westdeutschen Flächenländern dar.

Das Bundesland verzeichnet seit Mitte der 90er Jahre einen negativen Wanderungssaldo hinsichtlich der Zu- und Fortzüge innerhalb Deutschlands. Grund hierfür ist ein „Sonderwanderungsstrom", der von deutschstämmigen Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern und deren Familienangehörigen aus den Nachfolgestaaten

der ehemaligen Sowjetunion ausgelöst wird. Sie reisen über das niedersächsische Auffanglager Friedland in die Bundesrepublik ein; anschließend wird der größte Anteil der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler von Niedersachsen aus auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Dies spiegelt sich in hohen Fortzügen aus Niedersachsen in andere Bundesländer wider.

„Raus aufs Land" – Stadtstaaten geben Bevölkerung an Umland ab

Die Stadtstaaten (insbesondere Hamburg und Berlin) geben Bevölkerung an das angrenzende ländlichere Umland Richtung Schleswig-Holstein und Brandenburg ab. Hamburg verzeichnete in Richtung Schleswig-Holstein einen Wanderungsverlust von ca. 2 100 Fortzügen. Der Überschuss der Fortzüge von Berlin in Richtung Brandenburg erreichte im Jahr 2006 rund 6 700 Personen.

Wanderungen zwischen dem Ausland und den Bundesländern

Im Jahr 2006 zogen rund 661 900 Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit über die Bundesgrenze zu und 639 000 Menschen fort. Damit ergab sich für die Bundesrepublik im Jahr 2006 ein Wanderungsüberschuss von insgesamt rund 23 000 Zuzügen. In den meisten Bundesländern ist der Außenwanderungssaldo positiv. Das heißt, insgesamt sind mehr Personen aus dem Ausland (deutsche und ausländische) in die Bundesländer zugezogen, als diese in Richtung Ausland verlassen haben. Fünf Bundesländer verzeichneten in 2006 einen negativen Außenwanderungssaldo.

Den höchsten Außenwanderungssaldo hat Niedersachsen mit einem Überschuss von insgesamt 13 200 Zuzügen, zu dem – wie oben erwähnt – die Zuzüge von Spätaussiedlern vor allem aus Osteuropa beitragen.

Darauf folgt Nordrhein-Westfalen mit einem Wanderungsüberschuss von 9 700 deutschen und ausländischen Personen aus dem Ausland. Verluste bei der Außenwanderung verzeichneten Hessen (–15 800), Baden-Württemberg (–1 700) Rheinland-Pfalz (–1 000), Thüringen (–500) und Brandenburg (–200).

Tab. 1.2: Außenwanderungssaldo 2006

Niedersachsen	13 149
Nordrhein-Westfalen	9 666
Berlin	8 724
Bayern	3 183
Hamburg	2 855
Sachsen-Anhalt	1 068
Sachsen	974
Mecklenburg-Vorpommern	878
Bremen	811
Schleswig-Holstein	422
Saarland	298
Brandenburg	– 248
Thüringen	– 490
Rheinland-Pfalz	– 1 004
Baden-Württemberg	– 1 743
Hessen	– 15 752
Deutschland	**22 791**

Ausländische Bevölkerung

Ende 2006 lebten in Deutschland knapp 7,3 Mill. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Quelle: Bevölkerungsfortschreibung). Der Anteil an der Bevölkerung im Bundesgebiet lag damit bei 8,8 %. In welchen Regionen Deutschlands ausländische Staatsangehörige ihren Wohnsitz wählen, hängt im Wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen erheblich darunter.

Stadtstaaten haben höchste Ausländeranteile

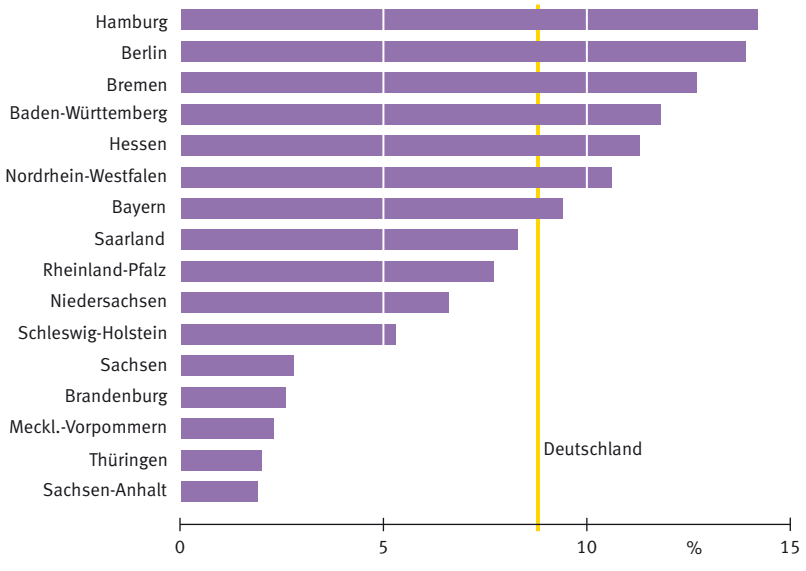
Die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen verzeichneten 2006 mit 14,2 %, 13,9 % und 12,7 % die höchsten Ausländeranteile. In den westlichen Flächenstaaten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg (11,8 %), Hessen (11,3 %) und Nordrhein-Westfalen (10,6 %) am höchsten. Mit Abstand die niedrigsten Ausländeranteile hatten die fünf neuen Bundesländer, in denen die entsprechenden Anteile zwischen 1,9 % (Sachsen-Anhalt) und 2,8 % (Sachsen) lagen.

Die höchsten Ausländerzahlen verzeichneten im Jahr 2006 Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern.

Türkische Staatsangehörige stellen den größten Anteil der Ausländer im Westen und in Berlin

Der größte Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer besaß, gemäß Ausländerzentralregister, die türkische Staatsange-

Abb. 1.6: Anteil der ausländischen Bevölkerung 2006



hörigkeit, gefolgt von Bürgern und Bürgerinnen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens sowie von den polnischen Staatsangehörigen.

So war es auch in Nordrhein-Westfalen: der größte Anteil (31,2 %) der ausländischen Staatsangehörigen besaß die türkische Staatsbürgerschaft, gefolgt von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern der Nachfolgestaaten Jugoslawiens (17,0 %). Polnische Staatsbürgerinnen und -bürger bildeten dort mit einem Anteil von 5,6 % die drittgrößte Gruppe der Ausländer und Ausländerinnen.

Türkische Staatsangehörige machten auch in den anderen westlichen Bundesländern und Berlin den mit Abstand größten Anteil an der Gruppe der ausländischen Bevölkerung aus, während in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) russische Staatsangehörige gewöhnlich die stärkste Gruppe bilden.

Tab. 1.3: Ausländische Bevölkerung 2006 [1)]
in Tausend

Nordrhein-Westfalen	1 914
Baden-Württemberg	1 271
Bayern	1 179
Hessen	685
Niedersachsen	531
Berlin	473
Rheinland-Pfalz	313
Hamburg	248
Schleswig-Holstein	151
Sachsen	121
Saarland	86
Bremen	84
Brandenburg	66
Thüringen	47
Sachsen-Anhalt	46
Mecklenburg-Vorpommern	40
Deutschland	**7 256**

1) Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

Tab. 1.4: Einbürgerungen von Ausländern 2006

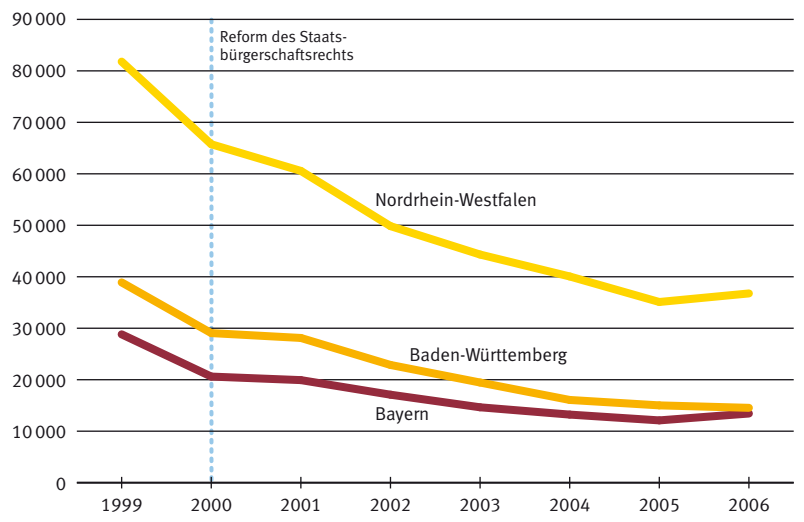
Nordrhein-Westfalen	36 760
Baden-Württemberg	14 537
Bayern	13 430
Hessen	13 367
Niedersachsen	11 441
Berlin	8 186
Rheinland-Pfalz	6 932
Hamburg	4 618
Schleswig-Holstein	4 308
Bremen	1 956
Saarland	1 528
Sachsen	613
Mecklenburg-Vorpommern	540
Sachsen-Anhalt	529
Thüringen	454
Brandenburg	326
Einbürgerungen (im Ausland lebend)	5 307
Deutschland	**124 832**

Einbürgerungen

Die Zahl der Einbürgerungen erreichte mit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 mit rund 187 000 Fällen bundesweit einen Höhepunkt und ist seitdem kontinuierlich gesunken. Im Jahr 2006 haben insgesamt knapp 125 000 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, davon lebten über 5 000 im Ausland. Der mit Abstand größte Anteil der Eingebürgerten (27 %) war türkischstämmig.

Abbildung 1.7 stellt die Entwicklung der Einbürgerungszahlen für diejenigen Bundesländer dar, die 2006 im Ländervergleich die höchsten Einbürgerungszahlen verzeichneten.

Abb. 1.7: Einbürgerungen von Ausländern in ausgewählten Bundesländern



Quellen für Angaben zur ausländischen Bevölkerung

Die Angaben zur ausländischen Bevölkerung stammen aus zwei unterschiedlichen Quellen, der Bevölkerungsfortschreibung und dem Ausländerzentralregister (AZR).

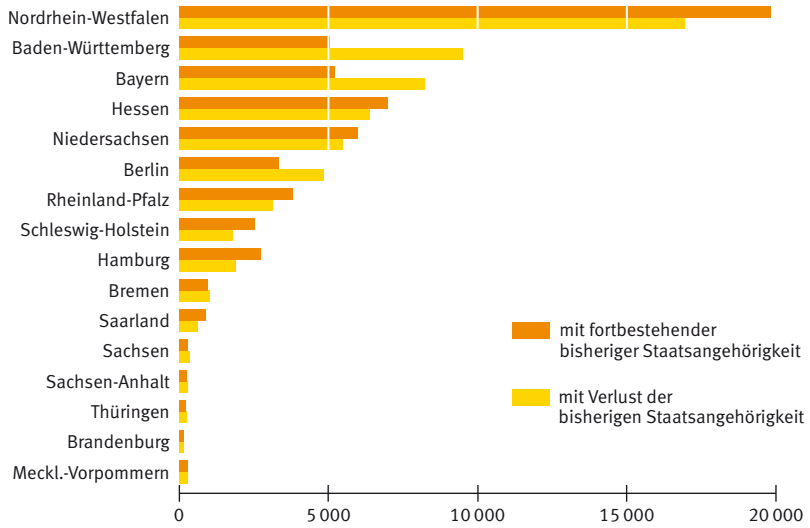
Die Bevölkerungsfortschreibung stellt zwischen den Volkszählungen die einzige Quelle für ein umfassendes Bild der Gesamtbevölkerung in Deutschland sowie deren Untergliederungen und damit auch nach der deutschen und der ausländischen Bevölkerung dar. Die Bevölkerungsfortschreibung weist aber nicht alle Merkmale zu Ausländern nach. Für Angaben zur Staatsangehörigkeit, zur Aufenthaltsdauer oder zum Aufenthaltsstatus der ausländischen Bevölkerung dient das AZR als Datenquelle.

Die Bestandszahlen über Ausländer aus dem AZR und aus der Bevölkerungsfortschreibung weichen infolge unterschiedlicher Abgrenzungen voneinander ab. Grundsätzlich sind die Ausländerzahlen aus dem AZR niedriger als diejenigen aus der Bevölkerungsforschreibung, da das AZR lediglich die nicht nur vorübergehend in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer erfasst. Ein unmittelbarer Vergleich der Ergebnisse der aus diesen beiden Quellen nachgewiesenen ausländischen Bevölkerung ist damit nicht möglich.

Einbürgerungen in den Ländern mit den meisten Ausländern am häufigsten

In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen wurden 2006 die meisten Personen eingebürgert. Diese Bundesländer sind auch diejenigen, in denen die meisten Ausländer leben. Die geringsten Einbürgerungszahlen verzeichneten die östlichen Flächenländer, mit jeweils weniger als 650 Fällen. Angaben über Kinder ausländischer Eltern, die durch Geburt die deutsche Staatsange-

Abb. 1.8: Einbürgerungen 2006



hörigkeit erwerben, sind in den Daten nicht enthalten.

Seit dem Inkrafttreten der Reform im Jahr 2000 ist die Anzahl der Eingebürgerten, die ihre alte Staatsbürgerschaft behalten, im Bundesgebiet im Vergleich zu den Jahren vor der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts deutlich gestiegen. So lag der Anteil der Eingebürgerten mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit (also doppelter Staatsangehörigkeit nach der Einbürgerung) 1999 – dem Jahr vor der Reform – bei 14 % und stieg mit der Reform stark an. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil im Reformjahr 2000 bei rund 45 % und im Jahr 2006 bei 51 %.

Wie Abbildung 1.8 zeigt, konnte im Saarland, in Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen, und Niedersachsen mindestens die Hälfte der Eingebürgerten ihre alte Staatsbürgerschaft behalten. In Baden-Württemberg und Bayern waren es anteilig die wenigsten: Nur 35 % bzw. 39 % der Eingebürgerten behielten in diesen Bundesländern ihren alten Pass. Nicht berücksichtigt werden konnten die Fälle, bei denen die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit erst nach der Einbürgerung erfolgte.

Eheschließungen und Ehescheidungen

Nach der deutschen Wiedervereinigung hat sich die Zahl der Eheschließungen und Ehescheidungen in den im Westen bzw. im Osten Deutschlands liegenden Bundesländern sehr unterschiedlich entwickelt. Im Jahr 1989 lag die Zahl der Eheschließungen in Deutschland zusammen noch bei rund 530 000 Fällen und die Zahl der Ehescheidungen belief sich auf rund 177 000 Fälle. Im Jahr 1990 ergab sich schon ein deutlicher Rückgang und zwar bei den Eheschließungen auf rund 516 000 Fälle und bei den Scheidungen auf 155 000 Fälle. In den Folgejahren setzte sich diese Entwicklung bundesweit zunächst fort.

Zahl der Eheschließungen in den neuen Ländern fast die Hälfte niedriger als 1990

Diese rückläufigen Fallzahlen bei den Eheschließungen und Ehescheidungen wurden dabei stark von der Entwicklung in den neuen Bundesländern beeinflusst. So wurden im Jahr 1991 in den östlichen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) nur noch rund 51 000 Paare getraut (1990 waren es noch 102 000 Paare gewesen) und nur knapp 9 000 Paare geschieden (1990: knapp 32 000). Bedingt durch die Umbrüche in den wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen und, soweit es die Ehescheidungen betrifft, auch durch die Umstellung auf das bundesdeutsche Scheidungsrecht bewegten sich in den neuen Bundesländern die Zahl der Eheschließungen und der Ehescheidungen in den gesamten 90er Jahren – verglichen mit den Verhältnissen vor der Wende – auf sehr niedrigem Niveau.

Nach 1991 bzw. 1992 war in den neuen Bundesländern sowohl für die Ehescheidungen als auch für die Eheschließungen in dem genannten Zeitraum ein Anstieg zu verzeichnen. Bei den Eheschließungen verlief dieser Anstieg allmählich, bei den Ehescheidungen jedoch sprunghaft. Die Zahl der Ehescheidungen erreicht inzwischen wieder etwa das Niveau von 1990, ist damit aber immer noch deutlich niedriger als vor der Wende. Die Zahl der Eheschließungen in den neuen Ländern liegt dagegen heute etwa um die Hälfte niedriger als 1990.

In den westlichen Bundesländern (seit 2001 ohne Berlin) sank dagegen die Zahl der Eheschließungen allmählich ausgehend von rund 401 000 Fällen im Jahr 1990 bis auf rund 305 000 Eheschließungen im Jahr 2006. Die Zahl der Ehescheidungen (seit 1995 einschließlich Berlin-Ost) nahm im Westen im Verlauf der 90er Jahre bis 2001 fast stetig deutlich zu von rund 117 000 Fällen im Jahr 1990 auf rund 174 000 Fälle in 2003. Im Jahr 2006 gingen die Ehescheidungen auf 165 000 zurück.

Berlin: Geringste Heiratshäufigkeit, die meisten Scheidungen

Im Berichtsjahr 2006 wurden bundesweit rund 374 000 Eheschließungen registriert. Davon entfielen absolut die meisten Eheschließungen (rund 82 000) auf das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen und die wenigsten Eheschließungen auf das kleinste Bundesland Bremen (rund 2 900). Auf 1 000 Einwohner bezogen wies dagegen Schleswig-Holstein im Jahr 2006 mit 5,7 die höchste und Berlin mit 3,4 Eheschließungen die geringste Heiratshäufigkeit auf. Unter den neuen Bundesländern hatte Mecklenburg-Vorpommern mit 5,6 die höchste und Sachsen mit 3,9 Eheschließungen je 1 000 Einwohner die niedrigste Heiratsrate.

Bezogen auf den Jahresvergleich seit 1990 lag die Zahl der Ehescheidungen im Jahr 2006 bundesweit mit 190 900 Fällen nach einem Höchstpunkt in 2003 mit 214 000 wieder etwa auf dem Niveau am Ende der 90er Jahre.

Wird die Zahl der bestehenden Ehen als Bezugsgröße herangezogen, dann wurden für Berlin und Hamburg im Jahr 2006 mit 13,9 Ehescheidungen je 1 000 bestehende Ehen die höchsten Scheidungshäufigkeiten im Bundesländervergleich gemessen. Bremen (12,6 je 1 000 bestehende Ehen) folgte mit geringem Abstand. Die östlichen Bundesländer wiesen im Jahr 2006 die geringsten relativen Scheidungshäufigkeiten auf. Für Brandenburg ergab sich dabei mit 9,5 Ehescheidungen je 1 000 bestehende Ehen der höchste und für Sachsen mit 7,9 Ehescheidungen je 1 000 bestehende Ehen der niedrigste Wert unter den neuen Bundesländern.

Tab. 1.5: Eheschließungen 2006
je 1 000 Einwohner

Schleswig-Holstein	5,7
Mecklenburg-Vorpommern	5,6
Niedersachsen	4,9
Rheinland-Pfalz	4,9
Bayern	4,6
Saarland	4,5
Hessen	4,5
Nordrhein-Westfalen	4,5
Baden-Württemberg	4,5
Brandenburg	4,4
Bremen	4,3
Sachsen-Anhalt	4,1
Thüringen	4,0
Hamburg	3,9
Sachsen	3,9
Berlin	3,4
Deutschland	**4,5**

Abb. 1.9: Eheschließungen in ausgewählten neuen Ländern

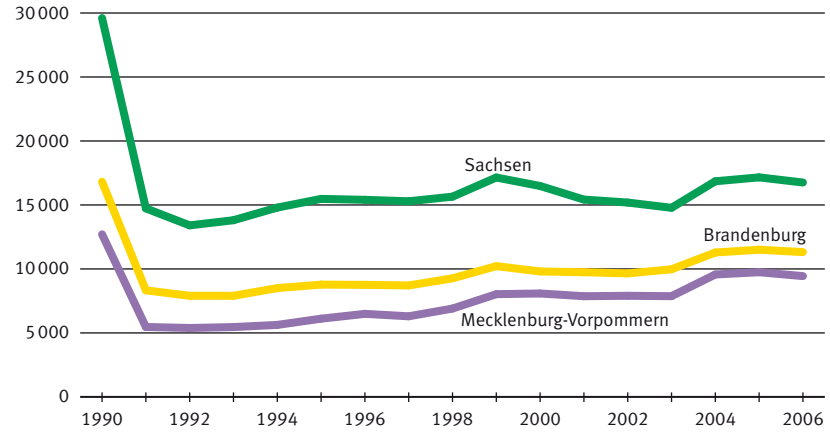
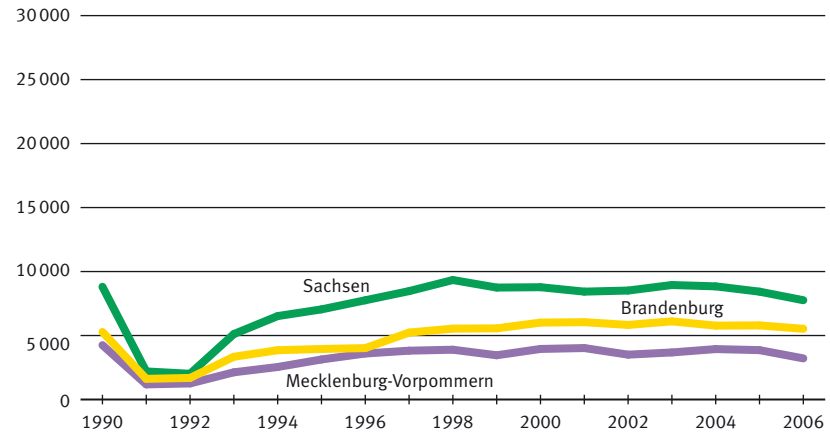


Abb. 1.10: Ehescheidungen in ausgewählten neuen Ländern



Das neue Staatsbürgerschaftsrecht

Mit dem Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsrechts am 1. Januar 2000 haben sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit vereinfacht. Ausländerinnen und Ausländer können unter bestimmten Voraussetzungen bereits nach acht, statt wie bisher nach 15 Jahren legalen Aufenthalts in der Bundesrepublik die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Für die Einbürgerung sind neben ausreichenden Sprachkenntnissen und ausreichenden Mitteln für den eigenen Lebensunterhalt auch Straflosigkeit und Verfassungstreue Kriterien, die von Einbürgerungswilligen erfüllt werden müssen. Seit der Reform können auch Ausländerinnen und Ausländer, die sich außerhalb der Bundesrepublik aufhalten, eingebürgert werden, wenn sie eine besondere Bindung zu Deutschland nachweisen können. Kinder von Ausländern erwerben seit der Reform unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt und müssen sich dann zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr für die deutsche Staatsangehörigkeit oder die ihrer Eltern entscheiden.

Prinzipiell gilt nach dem Staatsangehörigkeitsrecht das Prinzip der Vermeidung von Mehrstaatlichkeit, d. h. die alte Staatsbürgerschaft muss bei der Einbürgerung abgelegt werden. Für ältere Menschen oder politisch Verfolgte gelten jedoch großzügigere Ausnahmeregelungen als vor der Reform, die es ermöglichen, die alte Staatsbürgerschaft zu behalten.

2 Lebensstandard der privaten Haushalte

Haushaltsstruktur

Fast die Hälfte aller Haushalte liegt in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg

Nordrhein-Westfalen war mit rund 8,5 Mill. Haushalten im Jahr 2006 das Bundesland mit den meisten privaten Haushalten. An zweiter und dritter Stelle rangierten Bayern (5,9 Mill.) und Baden-Württemberg (5,0 Mill.). Knapp die Hälfte (49 %) der rund 39,8 Mill. Privathaushalte in Deutschland war damit diesen drei westlichen Flächenländern zuzuordnen.

Tab. 2.1: Entwicklung der Privathaushalte 1991 bis 2006

	1991	2006	Veränderung
	in 1 000		in %
Nordrhein-Westfalen	7 732	8 524	*10,2*
Bayern	4 995	5 927	*18,7*
Baden-Württemberg	4 383	4 959	*13,1*
Niedersachsen	3 242	3 804	*17,3*
Hessen	2 566	2 906	*13,3*
Sachsen	2 048	2 207	*7,8*
Berlin	1 754	1 932	*10,1*
Rheinland-Pfalz	1 620	1 895	*17,0*
Schleswig-Holstein	1 184	1 369	*15,6*
Brandenburg	1 039	1 238	*19,2*
Sachsen-Anhalt	1 194	1 201	*0,5*
Thüringen	1 054	1 142	*8,3*
Hamburg	868	957	*10,3*
Meckl.-Vorpommern	743	845	*13,8*
Saarland	492	504	*2,5*
Bremen	340	357	*4,9*
Deutschland	**35 256**	**39 766**	***12,8***

Zahl der Haushalte gegenüber 1991 in allen Bundesländern gestiegen

Im Jahr 2006 lag die Zahl der Privathaushalte in allen Bundesländern erheblich über dem Ausgangsniveau vom April 1991. Die Wachstumsraten fielen äußerst unterschiedlich aus. Mit über 19 % ist Brandenburg bundesweit dasjenige Land mit der größten Steigerung der Haushaltszahl, gefolgt von Bayern und Niedersachsen mit knapp 19 % bzw. gut 17 %. Veränderungsraten im einstelligen Bereich zeigten sich für Thüringen, Sachsen, Bremen sowie das Saarland. Das geringste Wachstum verzeichnete Sachsen-Anhalt mit einem Plus von 0,5 %.

Bevölkerung in Privathaushalten vor allem im Osten zurückgegangen

Während im oben genannten Zeitraum die Zahl der privaten Haushalte in allen Bundesländern gestiegen ist, verringerte sich die Bevölkerung in Privathaushalten insbesondere in den neuen Ländern sowie in Berlin, Bremen und dem Saarland im Vergleich zu 1991 zum Teil deutlich. In den übrigen Ländern des früheren Bundesgebietes lebten im Jahr 2006 dagegen mehr Menschen in Privathaushalten als noch 15 Jahre zuvor. Jedoch nahm die Zahl der Personen in Privathaushalten nicht im gleichen Ausmaß zu wie die Zahl der privaten Haushalte. Daher verringerte sich in allen Bundesländern die durchschnittliche Haushaltsgröße.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. 1 % aller Haushalte in Deutschland sind an dieser Statistik beteiligt. Mit rund 820 000 befragten Personen in 380 000 Haushalten ist der Mikrozensus europaweit die größte jährliche Haushaltsbefragung. Grundgesamtheit der Zufallsstichprobe ist die gesamte Wohnbevölkerung. Die Befragung erfolgt überwiegend persönlich durch einen Interviewer und bezieht alle Personen im Haushalt ein. Bei den Angaben handelt es sich folglich um Selbsteinstufungen durch die Befragten. Kennzeichnend für die Erhebungsform des Mikrozensus bis 2004 war das Konzept der festen Berichtswoche, d. h. die meisten Fragen bezogen sich auf die Gegebenheiten in einer einzelnen Berichtswoche im Jahr. Seit dem Mikrozensus 2005 wird das gesamte Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt (sog. gleitende Berichtswoche). Bei den hier vorliegenden Ergebnissen des Mikrozensus handelt es sich somit um echte Jahresdurchschnitte.

Private Haushalte

Als privater Haushalt zählen jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z. B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushaltsmitglieder mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Haupt- und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen) werden mehrfach gezählt (Bevölkerung in Privathaushalten).

Abb. 2.1: Entwicklung der Bevölkerung in Privathaushalten 1991 bis 2006 – in Prozent

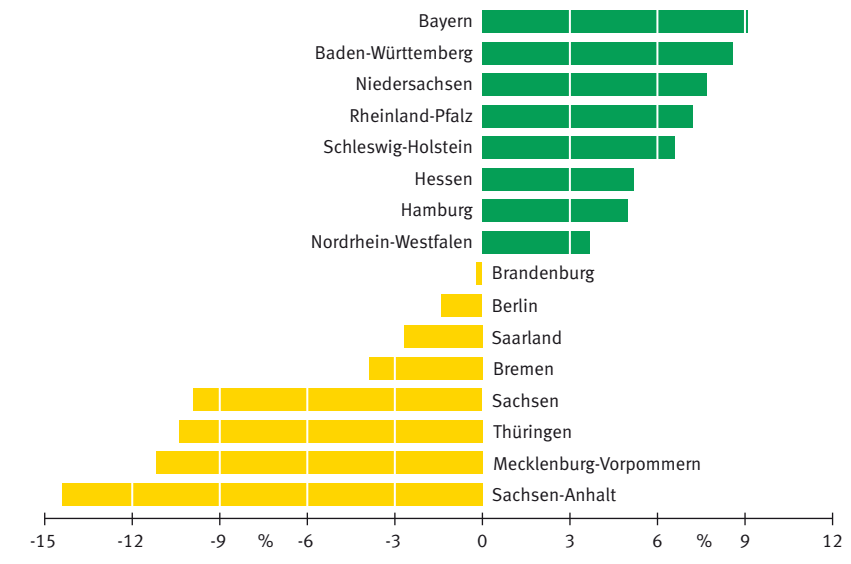


Abb. 2.2: Entwicklung weiblicher Haushaltsmitglieder 1991 bis 2006 – in Prozent

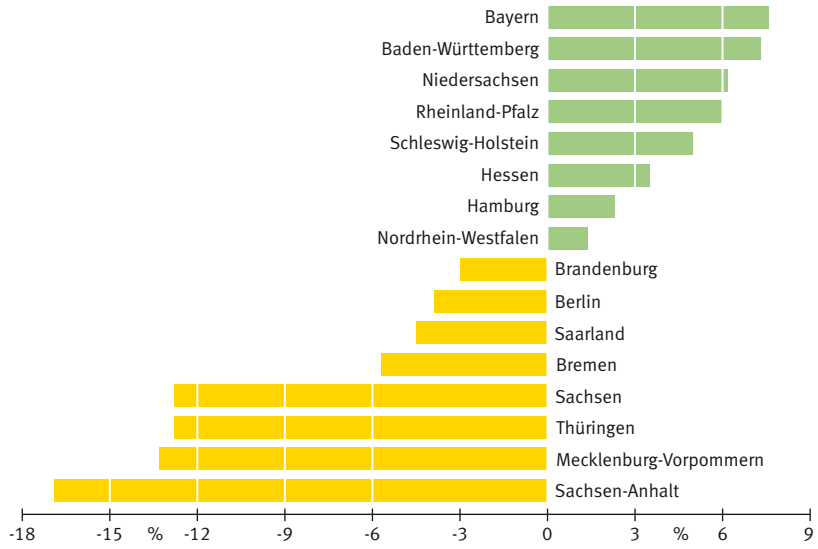
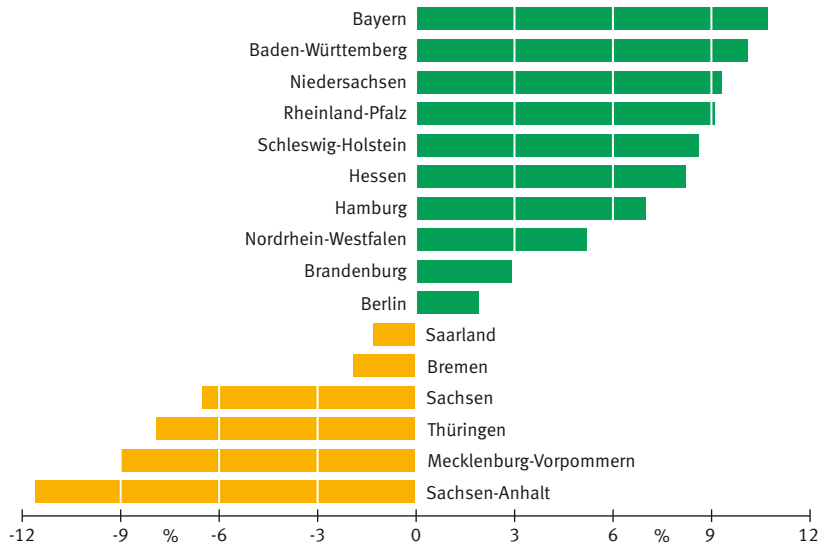


Abb. 2.3: Entwicklung männlicher Haushaltsmitglieder 1991 bis 2006 – in Prozent



Die Zahl der weiblichen Haushaltsmitglieder verringerte sich insbesondere in den neuen Bundesländern im Vergleich zu 1991 deutlich: in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern um jeweils 13 %, in Sachsen-Anhalt sogar um etwa 17 %. Im Vergleich hierzu ging die Zahl der männlichen Haushaltsmitglieder nicht ganz so stark zurück: in Sachsen um 7 %, in Thüringen um 8 %, in Mecklenburg-Vorpommern um 9 % und in Sachsen-Anhalt um 12 %.

Durchschnittliche Haushaltsgröße insbesondere im Osten stark gesunken

Besonders stark verringerte sich die durchschnittliche Haushaltsgröße in den neuen Ländern (einschl. Berlin), was auf den Bevölkerungsrückgang und ein vergleichsweise moderates Wachstum der Haushaltszahlen zurückzuführen ist. Die Haushalte mit der geringsten durchschnittlichen Größe lagen in den Stadtstaaten: In Berlin, Bremen und Hamburg lebten durchschnittlich zwischen 1,76 und 1,84 Personen in einem Haushalt. In den

Tab. 2.2: Entwicklung der durchschnittlichen Haushaltsgröße 1991 bis 2006

	1991	2006	Veränderung
Meckl.-Vorpommern	2,58	2,01	*– 0,57*
Thüringen	2,45	2,03	*– 0,42*
Brandenburg	2,46	2,06	*– 0,40*
Sachsen	2,31	1,93	*– 0,38*
Sachsen-Anhalt	2,39	2,03	*– 0,35*
Berlin	1,96	1,76	*– 0,21*
Rheinland-Pfalz	2,36	2,15	*– 0,21*
Niedersachsen	2,29	2,09	*– 0,20*
Bayern	2,32	2,13	*– 0,19*
Bremen	2,01	1,84	*– 0,17*
Hessen	2,27	2,11	*– 0,16*
Schleswig-Holstein	2,25	2,09	*– 0,15*
Nordrhein-Westfalen	2,25	2,12	*– 0,13*
Saarland	2,18	2,07	*– 0,11*
Hamburg	1,92	1,83	*– 0,09*
Baden-Württemberg	2,27	2,18	*– 0,09*
Deutschland	**2,27**	**2,08**	***– 0,20***

westdeutschen Flächenländern Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg war die Personenzahl eines Haushalts dagegen mit 2,15 bzw. 2,18 Personen am höchsten.

In Stadtstaaten lebt die Hälfte der Einwohner alleine

Mit der Zahl der Haushalte veränderte sich auch deren Struktur: So stiegen die Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten in allen Bundesländern auf Kosten der Anteile der Haushalte, in denen drei und mehr Personen gemeinsam leben und wirtschaften. Dabei haben sich die 1991 noch deutlich unterschiedlichen Haushaltsstrukturen der ost- und westdeutschen Bundesländer (ohne die Stadtstaaten) bis zum Jahr 2006 einander angeglichen. Eine Sonderstellung hinsichtlich der Haushaltsgrößenstruktur nehmen die drei Stadtstaaten ein. Während die übrigen Bundesländer einen Anteil an Einpersonenhaushalten von bis zu 41 % (Sachsen) aufwiesen, lebte in Berlin, Hamburg und Bremen in jeweils knapp der Hälfte der Haushalte lediglich eine Person. Die Anteilswerte für die Mehrpersonenhaushalte lagen hingegen unter denen west- und ostdeutscher Flächenländer.

Im Jahr 2006 wuchsen in Deutschland in 8,8 Mill. (22 %) der insgesamt 39,8 Mill.

Abb. 2.4: Haushaltsgrößen 1991 – in Prozent

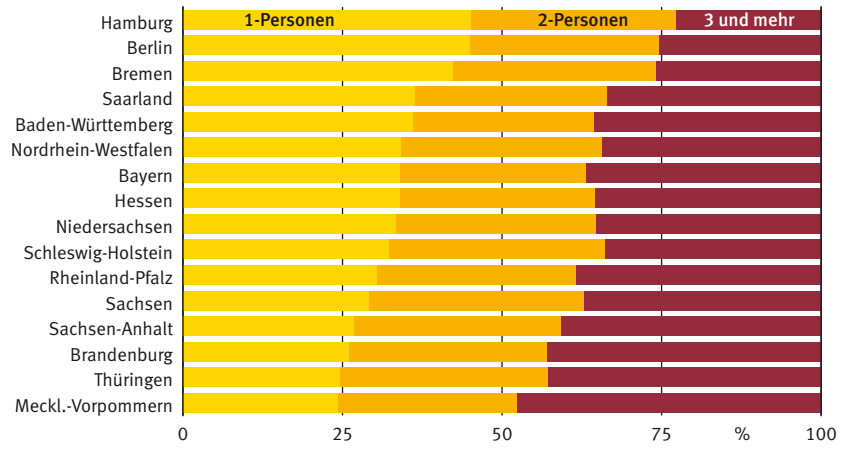
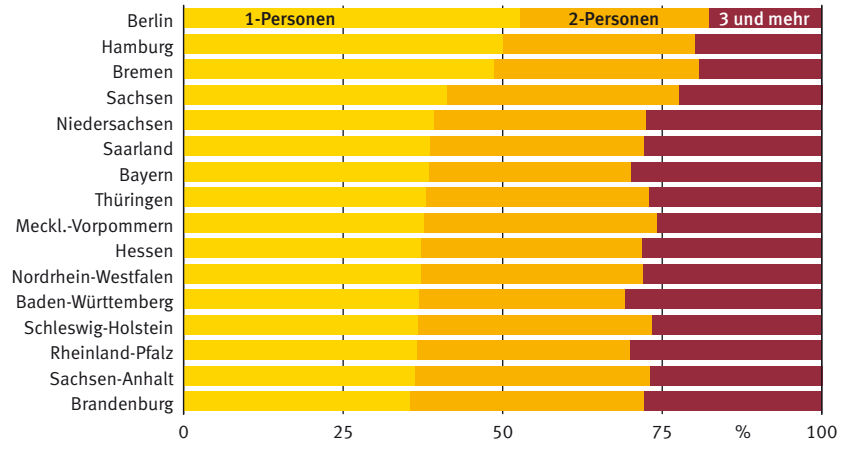


Abb. 2.5: Haushaltsgrößen 2006 – in Prozent



Haushalte minderjährige Kinder auf. Seit 1991 stieg die Zahl dieser Haushalte im früheren Bundesgebiet um 4 %, während sie in den neuen Ländern bis 2006 um 36 % sank. Bundesweit resultierte hieraus ein Rückgang der Privathaushalte, in denen minderjährige Kinder groß wurden, um 7 %.

Verdienste

Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen

Wo verdient man wie viel? Wie groß ist der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen? Wie hat sich der Verdienstabstand im Zeitablauf verändert? Die Ergebnisse der Verdiensterhebungen geben Antwort auf diese und andere Fragen zum Thema „Verdienste".

Bruttomonatsverdienste regional unterschiedlich

Im Jahr 2006 verdienten vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer in Deutschland im „Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe" durchschnittlich 3 077 Euro brutto im Monat. Betrachtet man die Verdienste auf regionaler Ebene, zeigt sich, dass im Osten weniger verdient wird als im Westen. So lag der Durchschnittsverdienst in den ausgewählten Wirtschaftsbereichen im früheren Bundesgebiet bei 3 173 Euro, während er in den neuen Ländern nur 2 304 Euro erreichte. Die Spanne der Durchschnittsverdienste erstreckt sich in den Bundesländern von 3 643 Euro in Hamburg bis zu 2 169 Euro in Thüringen, d. h. ein Arbeitnehmer in Thüringen verdiente durchschnittlich etwa 60 % des hamburgischen Bruttomonatsverdiensts.

Tab. 2.3: Entwicklung der Privathaushalte mit jüngstem Kind unter 18 Jahren 1991 bis 2006

	April 1991	Jahr 2006	Veränderung
	in 1 000		in %
Hamburg	155	172	*10,7*
Schleswig-Holstein	292	313	*7,3*
Niedersachsen	817	869	*6,4*
Baden-Württemberg	1 132	1 188	*4,9*
Nordrhein-Westfalen	1 910	1 975	*3,4*
Bayern	1 339	1 383	*3,2*
Rheinland-Pfalz	438	448	*2,3*
Hessen	643	654	*1,6*
Bremen	70	66	*– 6,2*
Saarland	120	110	*– 8,3*
Berlin	413	329	*– 20,2*
Brandenburg	368	254	*– 30,9*
Thüringen	371	223	*– 39,9*
Sachsen	647	387	*– 40,2*
Meckl.-Vorpommern	292	171	*– 41,5*
Sachsen-Anhalt	402	231	*– 42,4*
Deutschland	**9 409**	**8 773**	***– 6,8***

Frauen verdienen durchschnittlich 20 % weniger als Männer

Im Jahr 2006 verdienten vollzeitbeschäftigte Frauen in Deutschland im „Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe" durchschnittlich 2 587 Euro im Monat; das sind 20 % weniger als der Durchschnittsverdienst der Männer (3 234 Euro). Ein wesentlicher Grund hierfür besteht darin, dass Frauen insgesamt seltener in höheren und somit besser bezahlten Positionen vertreten sind. So waren 40 % der männlichen Angestellten in Deutschland 2006 der Leistungsgruppe zugeordnet, die verantwortliche Tätigkeiten und besondere Erfahrungen voraussetzt. Unter den weiblichen Angestellten lag dieser Anteil jedoch nur bei 16 %. Bei den Arbeitern waren 61 % der Männer und nur 15 % der Frauen als Fachkräfte tätig.

In den neuen Ländern mehr Frauen in besser bezahlten Positionen

Dagegen war der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern 2006 in den neuen Ländern deutlich geringer als im früheren Bundesgebiet. Verdienten in den neuen Ländern weibliche Arbeitnehmer im vergangenen Jahr durchschnittlich

Was beschreibt die Verdiensterhebung?

Die Verdiensterhebung liefert (bis 2006) vierteljährliche und daraus berechnete jahresdurchschnittliche Angaben über Bruttostunden- und Bruttomonatsverdienste, bezahlte Wochenstunden der Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Gliederung nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen sowie – bei Angestellten – kaufmännischer oder technischer Tätigkeit.

Die Verdiensterhebung wird als Stichprobenerhebung für die Monate Januar, April, Juli und Oktober durchgeführt. Im früheren Bundesgebiet wurden zuletzt etwa 8 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 17 % aller Betriebe des Erhebungsbereichs erfasst.

Die Ergebnisse für Arbeiter und Arbeiterinnen beziehen sich auf die Wirtschaftsbereiche „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden", „Verarbeitendes Gewerbe", „Energie- und Wasserversorgung" sowie „Hoch- und Tiefbau", diejenigen für Angestellte zusätzlich auf den „Handel" sowie das „Kredit- und Versicherungsgewerbe". Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), erstreckt sich die Erhebung somit auf die Abschnitte C bis E sowie die Wirtschaftsgruppe 45.2 bei den Arbeitern und Arbeiterinnen sowie bei den Angestellten zusätzlich auf die Abschnitte G und J.

In den Wirtschaftsbereichen „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden", „Verarbeitendes Gewerbe" sowie „Energie- und Wasserversorgung" werden Betriebe mit 10 Arbeitnehmern und mehr befragt, in den anderen Erfassungsbereichen Betriebe mit 5 Arbeitnehmern und mehr. Handwerksbetriebe werden ausschließlich im „Hoch- und Tiefbau" sowie im „Handel" erfasst.

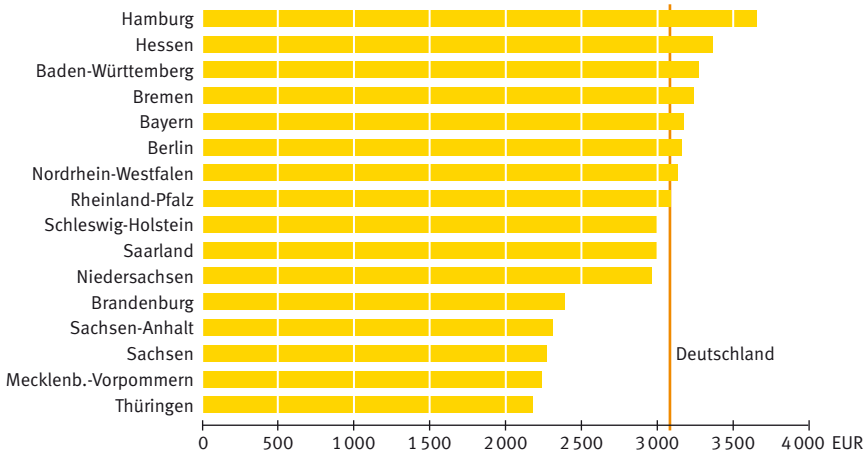
Betrieb im Sinne der Erhebung ist die örtliche Einheit als Zusammenfassung der räumlich zusammenhängenden Teile eines Unternehmens.

In die Verdiensterhebung werden alle Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten der Stichprobenbetriebe einbezogen mit Ausnahme der Teilzeitbeschäftigten, Auszubildenden, mithelfenden Familienangehörigen sowie der Personen, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt wurden. Nicht erfasst werden ferner leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis.

Die Entwicklung der Durchschnittsverdienste wird nicht nur durch Erhöhung oder Senkung von Verdiensten, sondern auch durch Veränderungen in der Arbeitnehmerstruktur beeinflusst. Um die Verdienstentwicklung, unter Ausschluss dieser Strukturveränderungen, darzustellen werden hierfür Indizes nach der Formel von Laspeyres – mit konstanter Arbeitnehmerstruktur – errechnet.

Seit dem 1. Januar 2007 wird die vierteljährliche Verdiensterhebung in modifizierter Form auf der Grundlage des neuen Verdienststatistikgesetzes durchgeführt.

Abb. 2.6: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer 2006 – in Euro



Tab. 2.4: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer 2006 – in Euro

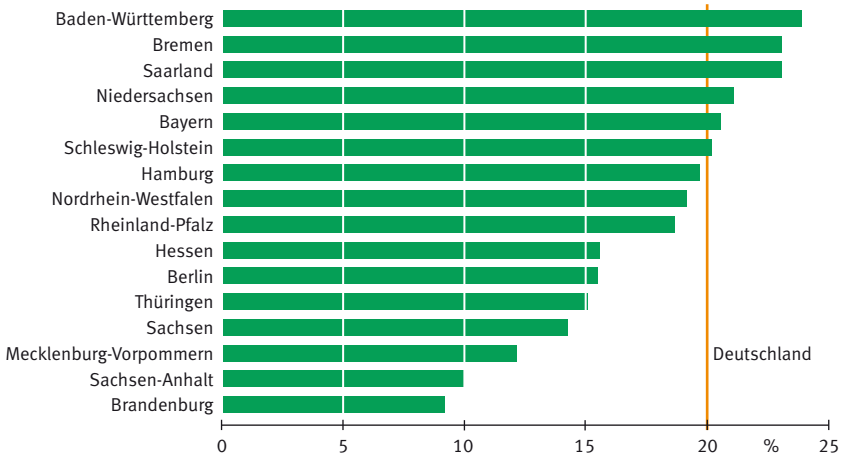
	Männer	Frauen
Hamburg	3 863	3 105
Hessen	3 489	2 948
Baden-Württemberg	3 465	2 639
Bremen	3 378	2 600
Berlin	3 332	2 818
Bayern	3 329	2 646
Nordrhein-Westfalen	3 264	2 639
Rheinland-Pfalz	3 210	2 614
Schleswig-Holstein	3 167	2 531
Saarland	3 117	2 401
Niedersachsen	3 092	2 442
Brandenburg	2 447	2 225
Sachsen-Anhalt	2 367	2 132
Sachsen	2 358	2 024
Meckl.-Vorpommern	2 315	2 036
Thüringen	2 275	1 934
Deutschland	**3 234**	**2 587**

2 108 Euro und damit nur 11,7 % weniger als ihre männlichen Kollegen (2 388 Euro), so betrug im früheren Bundesgebiet der Verdienstabstand 20,1 %. Dies ist u.a. auf Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur zurückzuführen. Der Anteil der Arbeiterinnen in der höchsten und am besten bezahlten Leistungsgruppe fällt beispielsweise in den neuen Ländern mit 25,9 % doppelt so hoch aus wie im früheren Bundesgebiet. In der niedrigsten Leistungsgruppe ist der Anteil der Frauen in den neuen Ländern mit 20,9 % dagegen wesentlich geringer als im früheren Bundesgebiet (45,6 %).

Verdienstunterschiede zeigen Ost-West-Gefälle

Betrachtet man die Verdienstunterschiede von Männern und Frauen auf der Ebene der Bundesländer, werden neben dem Ost-West-Gefälle weitere regionale Besonderheiten deutlich. Sowohl die nördlichen (Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen) als auch die südlichen Bundesländer (Bayern und Baden-Württemberg) sind durch sehr hohe Verdienstabstände mit über 20 % gekennzeichnet. Bei den westlich gelegenen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen bewegen sich die Verdienstabstände zwischen 15 und 20 %, bei den östlich gelegenen Bundesländern liegen sie generell unter 15 %, wobei der Verdienstabstand in Sachsen-Anhalt und Brandenburg sogar die 10 %-Grenze noch unterschreitet. Die Spanne der Verdienstunterschiede erstreckt sich somit zwischen 9 % in Brandenburg und 24 % in Baden-Württemberg. Die Differenz des Verdienstabstandes

Abb. 2.7: Verdienstabstand von Frauen und Männern 2006 – in Prozent



dieser beiden Länder beträgt 15 Prozentpunkte.

Trotz der deutlich geringeren Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen und des höheren Frauenanteils in den besser bezahlten Leistungsgruppen ist das Niveau der Verdienste von Frauen im Osten niedriger als im Westen. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten weiblichen Arbeitnehmer in Brandenburg, dem Land mit den höchsten Frauenverdiensten in Ostdeutschland, lag 2006 mit 2 225 Euro noch unter dem Wert des Saarlandes (2 401 Euro), das im Westen die niedrigsten Frauenverdienste aufwies.

Leichte Annäherung der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste von Frauen und Männern

Der Abstand der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste von Männern und Frauen ist in Deutschland von 2000 bis 2006 von 21,5 auf 20,0 % zurückgegangen. Parallel dazu war ein Anstieg der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Frauen um 16,8 % und der Männer um 14,7 % zu verzeichnen. In den einzelnen Bundesländern haben sich die Verdienstunterschiede jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. In allen Ländern des früheren Bundesgebiets – mit Ausnahme Berlins – sank der Verdienstunterschied, und zwar zwischen –0,8 Prozentpunkten in Hamburg und –3,6 Prozentpunkten in Schleswig-Holstein. In den neuen Ländern, die im Jahr 2000 deutlich niedrigere Verdienstabstände aufwiesen als die Länder des früheren Bundesgebietes, verlief die Entwicklung uneinheitlich. Während sich in Brandenburg und Thüringen die Verdienste von Männern und Frauen weiter annäherten, waren die Verdienstunterschiede in den übrigen neuen Ländern 2006 z.T. deutlich größer als zu Beginn des Jahrzehnts. Die gilt insbesondere für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit +3,2 bzw. +2,1 Prozentpunkten.

Verbraucherinsolvenzen

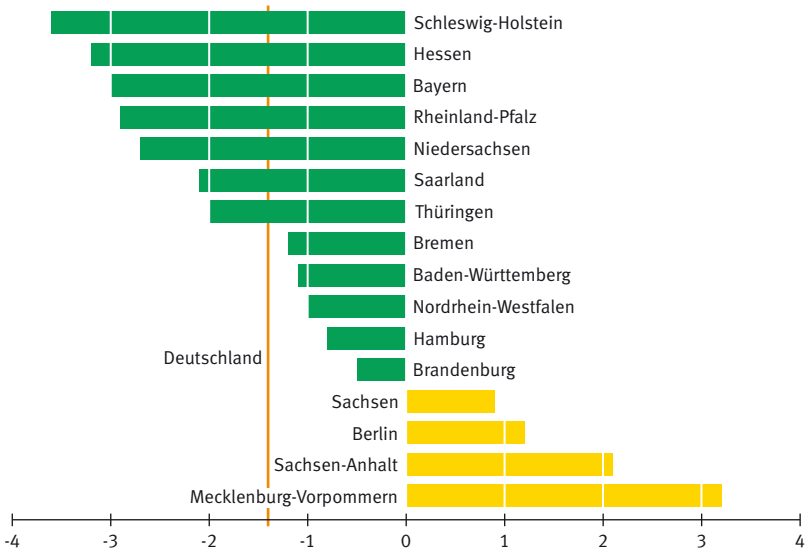
Starker Anstieg der Verbraucherinsolvenzen

Im Jahr 1999, dem Jahr der Einführung der neuen Insolvenzordnung, wurden knapp 3 357 Verbraucherinsolvenzen gezählt. Danach folgte ein kräftiger Anstieg,

Tab. 2.5: Anstieg der Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer 2000 bis 2006
– in Prozent

	Männer	Frauen
Hamburg	18,8	20,1
Sachsen-Anhalt	18,6	15,9
Brandenburg	17,5	18,2
Berlin	16,9	15,3
Sachsen	15,8	14,5
Hessen	15,6	20,2
Meckl.-Vorpommern	15,4	11,3
Bayern	15,0	19,5
Baden-Württemberg	14,7	16,5
Schleswig-Holstein	14,5	19,8
Rheinland-Pfalz	14,4	18,6
Saarland	14,0	17,2
Thüringen	13,5	16,2
Nordrhein-Westfalen	13,4	14,8
Niedersachsen	10,6	14,6
Bremen	10,6	12,3
Deutschland	**14,7**	**16,8**

Abb. 2.8: Entwicklung des Verdienstabstandes von Männern und Frauen 2000 bis 2006
Veränderung in Prozentpunkten



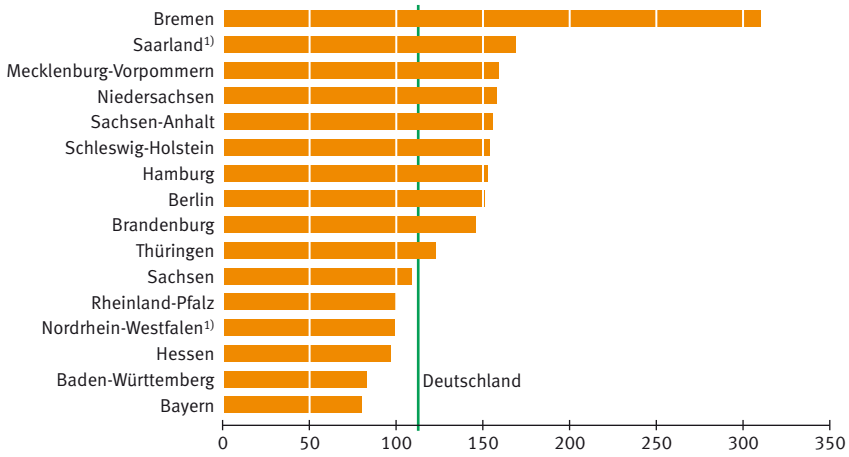
der im Jahr 2006 in 92 310 Verbraucherinsolvenzen gipfelte. Eine Fortsetzung dieses Trends ist zu erwarten. Wesentliche Ursache für diesen regelrechten Ansturm auf die Gerichte war die zum Ende des Jahres 2001 eingeführte Stundung der Verfahrenskosten.

In Bremen und im Saarland sind die Verbraucher mit Abstand am häufigsten insolvent

Der Bundesdurchschnitt liegt bei den Insolvenzverfahren von Verbrauchern bei 112 Insolvenzen je 100 000 Einwohner. Bayern (79), Baden-Württemberg (82), Hessen (96), Nordrhein-Westfalen (98) und Rheinland-Pfalz (99) liegen deutlich unter dem Durchschnitt. Mit 309 Verbraucherinsolvenzen je 100 000 Einwohner ist Bremen Spitzenreiter vor dem Saarland (168), Mecklenburg-Vorpommern (158) und Niedersachsen (157).

Die überschuldeten Haushalte müssen durch geeignete Personen oder Stellen – i. d. R. sind dies Schuldnerberatungsstellen – begleitet werden. Diese müssen u. a. bescheinigen, dass zuvor eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern erfolglos war. Daher muss die regionale Verteilung der Insolvenzhäufigkeit nicht zwangsläufig auf soziale Brennpunkte hindeuten. So kann die Höhe der Insolvenzhäufigkeit durch eine mehr oder weniger gute Versorgung mit den Schuldnerberatungsstellen in den Regionen beeinflusst werden. Auch die Personalausstattung der Beratungsstellen kann für lange Wartezeiten der Schuldner und damit für eine niedrige Insolvenzhäufigkeit verantwortlich sein.

Abb. 2.9: Verbraucherinsolvenzen 2006 – je 100 000 Einwohner



1) Vorläufiges Ergebnis.

Verbraucherinsolvenzen

Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 können auch Privatpersonen mit Hilfe eines vereinfachten Insolvenzverfahrens eine Regulierung ihrer Schulden betreiben. Solche Verfahren werden als Verbraucherinsolvenzen bezeichnet. Die Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens ist Voraussetzung dafür, dass die Schuldner nach sechsjähriger Wohlverhaltensphase, in der sie den pfändbaren Teil ihres Einkommens an die Gläubiger abführen, Restschuldbefreiung erlangen.

Ein privater Schuldner kann ein Insolvenzverfahren beantragen, wenn eine außergerichtliche Einigung zwischen Gläubigern und Schuldnern nicht zustande kommt und auch ein vom Gericht vorgelegter Schuldenbereinigungsplan von den Gläubigern nicht angenommen wird. Voraussetzung für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ist jedoch, dass ein Schuldner die Verfahrenskosten bezahlen kann. Ist er dazu nicht in der Lage, können diese Kosten seit Ende 2001 auch von der Staatskasse gestundet werden.

3 Soziales

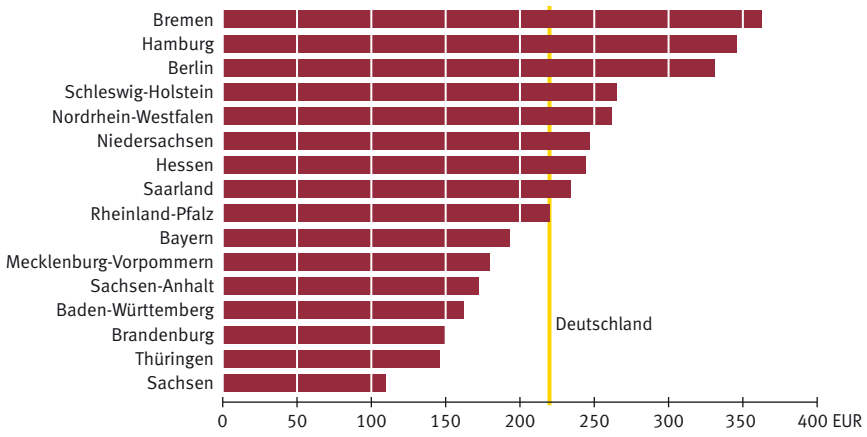
Sozialhilfe

Sozialhilfeausgaben je Einwohner in Bremen am höchsten

Im Jahr 2006 wurden in Deutschland brutto insgesamt 20,5 Mrd. Euro für Sozialhilfeleistungen nach dem zum 1.1.2005 neu geschaffenen Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 2,4 Mrd. Euro, die den Sozialhilfeträgern zum größten Teil aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zuflossen, betrugen die Sozialhilfeausgaben netto 18,1 Mrd. Euro; dies waren 3,0 % mehr als im Jahr 2005.

Je Einwohner wurden in Deutschland 2006 für die Sozialhilfe rechnerisch 220 Euro netto ausgegeben. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren es mit 229 Euro je Einwohner wesentlich mehr als in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 145 Euro.

Abb. 3.1: Sozialhilfeausgaben 2006 – in Euro je Einwohner



Die mit Abstand höchsten Sozialhilfeausgaben je Einwohner verzeichneten im Jahr 2006 – wie schon im Vorjahr – die drei Stadtstaaten Bremen (363 Euro), Hamburg (346 Euro) und Berlin (331 Euro). Unter den Flächenländern wiesen Schleswig-Holstein (265 Euro je Einwohner) sowie Nordrhein-Westfalen (262 Euro) die höchsten Werte auf, die niedrigsten Ausgaben je Einwohner wurden in Baden-Württemberg und Bayern mit 162 Euro bzw. 193 Euro getätigt. In den neuen Ländern waren die Pro-Kopf-Ausgaben in Sachsen mit 110 Euro am niedrigsten, in Mecklenburg-Vorpommern (180 Euro) bzw. Sachsen-Anhalt (172 Euro) dagegen am höchsten.

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in allen Ländern finanziell wichtigste Hilfeart

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist – sowohl in Deutschland insgesamt als auch in allen Bundesländern – innerhalb der Sozialhilfeleistungen finanziell die mit Abstand wichtigste Hilfeart: So betrug im Jahre 2006 der Anteil der Ausgaben für die Eingliederungshilfe an den gesamten Netto-Sozialhilfeausgaben bundesweit 58 %. In den Ländern lag dieser Anteil allein in Thüringen bei 75 %, in Hamburg und Berlin dagegen bei „nur“ 45 %. Von Relevanz sind ferner die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege, die 17 % bzw. 14 % der gesamten Sozialhilfeausgaben in Deutschland abdecken. Auf die Länder bezogen verzeichneten bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Hamburg und Berlin mit 20 % den höchsten und Thüringen mit 11 % den niedrigsten Anteilswert. Bei der Hilfe zur Pflege lagen die Werte zwischen 22 % in Berlin und 7 % in Thüringen und Brandenburg. Auf Grund der gesetzlichen Änderungen zum 1.1.2005 spielte der Anteil der Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt sowohl in Deutschland (4 %) als auch in allen Ländern nur noch eine untergeordnete Rolle.

Sozialhilfe und Sozialhilfestatistik

Die Sozialhilfe schützt als letztes „Auffangnetz“ vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung und soll den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben.

Mit Einführung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt **(Hartz IV)** zum 1.1.2005 ergaben sich im Sozialhilferecht sowie für die amtliche Sozialhilfestatistik weit reichende Änderungen. Seither erhalten bisherige Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne (d.h. Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen), die grundsätzlich erwerbsfähig sind sowie deren Familienangehörige, Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“). Folglich wurde der überwiegende Teil der früheren „Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne“ letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII „Sozialhilfe“ erhalten seit dem 1. 1.2005 lediglich noch *nicht erwerbsfähige* Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (z.B. Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören zum Beispiel vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner mit niedriger Rente.

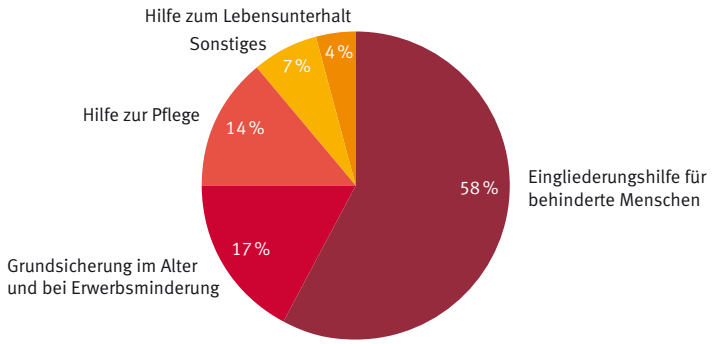
Je nach Art der vorliegenden Notlage unterscheidet man in der Sozialhilfe verschiedene Hilfearten. Im Rahmen des SGB XII gibt es im Einzelnen folgende Leistungen:

3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27 bis 40),
4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41 bis 46),
5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47 bis 52),
6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53 bis 60),
7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61 bis 66),
8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67 bis 69),
9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70 bis 74).

Im Rahmen der amtlichen Sozialhilfestatistik werden verschiedene Vollerhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Sie liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfänger der einzelnen Sozialhilfeleistungen sowie über die mit diesen Hilfeleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen. Damit erhalten Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit detaillierten Einblick in die staatliche Sozialhilfegewährung und somit wichtige Datengrundlagen für weitere Planungen, Entscheidungen und die Fortentwicklung der Sozialgesetzgebung.

Die Statistik über die Leistungen nach dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (sog. Hartz IV) wird von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt und bleibt in diesem Abschnitt außer Betracht.

Abb. 3.2: Sozialhilfeausgaben 2006 (netto) nach Hilfearten



Frühere „Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne“ kaum mehr relevant

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII (bis Ende 2004 noch „Sozialhilfe im engeren Sinne“ genannt) soll den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken („soziokulturelles Existenzminimum“). Hatten 2004 noch rund 2,9 Mill. Personen diese Hilfeart (außerhalb von Einrichtungen) bezogen, so waren es am Jahresende 2006 nur noch rund 82 000 Personen (+1,2 % gegenüber 2005). Ursache für den drastischen Rückgang der Empfängerzahlen ist das Inkrafttreten des „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) zum 1.1.2005 (siehe Erläuterungen auf der S. 26 zu den rechtlichen Änderungen).

Die höchste Empfängerdichte gab es Ende 2006 in den Stadtstaaten Bremen (2,3 je 1 000 Einwohner) und Berlin (2,1 Empfänger je 1 000 Einwohner). Unter den Flächenländern wiesen Schleswig-Holstein (1,7 je 1 000 Einwohner) und Hessen (1,5 je 1 000 Einwohner) die höchsten Quoten auf. Die niedrigsten Quoten verzeichneten Baden-Württemberg (0,5 je 1 000 Einwohner) sowie Thüringen und Bayern (jeweils mit 0,6 je 1 000 Einwohner).

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird häufiger im Westen bezogen

Am Jahresende 2006 erhielten in Deutschland rund 682 000 Personen Leistungen der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“. Insgesamt bezogen damit 1,0 % der Bevölkerung ab 18 Jahren diese Sozialleistung.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit dem 1.1.2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Diese Leistungen werden seit dem 1.1.2005 nach dem 4. Kapitel des SGB XII gewährt. Sie können bei Bedürftigkeit von 18- bis 64-jährigen Personen, wenn diese dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sowie von Personen ab 65 Jahren in Anspruch genommen werden.

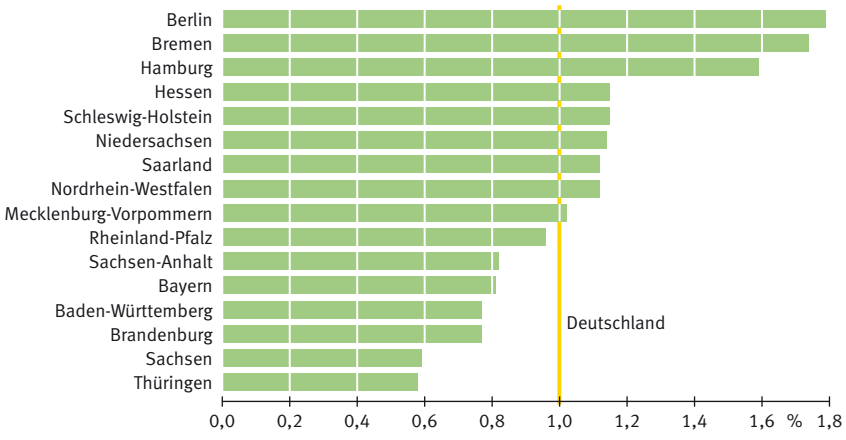
Wie im Vorjahr zeigt sich auch 2006 eine höhere Inanspruchnahme dieser Sozialhilfeleistung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin): Hier lag die Quote der Grundsicherungsempfänger bei 1,0 %, während sie in den neuen Ländern 0,7 % betrug. Die höchsten Bezugsquoten wiesen die Stadtstaaten Berlin (1,8 %), Bremen (1,7 %) und Hamburg (1,6 %) auf, die niedrigsten Thüringen und Sachsen (je 0,6 %).

Von den insgesamt 682 000 Grundsicherungsempfängern waren rund 311 000 Personen oder 46 % der Empfänger zwischen 18 und 64 Jahren alt und erhielten Leistungen der Grundsicherung aufgrund ihrer dauerhaft vollen Erwerbsminderung. Diese Menschen werden auch künftig dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen. 371 000 Personen oder 54 % der Empfänger waren 65 Jahre und älter, das entspricht 2,3 % aller Personen dieser Altersgruppe, denen mit der Grundsicherung der Lebensunterhalt gesichert wird.

Frauen sind im Alter häufiger auf Grundsicherungsleistungen angewiesen als Männer

Betrachtet man ausschließlich die älteren Grundsicherungsbezieher ab 65 Jahren, fallen neben den Ost-West-Differenzen insbesondere auch geschlechtsspezifische Unterschiede auf: So bezogen Ende 2006 in Deutschland 2,6 % aller Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen, bei den Männern waren es dagegen 1,8 %. Während im früheren Bundesgebiet 2,8 % der Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen erhielten, waren es in den neuen Ländern lediglich 1,3 %. Bei den Männern im Rentenalter lag die Bezugsquote bei 1,9 % im früheren Bundesgebiet bzw. 0,8 % in den neuen Ländern. Einzelheiten zu den geschlechtsspezifischen Bezugsquoten auf Länderebene sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich.

Abb. 3.3: Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2006 – Anteil an der Bevölkerung ab 18 Jahren in Prozent



Tab. 3.1: Grundsicherungsempfänger/-innen ab 65 Jahren am 31.12.2006 [1)]

	Insgesamt	Frauen	Männer
Berlin	4,84	5,20	4,33
Hamburg	4,69	4,83	4,48
Bremen	4,35	5,06	3,31
Hessen	2,78	3,20	2,20
Nordrhein-Westfalen	2,74	3,25	2,04
Saarland	2,51	3,03	1,77
Niedersachsen	2,37	2,77	1,83
Schleswig-Holstein	2,31	2,74	1,73
Rheinland-Pfalz	2,10	2,49	1,57
Bayern	2,00	2,26	1,65
Baden-Württemberg	1,81	2,09	1,43
Meckl.-Vorpommern	1,61	1,89	1,20
Brandenburg	1,22	1,45	0,90
Sachsen-Anhalt	1,21	1,41	0,89
Sachsen	0,91	1,05	0,68
Thüringen	0,87	1,03	0,63
Deutschland	**2,27**	**2,62**	**1,79**

1) Anteil der Empfänger an der jeweiligen Bevölkerung ab 65 Jahren.

Ursache für geringere Grundsicherungsquoten der älteren Personen in den ostdeutschen Bundesländern könnte die höhere Erwerbsbeteiligung – vor allem auch der Frauen – in der ehemaligen DDR sein. Dies führt zu höheren Rentenansprüchen, die meist zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter ausreichen. Als weitere mögliche Ursachen für geringere Bezugsquoten in Ostdeutschland kommt u. a. ein geringeres Mietenniveau als im Westen der Bundesrepublik in Betracht.

Weitere Hilfearten der Sozialhilfe: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Hilfe zur Pflege besonders wichtig

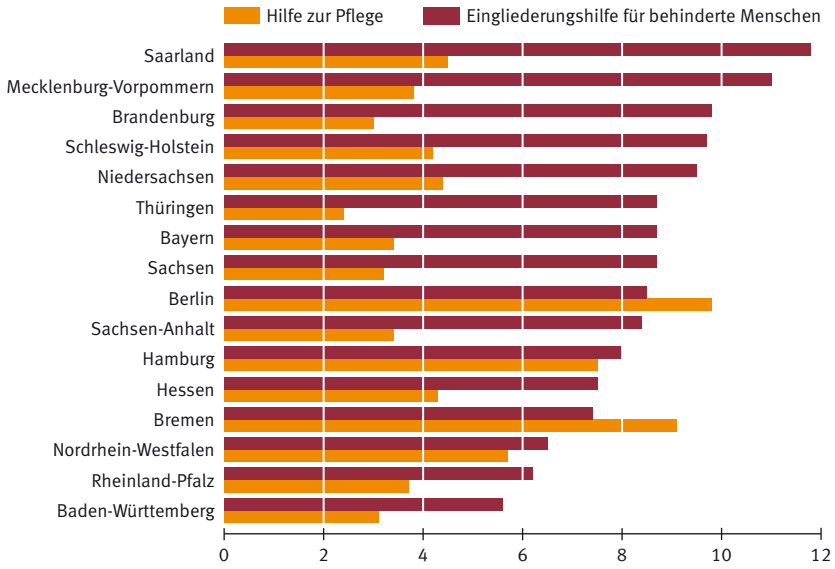
In den Kapiteln 5. bis 9. des SGB XII werden weitere Sozialhilfeleistungen unterschieden, die bis Ende 2004 unter dem Oberbegriff „Hilfe in besonderen Lebenslagen" besser bekannt waren. Aufgrund der Empfängerzahlen sowie der damit verbundenen Ausgaben sind dabei insbesondere die „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen" sowie die „Hilfe zur Pflege" von großer Bedeutung: Im Laufe des Jahres 2006 erhielten in Deutschland gut 643 000 Personen Leistungen der „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen". Die im 6. Kapitel des SGB XII „Sozialhilfe" geregelte Eingliederungshilfe für behinderte Menschen hat die Aufgabe, eine drohende Behinderung zu verhüten, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen bzw. zu mildern und die Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft einzugliedern. Anders ausgedrückt: Die Eingliederungshilfe soll den behinderten Menschen zu einem weitgehend selbstständigen Leben befähigen. Leistungsberechtigt sind alle Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert oder von einer Behinderung bedroht sind, so weit die Hilfe nicht von einem vorrangig verpflichteten Leistungsträger – wie Krankenversicherung, Rentenversicherung oder Agentur für Arbeit – erbracht wird.

Die höchste Dichte an Empfängern von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen wies 2006 das Saarland mit 11,8 Empfängern je 1 000 Einwohner auf; die geringste Dichte verzeichnete Baden-Württemberg mit 5,6 Empfängern je 1 000 Einwohner.

Die Sozialhilfe unterstützt mit der „Hilfe zur Pflege" nach dem 7. Kapitel des SGB XII auch pflegebedürftige Personen. Die Hilfe zur Pflege wird bedürftigen Personen gewährt, die in Folge von Krankheit oder Behinderung bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen sind. Sie wird jedoch nur geleistet, wenn der Pflegebedürftige die Pflegeleistungen weder selbst tragen kann noch sie von anderen – z.B. der Pflegeversicherung – erhält. Bis zum Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes zum 1. 1. 1995 und den daraus resultierenden Leistungen seit April 1995 (häusliche Pflege) bzw. seit Juli 1996 (stationäre Pflege) war die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe das wichtigste Instrument zur materiellen Absicherung bei Pflegebedürftigkeit.

Im Laufe des Jahres 2006 wurde rund 366 000 Personen Hilfe zur Pflege gewährt. Diese Hilfeart spielt in den Stadtstaaten eine weitaus größere Rolle als in den Flächenländern. So waren in Berlin (9,8 Empfänger je 1 000 Einwohner), Bremen (9,1 je 1 000 Einwohner) und Hamburg (7,5 je 1 000 Einwohner) die Bezugsquoten mit Abstand am höchsten; die wenigsten Empfänger von Hilfe zur Pflege gab es in Thüringen (2,4 Empfänger je 1 000 Einwohner) und Brandenburg (3,0 je 1 000 Einwohner).

Abb. 3.4: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Hilfe zur Pflege im Laufe des Jahres 2006 – Empfänger je 1 000 Einwohner



Wohngeld

Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle bei Wohngeldförderung erkennbar

Zum Jahresende 2006 bezogen in Deutschland rund 666 000 Haushalte Wohngeld; gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 14,7 %. Somit bezogen Ende 2006 noch 1,7 % aller privaten Haushalte Wohngeld (Vorjahr: 2,0 %). Mit den Daten bis Ende 2004, als noch rund 3,5 Mill. Haushalte Wohngeld bezogen, sind die Angaben nicht mehr vergleichbar (siehe hierzu die obigen Erläuterungen zu den rechtlichen Änderungen ab 1.1.2005). Mieter erhalten das Wohngeld als Mietzuschuss, selbst nutzende Eigentümer erhalten Lastenzuschuss, das heißt einen Zuschuss zur Belastung (Aufwendungen für Kapitaldienst und Bewirtschaftung) des Eigentums. 89 % der Empfängerhaushalte erhielten 2006 ihr Wohngeld als Mietzuschuss und die restlichen 11 % als Lastenzuschuss.

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2006 auf rund 1,16 Mrd. Euro; dies entspricht einem Rückgang um 5,9 % gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2004, dem Jahr vor der Reform, betrugen die Ausgaben für das Wohngeld noch 5,2 Mrd. Euro. Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich in Deutschland im Jahr 2006 somit auf rund 14 Euro.

Bei der Wohngeldförderung ist nach wie vor ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Während – gemessen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte – im früheren Bundesgebiet mit Berlin 1,5 % der privaten Haushalte zum Jahresende 2006 Wohngeld bezogen, waren dies in den neuen Ländern ohne Berlin 2,8 %.

Wohngeld, was ist das?

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als *Mietzuschuss* für Mieter oder als *Lastenzuschuss* für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung.

Infolge des zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) ergaben sich auch für das Wohngeldrecht erhebliche Veränderungen. Seit diesem Zeitpunkt entfällt für Empfänger staatlicher Transferleistungen (zum Beispiel Arbeitslosengeld II beziehungsweise Sozialgeld nach dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ oder Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“) sowie Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft das Wohngeld. Die angemessenen Unterkunftskosten der Empfänger dieser Transferleistungen werden seitdem im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, so dass sich für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Für die Wohngeldstatistik bedeutete dies, dass sich dadurch ab 2005 der Kreis der Wohngeldberechtigten und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduzierte.

Höchste Wohngeld-Bezugsquote in Mecklenburg- Vorpommern

Von den neuen Bundesländern wies Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Wohngeldempfängerhaushalten (3,6 % aller Privathaushalte) auf; dies ist auch in Deutschland insgesamt auf Länderebene die mit Abstand höchste Bezugsquote. Die niedrigste Bezugsquote für Wohngeld innerhalb der neuen Länder wurde in Sachsen-Anhalt mit 2,2 % festgestellt.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Empfängerhaushalt zum Jahresende 2006 schwankte in den neuen Ländern zwischen 82 Euro (Sachsen und Thüringen) und 69 Euro in Sachsen-Anhalt.

Die niedrigsten durchschnittlichen Quadratmetermieten der Wohngeldhaushalte innerhalb der neuen Länder verzeichnete Thüringen (4,86 Euro je m²), die höchsten Mecklenburg-Vorpommern (5,36 Euro je m²).

Niedrige Wohngeld-Bezugsquoten im Süden Deutschlands

Im früheren Bundesgebiet gab es Ende 2006 vor allem in den Ländern im Norden Deutschlands und in den drei Stadtstaaten überdurchschnittlich viele Wohngeldempfänger. Schleswig-Holstein wies dabei mit 2,2 % die höchste Bezugsquote auf, gefolgt von Bremen mit 1,9 % sowie Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (je 1,7 %). Die geringsten Bezugsquoten hatten Bayern und das Saarland (je 1,0 %) sowie Hessen (1,1 %) und Baden-Württemberg (1,2 %).

Die mit Abstand teuersten Quadratmetermieten mussten die Wohngeldempfänger in Hamburg bezahlen (7,11 Euro je m²); sie hatten jedoch mit 103 Euro je Haushalt auch den höchsten monatlichen Wohngeldanspruch. Die niedrigsten Quadratmetermieten der Wohngeldhaushalte wiesen in den alten Ländern das Saarland (4,93 Euro je m²) sowie Rheinland-Pfalz (5,04 Euro je m²) auf. Den niedrigsten durchschnittlichen monatlichen Wohngeldanspruch dort hatten die Wohngeldhaushalte in Berlin (86 Euro) bzw. Bremen (88 Euro).

Abb. 3.5: Wohngeldempfängerhaushalte 2006 – Anteil an den Privathaushalten in Prozent

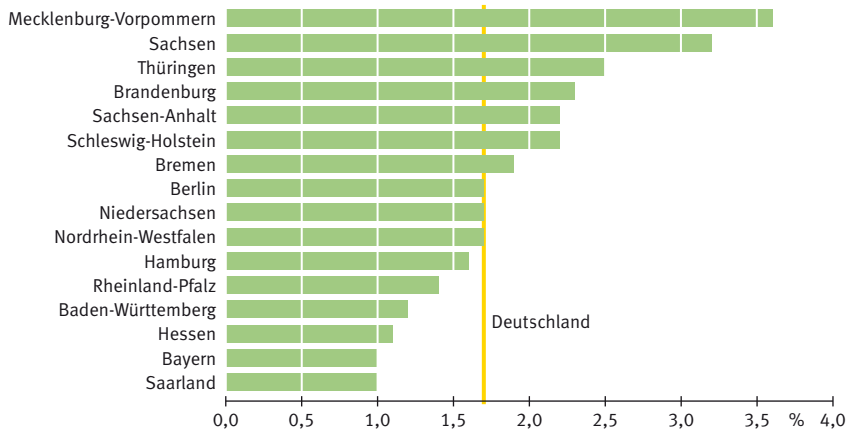
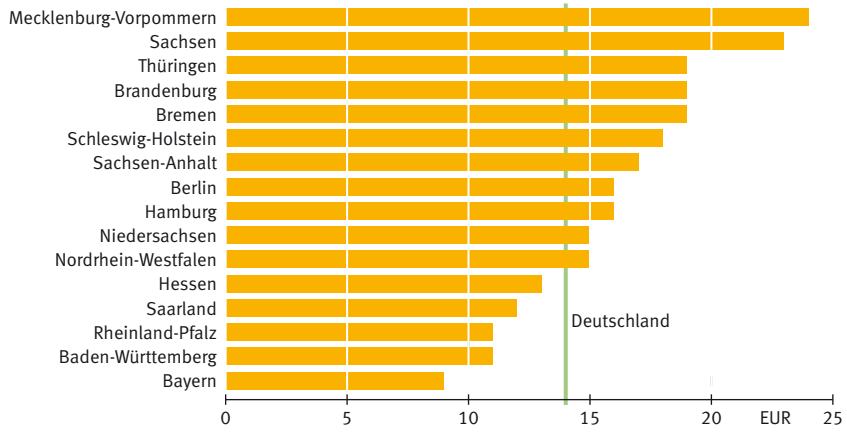


Abb. 3.6: Wohngeldausgaben 2006 – in Euro je Einwohner



Wohngeldausgaben pro Kopf in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen dreimal so hoch wie in Bayern

In den Ländern mit den höchsten Wohngeld-Bezugsquoten lagen im Jahr 2006 auch im Allgemeinen die Wohngeldausgaben je Einwohner am höchsten. So waren die Wohngeldausgaben je Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern mit 24 Euro und in Sachsen mit 23 Euro fast dreimal so hoch wie in Bayern (9 Euro je Einwohner). Im früheren Bundesgebiet wiesen Bremen mit 19 Euro und Schleswig-Holstein mit 18 Euro je Einwohner die höchsten Werte auf.

Kinder- und Jugendhilfe

Mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz hat der Gesetzgeber zum 1. Januar 1991 die Kinder- und Jugendhilfe neu geordnet. Konkret schlägt sich dies darin nieder, dass Hilfen innerhalb der Familie gegenüber der Unterbringung außerhalb der Familie als Maßnahme der Kinder- und Jugendhilfe bevorzugt werden (sollten). Inwieweit diese Absicht tatsächlich umgesetzt wird, soll in diesem Abschnitt anhand der Daten über die bestehenden und begonnenen Erziehungshilfen überprüft werden.

Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe richten sich an „junge Menschen", d. h. Personen, die jünger als 27 Jahre sind. Im Jahr 2005 umfasste die für die Kinder- und Jugendhilfe in Frage kommende Altersgruppe der jungen Menschen 23,4 Mill. Personen, das sind 28 % der bundesdeutschen Bevölkerung.

Bestehende Hilfen: Nur in Baden-Württemberg gleich viele familienunterstützende wie -ersetzende Maßnahmen

Zum Jahresende 2005 wurden in Deutschland rund 72 400 bestehende familienunterstützende Hilfen für junge Menschen bis 26 Jahren festgestellt, bei den familienersetzenden Hilfen waren es dagegen etwa 112 200 bestehende Hilfen. Damit gab es 55 % mehr familienersetzende als familienunterstützende Hilfen.

Ein beinahe ausgeglichenes Verhältnis zwischen familienunterstützenden und familienersetzenden Hilfen findet sich einzig in Baden-Württemberg (siehe Abb. 3.7). In diesem Bundesland entfielen auf eine familienersetzende Unterbringung 1,1 familienunterstützende Hilfen. Das schlechteste Verhältnis weist dagegen Bremen auf: In dem Stadtstaat bestanden am Jahresende 2005 mehr als zwei familienersetzende Hilfen je familienunterstützender Hilfe (Verhältnis 1:0,4).

Unterschiede bei dem Verhältnis von familienunterstützenden und familienersetzenden Hilfen zwischen Ost- und Westdeutschland sind nicht festzustellen. In beiden Regionen entsprach das Verhältnis dem Bundesdurchschnitt von 0,6.

Auf der Basis der Ergebnisse zu den bestehenden Hilfen sieht es also so aus, dass die Intention des Gesetzgebers, die

Erzieherische Hilfe

Erzieherische Hilfen als Leistungen der Jugendämter für Eltern und Kinder sind im Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) geregelt. Sie können unterteilt werden in familienunterstützende (ambulante) Hilfe und familienersetzende Hilfe. Letztere ist mit einer stationären Unterbringung des jungen Menschen außerhalb des Elternhauses verbunden. Die verschiedenen Hilfearten stellen im Gesamtsystem der erzieherischen Hilfe unterschiedliche Ansätze dar, um in unterschiedlichsten Problemlagen und Lebenssituationen die passende Unterstützung zu bieten.

Zu den **familienunterstützenden** (ambulanten) Hilfen werden Erziehungsberatung, Einzelbetreuung junger Menschen (Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand oder Betreuungshelfer, soziale Gruppenarbeit) und sozialpädagogische Familienhilfe sowie Erziehung in einer Tagesgruppe gerechnet.

Zu den **familienersetzenden** (stationären) Hilfsmaßnahmen zählen Vollzeitpflege in einer anderen Familie und Heimerziehung bzw. Unterbringung in einer sonstigen betreuten Wohnform.

Intensiver **sozialpädagogischer Einzelbetreuung** wird ein eigenständiges Profil zwischen ambulanter und stationärer Hilfe zugewiesen.

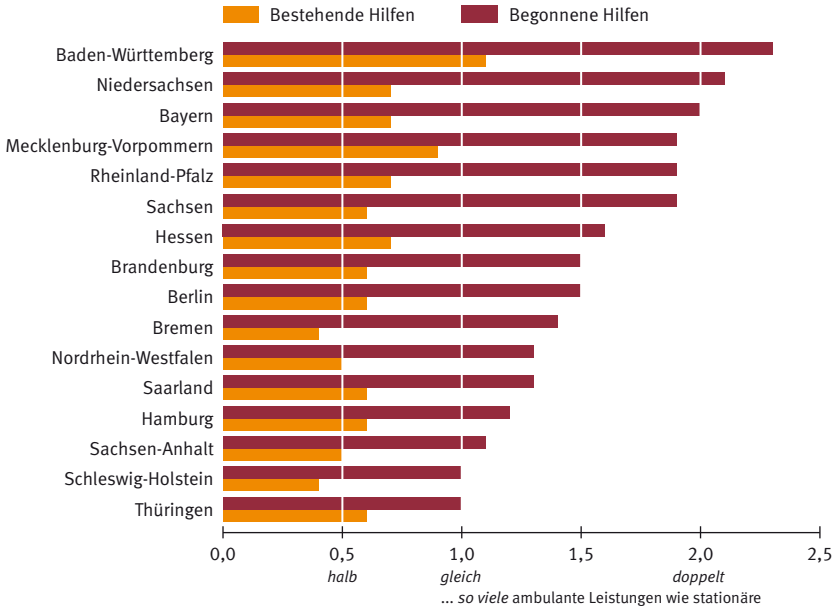
Daten zur Kinder- und Jugendhilfe

Für **familienersetzende** Hilfen liegen seit 1991 jährliche Angaben zu den im Laufe des betrachteten Jahres *begonnenen und beendeten* Hilfen sowie in fünfjährlichem Abstand Angaben zu den am Jahresende *bestehenden* Hilfen vor.

Seit dem Jahr 2002 werden in der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik auch Daten zu den begonnenen familienunterstützenden (ambulanten) Hilfen ausgewertet. Bis dahin wurden nur Daten für bestehende familienunterstützende Hilfen am Ende eines Jahres sowie für im Laufe des Jahres beendete Hilfen erhoben und ausgewertet. Für die familienunterstützende „Erziehungsberatung" liegen weiterhin nur Angaben zu den im Laufe eines Jahres beendeten Hilfen vor. Die Erziehungsberatung ist daher nicht eingeschlossen, wenn im vorliegenden Text von bestehenden oder begonnenen familienunterstützenden Hilfen die Rede ist.

Zu Beginn dieses Beitrags werden die *bestehenden* erzieherischen Hilfen untersucht. Dabei wird auf Daten für das Jahr 2005 zurückgegriffen, da zum 31. 12. 2005 die jüngste Erhebung über die *bestehenden* familienersetzenden Hilfen durchgeführt wurde. Ab 2007 erfolgt die statistische Erhebung zu den erzieherischen Hilfen mit einem einheitlichen Fragebogen und zu identischen Zeitpunkten. Damit liegen dann auch für die Erziehungsberatung Angaben zu den begonnenen und am Jahresende bestehenden Hilfen vor. Die am Jahresende bestehenden familienersetzenden Leistungen werden ab 2007 ebenfalls jährlich erhoben.

Abb. 3.7: Verhältnis familienunterstützender zu -ersetzenden Hilfen 2005



Inanspruchnahme von familienunterstützenden Hilfen gegenüber den familienersetzenden Hilfen zu stärken, in der Praxis in keinem Bundesland umgesetzt werden konnte.

Begonnene Hilfen: Mehr als zwei familienunterstützende Hilfen je familienersetzende Hilfe in Baden-Württemberg

Betrachtet man die Ergebnisse der begonnenen Hilfen im Jahr 2005, ist die Situation gerade auf den Kopf gestellt und die Praxis der Hilfegewährung in den Jugendämtern erscheint in einem völlig anderen Licht.

In Deutschland begannen im Jahr 2005 insgesamt knapp 58 000 familienunterstützende Hilfen für junge Menschen, stationär untergebracht wurden 35 300 junge Menschen. Damit lag die Zahl der neuen familienunterstützenden Hilfe um 64 % über der der neuen Vollzeitpflegen und Heimerziehungen bzw. sonstigen betreuten Wohnform.

Allerdings stellt sich auch das Verhältnis von familienunterstützenden Hilfen und familienersetzenden Unterbringungen auf Länderebene nicht durchgängig einheitlich dar. So wie bei den bestehenden Hilfen am Jahresende 2005 deutliche Unterschiede zwischen den Ländern festzustellen waren, so treten auch bei den begonnenen Hilfen z. T. erhebliche Differenzen in der Gewährungspraxis auf.

In Thüringen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt begannen etwa gleich viele Hilfen für junge Menschen außerhalb der Familie wie familienunterstützende Hilfen (siehe Abb. 3.7). Das Verhältnis von begonnenen familienunterstützenden zu familienersetzenden Hilfen belief sich in Hamburg auf 1,2, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen auf jeweils 1,3. Bei den zum Jahresende 2005 bestehenden Hilfen war in diesen Ländern ein deutliches Übergewicht der familienersetzenden Hilfen festzustellen gewesen.

Etwa um die Hälfte mehr familienunterstützende als familienersetzende Hilfen haben in Bremen (Verhältnis 1,4), Berlin und Brandenburg (je 1,5) und Hessen (1,6) begonnen. Rund doppelt so hoch wie die Zahl der familienersetzenden Hilfen war die Zahl der familienunterstützenden Hilfen in Sachsen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern (je 1,9), in Bayern (2,0) sowie in Niedersachsen (2,1). Knapp zweieinhalb Mal so viele familienunterstützende wie familienersetzende Hilfen begannen 2005 in Baden-Württemberg (2,3).

Die unterschiedliche Häufigkeit einzelner Hilfearten in den Ländern hängt u. a. davon ab, dass belastende Lebenssituationen für Kinder und Eltern regional nicht gleich verteilt sind. Arbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld II und Sozialhilfebezug, insbesondere von Minderjährigen (siehe Abschnitt 3.1 zur Sozialhilfe), sind in einigen Ländern – vor allem den Stadtstaaten – häufiger anzutreffen. Auch Trennung, Scheidung und daraus resultierende Situationen des allein Erziehens sind nicht in allen Ländern gleich zahlreich.

Dabei gilt, dass keiner dieser Gründe zwingend einen Bedarf an erzieherischer Hilfe verursacht. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und allein Erziehende erziehen ihre Kinder auch ohne vom Jugendamt vermittelte professionelle pädagogische Unterstützung. Sozioökonomische Belastungen stellen zwar wichtige Gründe in dem vielschichtigen Faktorenbündel dar, das zur Inanspruchnahme von erzieherischer Hilfe führt, aber sie sind nicht die einzigen.

Weiter ist zu berücksichtigen, dass unterschiedliche Wahrnehmungsweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern bei der Gewährung von erzieherischer Hilfe eine Rolle spielen, die bei durchaus ähnlich gelagerten Problemsituationen unterschiedliche Hilfeentscheidungen treffen (können).

Grundsätzlich bleibt jedoch festzuhalten, dass in allen Ländern die Intention des Gesetzgebers verwirklicht wird, familienunterstützende Hilfen gegenüber den familienersetzenden Hilfen zu stärken. Die Daten zu den begonnenen Hilfen zeigen dies.

Gründe für die Unterschiede zwischen bestehenden und begonnenen Hilfen

Wie kommt es nun zu so unterschiedlichen Ergebnissen und Schlussfolgerungen, je nach dem, welche Zahlen man in der Auswertung heranzieht?

Zum einen beeinflusst die deutliche Zunahme der familienunterstützenden Hilfen das Verhältnis von familienunterstützenden und familienersetzenden Hilfen. Die Stärke der Zunahme ist abhängig davon, ob die am Jahresende bestehenden bzw. die während eines Jahres begonnenen Hilfen betrachtet werden.

Wird beispielsweise die familienunterstützende Maßnahme „Erziehung in einer

Tagesgruppe“ betrachtet, so hat sich die Zahl der *begonnenen* Hilfen deutschlandweit von 3 900 im Jahr 1991 auf 7 700 im Jahr 2005 knapp verdoppelt (+97 %). Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der familienersetzenden Hilfen gesunken bzw. nur geringfügig gestiegen: Zum Beispiel sind die *begonnenen* Vollzeitpflegen in einer anderen Familie für junge Menschen von 11 400 auf 10 300 zurückgegangen (–10 %) und die Zahl der *begonnenen* Heimerziehungen und sonstigen betreuten Wohnformen hat sich nur leicht erhöht (von 24 000 im Jahr 1991 auf 25 000 im Jahr 2005: +4 %).

Hinzu kommt aber noch ein weiterer, nicht zu unterschätzender Effekt. Familienunterstützende Hilfen dauern im Durchschnitt wesentlich kürzer als Hilfen, die mit einer stationären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb des Elternhauses verbunden sind.

So wurde die familienunterstützende Hilfsmaßnahme „Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand“ im Jahr 2005 durchschnittlich nach 13,2 Monaten beendet, ein Betreuungshelfer war im Schnitt 10 Monate im Einsatz und die „Teilnahme an sozialer Gruppenarbeit“ wurde nach 9,1 Monaten beendet. Am längsten unter den familienunterstützenden Hilfen dauerte die „Erziehung in einer Tagesgruppe“: Sie wurde im Durchschnitt 24 Monate in Anspruch genommen.

Deutlich anders stellt sich die Situation bei den familienersetzenden (stationären) Hilfen dar. Die im Jahr 2005 beendeten Maßnahmen „Vollzeitpflege in einer anderen Familie“ hatten im Schnitt 51 Monate gedauert und „Heimerziehungen“ bzw. „Unterbringungen in einer sonstigen betreuten Wohnform“ waren nach 27 Monaten beendet.

Weil familienersetzende Maßnahmen länger andauern als familienunterstützende, tauchen erstere häufiger in einer Bestandszählung zum Jahresende auf als familienunterstützende Hilfen, die z. T. in weniger als einem Jahr beendet werden können. Auch von daher erklärt es sich, dass die familienersetzenden Hilfen bei einer Betrachtung der am Jahresende andauernden Hilfen die familienunterstützenden Hilfen überwiegen.

Ein realistischeres Bild der Hilfegewährung für Kinder und Jugendliche durch die Jugendämter liefern somit die Daten zu den begonnenen familienunterstützenden Hilfen. Sie zeigen, dass offensichtlich zahlreichen Problemen, mit denen sich junge Menschen und deren Eltern um professionelle pädagogische Hilfe und Unterstützung an das Jugendamt wenden, mit einer familienunterstützenden Hilfe begegnet werden kann. Eine stationäre Unterbringung außerhalb des Elternhauses – sei es in Vollzeitpflege in einer anderen Familie, sei es in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform – wird im Bundesdurchschnitt nur in einem von drei Fällen für notwendig erachtet.

4 Gesundheit

Krankenhäuser

Höchste Krankenhausdichte in Schleswig-Holstein

2006 standen in Deutschland durchschnittlich 2,6 Krankenhäuser je 100 000 Einwohner zur Verfügung. Regional gab es deutliche Unterschiede: In Schleswig-Holstein waren es je 100 000 Einwohner durchschnittlich 3,4 Krankenhäuser. In Brandenburg kamen dagegen auf 100 000 Einwohner nur 1,8 Krankenhäuser. Die westdeutschen Bundesländer (einschl. Berlin) wiesen eine deutlich höhere Krankenhausdichte auf: Während in Ostdeutschland durchschnittlich 1,9 Krankenhäuser je 100 000 Einwohner zur Verfügung standen, waren es in Westdeutschland mit 2,7 Einrichtungen je 100 000 Einwohner anderthalb mal so viele. Die unterschiedliche Krankenhausdichte ist unter anderem in der Krankenhausgröße begründet, da größere Einrichtungen mehr Patienten versorgen können als kleine.

Tab. 4.1: Krankenhäuser 2006
je 100 000 Einwohner

Schleswig-Holstein	3,4
Bayern	3,1
Hessen	2,9
Baden-Württemberg	2,8
Hamburg	2,7
Niedersachsen	2,5
Saarland	2,5
Rheinland-Pfalz	2,4
Nordrhein-Westfalen	2,4
Berlin	2,1
Bremen	2,1
Sachsen-Anhalt	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	2,0
Thüringen	1,9
Sachsen	1,9
Brandenburg	1,8
Deutschland	**2,6**

Größere Krankenhäuser im Osten

Im Jahr 2006 verfügte ein Krankenhaus in Deutschland über durchschnittlich 243 Betten. Hinsichtlich der Durchschnittsgröße gab es in Deutschland ein deutliches Ost-West-Gefälle: In Ostdeutschland (ohne Berlin) gab es mit 331 Betten deutlich größere Einrichtungen als im Westen Deutschlands (230 Betten). Lediglich Bremen wies mit durchschnittlich 402 Betten sogar eine höhere Krankenhausgröße als die Krankenhäuser im Osten Deutschlands auf. Gemessen an ihrer Durchschnittsgröße zählen die Krankenhäuser Schleswig-Holsteins zu den kleinsten (162 Betten je Krankenhaus).

Krankenhausstatistik

Die Ergebnisse der Krankenhausstatistik bilden die Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder und dienen als Planungsgrundlage für die an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Länder. Die Erhebung liefert wichtige Informationen über das Volumen und die Struktur der Leistungsnachfrage in der stationären Versorgung und Krankheitshäufigkeiten. Sie dient damit auch der epidemiologischen Forschung und trägt zur Information der Bevölkerung bei. Zur stationären Versorgung standen im Jahr 2006 in Deutschland 2 104 Krankenhäuser zur Verfügung. Die Krankenhausstatistik bildet das Leistungsgeschehen dieser Einrichtungen ab und ist als jährliche Vollerhebung konzipiert. Das heißt, sämtliche Krankenhauseinrichtungen werden in der Krankenhausstatistik erfasst.

Tab. 4.2: Durchschnittliche Bettenzahl pro Krankenhaus 2006

Bremen	402
Thüringen	359
Sachsen-Anhalt	337
Sachsen	328
Brandenburg	327
Mecklenburg-Vorpommern	300
Nordrhein-Westfalen	286
Saarland	281
Berlin	276
Rheinland-Pfalz	259
Hamburg	254
Niedersachsen	214
Baden-Württemberg	204
Bayern	200
Hessen	196
Schleswig-Holstein	162
Deutschland	**243**

Anteil privater Krankenhäuser in Berlin am höchsten

Gut ein Viertel (27,8 %) aller Krankenhäuser in Deutschland befand sich 2006 in privater Trägerschaft. Den höchsten Anteil privater Krankenhäuser gab es in Berlin, wo mit 48,6 % annähernd die Hälfte aller Krankenhäuser von einem privaten Träger geführt wurde, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 47,1 % und Hamburg mit 46,8 %. Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen befanden sich dagegen nur 10 % der Einrichtungen in privater Trägerschaft. Hier dominierten mit einem Anteil von 69 % freigemeinnützige Einrichtungen die Krankenhauslandschaft. Als „freigemeinnützig“ bezeichnet man Einrichtungen, die von Trägern der kirchlichen und freien Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden, Stiftungen oder Vereinen unterhalten werden.

Tab. 4.3: Krankenhäuser insgesamt und in privater Trägerschaft 2006

	Krankenhäuser insgesamt	Davon privat
	Anzahl	in %
Berlin	72	*48,6*
Meckl.-Vorpommern	34	*47,1*
Hamburg	47	*46,8*
Schleswig-Holstein	96	*44,8*
Thüringen	45	*35,6*
Sachsen	82	*34,1*
Baden-Württemberg	296	*34,1*
Bayern	381	*32,0*
Hessen	179	*31,3*
Niedersachsen	199	*29,6*
Sachsen-Anhalt	50	*26,0*
Rheinland-Pfalz	99	*18,2*
Brandenburg	47	*17,0*
Bremen	14	*14,3*
Nordrhein-Westfalen	437	*10,3*
Saarland	26	–
Deutschland	**2 104**	***27,8***

Zwischen Träger und Größenstruktur eines Krankenhauses besteht ein deutlicher Zusammenhang. Sehr große Einrichtungen (z. B. Universitätskliniken) sind meist in öffentlicher Hand, kleine Einrichtungen werden überwiegend privat geführt. Während 2006 ein privates Krankenhaus durchschnittlich 119 Betten vorhielt, waren es in einem öffentlichen Krankenhaus durchschnittlich 364 Betten. Dazwischen lagen die freigemeinnützigen Krankenhäuser, die durchschnittlich 224 Betten vorhielten.

Jedes zweite Krankenhausbett in Mecklenburg- Vorpommern steht in einer privaten Einrichtung

Zwischen den Bundesländern variiert die Bettenverteilung auf die unterschiedlichen Krankenhausträger deutlich. Mehr als die Hälfte (52,4 %) aller in Mecklenburg-Vorpommern aufgestellten Betten stand in einem privaten Krankenhaus, gefolgt von Thüringen. Dort stand mehr als jedes dritte Krankenhausbett (36,4 %) in einer privaten Einrichtung. Demgegenüber waren nur 4,1 % aller in Nordrhein-Westfalen aufgestellten Betten in privater Trägerschaft. Im Bundesdurchschnitt standen 13,6 % aller aufgestellten Krankenhausbetten in einem privat geführten Haus.

Tab. 4.4: Krankenhausbetten in privater Trägerschaft 2006

	Kranken-hausbetten insgesamt	Davon privat
	Anzahl	in %
Meckl.-Vorpommern	10 216	*52,4*
Thüringen	16 142	*36,4*
Schleswig-Holstein	15 547	*29,6*
Sachsen	26 883	*23,6*
Hessen	35 091	*18,2*
Brandenburg	15 390	*17,1*
Berlin	19 859	*17,0*
Sachsen-Anhalt	16 833	*15,6*
Niedersachsen	42 651	*14,8*
Bayern	76 182	*14,4*
Hamburg	11 954	*11,1*
Baden-Württemberg	60 424	*11,0*
Rheinland-Pfalz	25 661	*6,6*
Bremen	5 626	*5,4*
Nordrhein-Westfalen	125 003	*4,1*
Saarland	7 305	–
Deutschland	**510 767**	***13,6***

Jedes vierte Krankenhausbett steht in Nordrhein-Westfalen

Insgesamt standen 2006 knapp 511 000 Betten in deutschen Krankenhäusern. Erwartungsgemäß verfügte das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 125 000 Krankenhausbetten über die meisten Betten: Rund jedes vierte in Deutschland existierende Krankenhausbett stand in diesem Bundesland.

Höchste Bettendichte in Bremen

Bezogen auf die Bettendichte lag Nordrhein-Westfalen damit an vierter Stelle: Je 100 000 Einwohner hielt Nordrhein-Westfalen 693 Betten vor. Die höchste Bettendichte wies Bremen mit 847 Betten je 100 000 Einwohner auf. Dies ist unter anderem darin begründet, dass Stadtstaaten in der Regel eine Mitversorgungsfunktion für die angrenzenden Flächenstaaten haben. Aus diesem Grund wies Niedersachsen mit 534 Betten je 100 000 Einwohner die niedrigste Bettendichte in Deutschland auf und auch in Schleswig-Holstein war die Bettendichte sehr gering (549 Betten je 100 000 Einwohner).

Tab. 4.5: Krankenhausbetten 2006
je 100 000 Einwohner

Bremen	847
Saarland	698
Thüringen	695
Nordrhein-Westfalen	693
Sachsen-Anhalt	685
Hamburg	684
Rheinland-Pfalz	633
Sachsen	631
Bayern	610
Brandenburg	603
Mecklenburg-Vorpommern	601
Berlin	584
Hessen	577
Baden-Württemberg	563
Schleswig-Holstein	549
Niedersachsen	534
Deutschland	**620**

Stadtstaaten verfügen über die meisten Ärzte je Krankenhaus

Die Ausstattung mit ärztlichem Personal war im Jahr 2006 in den Krankenhäusern der Stadtstaaten am höchsten. Die relative Ärztezahl in Bremen und Berlin lag weit über dem Bundesdurchschnitt von 59 Ärzten je Krankenhaus. In Bremer Krankenhäusern praktizierten durchschnittlich 110 Ärzte je Einrichtung, in Berlin waren es 93 Ärzte. Die geringste Ärzteausstattung wies Schleswig-Holstein mit durchschnittlich 42 Ärzten je Krankenhaus auf.

Um auszudrücken, wie gut ein Krankenhaus in Abhängigkeit von seiner Größe mit Ärzten ausgestattet ist, werden die vollstationären Berechnungs- und Belegungstage eines Krankenhauses ins Verhältnis gesetzt zur Anzahl der Vollkräfte im ärztlichen Dienst. Die ermittelte Kennzahl besagt, wie viele Behandlungstage eine Vollkraft (d. h. Beschäftigte umgerechnet auf die volle tarifliche Arbeitszeit) im Berichtsjahr durchschnittlich zu erbringen hatte. Dabei entspricht ein vollstationärer Behandlungstag, den ein Patient in der Einrichtung verbringt, einem belegten Bett. Tabelle 4.6 zeigt die Anzahl der durchschnittlich pro Vollkraft im ärztlichen Dienst im Jahr zu versorgenden Betten. Der Bundesdurchschnitt lag bei 1 150 belegten Betten im Jahr 2006.

Die Anzahl der zu versorgenden Betten variierte zwischen den Bundesländern. Eine ärztliche Vollkraft in Brandenburg versorgte mit durchschnittlich 1 347 belegten Betten die meisten Betten. In den Stadtstaaten versorgte der ärztliche Dienst mit 998 Betten in Bremen, 928 Betten in Hamburg und 873 Betten in Berlin die wenigsten Betten im Kalenderjahr.

Tab. 4.6: Anzahl der durchschnittlich je Vollkraft im ärztlichen Dienst zu versorgenden Betten 2006

Berlin	873
Hamburg	928
Bremen	998
Baden-Württemberg	1 046
Mecklenburg-Vorpommern	1 060
Schleswig-Holstein	1 132
Saarland	1 135
Bayern	1 137
Niedersachsen	1 194
Hessen	1 205
Nordrhein-Westfalen	1 208
Rheinland-Pfalz	1 229
Sachsen	1 235
Sachsen-Anhalt	1 267
Thüringen	1 276
Brandenburg	1 347
Deutschland	**1 150**

Fallzahl im Vergleich zum Vorjahr gesunken

Im Jahr 2005 wurden in den Krankenhäusern 17 Mill. Patientinnen und Patienten aus der vollstationären Krankenhausbehandlung entlassen. Die Fallzahl sank im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 %.

Erwartungsgemäß wurden auch die meisten Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen behandelt, da in diesem Bundesland absolut betrachtet die meisten Krankenhäuser stehen und die meisten Krankenhausbetten vorhanden sind. Mit 4,0 Mill. Fällen wurde fast ein Viertel aller Patientinnen und Patienten Deutschlands in diesem Bundesland vollstationär behandelt.

Sachsen-Anhalter am häufigsten vollstationär behandelt

Bezogen auf die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes wurden die Sachsen-Anhalter am häufigsten vollstationär behandelt: Je 100 000 Einwohner waren es 23 710 Patientinnen und Patienten. Am seltensten waren Patientinnen und Patienten aus Baden-Württemberg (17 678) und Hamburg (18 328) in vollstationärer Behandlung.

Häufigster Grund für Krankenhausaufenthalt sind Krankheiten des Kreislaufsystems

Mit über 2,6 Mill. Fällen führten – wie in den Vorjahren – Krankheiten des Kreislaufsystems am häufigsten zu einem Krankenhausaufenthalt. Bezogen auf 100 000 Einwohner kamen die meisten Patientinnen und Patienten, die aufgrund dieser Erkrankungen in vollstationärer Behandlung waren, aus dem Saarland (3 917 Patientinnen und Patienten je 100 000 Einwohner). Die geringste Quote wies Baden-Württemberg mit 2 506 Patientinnen und Patienten je 100 000 Einwohner auf.

Überdurchschnittlich viele Krankenhausaufenthalte wegen Krebserkrankungen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt

Zweithäufigster Grund für einen Krankenhausaufenthalt waren Krebserkrankungen mit insgesamt 1,8 Mill. Fällen. Davon waren rund ein Fünftel gut und vier Fünftel bösartig. Bezogen auf 100 000 Einwohner trat diese Erkrankung in den neuen Bundesländern am häufigsten auf: Am meisten in Brandenburg mit 2 872 Fällen je 100 000 Einwohner und in Sachsen-Anhalt mit 2 856 Fällen je 100 000 Einwohner. Der Bundesdurchschnitt lag bei 2 227 Patientinnen und Patienten je 100 000 Einwohner. Die niedrigste Quote wiesen Hamburg mit 1 854 Fällen je 100 000 Einwohner und Baden-Württemberg mit 1 873 Behandelten je 100 000 Einwohner auf.

Dritthäufigster Grund für einen Krankenhausaufenthalt waren Krankheiten des Verdauungssystems mit 1,7 Mill. Behandlungsfällen. Diese Erkrankung führte mit 2 372 Patientinnen und Patienten je 100 000 Einwohner am häufigsten bei den Sachsen-Anhaltern zu einer vollstationären Behandlung, gefolgt von den Saarländern mit 2 311 Fällen je 100 000 Einwohner.

In Bremen wird am häufigsten entbunden

Im Jahr 2006 wurden in Deutschland knapp 653 000 Frauen im Krankenhaus entbunden. Bezogen auf 100 000 Einwohner fanden in Bremen die meisten Entbindungen statt: Von 100 000 Frauen im gebärfähigen Alter (zwischen 12 und 55 Jahren) wurden in diesem Stadtstaat im Durchschnitt 4 160 Frauen entbunden. Das sind 49 % mehr als im Bundesdurchschnitt, der bei 2 791 entbundenen Frauen lag. Hamburg lag mit durchschnittlich 3 600 entbundenen Frauen je 100 000 Gebärfähigen an zweiter Stelle im Bundesländervergleich und damit ebenfalls noch weit über dem Bundesdurchschnitt. Am geringsten war die Zahl der Entbindungen in den ostdeutschen Bundesländern: Am niedrigsten war sie in Brandenburg (2 035 von 100 000 Frauen), Thüringen (2 359 je 100 000 Frauen) und Sachsen-Anhalt (2 485 je 100 000 Frauen).

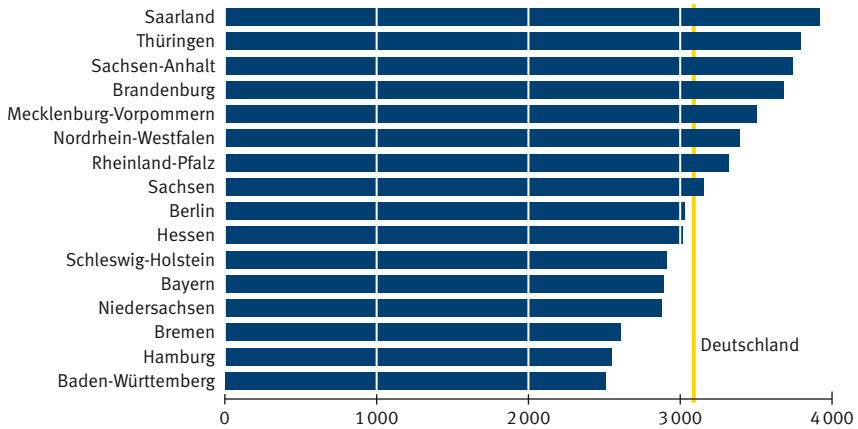
Tab. 4.7: Entbindungen 2006
je 100 000 Frauen im gebärfähigen Alter von 12 bis 55 Jahren

Bremen	4 160
Hamburg	3 600
Berlin	3 028
Baden-Württemberg	2 888
Hessen	2 847
Nordrhein-Westfalen	2 839
Bayern	2 829
Sachsen	2 807
Niedersachsen	2 740
Rheinland-Pfalz	2 619
Saarland	2 581
Schleswig-Holstein	2 560
Mecklenburg-Vorpommern	2 506
Sachsen-Anhalt	2 485
Thüringen	2 359
Brandenburg	2 035
Deutschland	**2 791**

Kaiserschnitte in Ostdeutschland weit seltener als im Bundesdurchschnitt

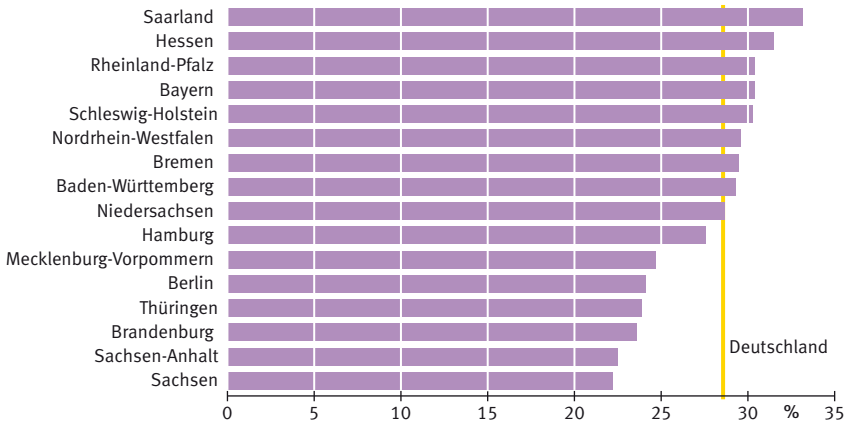
Gut ein Viertel (28,6 %) aller Entbindungen im Jahr 2006 wurde in Deutschland per Kaiserschnitt durchgeführt. Dabei lag in den ostdeutschen Bundesländern und in Berlin der Anteil der Entbindungen per Kaiserschnitt weit unter dem Bundesdurchschnitt. Lediglich 22 % der Frauen, deren Kinder in einem sächsischen Krankenhaus zur Welt kamen, wurden auf diese Weise entbunden. Das Saarland wies mit gut 33 % den höchsten Anteil an Kaiserschnittentbindungen auf, gefolgt von Hessen mit knapp 32 %. Auch in Rheinland-Pfalz, Bayern und Schleswig-Holstein lag der Anteil der Entbindungen per Kaiserschnitt mit jeweils rund 30 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Abb. 4.1: Krankenhauspatienten mit Krankheiten des Kreislaufsystems 2005[1)]
je 100 000 Einwohner



1) Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

Abb. 4.2: Anteil der Entbindungen durch Kaiserschnitt 2006



Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahr 2006 wurden knapp 120 000 Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland gemeldet. Gut 119 200 Eingriffe ließen in Deutschland lebende Frauen vornehmen, in rund 500 Fällen hatten die Schwangeren ihren ständigen Wohnsitz im Ausland. Im Folgenden werden nur die in Deutschland lebenden Frauen berücksichtigt.

Schwangerschaftsabbruchstatistik

Die Schwangerschaftsabbruchstatistik wird in Deutschland vierteljährlich auf der Grundlage des „Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten" durchgeführt. Die Ergebnisse geben einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland und informieren über ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen. Damit werden wichtige Angaben im Zusammenhang mit den Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen sowie über Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens zur Verfügung gestellt.

Auskunftspflichtig zur Statistik sind die Inhaber der Arztpraxen und die Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden bzw. werden sollen.

In den Stadtstaaten höchste Quote der Schwangerschaftsabbrüche

Die meisten Schwangerschaftsabbrüche ließen Frauen aus Nordrhein-Westfalen vornehmen (25 000 Abbrüche), die wenigsten im Saarland lebende Frauen mit 1 300 Fällen.

Der Vergleich der absoluten Zahlen ist jedoch nicht aussagekräftig, da die Gesamtzahl der in den einzelnen Ländern lebenden Frauen sehr unterschiedlich ist. In internationalen Vergleichen wird als Referenzgruppe die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 45 Jahren herangezogen. Diesem Abschnitt soll jedoch die Altersgruppe der Frauen von 10 bis 55 Jahren zu Grunde gelegt werden, da im Rahmen der Schwangerschaftsabbruchstatistik Fälle zu Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren gemeldet werden.

Im Jahr 2006 gab es in Deutschland durchschnittlich 49 Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 Frauen der Altersgruppe von 10 bis 55 Jahren. Die mit Abstand höchsten Quoten wiesen die Stadtstaaten auf, wobei in Berlin die höchste Quote von 97 je 10 000 Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren zu verzeichnen war. Ebenfalls über dem bundesdeutschen Durchschnitt lagen die neuen Bundesländer und Hessen. Die geringste Quote wurde für Bayern mit 37 Schwangerschaftsabbrüchen je 10 000 Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren ausgewiesen, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 38 und Baden-Württemberg bzw. dem Saarland mit 41 Abbrüchen.

Quote der Schwangerschaftsabbrüche lediger Frauen in Bremen und Berlin am höchsten

Von allen Frauen, die 2006 einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, war über die Hälfte (51,7 %) zum Zeitpunkt des Eingriffs ledig, verheiratet waren 42,7 % und geschieden waren gut 5 %, während der Anteil der verwitweten Frauen mit unter einem halben Prozent eher zu vernachlässigen ist. Da sich die Verteilung der Familienstände innerhalb der Referenzgruppe der 10- bis 55-jährigen Frauen mit 46,4 % Ledigen, 44,0 % Verheirateten, 8,3 % Geschiedenen und 1,4 % Verwitweten strukturell anders darstellt, soll durch die entsprechende Quotenberechnung dieser demografische Effekt nivelliert werden. Für ledige Frauen liegt die Quote bei 55 je 10 000 Frauen der Referenzgruppe, für Verheiratete ergibt sich ein Wert von 48, für Geschiedene beträgt die Quote 31 und für Verwitwete 12 je 10 000 Frauen der Referenzgruppe.

In den einzelnen Bundesländern zeigen sich wieder strukturelle Unterschiede: So kamen in Bremen auf 10 000 ledige Frauen 98 Schwangerschaftsabbrüche, in Bayern waren es 37.

Auch bei den verheirateten Frauen liegen die Stadtstaaten nach dem Wegfall der demografischen Komponente vorn: Berlin hatte 2006 eine Quote von 117 zu ver-

Abb. 4.3: Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland lebender Frauen 2006
je 10 000 Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren

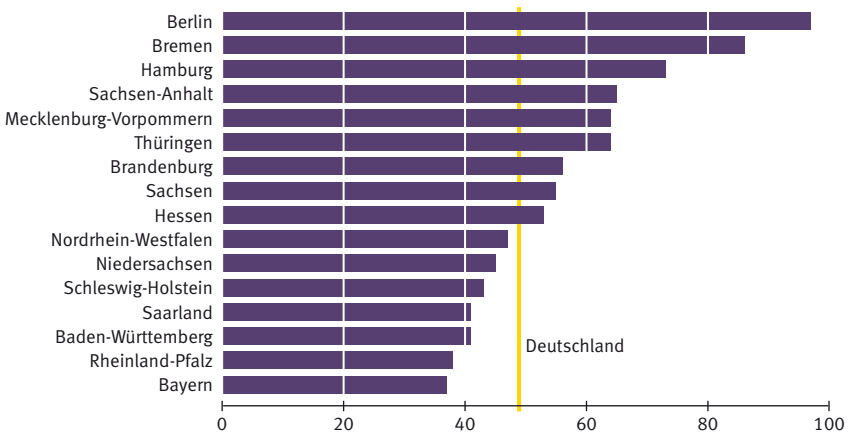
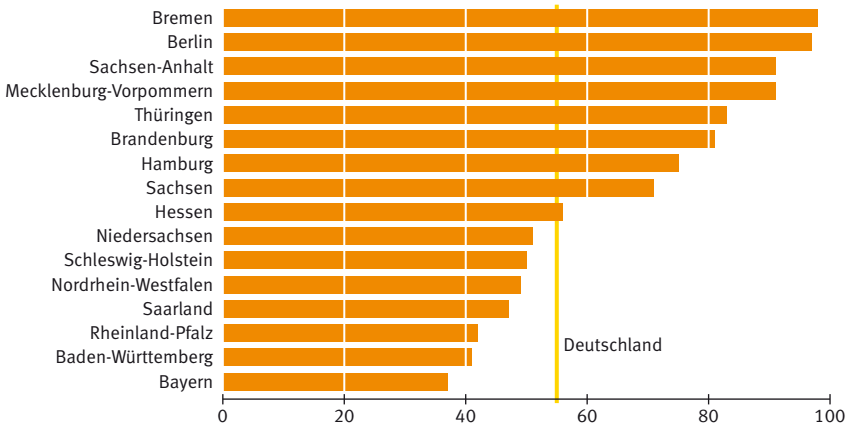


Abb. 4.4: Schwangerschaftsabbrüche lediger Frauen 2006
je 10 000 ledige Frauen im Alter von 10 bis 55 Jahren



Tab. 4.8: Schwangerschaftsabbrüche nach der Zahl der vorangegangenen Lebendgeborenen 2006 – in Prozent

	Davon Frauen (mit) ... Lebendgeborenen				
	ohne	1	2	3	4 und mehr
Hamburg	49,4	23,1	19,7	5,5	2,3
Bremen	45,4	23,7	19,7	7,6	3,5
Schleswig-Holstein	44,3	23,3	22,4	7,4	2,6
Berlin	43,4	27,5	20,7	5,8	2,6
Hessen	42,5	25,7	22,1	7,2	2,6
Nordrhein-Westfalen	42,4	23,8	22,4	8,2	3,2
Baden-Württemberg	42,0	22,9	24,6	8,0	2,5
Bayern	41,5	24,0	24,0	7,8	2,6
Niedersachsen	40,4	24,7	23,9	7,5	3,5
Rheinland-Pfalz	39,3	25,3	23,5	8,6	3,4
Saarland	38,3	26,1	23,6	8,6	3,4
Brandenburg	34,9	32,9	23,5	6,0	2,6
Sachsen	34,0	31,8	25,5	6,4	2,3
Sachsen-Anhalt	33,8	34,1	24,3	5,6	2,2
Thüringen	33,5	31,4	26,0	6,6	2,5
Mecklenburg-Vorpommern	32,8	32,6	24,4	7,0	3,1
Deutschland	**40,7**	**25,9**	**23,2**	**7,3**	**2,8**

zeichnen, in Hamburg waren es 84 und in Bremen 73 Schwangerschaftsabbrüche je 10 000 verheirateter Frauen der Referenzgruppe. Die geringste Quote bei den verheirateten Frauen war mit 38 in Bayern und in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen.

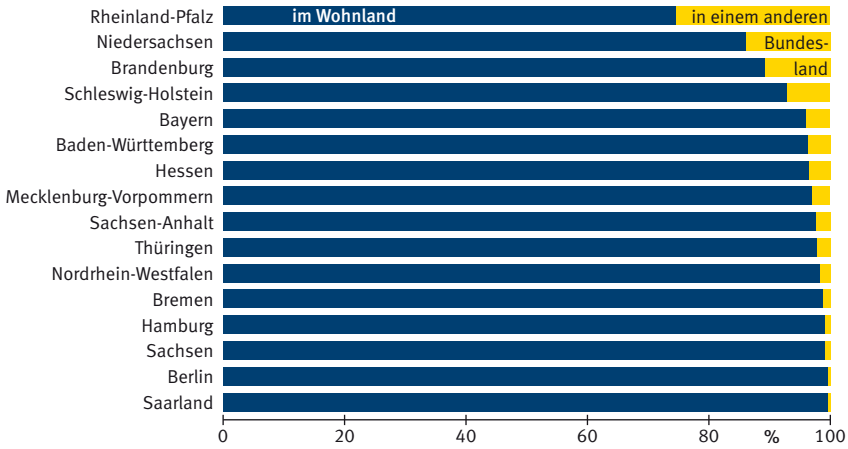
Hamburg: Fast die Hälfte der Frauen zum Zeitpunkt des Abbruchs kinderlos

Auch bei der Anzahl der vor dem Schwangerschaftsabbruch zur Welt gebrachten Kinder gibt es regionale Unterschiede. Insgesamt hatten 40,7 % aller Frauen, die im Jahr 2006 einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, vorher noch keine Lebendgeburt. In allen neuen Ländern sowie in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz und im Saarland fallen diese Anteile geringer aus. In diesen Ländern hatten also mehr Frauen bereits mindestens ein Kind geboren, als sie sich zu dem Schwangerschaftsabbruch entschlossen. Demgegenüber liegen die Anteile im Westen höher: In den alten Bundesländern wird häufiger eine Schwangerschaft abgebrochen, wenn noch kein Kind geboren wurde. In Hamburg war fast die Hälfte (49,4 %) aller Frauen zum Zeitpunkt des Eingriffs kinderlos.

Jede zehnte Frau in Rheinland-Pfalz geht für Schwangerschaftsabbruch ins Saarland

Die meisten Schwangerschaftsabbrüche (94,9 %) wurden im Wohnland der betroffenen Frauen durchgeführt. In den meisten Bundesländern lag dieser Anteil sogar noch über dem Durchschnitt, mit 99,6 % wird für das Saarland der höchste Wert ausgewiesen. Am geringsten war der Anteil der Frauen, die den Abbruch in ihrem Wohnland durchführen ließen, in Rheinland-Pfalz (74,5 %), Niedersachsen (86,1 %), Brandenburg (89,1 %) und in Schleswig-Holstein (92,8 %). Von den in Rheinland-Pfalz lebenden Frauen ließen 25,5 % den Schwangerschaftsabbruch außerhalb ihres Wohnlandes durchführen (12,0 % im Saarland, 6,1 % in Hessen). In Niedersachsen lebende Frauen ließen zu 10,0 % den Schwangerschaftsabbruch in Bremen vornehmen, 8,9 % der Frauen in Brandenburg gingen für den Eingriff nach Berlin und 6,3 % der Frauen aus Schleswig-Holstein ließen den Eingriff in Hamburg vornehmen.

Abb. 4.5: Ort des Schwangerschaftsabbruchs 2006

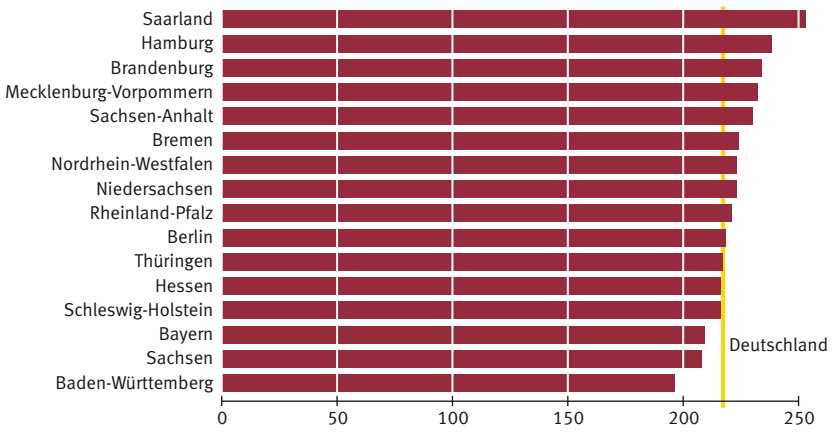


Todesursachen

Im Jahr 2006 starben in Deutschland rund 822 000 Menschen. Bezogen auf 100 000 Einwohner waren das 777 Gestorbene je 100 000 Einwohner (altersstandardisierter Wert).

Die Haupttodesursachen des Jahres 2006 waren in Deutschland Krankheiten des Kreislaufsystems und bösartige Neubildungen (Krebs). An Herzkreislauferkrankungen verstarben 359 000 Menschen, dies entspricht einem altersstandardisierten Wert von 322 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern.

Abb. 4.6: Todesursache „Bösartige Neubildungen" (Krebs) 2006 – je 100 000 Einwohner



Todesursache Kreislauferkrankung am häufigsten in den neuen Ländern

Bezogen auf die Bundesländer zeigen die altersstandardisierten Werte, dass in den neuen Bundesländern die meisten Personen je 100 000 Einwohner an Kreislauferkrankungen verstarben: In Sachsen-Anhalt waren es 404 Menschen je 100 000 Einwohner und in Brandenburg 377 (altersstandardisierte Werte). In den Stadtstaaten und in Baden-Württemberg verstarben dagegen die wenigsten Personen je 100 000 Einwohner an dieser Erkrankung, wenn die altersstandardisierten Werte herangezogen werden: In Hamburg waren es mit 272 Gestorbenen je 100 000 Einwohner bundesweit die wenigsten Personen.

Bezogen auf 100 000 Einwohner sterben in Baden-Württemberg die wenigsten Menschen an Krebs

Die zweithäufigste Todesursache im Jahr 2006 waren Krebserkrankungen. An diesem Leiden verstarben rund 211 500 Menschen, was im Bundesdurchschnitt altersstandardisiert 217 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern entspricht.

Bei den Krebserkrankungen war die Streuung der altersstandardisierten Sterbeziffern zwischen den Bundesländern geringer als bei den Kreislauferkrankungen und sie zeigen auch keine Unterschiede zwischen West und Ost. Mit 253 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern liegt das Saarland an der Spitze, gefolgt von Hamburg mit 238 und Brandenburg mit 234 Gestorbenen. Die niedrigsten altersstandardisierten Sterbeziffern finden sich in Baden-Württemberg (196 Gestorbene je 100 000 Einwohner), Sachsen (208) und Bayern (209).

Tab. 4.9: Ausgewählte Todesursachen 2006
je 100 000 Einwohner (altersstandardisierte Werte)

	Krankheiten des Kreislaufsystems	Bösartige Neubildungen (Krebs)	Unfälle	Vorsätzliche Selbstbeschädigung
Sachsen-Anhalt	404	230	21	7
Brandenburg	377	234	20	12
Mecklenburg-Vorpommern	374	232	27	10
Thüringen	363	217	29	13
Sachsen	351	208	25	13
Saarland	341	253	14	11
Rheinland-Pfalz	339	221	17	12
Bayern	328	209	19	13
Schleswig-Holstein	326	216	15	12
Nordrhein-Westfalen	324	223	18	8
Niedersachsen	319	223	25	10
Bremen	304	224	12	9
Hessen	290	216	24	11
Berlin	284	218	13	12
Baden-Württemberg	280	196	21	12
Hamburg	272	238	21	11
Deutschland	**322**	**217**	**20**	**11**

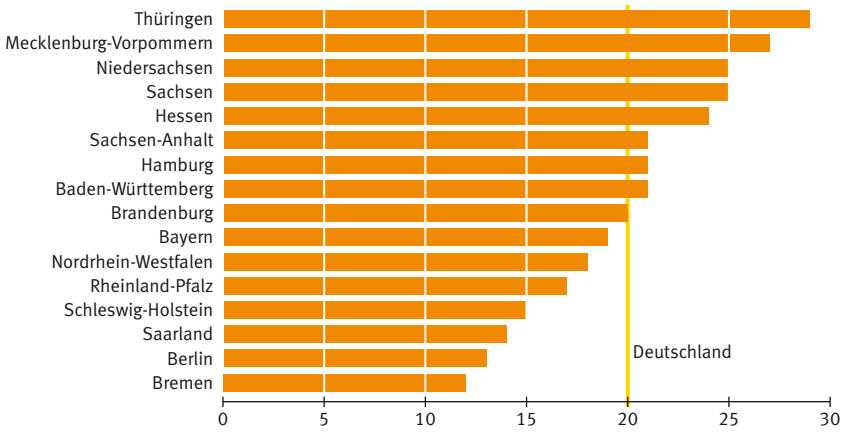
Quote der Unfalltoten in Bremen am niedrigsten

Unfälle und vorsätzliche Selbstbeschädigung treten im Vergleich zu den Kreislauf- und Krebserkrankungen weniger häufig auf. Im Jahr 2006 verstarben in Deutschland 20 Personen je 100 000 Einwohner aufgrund eines Unfalls und 11 Personen je 100 000 Einwohner an vorsätzlicher Selbstbeschädigung.

Bezogen auf die Bundesländer zeigen die altersstandardisierten Sterbeziffern für Unfalltote kein einheitliches Bild: In Thüringen starben mit 29 Gestorbenen je 100 000 Einwohnern die meisten Menschen an dieser Todesursache, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (27 Gestorbene) und Niedersachsen (25 Gestorbene), in Bremen dagegen mit 12 Gestorbenen je 100 000 Einwohner die wenigsten.

Neben den nicht näher bezeichneten „Sonstigen Unfällen" war die zweithäufigste Unfallart in allen Bundesländern der Verkehrsunfall und in etwa entsprechen diese Werte den Angaben in Abbildung 6.1 zu den Getöteten im Straßenverkehr (Kapitel „Verkehr"): In Mecklenburg-Vorpommern starben im Jahr 2006 bezogen

Abb. 4.7: Todesursache „Unfälle“ 2006 – je 100 000 Einwohner



Altersstandardisierung

Standardisierung ist ein Rechenverfahren, das angewandt wird um vergleichbare Zahlenangaben für strukturell unterschiedliche Bezugsmengen zu erhalten. So wird z.B. eine Altersstandardisierung durchgeführt, um Strukturunterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich des Altersaufbaus ihrer Bevölkerung zu berücksichtigen. Aber auch hinsichtlich des Geschlechts können Daten standardisiert werden.

Rechnerisch wird eine Standardisierung wie folgt durchgeführt: Der erste Schritt der Altersstandardisierung ist zunächst die Berechnung der altersspezifischen Rate. Betrachtet wird die Anzahl Gestorbener in einer Region nach Altersgruppen. Die *altersspezifische* Rate wird ermittelt, indem man die Anzahl der Gestorbenen einer Altersgruppe durch die mittlere Bevölkerung in dieser Altersgruppe teilt und das ganze mit 100 000 multipliziert (Rate je 100 000). Im Anschluss kann die *altersstandardisierte* Rate errechnet werden. Diese ist die mit den Anteilswerten der Altersklassen in der Standardbevölkerung gewichtete Summe der altersspezifischen Sterberaten der untersuchten Bevölkerung. Die Daten dieses Abschnitts sind mit der Standardbevölkerung Deutschlands von 1987 standardisiert.

Todesursachenstatistik

Die Todesursachenstatistik erfasst für jeden Sterbefall in Deutschland das so genannte Grundleiden der Gestorbenen. Das ist diejenige Krankheit oder Verletzung, die die Ursache aller Folgeerkrankungen war und die schließlich zum Tode führte. Verstirbt eine Person z. B. an einem Herz-Kreislauf-Versagen, das durch eine Lungenembolie ausgelöst wurde, welche wiederum eine Folge von Lungenkrebs war, so wird Lungenkrebs statistisch als Todesursache erfasst.

Die Todesursachenstatistik ist neben der Krankenhausdiagnosestatistik die einzige Vollerhebung über das Krankheitsgeschehen in Deutschland.

auf 1 Mill. Einwohner die meisten Menschen im Straßenverkehr, in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen lag die Zahl der Gestorbenen durch Verkehrsunfälle deutlich über dem Bundesdurchschnitt (Nordrhein-Westfalen lag dagegen mit den Stadtstaaten am unteren Ende der Skala).

Selbstmordrate in Sachsen und Thüringen am höchsten

Die Werte für die vorsätzliche Selbstbeschädigung schwanken zwischen den Ländern. Am häufigsten war diese Todesursache in Bayern, Sachsen und Thüringen mit jeweils 13 Gestorbenen je 100 000 Einwohner. Der niedrigste Wert lag dagegen in Sachsen-Anhalt mit 7 Gestorbenen je 100 000 Einwohner.

5 Bildung

In Deutschland richten sich Verantwortung und Zuständigkeit für das Bildungswesen nach dem föderativen System, d. h. wichtige Entscheidungen über Struktur und Inhalte des Bildungssystems werden von Bund und Ländern, teilweise aber auch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffen. Letztere sind an Entscheidungen zum „dualen System der Berufsausbildung“ beteiligt, das eine praktische Ausbildung im Betrieb mit einer theoretischen Ausbildung an einer Teilzeit-Berufsschule verbindet. Grundsätzlich sind die Bundesländer für das Bildungssystem zuständig, und zwar für die Ausbildung an Schulen und Hochschulen aber auch für die Weiterbildung.

Insgesamt 9,4 Mill. Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2006/07 die allgemein bildenden Schulen. Von den 2,8 Mill. Schülerinnen und Schülern in beruflichen Schulen nahmen im gleichen Zeitraum 1,6 Mill. junge Menschen an einer Berufsausbildung im dualen System teil. An den deutschen Hochschulen waren 2,0 Mill. Studierende für das Wintersemester 2006/07 eingeschrieben.

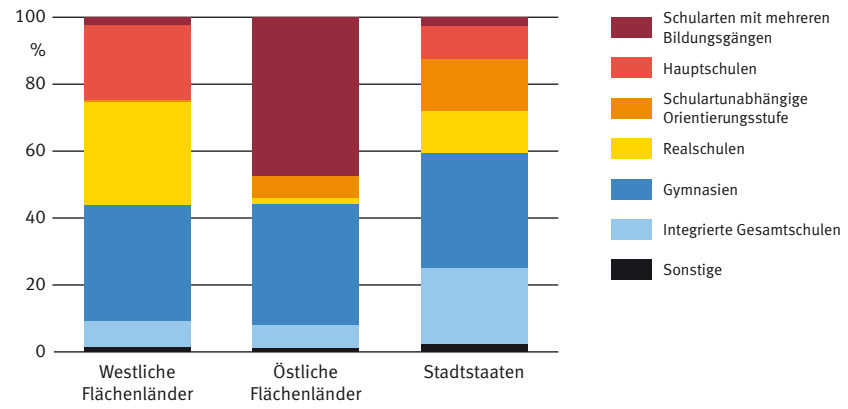
Allgemein bildende Schulen

Struktur weiterführender Schulen in den Ländern unterschiedlich

Nach Abschluss der Grundschule besuchten im Schuljahr 2006/07 rd. 4,8 Mill. Schülerinnen und Schüler weiterführende Schulen im Sekundarbereich I, also die Klassenstufen 5 bis 10. Die Aufteilung auf die Schularten ist abhängig vom vorhandenen Schulangebot, der Schulpolitik der Länder sowie den Bildungswünschen von Eltern und Kindern. Nach dem Grundgesetz ist Schulpolitik Sache der Länder, daher ist die Struktur der weiterführenden Schularten in den Ländern unterschiedlich.

In allen Bundesländern und den Stadtstaaten besucht mehr als ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs I ein Gymnasium. Die Verteilung auf die übrigen Schularten differiert dagegen stark zwischen den Ländern. In den westlichen Flächenländern lernten im Schuljahr 2006/07 die Schüler dieses Bildungsbereichs außer in Gymnasien vor allem in Realschulen (30,6 %) und Hauptschulen (22,5 %). Damit befanden sich 88 % der Schüler im klassischen dreigliedrigen Schulsystem. Schularten mit mehreren Bildungsgängen (47,7 %) wurden insbesondere von Schülern aus den östlichen Flächenländern besucht; sie führen zum Hauptschul- oder Realschulabschluss. Diese Schulstruktur ist auf die 10-jährige Pflichtschulzeit in der ehemaligen DDR zurückzuführen.

Abb. 5.1: Schüler nach Schularten 2006/07 im Sekundarbereich I



In den Stadtstaaten wurden Schüler überdurchschnittlich häufig in Integrierten Gesamtschulen (23,0 %) unterrichtet; hier können in der Regel alle allgemein bildenden Schulabschlüsse erworben werden. Realschulen und Hauptschulen besuchten die Schülerinnen und Schüler dagegen nur annähernd halb so häufig wie in den westlichen Flächenländern.

Gymnasien in den letzten Jahren immer beliebter

Gegenüber dem Schuljahr 2001/02 ist in allen Ländern der Anteil der Schüler in Gymnasien gestiegen (+2 bis +17 Prozentpunkte), zu Lasten der Hauptschulen (–8 bis –1 Prozentpunkte). Realschulen konnten dagegen nur in den westlichen Flächenländern ihren Anteil noch steigern (+3 Prozentpunkte). In den östlichen Flächenländern lernten die Schülerinnen und Schüler verstärkt in Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Ihr Anteil wuchs um 9 Prozentpunkte. Hintergrund hierfür dürfte vor allem die Sicherstellung eines flächendeckenden Schulangebots im ländlichen Raum sein, angesichts des starken Geburtenrückgangs zu Beginn der 90er Jahre.

Abgänger ohne Abschluss unterschiedlich häufig

Ein allgemein bildender Schulabschluss ist die Mindestvoraussetzung für die Erlangung eines Ausbildungsplatzes und damit einer beruflichen Zukunft. Dennoch verließen im vergangenen Jahr in Deutschland 7,8 % der Absolventen die allgemein bildenden Schulen ohne einen Hauptschulabschluss nach Beendigung der neun- bzw. zehnjährigen Schulpflicht. Diese Quote lag aufgrund der jeweiligen landsrechtlichen Regelungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich hoch. So reichte die Spanne von 6,3 % in Baden-Württemberg bis zu 11,5 % in Hamburg. Diesen traurigen Rekord führten Mecklenburg-Vorpommern (11,4 %), Sachsen-Anhalt (10,8 %) und Brandenburg (10,2 %) fort.

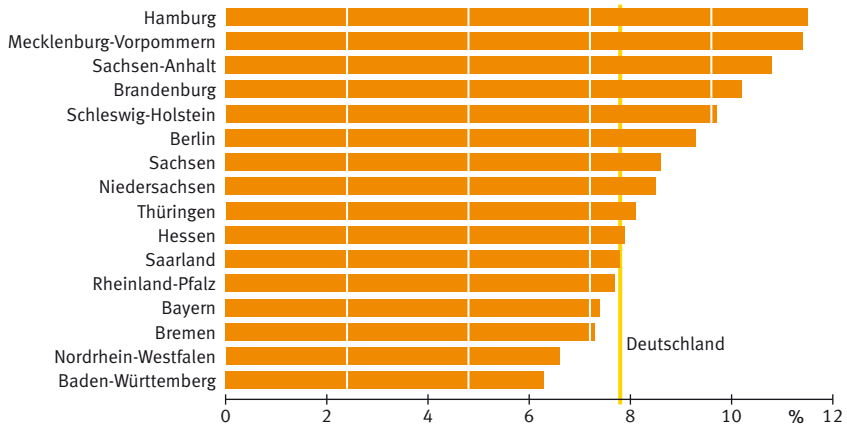
Bundesweit waren 19,2 % der Absolventen ohne Abschluss Ausländer. Mit 23,6 % lag ihr Anteil im früheren Bundesgebiet deutlich höher als in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit 6,6 %.

Doch der Hauptschulabschluss kann im Anschluss an die Pflichtschulzeit in beruflichen Schulen nachgeholt werden. Diese Chance nutzte im vergangenen Schuljahr fast die Hälfte der Absolventen. Seit dem Jahr 2002 sinkt so der Anteil der Abgänger ohne Abschluss stetig (–1,3 Prozentpunkte). Die Bildungspolitik ist bestrebt, diesen Trend zu verstärken.

Trend zu mehr Privatschulen

Privatschulen können gemäß den Landesschulgesetzen von natürlichen oder juristischen Personen des privaten oder öffent-

Abb. 5.2: Abgänger ohne Hauptschulabschluss an allgemein bildenden Schulen 2006



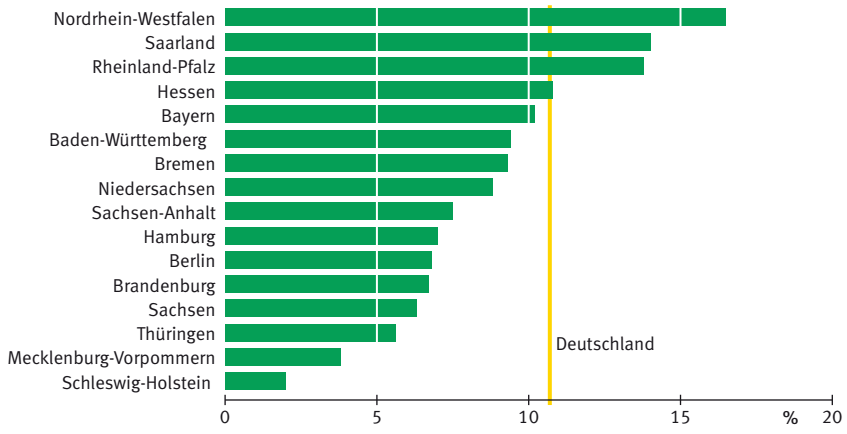
lichen Rechts (zum Beispiel von Kirchen) betrieben werden. In den letzten Jahren hat das Interesse an Privatschulen deutlich zugenommen. Die Gründe liegen zum einen in der schlechten Bewertung Deutschlands bei der PISA-Studie, zum anderen auch in der aufgelebten Wertediskussion. Im Jahr 2006 besuchten 656 000 Schüler private allgemein bildende sowie 236 000 private berufliche Schulen. Gegenüber dem Jahr 2000 hat die Zahl der Privatschüler an allgemein bildenden Schulen um rund 96 000 zugenommen (+17,2 %), obwohl die Gesamtzahl der Schüler in diesem Zeitraum um –6,1 % zurückging.

Das Gymnasium ist die Schulart mit der höchsten Zahl privater Schüler (rd. 263 000); das sind bundesweit 10,7 % aller Gymnasialschüler. Bezogen auf die einzelnen Bundesländer reicht der Anteil von 2,0 % in Schleswig-Holstein und 3,8 % in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 14,0 % im Saarland und 16,5 % in Nordrhein-Westfalen. Diese extremen Unterschiede könnten u. a. in der jeweiligen Schulpolitik sowie in der bildungspolitischen Tradition des jeweiligen Landes begründet sein. In den neuen Ländern dagegen sind die Anteile von Schülern in privaten Schulen bzw. in Gymnasien vergleichsweise niedrig; sie liegen zwischen 3,8 % und 7,5 %. Dies ist wahrscheinlich auf den unterschiedlichen geschichtlichen Hintergrund und lange Vorlaufzeiten bei der Gründung privater Schulen zurückzuführen.

Hochschulen

Im Wintersemester 2006/07 waren insgesamt 2 Mill. Studierende an deutschen Hochschulen immatrikuliert, davon knapp die Hälfte in den bevölkerungsreichsten Flächenstaaten Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg.

Abb. 5.3: Schülerquoten der privaten Gymnasien 2006



Tab. 5.1: Studierende und Studienanfänger 2006 – in Tausend

	Studierende [1]	Studienanfänger [2]
Nordrhein-Westfalen	476	75
Bayern	258	52
Baden-Württemberg	245	48
Hessen	163	29
Niedersachsen	146	25
Berlin	133	20
Sachsen	107	19
Rheinland-Pfalz	103	18
Hamburg	71	12
Sachsen-Anhalt	51	8
Thüringen	50	9
Schleswig-Holstein	48	8
Brandenburg	42	8
Meckl.-Vorpommern	35	6
Bremen	31	5
Saarland	20	4
Deutschland	**1 979**	**345**

1) Studierende im Wintersemester.
2) Studienanfänger (1. Hochschulsemester) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

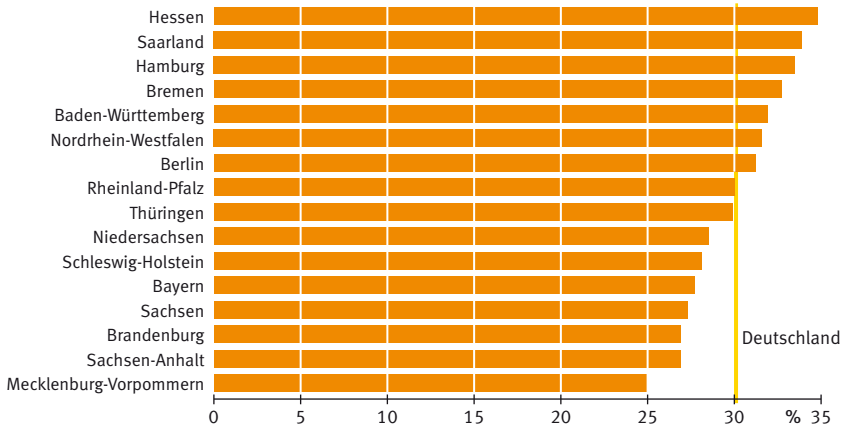
Im Studienjahr 2006 (Sommer- und darauf folgendes Wintersemester) schrieben sich 345 000 Studienanfängerinnen und -anfänger an Hochschulen ein. Damit lag die Studienanfängerquote, also der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Alters, bei 30,1 %.

Mecklenburg-Vorpommern hat die wenigsten Studienanfängerinnen und Studienanfänger

Zwischen einzelnen Bundesländern zeigten sich im Hinblick auf die Studienanfängerquoten deutliche Unterschiede: Anteilig an der Bevölkerung des entsprechenden Alters gab es im Studienjahr 2006 die meisten Studienanfängerinnen und -anfänger in Hessen (34,8 %) und im Saarland (33,9 %), die wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern (25,0 %). Auch die anderen neuen Länder lagen – mit Ausnahme von Thüringen (29,9 %) – deutlich unter dem Durchschnitt. Unter den alten Bundesländern schnitt Bayern mit einer Studienanfängerquote von 27,7 % am schlechtesten ab.

In den Stadtstaaten war der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger mit einer Quote von 32,1 % geringfügig höher als in den Flächenstaaten mit 29,9 %.

Abb. 5.4: Studienanfängerquoten 2006 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung[1)]



1) Anteil der Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Alters.

Studienanfängerquote nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

Die Studienanfängerquote zeigt, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der alterspezifischen Bevölkerung ist. Wird sie „nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung" berechnet, gilt z. B. ein Studierender, der in Hessen seine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat und in Bayern ein Hochschulstudium beginnt, als Studienanfänger für das Land Hessen. Mit dieser Quote wird ermittelt, wie viele Studienanfängerinnen und Studienanfänger ein Bundesland hervorgebracht hat.

Studierende in den größten Flächenländern sind am „sesshaftesten"

Bei der Wahl des Studienortes spielte die regionale Nähe eine bedeutende Rolle: Die Mehrheit der Studierenden (60,5 %) des Studienjahres 2006 hatte bereits die Hochschulzugangsberechtigung im Bundesland des Studienortes erworben. Die Länder mit den höchsten Anteilen an „sesshaften" Studierenden waren Nordrhein-Westfalen (71,8 %), Bayern (69,6 %) und Baden-Württemberg (64,5 %).

Zuwanderungsanteile in Stadtstaaten sowie in Rheinland-Pfalz und Brandenburg am höchsten

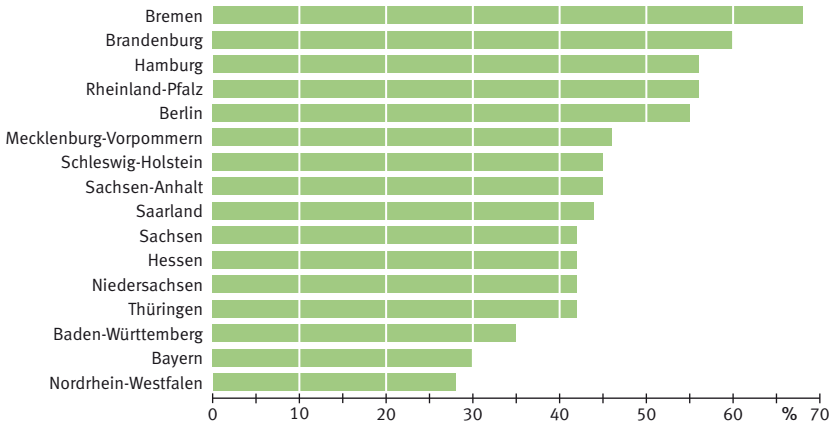
Die Stadtstaaten Bremen (67,8 %), Hamburg (56,1 %) und Berlin (55,2 %) sowie die Flächenstaaten Brandenburg (60,3 %) und Rheinland-Pfalz (56,0 %) verzeichneten überdurchschnittlich hohe „Importquoten", d. h. hier waren die Anteile der Studierenden, die ihren Hochschulzugang in einem anderen Bundesland (oder im Ausland) erworben hatten, am höchsten. Die Haupteinzugsgebiete von Hochschulstandorten mit hohen Anteilen an zugewanderten Studierenden waren angrenzende Bundesländer. 30,6 % der Studierenden (9 400), die in Bremen eingeschrieben waren, hatten den Hochschulzugang im benachbarten Niedersachsen erworben. Hamburger Hochschulen zogen mehrheitlich Studierende aus Schleswig-Holstein (12,6 % oder 8 900) und Niedersachsen (10,9 % oder 7 700 Studierende) an. 14 200 Studierende an Berliner Hochschulen (10,7 %) kamen aus dem benachbarten Brandenburg. Umgekehrt war auch Berlin das Haupteinzugsgebiet für Brandenburg, 23,8 % bzw. 10 100 Studierende kamen aus der Bundeshauptstadt. Damit nahmen mehr Studierende aus Brandenburg Bildungsleistungen in Berlin in Anspruch als umgekehrt. Während in Rheinland-Pfalz 15 000 Studierende (14,6 %) den Hochschulzugang im benachbarten Hessen erworben hatten, stammten in Hessen nur 7 500 Studierende (4,6 %) aus Rheinland-Pfalz.

Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen sind „Wanderungsgewinner"

Der Wanderungssaldo bringt das Mengenverhältnis zwischen ab- und zuwandernden Studierenden zum Ausdruck. Er ist bei einem „Importüberschuss" positiv, bei einem „Exportüberschuss" negativ. Anhand der Wanderungsbilanz wird deutlich, ob ein Land mehr Studierende aus anderen Bundesländern mit Bildungsleistungen im Hochschulbereich versorgt, als es an andere Bundesländer abgibt und umgekehrt. Niedrige Importanteile können bei stark „bindenden" Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen mit einem positiven Wanderungssaldo einhergehen, da die Anzahl der abwandernden Studierenden geringer ist als die Anzahl der Zuwandernden.

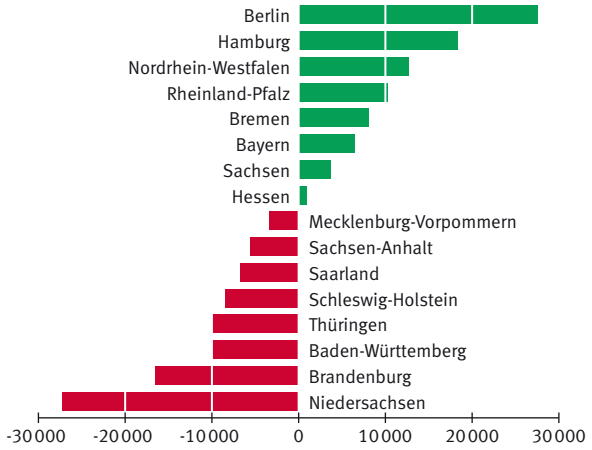
Neben den Stadtstaaten Berlin (27 600) und Hamburg (18 300) verzeichnete Nordrhein-Westfalen (12 700) einen vergleichsweise hohen Zuwanderungsgewinn aus anderen Bundesländern. Bundesländer mit hohen Abwanderungsverlusten waren Niedersachsen (–27 300) und Brandenburg (–16 600). Bezieht man in die Berechnung der Wanderungsbilanz diejenigen Studierenden mit ein, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten, erreichten Bayern (30 400) und Hessen (15 500) noch höhere Wanderungsgewinne und Baden-Württemberg (19 400) einen deutlich positiven Wanderungssaldo.

Abb. 5.5: „Importquoten" von Studierenden 2006/07 – in Prozent



Sachsen (3 700) war das einzige der neuen Länder, das aufgrund des relativ niedrigen Anteils an abwandernden Studierenden und der Zuwanderung insbesondere aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg über eine positive Wanderungsbilanz verfügte. Insgesamt wanderten aus den neuen Ländern 86 700 Studierende in das frühere Bundesgebiet (einschließlich Berlin-Ost) ab, während nur 55 000 Studierende aus dem früheren Bundesgebiet in den neuen Ländern studierten. Damit waren rund 30 % der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in den neuen Ländern erworben hatten, an Hochschulen im früheren Bundesgebiet immatrikuliert, wogegen umgekehrt nur 3 % der Studierenden, die aus dem früheren Bundesgebiet stammten, in den neuen Ländern eingeschrieben waren.

Abb. 5.6: Wanderungssaldo Studierender im Wintersemester 2006/07[1)]



1) Ohne Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben.

Ausgaben für Bildung

In Deutschland fließen pro Jahr beträchtliche finanzielle Ressourcen in die Ausbildung. Für einen Vergleich der Bundesländer werden die Ausgaben von Schulen und Hochschulen durch die Zahl der Schülerinnen und Schüler bzw. der Studierenden im jeweiligen Land geteilt. Unterschiede in den absoluten Ausgaben, die auf Größenunterschiede der Bundesländer zurückgehen, werden dadurch ausgeschaltet.

Da die Ausgaben je nach Schulart bzw. Hochschulart unterschiedlich hoch ausfallen, werden sie auch differenziert nach Schularten bzw. Hochschularten dargestellt.

Ausgaben für öffentliche Schulen in Hamburg am höchsten

Die Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viel Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung jedes Schülers zur Verfügung gestellt werden. Sie ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben. Die öffentlichen Haushalte gaben im Jahr 2004 bundesweit durchschnittlich 4 700 Euro für die Ausbildung einer Schülerin bzw. eines Schülers an öffentlichen Schulen aus. Die höchsten Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler an öffentlichen Schulen verzeichneten im Ländervergleich Hamburg (5 900 Euro), Thüringen (5 500 Euro) und Berlin (5 200 Euro). Die niedrigsten Ausgaben tätigten das Saarland (4 300 Euro), Nordrhein-Westfalen (4 400 Euro) und Rheinland-Pfalz (4 400 Euro).

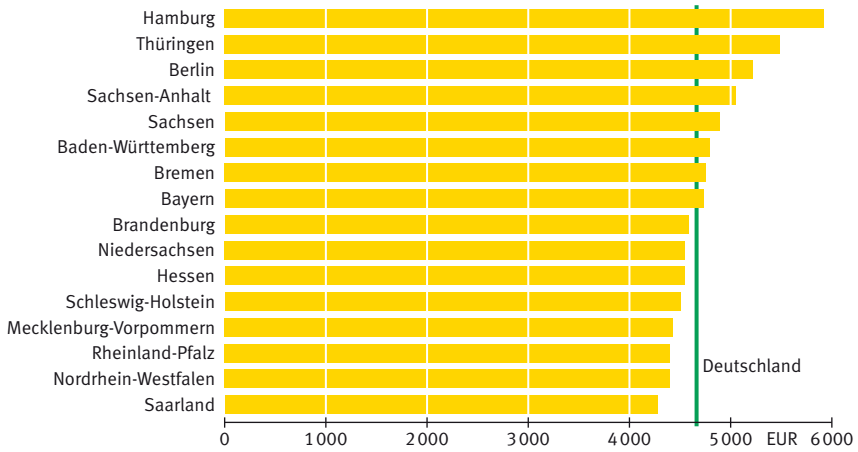
In den Stadtstaaten liegen die Ausgaben je Schüler mit 5 400 Euro erheblich über denen der östlichen Flächenländer (4 900 Euro) und der westlichen Flächenländer (4 600 Euro).

Im Bundesdurchschnitt lagen 2004 die Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler in den allgemein bildenden Schulen bei 5 000 Euro, in den beruflichen Schulen bei 3 300 Euro. Bezogen auf die Bundesländer ergaben sich bei den allgemein bildenden Schulen ähnliche Ausgabestrukturen wie bei den öffentlichen Schulen insgesamt. Hier tätigten Hamburg mit 6 400 Euro, Thüringen mit 6 300 Euro und Sachsen-Anhalt mit 5 800 Euro die höchsten Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler. Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland wiesen dagegen mit jeweils 4 700 Euro die niedrigsten Ausgaben auf.

Innerhalb der allgemein bildenden Schulen variierten die Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler bundesweit von 4 000 Euro an Grundschulen über 5 400 Euro an Gymnasien bis zu 12 000 Euro an Sonderschulen. Die verhältnismäßig hohen Ausgaben bei Sonderschulen resultieren vor allem aus einer höheren Lehrer-Schüler-Relation. Für eine Schülerin bzw. einen Schüler einer beruflichen Schule gaben die öffentlichen Haushalte 2004 bundesweit mit 3 300 Euro deutlich weniger aus als für eine Schülerin bzw. einen Schüler einer allgemein bildenden Schule. Auch für berufliche Schulen wurden die höchsten Ausgaben für Hamburg (4 400 Euro je Schülerin bzw. je Schüler) ermittelt, die niedrigsten für Brandenburg (2 600 Euro je Schülerin bzw. je Schüler).

Die im Bundesdurchschnitt vergleichsweise niedrigen Aufwendungen von 2 200 Euro je Schülerin bzw. Schüler bei den Berufsschulen im Dualen System sind vor allem durch den Teilzeitunterricht bedingt.

Abb. 5.7: Ausgaben je Schüler bzw. Schülerin einer öffentlichen Schule 2004 – in Euro



Tab. 5.2: Ausgaben[1] je Schülerin/Schüler einer öffentlichen Schule 2004 – in Euro

	Alle Schularten	Allgemein bildende Schulen	Berufliche Schulen insgesamt	Dar. Berufsschulen im Dualen System[2]
Hamburg	5 900	6 400	4 400	2 900
Thüringen	5 500	6 300	3 500	2 200
Berlin	5 200	5 700	3 200	2 200
Sachsen-Anhalt[3]	5 100	5 800	2 800	1 700
Sachsen	4 900	5 600	2 800	2 000
Baden-Württemberg	4 800	5 000	4 100	2 300
Bremen	4 800	5 300	3 300	2 400
Bayern	4 700	5 200	2 900	2 200
Brandenburg	4 600	5 200	2 600	2 400
Hessen	4 500	4 900	3 300	2 400
Niedersachsen	4 500	4 800	3 500	2 000
Schleswig-Holstein	4 500	4 800	3 500	2 400
Mecklenburg-Vorpommern	4 400	5 000	3 000	2 100
Nordrhein-Westfalen	4 400	4 700	3 200	2 100
Rheinland-Pfalz	4 400	4 700	3 200	2 000
Saarland	4 300	4 700	2 900	2 300
Deutschland	**4 700**	**5 000**	**3 300**	**2 200**

1) Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben. Alle Ergebnisse wurden nach der Berechnung gerundet.
2) Teilzeitunterricht.
3) Zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit mit anderen Ländern blieben bei den Personalausgaben des Landes Sachsen-Anhalt für das Berichtsjahr 2004 Sonderzahlungen von 277 Mill. Euro unberücksichtigt, weil sie Leistungen betreffen, die wirtschaftlich früheren Perioden zuzuordnen sind (1997-2003).

Tab. 5.3: Laufende Grundmittel je Studierenden 2005 – in Euro

	Hochschulen insgesamt	Universitäten	Fachhochschulen
Saarland	8 560	9 650	4 440
Niedersachsen	8 320	9 760	4 710
Hamburg	7 760	9 620	3 090
Baden-Württemberg	7 680	8 960	4 410
Nordrhein-Westfalen	7 610	8 340	4 840
Thüringen	7 570	8 760	4 150
Berlin	7 360	7 950	4 180
Sachsen-Anhalt	7 300	8 710	4 250
Mecklenburg-Vorpommern	7 260	7 900	4 970
Schleswig-Holstein	7 010	9 290	3 460
Sachsen	6 980	7 540	4 820
Bayern	6 660	8 030	3 050
Bremen	6 100	6 660	4 280
Hessen	6 060	7 130	3 490
Brandenburg	5 680	5 690	4 230
Rheinland-Pfalz	5 510	6 290	3 710
Deutschland	**7 180**	**8 220**	**4 130**

Nimmt man den betrieblichen Teil der Berufsausbildung hinzu, ergeben sich Ausgaben in Höhe von 10 200 Euro je Berufsschüler. Damit ist die Ausbildung eines Schülers im Rahmen des Dualen Systems jährlich teurer als die Ausbildung eines Studierenden an Hochschulen.

Ausgaben für Bildungspersonal der öffentlichen Schulen in den Stadtstaaten am höchsten

Bei den öffentlichen Schulen fallen 82,0 % aller Ausgaben für das Personal an. 2004 mussten im Bundesdurchschnitt an Personalausgaben 3 800 Euro je Schülerin bzw. Schüler aufgewendet werden. Bei den westlichen Flächenländern betrugen die Personalausgaben durchschnittlich 3 700 Euro, bei den östlichen Flächenländern 4 000 Euro je Schülerin bzw. Schüler. Die Personalausgaben der Stadtstaaten waren mit 4 600 Euro je Schülerin bzw. Schüler am höchsten. Schulstrukturen und Unterrichtsangebot variieren je nach Bundesland; so gibt es Unterschiede in der Ganztagsbetreuung an Grundschulen, den Betreuungsrelationen oder der Besoldungsstruktur. Dies ist bei einem Vergleich der Bundesländer untereinander zu berücksichtigen. In allen Ländern stellen die Personalausgaben jedoch die dominierende Ausgabenkomponente dar.

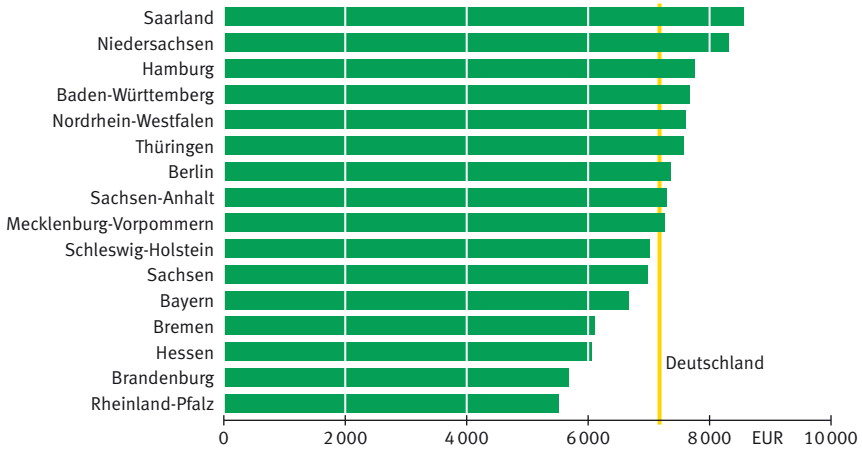
Laufender Zuschussbedarf pro Studierenden an Brandenburgs Hochschulen am niedrigsten

Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben insgesamt 31,0 Mrd. Euro im Jahr 2005 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus.

Betrachtet man den laufenden Zuschussbedarf durch den Träger (sogenannte laufende Grundmittel), so ergibt sich folgendes Bild: Die laufenden Grundmittel an deutschen Hochschulen betrugen im Jahr 2005 durchschnittlich 7 180 Euro je Studierenden.

Am höchsten waren die durchschnittlichen Ausgaben (laufende Grundmittel) je Studierenden der Hochschulen im Saarland (8 560 Euro) und in Niedersachsen (8 320 Euro). Den niedrigsten Zuschussbedarf verzeichneten die Hochschulen in Rheinland-Pfalz (5 510 Euro) und Brandenburg (5 680 Euro).

Abb. 5.8: Laufende Grundmittel je Studierenden einer Hochschule 2005 – in Euro



Unterschiedliche Fächerstrukturen an den Hochschulen in den einzelnen Bundesländern sind u. a. die Ursache für diese Unterschiede. Je nach Fächergruppe variieren die Ausgaben zum Teil erheblich: So beliefen sich 2005 die laufenden Grundmittel für einen Studierenden der Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften (einschließlich Zentraler Einrichtungen der Hochschulkliniken) auf bis zu 22 810 Euro, für einen Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mussten „nur" 1 900 Euro aufgewendet werden. Zu beachten ist, dass die Studierenden aber auch zentrale Hochschuleinrichtungen (z. B. Zentralbibliotheken, Rechenzentren, Hochschulverwaltungen) nutzen. Von diesen zentralen Einrichtungen wurden 2005 je Studierenden 2 970 Euro aufgewendet.

Bildungsfinanzierung

Die Ausgaben öffentlicher und privater Bildungseinrichtungen in Deutschland setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen.

Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt einerseits durch die Finanzausstattung, die die Hochschulen von Seiten des Trägers erhalten (so genannte Grundmittel), andererseits durch Verwaltungseinnahmen sowie durch Drittmittel. Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Einrichtungsträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Sie werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z. B. Personalausgaben, Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungseinnahmen und die Drittmitteleinnahmen abgezogen werden. Die (stark schwankenden) Investitionsausgaben sind nicht in den laufenden Grundmitteln enthalten.

Nur 5,6 % der Studierenden waren im Wintersemester 2005/06 für die Fächergruppe Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften immatrikuliert. Auf diese Fächergruppe (einschließlich Zentraler Einrichtungen der Hochschulkliniken) entfielen 46,4 % aller Ausgaben der deutschen Hochschulen. Demgegenüber waren in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften im Jahr 2005 weit über die Hälfte (51,9 %) aller Studierenden eingeschrieben. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben im Hochschulbereich betrug lediglich 9,4 %.

Niedersachsens Universitäten haben die höchsten Ausgaben je Studierenden und brandenburgische die niedrigsten

Im Vergleich zu den Fachhochschulen lag der laufende Zuschussbedarf im Jahr 2005 bei den Universitäten mit 8 220 Euro je Studierenden deutlich höher; bei den Fachhochschulen betrug er 4 130 Euro. Niedersachsens Universitäten benötigten 9 760 Euro an laufenden Grundmitteln je Studierenden im Jahr 2005. Auch an den Universitäten im Saarland (9 650 Euro) und in Hamburg (9 620 Euro) war ein hoher Bedarf an Grundmitteln. Die niedrigsten laufenden Grundmittel verzeichneten dagegen die Universitäten in Brandenburg (5 690 Euro), Rheinland-Pfalz (6 290 Euro) und Bremen (6 660 Euro). Bei den Fachhochschulen lag der Zuschussbedarf in Mecklenburg-Vorpommern (4 970 Euro), Nordrhein-Westfalen (4 840 Euro) und Sachsen (4 820 Euro) am höchsten, in Bayern (3 050 Euro), Hamburg (3 090 Euro), und Schleswig-Holstein (3 460 Euro) am niedrigsten.

Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung durchzuführen.

Die Ausbildungsförderung für Schüler und Schülerinnen wird nur an auswärts untergebrachte Personen für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab der 10. Klasse und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, geleistet.

„Schüler-BAföG" gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen, von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt sowie von Berufsfachschul- und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem zumindest zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierten Abschluss (z. B. als staatlich geprüfter Techniker) vermitteln. Im Schulbereich wird die Ausbildungsförderung vollständig als Zuschuss gewährt.

„Studierenden-BAföG" wird für den Besuch von höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt; es wird in der Regel je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 beim Besuch der zuletzt genannten Ausbildungsstätten anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, so z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer.

Die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wurde ab dem 1. Januar 1991 auch in den neuen Ländern geleistet. Wegen der niedrigeren Lebenshaltungskosten galten dort zunächst niedrigere Bedarfssätze. Aufgrund steigender Einkommen wurden jedoch Jahr für Jahr weniger junge Menschen in den neuen Ländern gefördert. Mit der BAföG-Reform zum 1. April 2001 gelten für den Besuch von Ausbildungsstätten in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost die gleichen Bedarfssätze wie im früheren Bundesgebiet. Über diese Vereinheitlichung hinaus wurden die Bedarfssätze deutschlandweit heraufgesetzt. Infolge der Reform stieg die Anzahl der BAföG-Empfänger bis 2005 wieder an. Im darauf folgenden Jahr gab es erstmals wieder einen (geringen) Rückgang der Gefördertenzahlen.

Steigende BAföG-Empfängerzahlen bis 2005 vor allem seit der BAföG-Reform 2001

1991 – im ersten Jahr mit gesamtdeutschen BAföG-Daten – erhielten 873 000 junge Menschen eine Förderung. Davon entfielen auf das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin) 614 000, auf die neuen Länder 199 000 und auf das Land Berlin 60 000 BAföG-Empfänger. Bis 1998 ging die Zahl der BAföG-Empfänger auf 531 000 (–39 %) zurück: Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) auf 369 000 (–40 %), in den neuen Ländern auf 130 000 (–35%) und in Berlin auf 32 000 (–47 %) Personen. Bis zum Jahr 2005 stieg die Zahl der Schüler und Schülerinnen sowie Studierenden in Deutschland wiederum auf 828 000 (gegenüber 1998 +56 %) an. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug der Anstieg 51 % (+188 358), darunter in Bremen 53 %, in Hamburg 60 %, in Hessen 62 %, in Niedersachsen 48 %, in Rheinland-Pfalz 60 % und in Schleswig-Holstein 69 %. In den neuen Ländern wurden 70 % (+91 239), darunter in Brandenburg 86 %, und in Berlin 53 % junge Menschen mehr gefördert. In den neuen Ländern war ab 1998 ein stärkerer Anstieg der Schülerförderung zu verzeichnen, insbesondere beim Besuch der Berufsfachschulen. Im Berichtsjahr 2006 ging erstmals seit 1998 die Gefördertenzahl wieder zurück, im Bundesgebiet um 1,3 %, im früheren Bundesgebiet um 1,2 %, in den neuen Ländern um 1,8 % und Berlin um 0,8 %.

Tab. 5.4: BAföG-Empfänger 2006 [1)]

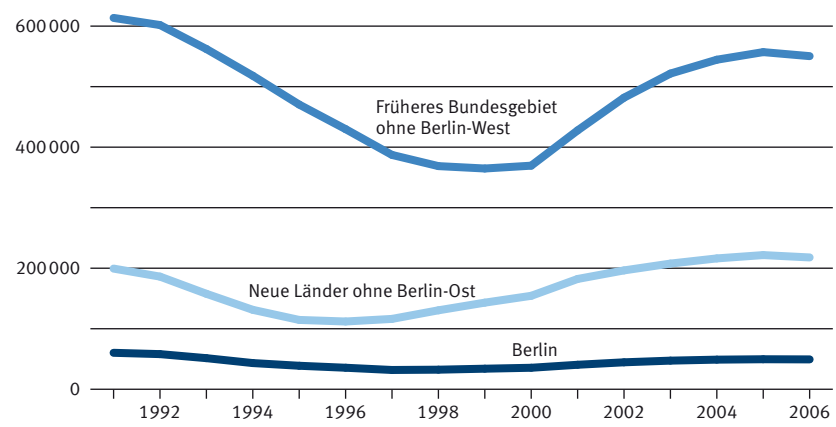
	Schüler/-innen	Studierende	Insgesamt
Nordrhein-Westfalen	58 687	105 595	164 282
Bayern	39 802	58 764	98 566
Sachsen	36 063	41 755	77 818
Baden-Württemberg	21 184	53 250	74 434
Niedersachsen	28 071	45 222	73 293
Berlin	16 635	32 702	49 337
Hessen	12 229	34 529	46 758
Thüringen	20 074	19 592	39 666
Sachsen-Anhalt	19 735	18 106	37 841
Brandenburg	21 870	12 791	34 661
Rheinland-Pfalz	11 097	22 919	34 016
Mecklenburg-Vorpommern	14 380	13 426	27 806
Schleswig-Holstein	9 192	12 651	21 843
Hamburg	5 663	14 487	20 150
Bremen	2 542	8 975	11 517
Saarland	1 726	3 801	5 527
Deutschland	**318 950**	**498 565**	**817 515**

1) Ohne Geförderte an Fernunterrichtsinstituten.

In den Stadtstaaten ist der Studierendenanteil unter den BAföG-Empfängern am höchsten

Von den BAföG Empfängern waren 1991 rund 30 % aller Geförderten Schüler bzw. Schülerinnen und 70 % Studierende. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) betrug der Anteil 26 % bzw. 74 %, in den neuen Ländern 44 % bzw. 53 % und in Berlin 18 % bzw. 82 %. Ein vergleichsweise hoher Anteil an Studierenden verzeichnen auch die Stadtstaaten Hamburg (88 %) und Bremen (82 %).

Abb. 5.9: Geförderte 1991 bis 2006



Bis zum Jahr 2006 stieg der Anteil der Schüler und Schülerinnen in Deutschland auf rund 39 %. Im früheren Bundesgebiet stieg er auf 35 %, in den neuen Ländern auf 51 % und Berlin auf 34 %. Der Anteil an Studierenden ging im gleichen Zeitraum in Deutschland auf 61 %, im früheren Bundesgebiet auf 65 %, in den neuen Ländern auf 49 % und in Berlin auf 66 % zurück.

Ein wesentlicher Grund für die Verschiebung der Anteile Schüler – Studierende im Zeitraum von 1991 bis 2006 ist auf den Anstieg der Empfänger von Schüler-BAföG im Bereich der Berufsfachschulen zurück zu führen.

Durchschnittlicher Förderungsbetrag in den östlichen Flächenländern am niedrigsten

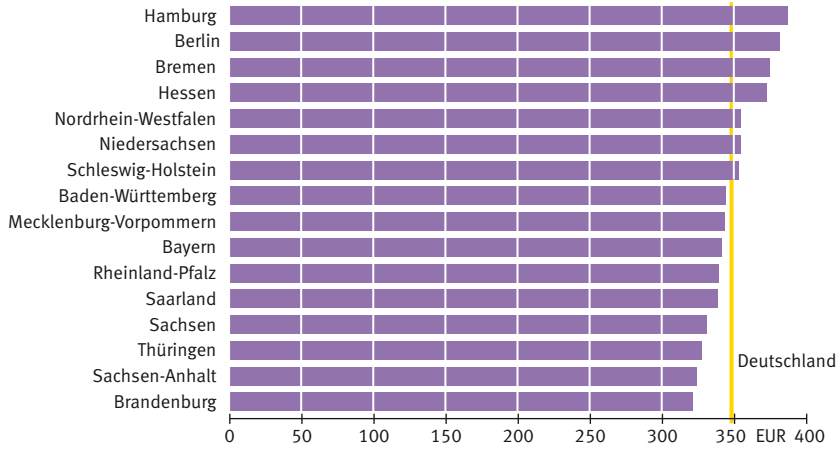
Im Jahr 2006 betrug der durchschnittliche Förderungsbetrag pro Person und Monat in Deutschland 348 Euro. Alle neuen Länder sowie Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland liegen unter diesem Durchschnittsbetrag. Alle übrigen Bundesländer weisen einen höheren Durchschnittsbetrag aus.

Die durchschnittlichen Förderungsbeträge in den neuen Ländern fallen geringer aus

als im früheren Bundesgebiet, weil in den neuen Ländern der Schüleranteil an den Geförderten mit 51 % wesentlich höher liegt als im früheren Bundesgebiet (35 %). Die Bedarfssätze und somit auch die Leistungen, die Schüler und Schülerinnen erhalten, sind geringer als die der Studierenden. Da rund zwei Drittel aller Geförderten im früheren Bundesgebiet Studierende sind, gegenüber knapp der Hälfte in den neuen Ländern, kommt es zu unterschiedlichen durchschnittlichen Förderungsbeträgen.

Unter den Flächenländern war der Förderungsbetrag in Hessen mit 372 Euro am höchsten. Die Durchschnittsbeträge der Stadtstaaten fielen naturgemäß noch höher aus. Sie betrugen 374 Euro in Bremen, 381 Euro in Berlin und 387 Euro in Hamburg.

Abb. 5.10: Durchschnittlicher Förderbetrag 2006 pro Person und Monat – in Euro



6 Verkehr

Straßennetz, Kfz-Bestände und Unfälle

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft von zentraler Bedeutung. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht dabei vor allem die Straßeninfrastruktur. Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) hatte in Deutschland Anfang 2006 eine Länge von etwa 231 480 km, darunter 12 400 km Autobahnen.

Bayern hat das längste, Rheinland-Pfalz das dichteste Straßennetz

Das längste Straßennetz weist Bayern auf, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg. Im Verhältnis zur Landesfläche hat allerdings Rheinland-Pfalz das dichteste Straßennetz des überörtlichen Verkehrs mit 930 km Straßen je 1 000 Quadratkilometer Fläche, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit einem Wert von 871 km.

Tab. 6.1: Straßenlängen 2006
in Kilometern

Bayern	41 873
Nordrhein-Westfalen	29 690
Niedersachsen	28 266
Baden-Württemberg	27 413
Rheinland-Pfalz	18 473
Hessen	16 296
Sachsen	13 537
Brandenburg	12 501
Sachsen-Anhalt	10 944
Thüringen	10 045
Mecklenburg-Vorpommern	9 960
Schleswig-Holstein	9 871
Saarland	2 041
Berlin	256
Hamburg	201
Bremen	113
Deutschland	**231 480**

Seit einigen Jahren konzentrieren sich Straßenbaumaßnahmen vor allem auf die Erhaltung und den Ausbau des Bestandsnetzes (z. B. Ortsumgehungen oder dritte Spuren auf Autobahnen). Seit dem Jahr 2000 ist das überörtliche Straßennetz nur um 745 km gewachsen (+ 0,3 %). Zugänge (z. B. Neubauten) gab es vor allem in Hessen (+358 km), Mecklenburg-Vorpommern (+258 km) und Bayern (+190 km).

Pkw-Bestand in den letzten zehn Jahren stark gewachsen

Anzahl und Struktur inländischer Kraftfahrzeuge spielen eine wichtige Rolle für die Mobilität der Menschen und Güter in einer Volkswirtschaft. Anfang 2006 waren in Deutschland 54,9 Mill. Kraftfahrzeuge (Pkws, Lkws, Omnibusse, Motorräder und andere Kfz) zugelassen.

Das seit vielen Jahren zu registrierende ungebrochene Wachstum hielt auch im Jahr 2006 an und führte zu einem neuen Höchststand des Kfz-Bestandes (+15 % gegenüber 1996). Auf 1 000 in Deutschland lebende Personen kommen statistisch betrachtet 667 Kraftfahrzeuge.

Die größte Kfz-Gruppe bilden mit 46,1 Mill. Fahrzeugen und einem Anteil von 84 % am Kfz-Bestand die Pkws. Bereits seit 1996 finden – rein rechnerisch – alle Einwohner Deutschlands auf den Vordersitzen aller Pkws Platz. Die meisten Pkws sind in Nordrhein-Westfalen (9,8 Mill.) und in Bayern (7,5 Mill.), die wenigsten in Bremen (0,3 Mill.) zugelassen.

Tab. 6.2: Pkw-Bestand und Pkw-Dichte am 1.1.2006

	Pkws	
	insgesamt	je 1 000 Einwohner
Saarland	645 070	*611*
Bayern	7 513 438	*604*
Rheinland-Pfalz	2 427 464	*598*
Hessen	3 609 110	*592*
Baden-Württemberg	6 267 590	*585*
Schleswig-Holstein	1 606 540	*568*
Niedersachsen	4 529 350	*566*
Brandenburg	1 452 002	*565*
Thüringen	1 292 962	*549*
Nordrhein-Westfalen	9 831 843	*544*
Sachsen	2 311 802	*538*
Sachsen-Anhalt	1 326 539	*532*
Meckl.-Vorpommern	907 282	*528*
Hamburg	844 253	*487*
Bremen	293 925	*443*
Berlin	1 225 967	*362*
Deutschland	**46 090 303**	***559***

In fast allen Bundesländern ist der Pkw-Bestand seit 1996 Jahr für Jahr angewachsen, lediglich in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen waren in einigen Jahren auch Rückgänge zu verzeichnen. Im Zehnjahres-Vergleich blieb der Pkw-Bestand nur in Berlin (+1,1 %) und Bremen (+1,3 %) nahezu konstant, während er in allen anderen Bundesländern um mindestens 9 % und in Deutschland insgesamt sogar um 14 % über dem Wert von vor 10 Jahren lag.

Pkw-Dichte im Saarland am höchsten

Die höchste Pkw-Dichte weist mit 611 Pkws je 1 000 Einwohner das Saarland auf, gefolgt von Bayern mit 604 Pkws je 1 000 Einwohner. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg mit ihren gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehrssystemen befinden sich am anderen Ende der Skala: Hier entfallen jeweils weniger als 500 Pkws auf 1 000 Einwohner.

Zahl der Straßenverkehrstoten auf historischem Tiefstand

Ein negativer Aspekt des Verkehrs ist die hohe Zahl an Personen, die jährlich verletzt oder getötet werden. Mit Abstand die meisten Getöteten und Verletzten gab es bei Straßenverkehrsunfällen: Im Jahr 2006 sind bei rund 328 000 Unfällen mit Personenschaden (–2,6 % gegenüber dem Vorjahr) 427 400 Personen verunglückt. Davon wurden rund 422 300 Personen verletzt (–2,6 %) und 5 091 Menschen getötet (–5,0 %). Die Zahl der Verkehrstoten war seit Einführung der Statistik im Jahre 1953 noch nie so niedrig wie 2006.

Deutlich weniger Verkehrstote gab es im Jahr 2006 insbesondere in Hamburg (–35 %), in Nordrhein-Westfalen (–16 %), in Niedersachsen (–11 %) sowie in Sachsen-Anhalt (–10 %). Mehr Verkehrsteilnehmer als im Jahr 2005 starben auf den Straßen in Schleswig-Holstein (+16 %), Berlin und Thüringen (jeweils +10 %), Baden-Württemberg (+8 %) und Hessen (+3 %). In Bremen und im Saarland blieb die Zahl der Getöteten unverändert.

Tab. 6.3: Unfälle, Verunglückte und Getötete im Straßenverkehr 2006

	Unfälle insgesamt	Verunglückte	*Darunter*: Getötete	Verunglückte	*Darunter*: Getötete
	Anzahl			je 1 Mill. Einwohner	
Hamburg	57 517	10 313	28	*5 915*	*16*
Berlin	119 512	16 757	74	*4 936*	*22*
Bremen	19 719	3 669	16	*5 530*	*24*
Nordrhein-Westfalen	541 034	82 410	732	*4 564*	*41*
Saarland	27 799	6 384	55	*6 078*	*52*
Schleswig-Holstein	57 682	15 891	172	*5 609*	*61*
Hessen	128 684	32 542	376	*5 341*	*62*
Baden-Württemberg	234 373	53 734	681	*5 005*	*63*
Sachsen	122 666	20 027	275	*4 686*	*64*
Rheinland-Pfalz	122 197	21 207	267	*5 225*	*66*
Bayern	335 527	74 384	911	*5 966*	*73*
Niedersachsen	184 957	44 215	620	*5 531*	*78*
Sachsen-Anhalt	82 324	12 974	219	*5 253*	*89*
Thüringen	59 178	11 326	217	*4 851*	*93*
Brandenburg	84 675	12 591	262	*4 919*	*102*
Mecklenburg-Vorpommern	57 474	9 004	186	*5 274*	*109*
Deutschland	**2 235 318**	**427 428**	**5 091**	***5 185***	***62***

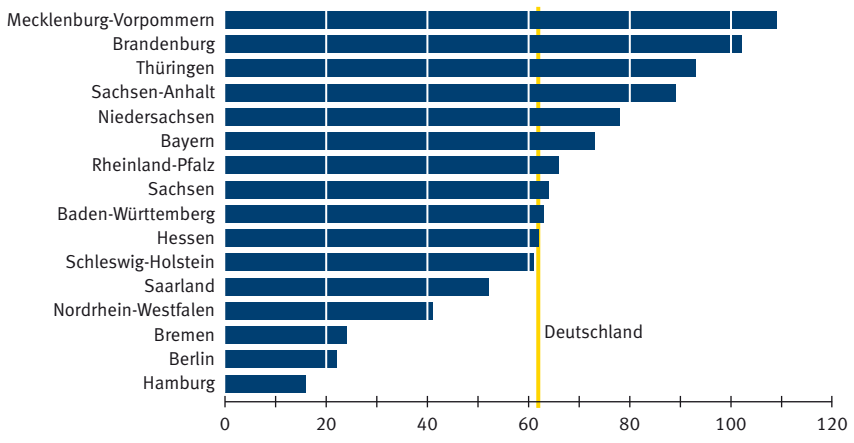
Zahl der Verkehrstoten je 1 Mill. Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern am höchsten

Bezogen auf die Einwohnerzahlen wurden die meisten Verkehrsteilnehmer in den letzten Jahren – trotz eines absoluten Rückgangs – immer noch in Mecklenburg-Vorpommern getötet. Je 1 Mill. Einwohner kamen 2006 hier 109 Personen ums Leben und damit wesentlich mehr als im Bundesdurchschnitt (62). Weit über dem Durchschnitt lagen auch die Werte in Brandenburg mit 102 und Thüringen mit 93, weit darunter die Stadtstaaten Bremen (24), Berlin (22) und Hamburg (16), da es dort hauptsächlich „Innerortsunfälle" gibt, die wegen der niedrigeren Geschwindigkeiten auch weniger folgenschwer sind.

Personenverkehr

Der Pkw ist das vorherrschende Verkehrsmittel im Personenverkehr in Deutschland. In den letzten Jahren wurden mit Pkws und Motorrädern rund 57 Mrd. Personenfahrten pro Jahr unternommen; das waren 84 % der insgesamt beförderten Verkehrsteilnehmer. Die übrigen 16 % der Fahrgäste wurden in öffentlichen Verkehrsmitteln per Bus, Bahn oder Flugzeug befördert.

Abb. 6.1: Getötete im Straßenverkehr 2006 – je 1 Mill. Einwohner



Von den 10,7 Mrd. Fahrten im öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen entfällt die weit überwiegende Mehrzahl auf den Nahverkehr. Mit Verkehrsmitteln des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) fuhren Fahrgäste im Jahr 2006 fast 10,5 Mrd. mal. Dabei benutzten 2,1 Mrd. Fahrgäste die Eisenbahn, 3,5 Mrd. Fahrgäste fuhren mit Straßenbahnen (einschließlich Stadt-, U-Bahnen, Hochbahnen) und 5,5 Mrd. Fahrgäste benutzten einen Bus.

Tab. 6.4: Beförderungsleistung im Liniennahverkehr 2006
in Mill. Pkm

Nordrhein-Westfalen	20 033
Bayern	15 458
Baden-Württemberg	12 414
Berlin	7 826
Niedersachsen	7 284
Hessen	6 285
Hamburg	4 167
Sachsen	4 149
Rheinland-Pfalz	3 883
Brandenburg	3 214
Schleswig-Holstein	2 793
Sachsen-Anhalt	2 410
Thüringen	1 902
Mecklenburg-Vorpommern	1 656
Bremen	1 078
Saarland	895
Deutschland	**95 445**

Besonders intensive Nutzung des Nahverkehrsangebots in Berlin und Hamburg

Insgesamt wurde in Deutschland im Jahr 2006 im Liniennahverkehr von den größeren Unternehmen eine Beförderungsleistung von 95,4 Mrd. Personenkilometern (Pkm) erbracht. Dabei wurden die meisten Personenkilometer in den drei bevölkerungsreichsten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg zurückgelegt. Zusammen kamen sie auf die Hälfte aller Personenkilometer, während in den drei Bundesländern mit den geringsten Einwohnerzahlen (Saarland, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern) diese Leistungsgröße mit zusammen 3,8 % am niedrigsten war. Im Durchschnitt legte jeder Einwohner Deutschlands etwa 1 160 km im Liniennahverkehr mit größeren Unternehmen zurück. Besonders intensiv wurde das Nahverkehrsangebot dabei in den Stadtstaaten Berlin mit rund 2 300 km und Hamburg mit rund 2 375 km je Einwohner genutzt. Die wenigsten

Die **Beförderungsleistung im Güterverkehr** berücksichtigt neben der Beförderungsmenge auch die zurückgelegte Entfernung. Sie ist das Produkt aus der Beförderungsmenge und der (i. d. R. nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit Tonnenkilometer (tkm). Werden in einem Lkw z. B. 15 t über eine Entfernung von 200 km befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Die **Beförderungsleistung im Personenverkehr** wird in der Maßeinheit „Personenkilometer (Pkm)" gemessen und in der Regel durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Fahrt- bzw. Reiseweiten) errechnet. Fahren z. B. in einem Bus 30 Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

Die **Beförderungsmenge** (in Tonnen) gibt an, wie viele Güter transportiert wurden. Bei dieser Messgröße werden – im Gegensatz zum Güterumschlag – innerdeutsche Transporte nur einmal berücksichtigt und Durchgangsverkehre von einem ausländischen Staat in einen anderen ausländischen Staat einbezogen.

Die Zahl der **Fahrgäste** spiegelt in der Verkehrsstatistik die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Unternimmt also eine Person mehrere Fahrten, so erhöht sich die Anzahl der statistisch erfassten „beförderten Personen" entsprechend. Ihre Zahl wird z. B. anhand der verkauften Fahrscheine oder anhand von Verkehrszählungen ermittelt. Da Fahrgäste im Verlauf einer Fahrt zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln des öffentlichen Verkehrs umsteigen können, ist die Addition der dargestellten Fahrten nach Verkehrsmitteln höher als die Gesamtzahl der Fahrgäste.

Als **Güterumschlag** wird die Summe aus Einladungen und Ausladungen von Gütern bezeichnet. Ein Transport innerhalb Deutschlands wird damit sowohl am Einladeort als auch am Ausladeort, also zweifach, gezählt. Transporte zwischen Deutschland und dem Ausland werden in den deutschen Angaben nur einmal berücksichtigt, Durchgangsverkehre durch Deutschland von einem ausländischen Staat in einen anderen ausländischen Staat werden in Deutschland nicht gezählt. Der Güterumschlag ist somit eine „raum- (punkt- oder flächen-) bezogene" Darstellung. Eine derartige Abgrenzung ist zum Beispiel bei länderbezogenen Auswertungen sinnvoll.
Ein Transport in Deutschland von 15 t von Hamburg nach Niedersachsen ergibt somit einen Güterumschlag in Hamburg von 15 t, einen Güterumschlag in Niedersachsen von 15 t und einen Güterumschlag in Deutschland von 30 t, jedoch eine Beförderungsmenge von 15 t.

Im **Luftverkehr** werden für die 25 wichtigsten deutschen Flughäfen (Flughäfen mit mehr als 150 000 Fluggästen im Jahr) als Einsteiger alle Passagiere nachgewiesen, die am Berichtsflughafen zugestiegen sind, ohne Unterscheidung, ob sie am Berichtsflughafen originär eingestiegen sind oder dort nur umgestiegen sind. Als Aussteiger werden alle Passagiere nachgewiesen, die am Berichtsflughafen ausgestiegen sind, ohne Rücksicht darauf, ob sie am Berichtsflughafen verbleiben oder dort nur umsteigen.

Für **Modal Split** Untersuchungen, d. h. für die Darstellung der Anteile der einzelnen Verkehrsträger am Gesamtverkehr, werden vor allem die Beförderungsleistungen genutzt, da diese das Verkehrsgeschehen am umfassendsten abbilden. Anteilsberechnungen auf der Basis des Güterumschlages sind dagegen nicht üblich.

Zum **öffentlichen Nahverkehr** (ÖPNV) zählen Verkehre mit Bussen und Straßenbahnen, in denen Fahrgäste im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr befördert werden. Im Zweifelsfall gilt die Fahrgastbeförderung als Nahverkehr, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reiseweite 50 km oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt). Auch der Eisenbahnverkehr, der von bestimmten Zuggattungen (z. B. S-Bahn, Regionalbahn) abgewickelt wird, gehört zum öffentlichen Nahverkehr.

Verunglückte, Getötete, Verletzte in der Straßenverkehrsunfallstatistik: Als Verunglückte zählen diejenigen Personen, die beim Unfall verletzt oder getötet wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

Frankfurt größter deutscher Flughafen

Der Luftverkehr befindet sich seit vielen Jahren in einem stetigen Aufwärtstrend, der nur in den Jahren 2001 und 2002 auf Grund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 unterbrochen wurde. Fluggäste nutzen den Luftverkehr aus geschäftlichen, touristischen sowie familiären Gründen und vor allem für Auslandsreisen.

Im Jahr 2006 stieg die Zahl der Ein- und Aussteiger auf den wichtigsten deutschen Flughäfen gegenüber 2005 um 5 % auf 177 Mill. Personen an. Dabei hat der Flughafen Frankfurt am Main als ein bedeutendes internationales Drehkreuz 52,4 Mill. Fluggäste im Jahr 2006 abgefertigt. Dies entspricht einem Anteil von 30 % an allen auf deutschen Flughäfen ein- und aussteigenden Personen in diesem Jahr. Im Vergleich dazu lag der Anteil des Münchener Flughafens bei 17 % und am Düsseldorfer Flughafen wurde der drittgrößte Anteil aller Fluggäste abgefertigt (9 %). Die Anteile der Flughäfen Berlin-Tegel und Hamburg lagen jeweils bei 7 %.

Tab. 6.5: Personenabfertigung auf Flughäfen 2006 – in Tausend (ein- und aussteigende Passagiere)

Frankfurt/Main	52 404
München	30 609
Düsseldorf	16 511
Hamburg	11 875
Berlin-Tegel	11 769
Stuttgart	10 021
Köln/Bonn	9 813
Berlin-Schönefeld	6 013
Hannover	5 609
Nürnberg	4 001
Hahn	3 509
Übrige Großflughäfen	14 483
Deutschland	**176 614**

Personenkilometer je Einwohner ergaben sich für die Länder Thüringen (820), Saarland (860) und Niedersachsen (910). Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Stadtstaaten auch davon profitieren, dass Pendler aus den umliegenden Bundesländern den Liniennahverkehr innerhalb der Stadtgebiete nutzen.

Im Fernverkehr beförderte die Eisenbahn 120 Mill. Fahrgäste im Jahr 2006, durchschnittlich legte ein Fahrgast bei einer Fahrt 287 km zurück. Den Fernverkehr mit Linienbussen nutzten 3 Mill., den Fernverkehr mit Reisebussen rund 64 Mill. Fahrgäste.

Güterverkehr

Vor rund hundertzehn Jahren – im Jahr 1896 – wurde der erste speziell für Güterbeförderungen konstruierte Lastkraftwagen zugelassen. Heute dominiert der Lkw im Fernverkehr und ist im Nahverkehr nahezu konkurrenzlos, u. a. aufgrund seiner zeitlichen und räumlichen Flexibilität. Im Jahr 2006 wurden 77 % aller beförder-

ten Güter im Straßenverkehr befördert. Bei der Transportleistung in Tonnenkilometern, bei der sich die höheren Transportweiten der Eisenbahn und der Binnenschifffahrt zu deren Gunsten auswirken, waren es 70 %.

Ein Fünftel aller Gütertransporte auf der Straße wurde in Nordrhein-Westfalen umgeschlagen

In- und ausländische Lkws transportierten im Jahr 2006 in Deutschland rund 3,3 Mrd. t und erbrachten dabei eine Beförderungsleistung von 434 Mrd. tkm. Auf deutsche Lkws entfiel dabei eine Beförderungsmenge von 2,9 Mrd. t. Da davon 95 % innerhalb Deutschlands befördert und sowohl be- als auch entladen wurden, liegt der Güterumschlag dieser Lkw-Transporte in Deutschland mit 5,7 Mrd. t fast doppelt so hoch wie die Beförderungsmenge.

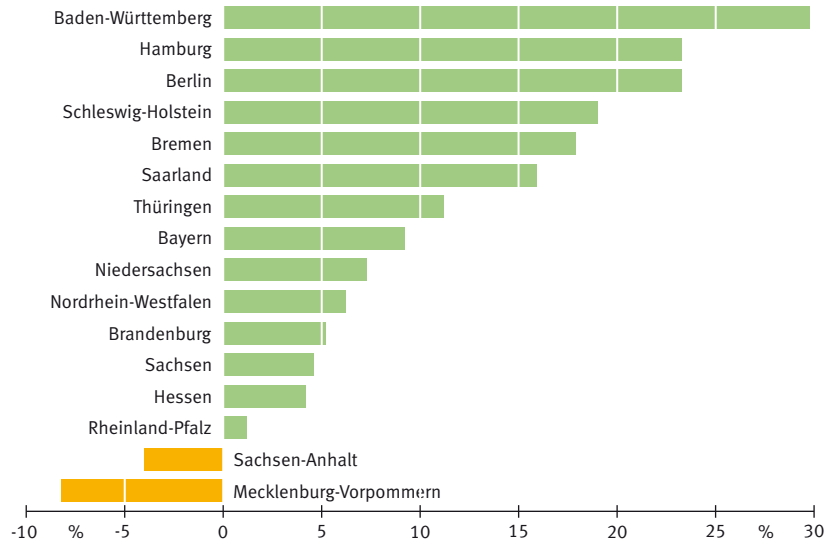
Rund ein Fünftel (21 %) aller mit deutschen Lkws umgeschlagenen Güter wurde in Nordrhein-Westfalen ein- bzw. ausgeladen, gefolgt von Bayern mit einem Anteil von 16 % und Baden-Württemberg mit 12 %.

Tab. 6.6: Güterumschlag auf der Straße 2006 – in Tausend Tonnen

Nordrhein-Westfalen	1 167 714
Bayern	921 289
Baden-Württemberg	672 067
Niedersachsen	540 071
Sachsen	338 845
Hessen	335 686
Rheinland-Pfalz	320 211
Sachsen-Anhalt	244 971
Brandenburg	241 823
Thüringen	226 744
Schleswig-Holstein	181 221
Mecklenburg-Vorpommern	140 820
Hamburg	117 131
Saarland	74 990
Berlin	71 282
Bremen	58 307
Deutschland	**5 653 171**

Die höchsten Wachstumsraten des Güterumschlags im Straßenverkehr wiesen im Jahr 2006 im Vorjahresvergleich allerdings die eher kleineren Länder Saarland (+13 %) und Hamburg (+9 %) auf. Im Saarland – wie in vielen anderen Ländern – legten mit dem Anziehen der Baukonjunktur im Jahr 2006 vor allem die Transportmengen der Bauindustrie zu. In Hamburg, dem deutschen Tor zur Welt, wurden dagegen insbesondere mehr Industrieprodukte umgeschlagen. Rückgänge verzeichneten nur Sachsen-Anhalt (–2 %) und Sachsen (–0,5 %), weil in beiden Ländern der Umschlag von Baustoffen entgegen der allgemeinen Entwicklung abnahm.

Abb. 6.2: Veränderung des Güterumschlags auf der Schiene 2005/06 – in Prozent



Fast ein Drittel aller Gütertransporte auf der Schiene wurde in Nordrhein-Westfalen umgeschlagen

Zum Jahresende 2005 hatte das Schienennetz der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs eine Betriebsstreckenlänge von rund 38 200 km. Davon wurden über 90 % auch für den Güterverkehr genutzt. Die Eisenbahn spielt im Güterverkehr ihre Vorteile insbesondere bei Massentransporten aus und gilt als relativ umweltfreundlicher Verkehrsträger. Politisch wird daher das Ziel verfolgt, möglichst viel des weiter wachsenden Verkehrsaufkommens von den Straßen auf Schienen und Wasserstraßen zu verlagern und damit deren Anteil am gesamten Verkehrsaufkommen (Modal Split) zu erhöhen. Im Jahr 2006 entfielen auf die Eisenbahn 17 % der in Deutschland erbrachten Beförderungsleistung (Binnenschifffahrt: 10 %); sie ist damit der zweitwichtigste Güterverkehrsträger.

Im Jahr 2006 stieg der Umschlag im Eisenbahngüterverkehr auf 547 Mill. t und damit auf den höchsten Wert innerhalb der letzten zehn Jahre. Zurückzuführen ist dieser Zuwachs vor allem auf die positive wirtschaftliche Entwicklung. Bedeutendste Umschlagsländer waren Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 28 % weit vor Niedersachsen mit 9,7 % und Bayern mit 9,2 %.

Tab. 6.7: Güterumschlag mit der Bahn 2006 – in Tausend Tonnen

Nordrhein-Westfalen	155 518
Niedersachsen	52 863
Bayern	50 178
Sachsen-Anhalt	45 862
Hamburg	42 869
Baden-Württemberg	37 993
Brandenburg	30 821
Saarland	30 171
Sachsen	20 345
Hessen	19 615
Bremen	16 160
Rheinland-Pfalz	15 056
Mecklenburg-Vorpommern	9 462
Thüringen	7 471
Schleswig-Holstein	7 137
Berlin	5 027
Deutschland	**546 548**

Eine Ursache für den hohen Anteil des Eisenbahngüterverkehrs für Nordrhein-Westfalen und auch für das auf dem achten Platz liegende Saarland ist, dass die Bahn für den Güterumschlag nicht nur im Fernverkehr, sondern vor allem in Ländern mit bedeutenden Kohle- und Stahlstand-

orten auch über relativ kurze Entfernungen genutzt wird. Vom gesamten Güterumschlag Nordrhein-Westfalens von 156 Mill. t sind 97 Mill. t auf Transporte innerhalb dieses Bundeslandes zurückzuführen. Auch für das Saarland lag der entsprechende Anteil mit 18 Mill. t von 30 Mill. t sehr hoch.

Von der positiven Gesamtentwicklung des Güterumschlags (+8,7 %) im Jahr 2006 profitierte insbesondere Baden-Württemberg (+30 %), wesentlich höhere Güterumschläge als 2005 wiesen auch Hamburg und Berlin (jeweils +23 %) auf. Bei Baden-Württemberg und Hamburg lag dies u. a. an ihrer starken Position im weltweit wachsenden Containerverkehr, während Berlin seine Verluste der Vorjahre ausglich. Vorbei ging die positive Entwicklung dagegen an Mecklenburg-Vorpommern (–8,2 %) und Sachsen-Anhalt (–4,0 %).

Zwei Drittel aller Güterumschläge der Binnenschifffahrt erfolgen am Rhein und seinen Nebenflüssen

In Deutschland weist das Binnenwasserstraßennetz eine Gesamtlänge von knapp 7 500 km auf und verbindet nahezu alle größeren Ballungsräume miteinander. Die Binnenschifffahrt spielt damit als relativ umweltfreundlicher Verkehrsträger eine wichtige Rolle bei der Entlastung des Straßenverkehrs. Insgesamt hat im Jahr 2006 der Güterumschlag in der Binnenschifffahrt wieder – wie in den beiden Vorjahren – zugenommen: Mit 278 Mill. t lag er um 2,4 % über dem Vorjahreswert.

Tab. 6.8: Güterumschlag der Binnenschifffahrt 2006
in Tausend Tonnen

Nordrhein-Westfalen	131 418
Baden-Württemberg	34 210
Niedersachsen	25 768
Rheinland-Pfalz	25 108
Hessen	11 385
Hamburg	10 474
Bayern	10 344
Sachsen-Anhalt	7 506
Bremen	5 608
Saarland	4 057
Brandenburg	4 033
Schleswig-Holstein	3 875
Berlin	3 654
Sachsen	175
Mecklenburg-Vorpommern	–
Thüringen	–
Deutschland	**277 617**

Abb. 6.3: Güterumschlag der Binnenschifffahrt 2006 – in Prozent

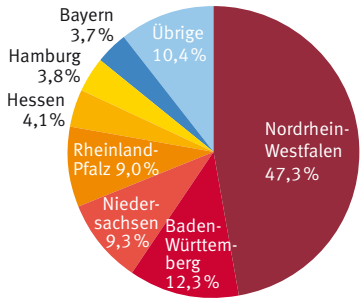
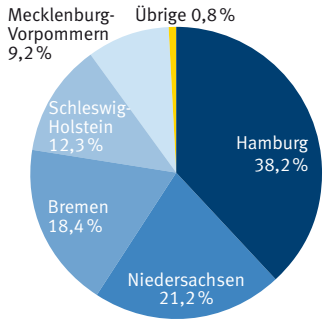


Abb. 6.4: Güterumschlag der Seeschifffahrt 2006 – in Prozent



Die meisten Güter werden in Häfen im Rheingebiet (Rhein sowie Saar, Mosel, Main und Neckar) ein- und ausgeladen, auf das im Jahr 2006 mit 182 Mill. t knapp zwei Drittel aller Güterumschläge entfielen. Der weitaus größte deutsche Binnenhafen ist Duisburg; nahezu jede fünfte Tonne, die in der Binnenschifffahrt ein- oder ausgeladen wird, berührt Duisburgs Kais.

Angesichts der überragenden Bedeutung des Rheins und insbesondere Duisburgs für die deutsche Binnenschifffahrt liegen die beiden wichtigsten Bundesländer an diesem Strom: Etwas weniger als die Hälfte (47 %) aller Güterumschläge der Binnenschifffahrt im Jahr 2006 erfolgte in den Häfen Nordrhein-Westfalens, gefolgt von Baden-Württemberg mit einem Anteil von 12 %. In den letzten vier Jahren konnte sich Niedersachsen, das am Schiffsverkehr auf der Elbe, dem Mittellandkanal und der Weser partizipiert, auf Rang drei vorarbeiten (9,3 %) und damit Rheinland-Pfalz (9,0 %) knapp überholen.

Mehr als ein Drittel aller Seegüter in Hamburg umgeschlagen

Der Seeverkehr boomt bereits seit vielen Jahren. Hier können große Mengen über weite Entfernungen (z. B. nach Amerika oder Asien) befördert werden. Er profitiert damit in hohem Maße vom Wachstum der Weltwirtschaft und von einer sich intensivierenden weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit. So erhöhte sich von 1992 bis 2006 der Güterumschlag von über See beförderten Gütern in deutschen Häfen um insgesamt 66 % auf knapp 303 Mill. t.

Die bedeutendsten deutschen Seehäfen sind Hamburg, Bremen/Bremerhaven, Wilhelmshaven in Niedersachsen, Lübeck (Schleswig-Holstein) sowie Rostock (Mecklenburg-Vorpommern). Nach Bundesländern wurden in Hamburg mehr als ein Drittel (38 %) aller Seegüter umgeschlagen, gefolgt von Niedersachsen (21 %) und Bremen (18 %).

Hamburg und Bremerhaven sind die wichtigsten Containerhäfen Deutschlands

Von der positiven Gesamtentwicklung des Güterumschlags profitierten in den letzten Jahren vor allem Hamburg (+50 % Wachstum von 2000 bis 2006) und Bremen (+42 %). Dies liegt insbesondere an den weltweit wachsenden Containertransporten, die auch den Anstieg des Seegüterumschlags in Deutschland entscheidend mittragen und vor allem in den beiden weitaus bedeutendsten Containerhäfen Deutschlands, Hamburg und Bremerhaven, umgeschlagen werden.

Die übrigen Küstenländer steigerten ihren Güterumschlag im genannten Zeitraum zwischen 4 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 5 % (Niedersachsen und Schleswig-Holstein).

Damit konnten die Häfen Mecklenburg-Vorpommerns die dort bis zum Jahr 2004 herrschende Schwächephase in den letzten beiden Jahren aufgrund der dynamischen Entwicklung des Ostseeverkehrs überwinden. Aktuell weist Mecklenburg-Vorpommern mit +8 % die zweithöchste Steigerung des Güterumschlags nach Bremen (+19 %) auf.

Am Frankfurter Flughafen wird dreimal soviel Fracht verladen wie in Köln/Bonn

Bei der Beförderung von Fracht liegen die Vorteile des Flugzeuges insbesondere im schnellen Transport über weite Strecken, allerdings können nur relativ geringe Mengen befördert werden, so dass insgesamt nur 0,1 % aller beförderten Güter auf den Luftverkehr entfallen.

Die Luftfracht wächst seit vielen Jahren stetig, nur im Jahr 2001 waren Rückgänge zu verzeichnen. An Fracht wurden im Jahr 2006 auf den 25 wichtigsten deutschen Flughäfen 3,2 Mill. t und damit 9 % mehr als im Vorjahr ein- und ausgeladen. In der Luftfracht erreichte Frankfurt mit 2,0 Mill. t einen noch höheren Verkehrsanteil als in der Passagierluftfahrt; ca. zwei Drittel (63 %) aller in Deutschland an Bord von Flugzeugen verladenen Güter wurden dort umgeschlagen, gefolgt von Köln/Bonn mit 685 500 t (Anteil: 21 %) und mit weitem Abstand München mit 224 400 t (Anteil: 7 %).

Von den vier in der Frachtbeförderung führenden Flughäfen Deutschlands boomten im Jahr 2006 Hahn und München mit zweistelligen Wachstumsraten (12,1 % bzw. 10,5 %), während in Frankfurt/Main der Luftfrachtumschlag auf seinem bereits sehr hohen Niveau mit + 9,1 % leicht und in Köln/Bonn (+7,1 %) spürbar unter der Wachstumsrate aller Flughäfen (+9,2 %) lag.

Tab. 6.9: Frachtabfertigung auf Großflughäfen 2006 – in Tausend Tonnen (Ein- und Ausladungen)

Frankfurt/Main	2 021,8
Köln/Bonn	685,5
München	224,4
Hahn	113,2
Düsseldorf	59,2
Hamburg	31,9
Leipzig/Halle	26,8
Stuttgart	18,8
Berlin-Tegel	13,5
Nürnberg	11,2
Übrige Großflughäfen	16,4
Deutschland	**3 222,6**

7 Umwelt

Flächennutzung

Die Nutzung der Bodenfläche stellt einen wesentlichen Bereich der Umweltnutzung durch den Menschen dar. Insbesondere der stetige Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland wird zunehmend zum Problem, da die Bodenfläche ein knappes, nicht vermehrbares Gut ist. Bei ihrer Nutzung für Siedlungs- und Verkehrszwecke können sich zudem negative Folgen für den Wasserhaushalt, die Artenvielfalt oder das Mikroklima ergeben.

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den Stadtstaaten am höchsten

Unter den Bundesländern ist in Bayern der Umfang der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit 7 740 km² am größten. Dies erscheint auf den ersten Blick plausibel, da es sich bei Bayern auch um das flächenmäßig größte Land handelt. Die Größe eines Landes ist jedoch nur ein Faktor für den Umfang seiner Siedlungs- und Verkehrsfläche. Dies wird deutlich, wenn man jeweils den prozentualen Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche betrachtet. Die Spitzenstellung der Stadtstaaten, angeführt von Berlin mit einem Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil von 69,7 %, ist verständlich. Unter den Flächenstaaten fällt Bayern jedoch mit einem Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil von 11,0 % weit zurück und liegt damit sogar unter dem Bundesdurchschnitt von 13,0 %. Ansonsten reicht die Spannbreite der Siedlungs- und Verkehrsflächenanteile von 21,9 % im städtisch geprägten Nordrhein-Westfalen bis zu 7,5 % im eher ländlich strukturierten Mecklenburg-Vorpommern.

Tab. 7.1: Bodenfläche 2006
in km²

Bayern	70 550
Niedersachsen	47 641
Baden-Württemberg	35 752
Nordrhein-Westfalen	34 086
Brandenburg	29 480
Mecklenburg-Vorpommern	23 182
Hessen	21 115
Sachsen-Anhalt	20 447
Rheinland-Pfalz	19 853
Sachsen	18 417
Thüringen	16 172
Schleswig-Holstein	15 799
Saarland	2 570
Berlin	892
Hamburg	755
Bremen	404
Deutschland	**357 115**

Flächenerhebung

Die Flächenangaben beruhen auf der Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster der Länder. Eine umfassende Flächenerhebung (bundeseinheitlich mindestens 17 Bodennutzungsarten) findet für Deutschland in seinen heutigen Grenzen seit 1992 alle vier Jahre statt. Die letzte Erhebung wurde im Jahr 2004 durchgeführt, deshalb sind die Daten zur Landwirtschafts- und Waldfläche dieses Kapitels auf diesem Aktualitätsstand. Seit 2001 wird zudem jährlich die Siedlungs- und Verkehrsfläche (fünf Bodennutzungsarten) erhoben. Erhebungsstichtag ist jeweils der 31.12.

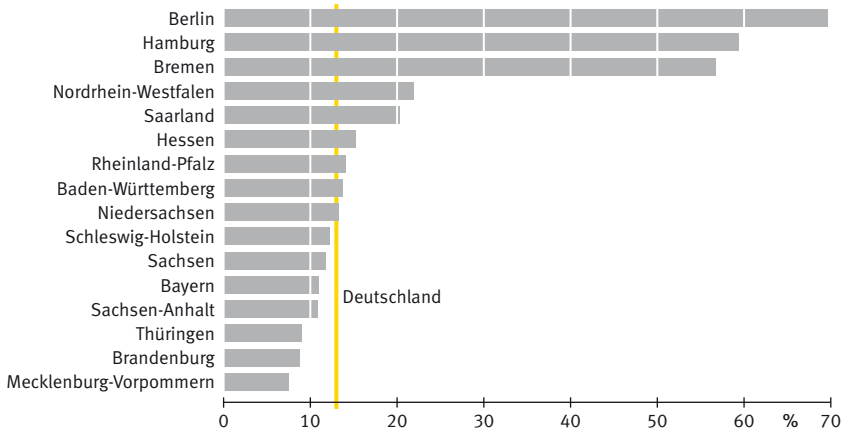
Erhebungseinheiten sind die Gemeinden, d. h. deren Bodenflächen stellen die kleinsten Gebietseinheiten dar, zu denen Angaben über die dort anzutreffenden Nutzungsarten existieren. Bezogen auf die Gemeindeflächen lassen sich damit auch summarische Aussagen über die Zu- oder Abnahme bestimmter Flächennutzungsarten machen. Nicht möglich sind allerdings Aussagen darüber, welche Nutzungsart sich zu Lasten welcher anderen verändert hat.

Die Ergebnisse der Flächenerhebung und der Landwirtschaftsstatistik (siehe Kap. 11, Abschnitt Landwirtschaft) weichen aufgrund unterschiedlicher Begriffsdefinitionen und Erfassungsuntergrenzen voneinander ab. Landwirtschaftliche Betriebe werden z. B. nur dann in die Landwirtschaftsstatistik einbezogen, wenn die von ihnen bewirtschaftete Fläche einen bestimmten Mindestumfang besitzt. Bei der Flächenerhebung gibt es dagegen keine Erfassungsuntergrenze.

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hessen am wenigsten gestiegen

Vergleicht man die Anteile der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche in den Jahren 1992 und 2006, so zeigt sich folgendes Bild: Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche ist in dem betreffenden Zeitraum in allen Ländern gestiegen. In Hamburg wuchs der Anteil mit 3,6 Prozentpunkten von 55,8 % auf 59,4 % am stärksten. In Deutschland

Abb. 7.1: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche 2006 – in Prozent



Versiegelte Fläche

„Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen. Dazu zählen z. B. alle Grünflächen im Umfeld von Gebäuden, Kleingärten sowie Sport- und Grünanlagen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus den Bodennutzungsarten „Gebäude- und Freifläche“, „Betriebsfläche (ohne Abbauland)“, „Erholungsfläche“, „Verkehrsfläche“ und „Friedhof“ zusammen. Aktuellen Schätzungen zufolge schwankt der Versiegelungsgrad der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland zwischen 43 % und 50 %.

insgesamt stieg er um 1,7 Prozentpunkte, in Hessen, das am Ende der Skala liegt, lediglich um 1,0 Prozentpunkt.

Tab. 7.2: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Landesfläche in Prozent

	1992	2006
Berlin	68,0	69,7
Hamburg	55,8	59,4
Bremen	53,5	56,7
Nordrhein-Westfalen	19,6	21,9
Saarland	18,9	20,3
Hessen	14,2	15,3
Rheinland-Pfalz	12,6	14,1
Baden-Württemberg	12,3	13,8
Niedersachsen	11,7	13,3
Schleswig-Holstein	10,5	12,2
Sachsen	9,9	11,8
Bayern	9,3	11,0
Sachsen-Anhalt	8,0	10,9
Thüringen	7,9	9,0
Brandenburg	7,4	8,8
Mecklenburg-Vorpommern	5,8	7,5
Deutschland	**11,3**	**13,0**

Alle 9 Minuten wird die Fläche eines Fußballfeldes für Siedlungs- und Verkehrszwecke „verbraucht“

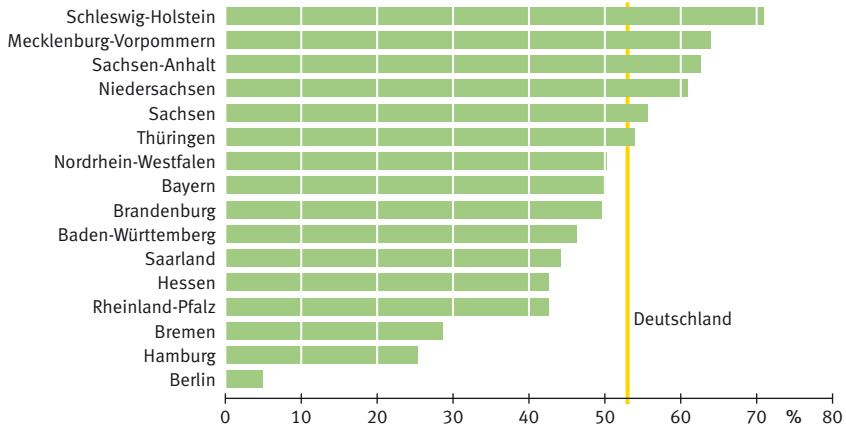
Die Beobachtung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke spielt eine wichtige Rolle in der im Jahr 2002 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung: Ein wichtiges Ziel dieser Strategie ist, die durchschnittliche tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche von derzeit noch 113 ha/Tag (in den Jahren 2003 bis 2006) auf 30 ha/Tag im Jahr 2020 zu reduzieren.

Zur Veranschaulichung der derzeitigen Flächeninanspruchnahme in Deutschland kann als „Maßeinheit“ die Größe eines Fußballfeldes herangezogen werden. Setzt man diese z. B. mit 0,7 ha (100 m x 70 m) an, so werden in Deutschland derzeit täglich 162 Fußballfelder oder alle 9 Minuten ein Fußballfeld für Siedlungs- und Verkehrszwecke „verbraucht“.

Schleswig-Holstein besitzt den größten Anteil Landwirtschaftsfläche

Betrachtet man die Landwirtschaftsfläche, so liegt auch hier Bayern mit einem Flächenumfang von 35 315 km² an erster

Abb. 7.2: Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Bodenfläche 2004 – in Prozent



Stelle unter den Ländern. Beim Blick auf die prozentualen Anteile der Landwirtschaftsfläche an der Bodenfläche zeigen sich jedoch wieder landestypische Besonderheiten. Der bayerische Landwirtschaftsflächenanteil von 50,1 % liegt unter dem Bundesdurchschnitt von 53,0 %. Der relative Umfang der Landwirtschaftsflächen ist in Schleswig-Holstein mit 71,0 % am höchsten. Nordrhein-Westfalen liegt mit 50,2 % nahezu gleichauf mit Bayern. Unter den Flächenstaaten sind in Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 42,6 % die geringsten Landwirtschaftsflächenanteile anzutreffen. Unter den Stadtstaaten gilt dies mit 4,9 % für Berlin.

Tab. 7.3: Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Landesfläche in Prozent

	1992	2004
Schleswig-Holstein	73,5	71,0
Mecklenburg-Vorpommern	64,8	63,9
Sachsen-Anhalt	63,6	62,7
Niedersachsen	62,7	60,9
Sachsen	57,0	55,7
Thüringen	54,5	54,0
Nordrhein-Westfalen	52,6	50,2
Bayern	52,3	50,1
Brandenburg	50,2	49,6
Baden-Württemberg	48,1	46,3
Saarland	45,5	44,2
Hessen	43,8	42,6
Rheinland-Pfalz	43,8	42,6
Bremen	31,3	28,6
Hamburg	29,1	25,4
Berlin	6,7	4,9
Deutschland	**54,7**	**53,0**

Vergleicht man die Anteile der Landwirtschaftsfläche an der Landesfläche in den Jahren 1992 und 2004, so wird deutlich, dass der Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Bodenfläche in allen Ländern zurückgegangen ist. In Deutschland insgesamt nahm er um 1,7 Prozentpunkte von 54,7 % auf 53,0 % ab. Der größte Rückgang ist mit 3,7 Prozentpunkten in Hamburg, der geringste mit 0,5 Prozentpunkten in Thüringen zu verzeichnen.

Waldanteil in Berlin fast doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein

Auch im Hinblick auf den absoluten Umfang der Waldflächen rangiert Bayern mit 24 634 km² an erster Stelle unter den Bundesländern. Wo ist jedoch das Landschaftsbild Deutschlands am meisten durch Wald geprägt? Der Blick auf die relativen Waldanteile an der Bodenfläche weist hier Rheinland-Pfalz mit 41,5 % als Spitzenreiter aus, gefolgt von Hessen mit 40,0 %. Im Bundesdurchschnitt liegt der Waldanteil bei 29,8 %. Unter den Flächenstaaten rangiert Schleswig-Holstein mit 10,0 % am Ende der Skala. Beachtlich ist, dass in Berlin mit 18,0 % ein fast doppelt so hoher Waldanteil anzutreffen ist. Am Ende der Spanne liegt mit 1,9 % Bremen.

Der Anteil der Waldfläche an der Bodenfläche ist in den Jahren 1992 und 2004 in allen Ländern leicht gestiegen, wenn dies auch bei Angabe nur einer Nachkommastelle bei einigen Ländern zahlenmäßig nicht erkennbar ist (siehe Tab. 7.4). In Sachsen-Anhalt wuchs der Anteil mit 2,7 Prozentpunkten von 21,2 % auf 23,9 %

am stärksten. In Deutschland insgesamt erhöhte sich der Waldflächenanteil um 0,5 Prozentpunkte, im Saarland, das am Ende der Skala liegt, blieb er bei geringfügiger Erhöhung nahezu konstant.

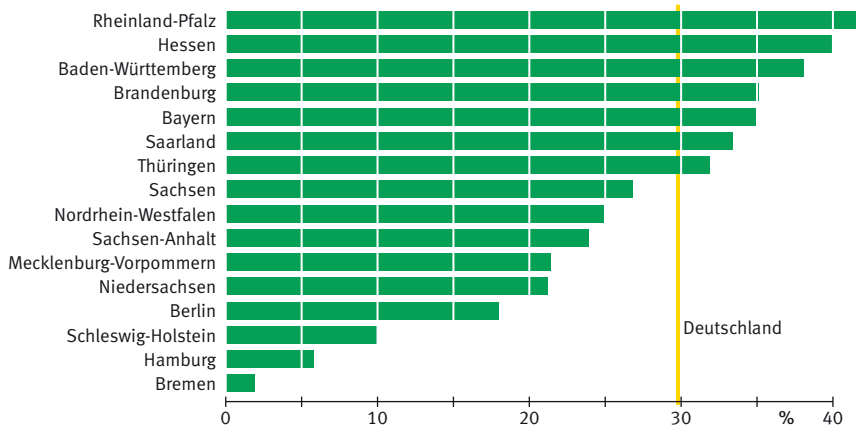
Tab. 7.4: Anteil der Waldfläche an der Landesfläche
in Prozent

	1992	2004
Rheinland-Pfalz	40,5	41,5
Hessen	39,8	40,0
Baden-Württemberg	37,6	38,1
Brandenburg	34,7	35,1
Bayern	34,5	34,9
Saarland	33,4	33,4
Thüringen	31,8	31,9
Sachsen	26,4	26,8
Nordrhein-Westfalen	24,7	24,9
Sachsen-Anhalt	21,2	23,9
Mecklenburg-Vorpommern	21,2	21,4
Niedersachsen	20,8	21,2
Berlin	17,5	18,0
Schleswig-Holstein	9,2	10,0
Hamburg	4,5	5,8
Bremen	1,9	1,9
Deutschland	**29,3**	**29,8**

Tab. 7.5: Abfallentsorgungsanlagen 2005

	Anlagen	Beseitigte/ behandelte Abfallmenge
	Anzahl	in Tonnen
Bayern	2 645	25 218
Nordrhein-Westfalen	1 141	41 626
Baden-Württemberg	973	13 052
Niedersachsen	637	14 046
Hessen	428	6 261
Brandenburg	390	8 097
Sachsen	389	6 456
Rheinland-Pfalz	348	6 523
Sachsen-Anhalt	335	8 581
Thüringen	260	4 335
Schleswig-Holstein	245	3 984
Meckl.-Vorpommern	195	3 275
Saarland	156	3 342
Hamburg	93	3 550
Berlin	58	1 621
Bremen	30	1 534
Deutschland	**8 323**	**151 501**

Abb. 7.3: Anteil der Waldfläche an der Bodenfläche 2004 – in Prozent



Von umweltpolitischer Bedeutung ist jedoch in erster Linie die eingangs dargestellte Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die Aufgabe, das Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung zu erreichen, stellt eine große Herausforderung dar. Denn „es gibt kaum ein Handlungsfeld, bei dem das komplexe Gefüge von ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen so sichtbar wird wie im Bereich des Umgangs mit der begrenzten Ressource Boden und der Siedlungsentwicklung“, wie es in der Nachhaltigkeitsstrategie heißt.

Abfallentsorgung

Die meisten Abfallentsorgungsanlagen stehen in Bayern

Nach den Ergebnissen von 2005 wurden im Bundesgebiet mehr als 150 Mill. Tonnen Abfälle von über 8 000 Entsorgungsanlagen beseitigt oder behandelt. Die meisten Entsorgungsanlagen stehen mit mehr als 2 600 in Bayern, in weitem Abstand gefolgt von den Ländern Nordrhein-Westfalen (1 141), Baden-Württemberg (973 Anlagen), Niedersachsen (637), Hessen (428) und Brandenburg (390). In den Stadtstaaten war die Anzahl der Abfallentsorgungsanlagen am geringsten.

Höchste Abfallmenge in Nordrhein-Westfalen

Die absolute Höhe der Abfallmengen korrespondiert nicht mit der Anzahl der Anlagen, weil u. a. die Kapazitäten der Anlagen sowie die Strukturen der Gemeinden hier eine Rolle spielen. Die höchste Abfallmenge fiel mit mehr als 41 Mill. Tonnen vielmehr in Nordrhein-Westfalen an, gefolgt von Bayern (25,2 Mill. Tonnen) und Niedersachsen (14 Mill. Tonnen). Am niedrigsten war die Abfallmenge in den Stadtstaaten, im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern.

Nimmt man den Siedlungsabfall, der in den Ländern entsorgt wurde, in denen er auch entstanden ist, und bringt diese Mengen in Relation zur Bevölkerungszahl, dann haben – gemessen am Bundesdurchschnitt von 485 kg pro Einwohner – die Bundesländer Hamburg, Bayern, Schleswig-Holstein und Brandenburg die höchsten Pro-Kopf-Zahlen, während bei den Bundesländern Berlin, Thüringen und Sachsen die Mengen am geringsten sind. Dieses Ergebnis hängt ganz entscheidend von der Organisation der Müllentsorgung in den Ländern ab. So werden z. B. in den Abfallentsorgungsanlagen von Brandenburg insgesamt mehr als 900 kg Siedlungsabfall pro Einwohner entsorgt, aber nur 550 kg davon auch in Brandenburg erzeugt. Die entsprechenden Vergleichswerte für Berlin betragen 231 kg und 217 kg.

Umweltschutzinvestitionen

Nach den Ergebnissen dieser Erhebung wurden im Jahr 2005 mehr als 1,2 Mrd. Euro von den 3 441 Betrieben des Produzierenden Gewerbes (ohne Energie- und Wasserversorgung sowie Baugewerbe) in den Umweltschutz investiert. Gemessen an den gesamten Investitionen dieser Betriebe sind das 2,6 %. Dabei wurde

in Nordrhein-Westfalen mit 295 Mill. Euro etwa ein Viertel der gesamten Umweltschutzinvestitionen getätigt, gefolgt von Bayern (225 Mill. Euro), Baden-Württemberg (167 Mill. Euro), Niedersachsen (101 Mill. Euro) und Rheinland-Pfalz (86 Mill. Euro). Betrachtet man hingegen den Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen der Betriebe, so ergibt sich ein anderes Bild: Schleswig-Holstein liegt hier mit 4,7 % vorne, gefolgt von Hamburg mit 4,3 %, Rheinland-Pfalz (4,2 %), Sachsen-Anhalt (3,9 %) und Brandenburg (3,4 %). Dabei ist zu berücksichtigen, dass größere Umweltschutzinvestitionen von einzelnen Großunternehmen in einem Jahr bis zum Landesergebnis durchschlagen können. Sind diese Umweltmaßnahmen aber abgeschlossen, kann im nächsten Jahr das Land ein deutlich anderes Ergebnis ausweisen.

Tab. 7.6: Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen 2005

	Betriebe	Investitionen für den Umweltschutz	Anteil an den gesamten Investitionen
	Anzahl	in Mill. Euro	in %
Schleswig-Hostein	74	38	*4,7*
Hamburg	41	45	*4,3*
Rheinland-Pfalz	190	86	*4,2*
Sachsen-Anhalt	101	57	*3,9*
Brandenburg	49	30	*3,4*
Nordrhein-Westf.	786	295	*3,3*
Saarland	59	23	*2,9*
Bayern	559	225	*2,5*
Niedersachsen	286	101	*2,4*
Hessen	270	57	*2,3*
Baden-Württembg.	601	167	*2,1*
Thüringen	129	20	*1,9*
Meckl.-Vorpomm.	23	7	*1,8*
Sachsen	196	39	*1,3*
Berlin	64	11	*1,3*
Bremen	13	4	*0,7*
Deutschland	**3 441**	**1205**	***2,6***

Abfallstatistik

Die Abfallstatistik in Deutschland setzt sich aus mehreren Erhebungen zusammen, die die Abfallwirtschaft aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten: Es werden u. a. die zulassungsbedürftigen Abfallentsorgungsanlagen befragt. Dies umfasst die betriebliche Eigenentsorgung und die Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft. Zusätzlich existieren Erhebungen über die Einsammlung von Verpackungen sowie über die Aufbereitung und Verwertung von Bau- und Abbruchabfällen. Ferner werden die mit Begleitscheinen transportierten gefährlichen Abfälle ausgewertet. In diesem Beitrag werden nur die Daten betrachtet, die die Abfallentsorgungsanlagen betreffen.

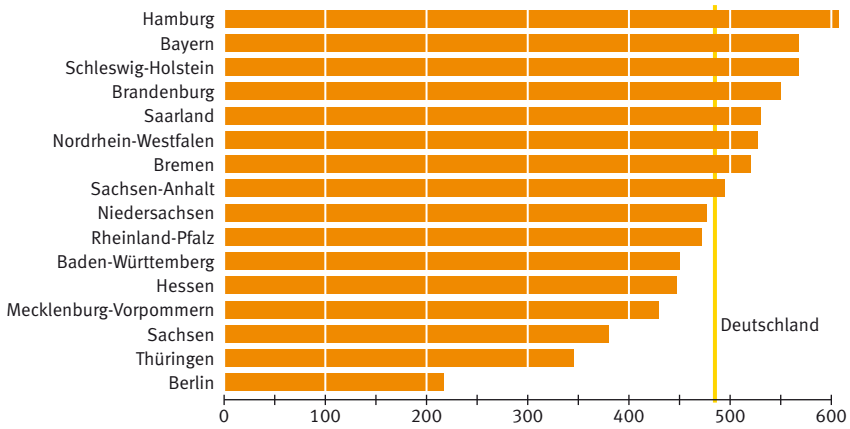
Bei der Interpretation dieser Daten ist zu beachten, dass es unterschiedliche Arten von Abfallentsorgungsanlagen gibt und Abfälle zum Teil mehrstufig behandelt werden.

Einige Abfallentsorgungsanlagen seien hier genannt:

- Deponien,
- thermische Behandlungsanlagen,
- chemisch-physikalische Behandlungsanlagen,
- Schredderanlagen,
- mechanisch-biologische Behandlungsanlagen,
- Bodenbehandlungsanlagen und
- biologische Behandlungsanlagen.

Abfälle werden an jeder dieser Abfallbehandlungsanlagen statistisch erfasst. Das bedeutet, dass die Abfallmengen im Output der Vorbehandlung, wie z. B. der Sortierung, den Input von anderen Abfallbeseitigungsanlagen, wie z. B. von Deponien oder der Abfallverbrennung, bilden können. Abfälle, die mehrere Stufen der Behandlung durchlaufen, bevor sie abgelagert oder verbrannt werden, können also Doppelerfassungen verursachen.

Abb. 7.4: Siedlungsabfall[1] 2005 – in Kilogramm pro Einwohner



1) Siedlungsabfall aus dem eigenen Bundesland in Entsorgungsanlagen.

Siedlungsabfall

Zu den Siedlungsabfällen zählen Haushaltsabfälle und sonstige Siedlungsabfälle. Die Haushaltsabfälle setzen sich zusammen aus dem über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelten Hausmüll, dem Sperrmüll, den kompostierbaren Abfällen aus der Biotonne, den biologisch abbaubaren Garten- und Parkabfällen sowie den getrennt gesammelten Fraktionen (Glas, Papier, Kunststoffe, Elektroabfälle und sonstige Abfälle).

Die **sonstigen Siedlungsabfälle** umfassen hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (welche nicht über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt werden), nicht biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle (z. B. Boden und Steine), Marktabfälle und Straßenreinigungsabfälle.

Erhebung der Umweltschutzinvestitionen

Die Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz wird seit 1975 durchgeführt und ist damit die älteste umweltökonomische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland. Zu den Umweltschutzinvestitionen zählen hier alle Zugänge an Sachanlagen, deren Hauptzweck der Schutz der Produktionstätigkeit vor schädlichen Einflüssen auf die Umwelt ist. Dies können Sachanlagen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen sein, die bei der Produktionstätigkeit entstehen (produktionsbezogene Maßnahmen), oder Investitionen zur Herstellung von Erzeugnissen, bei deren Ge- oder Verbrauch die Umwelt geringer belastet wird (produktbezogene Maßnahmen).

Bei den produktionsbezogenen Maßnahmen gibt es zwei typische Fälle, nämlich die so genannten additiven (oder vor- bzw. nachgeschalteten oder end-of-pipe) Investitionen und die integrierten (oder vorsorgenden oder clean technologies) Investitionen. Bei den additiven Maßnahmen handelt es sich um separate, vom übrigen Produktionsprozess getrennte Anlagen. Sie können z. B. der Entsorgung von Abfällen (z. B. Verbrennungsanlagen), dem Schutz von Gewässern (z. B. Kläranlagen), der Lärmbekämpfung (z. B. Lärmschutzwände) oder der Luftreinhaltung (z. B. Abluftfilter) dienen. Die integrierten Maßnahmen sind dagegen immer ein nicht klar isolierbarer Teil einer größeren Anlage. Beispielsweise gehört die Kreislaufführung von Stoffen und von Kühlwasser oder die Nutzung von Wärme, die bei Produktionsprozessen entsteht (z. B. mittels Wärmetauscher) zu diesen Maßnahmen.

Aufgrund einer neuen EU-Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik erhebt das Statistische Bundesamt ab dem Berichtsjahr 2003 neben den additiven auch die integrierten Umweltschutzinvestitionen.

Die Umweltschutzinvestitionen haben in den letzten Jahren bundesweit stetig abgenommen. Neben einer insgesamt geringeren Wirtschaftskraft und der damit auch im Umweltschutz einhergehenden verminderten Investitionstätigkeit liegt eine Ursache darin, dass der Trend in Richtung eines vorsorgenden Umweltschutzes unvermindert anhält. Dieser Technologiewechsel weg von additiven, nachsorgenden Umwelttechniken hin zu integrierten Umwelttechniken, bei denen Produktionsprozesse von vornherein derart gestaltet werden, dass eine Vielzahl von Emissionen gar nicht erst entstehen, wurde bisher in der Umweltstatistik nicht adäquat abgebildet. Mit der Aufnahme des Merkmals der integrierten Umweltschutzinvestitionen in die Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe schließt die Umweltstatistik diese Informationslücke.

Teil II:

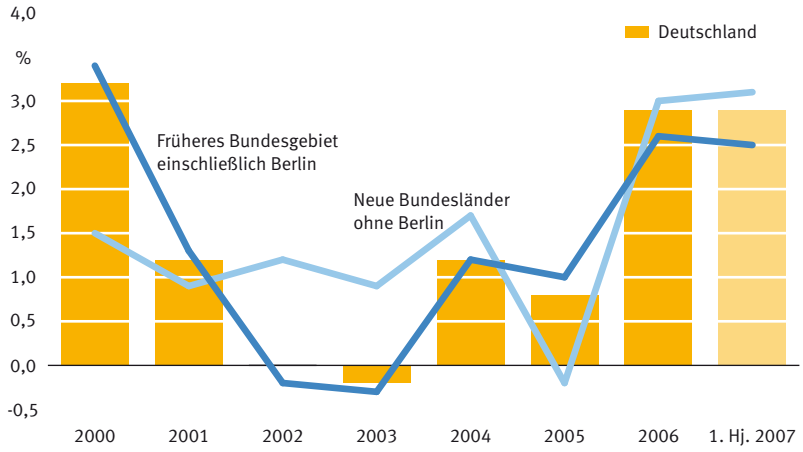
Wirtschaft und öffentliche Finanzen

8 Gesamtwirtschaft

„Die Wirtschaft wächst langsamer! Leicht enttäuschendes Wachstum im zweiten Quartal 2007!“ So oder so ähnlich lauteten die Schlagzeilen der großen Nachrichtenblätter und Wirtschaftsmagazine Deutschlands nach Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungsergebnisse zur Wirtschaftsleistung Deutschlands im zweiten Quartal 2007. Im Vorjahresquartalsvergleich war demnach ein preisbereinigtes Wachstum um 2,5 % zu verzeichnen, nach 3,3 % Plus im ersten Quartal des Jahres.

Die Wachstumsverlangsamung erfolgte allerdings auf dem in 2006 erreichten hohen Niveau, nachdem die deutsche Wirtschaft so stark gewachsen war wie seit Jahren nicht mehr. Die nachhaltige Konjunkturbelebung 2006 führte zu einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 2,9 % nach lediglich 0,8 % Plus im Jahr zuvor. Nach der Stagnationsphase 2002 bis 2003 und der relativ niedrigen Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um bescheidene 1,2 % im Folgejahr markierte der kräftige Aufschwung 2006 die stärkste wirtschaftliche Belebung in Deutschland seit dem Boomjahr 2000.

Abb. 8.1: Wirtschaftswachstum [1] Ost–West



1) Quelle: Deutsche Bundesbank

Regionale VGR – unverzichtbar für Politik, Wirtschaft und Verwaltung

Die Angaben zum Wirtschaftswachstum für die Bundesländer basieren auf den Regionalergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die in Deutschland vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstellt werden. Als das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung auf regionaler Ebene liefern die Ergebnisse der VGR ein quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in unserem Land und sind als solches unverzichtbar für gesamtwirtschaftliche Analysen und die Konjunkturbeobachtung in den Bundesländern. Die im Übrigen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) nach einheitlicher Methodik ermittelten regionalen VGR-Aggregate bilden damit eine wesentliche Grundlage politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen sowohl auf Bundes- und Länderebene als auch im europäischen Kontext. Beispielsweise richtet sich im Rahmen der gemeinsamen Kohäsionspolitik der Europäischen Kommission die Vergabe von Fördermitteln der EU-Strukturfonds für Regionen mit Entwicklungsrückstand nach der Höhe des auf die Zahl der jeweiligen Einwohner bezogenen regionalen Bruttoinlandsprodukts.

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Regionalergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Deutschland vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstellt, dessen Vorsitz und Federführung dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg obliegen. In diesem Arbeitskreis sind die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. Des Weiteren sind das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt „Statistik und Wahlen“ der Stadt Frankfurt am Main als Repräsentant des Deutschen Städtetages beratend vertreten, sowie das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) als Gast bei den Tagungen des Arbeitskreises.

Jedes Arbeitskreismitglied errechnet für die Ebene der Bundesländer ein Aggregat bzw. einen Wirtschaftsbereich für alle 16 Länder. Somit ist sicher gestellt, dass in Deutschland alle regionalen Länderergebnisse der VGR, wie beispielsweise das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation und der Konsum der privaten Haushalte sowie die Investitionstätigkeit auf Basis gleicher Quellen und Methoden berechnet werden und damit voll vergleichbar sind. Die durch das seit 1995 geltende „Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG 1995) EU-weit einheitliche Methodik wurde um die neuen Konzepte der VGR-Revision 2005 ergänzt und sichert so zudem vergleichbare Gesamtrechnungsergebnisse für die Staaten und Regionen Europas. Berechnungen unterhalb der Länderebene, also für Regierungsbezirke (NUTS 2) oder Kreise (NUTS 3) erfolgen in jedem einzelnen Landesamt, jedoch ebenfalls nach einheitlichen Methoden und aus den gleichen Datenquellen. Aktuelle Ergebnisse der regionalen VGR auf Länder- und Kreisebene bietet der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ in Form von HTML- und Excel-Dateien unter www.vgrdl.de kostenlos zum Download an.

Bruttoinlandsprodukt

Entsprechend der positiven Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2006 in ganz Deutschland war auch in den einzelnen Bundesländern ein zum Teil kräftiger Wirtschaftsaufschwung zu verzeichnen. In jeweiligen Preisen erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt 2006 gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % auf 2 309 Mrd. Euro, preisbereinigt um 2,9 %. Die fünf neuen Länder lagen mit 3,0 % Wirtschaftswachstum leicht über dem Bundeswert, während die alten Länder (einschließlich Berlin) mit 2,6 % Plus einen etwas geringeren Zuwachs als der Bund aufwiesen.

Welche Länder führten 2006 das Wachstumsranking an? Wie groß sind die regionalen Unterschiede? Die Ergebnisse machen deutlich, dass der Durchschnittswert für das Wirtschaftswachstum in Deutschland die konjunkturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen insgesamt verdeckt. Erst im Vergleich der Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts der Bundesländer offenbaren sich regionale Stärken und Schwächen.

Das „BIP“ – zentrale Messgröße für Wachstum und Konjunktur

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dient allgemein als Messgröße für Wachstum und Konjunktur. Es spiegelt den wirtschaftlichen Gesamtwert der innerhalb eines bestimmten Zeitraums erstellten Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft oder eines abgegrenzten Wirtschaftsgebiets wider und stellt damit eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Aggregat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar. Das BIP umfasst dabei die Aktivitäten aller Wirtschaftsbereiche von der Landwirtschaft; der Industrie; dem Handwerk und dem Handel, dem Transportgewerbe, den Banken und Versicherungen bis hin zum Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

In der Entstehungsrechnung (Produktionsansatz) wird das BIP ermittelt, indem die Bruttowertschöpfung (BWS) aller Wirtschaftsbereiche als Differenz zwischen dem Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) und dem Vorleistungsverbrauch berechnet wird, und dann die Gütersteuern (wie Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuer) hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden.

Das BIP wird in jeweiligen Preisen (nominal) und preisbereinigt (Deflationierung mit jährlich wechselnden Vorjahrespreisen und Verkettung) errechnet. Die Veränderungsrate des von Preiseinflüssen bereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr bezeichnet man als Wirtschaftswachstum. Das BIP ist insofern der zentrale Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung und konjunkturelle Lage eines Landes.

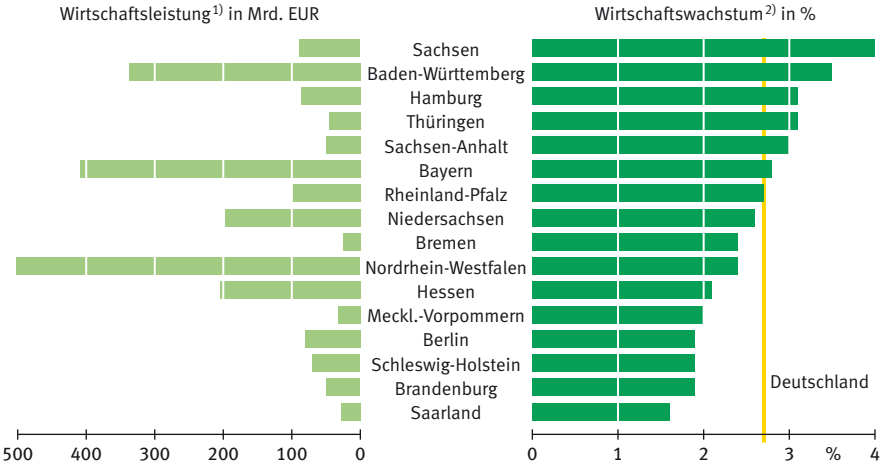
Wird das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt, so werden die Unterschiede der Preisniveaus zwischen den Ländern ausgeschaltet, und Berechnungen auf Pro-Kopf-Basis ermöglichen den Vergleich von Volkswirtschaften von unterschiedlicher absoluter Größe.

Sachsen führt 2006 das Wachstums-Ranking an

Im Ländervergleich setzte sich im vergangenen Jahr Sachsen beim Wirtschaftswachstum an die Spitze. Nach den vorläufigen Regionalwerten des Bruttoinlandsprodukts für die 16 Bundesländer im Jahr 2006 führte Sachsen mit 4,0 % Wirtschaftswachstum das Bundesländerranking an, gefolgt von Baden-Württemberg mit 3,5 % Plus auf Platz zwei. Auf den Rängen drei und vier folgen Hamburg und Thüringen mit einem Anstieg des preisbereinigten BIP um jeweils 3,1 % gegenüber 2005. Ebenfalls eine drei vor dem Komma und damit eine leicht höhere Konjunkturdynamik als der Bundesdurchschnitt erreichte noch Sachsen-Anhalt mit 3,0 % auf Rang fünf. Somit waren unter den fünf Ländern mit überdurchschnittlich hohem Wirtschaftswachstum 2006 drei neue Bundesländer vertreten.

Zu den wachstumsstärkeren Ländern, die 2006 nur knapp unter der 3 %-Marke blieben und sich somit im vorderen Mittelfeld positionieren konnten, gehörten neben Bayern mit einem Plus von 2,8 % noch Rheinland-Pfalz und Niedersachsen mit Wachstumsraten des preisbereinigten BIP von 2,7 % bzw. 2,6 %. Dagegen konnte offenbar das Saarland von der konjunkturellen Belebung 2006 deutlich weniger profitieren. Mit lediglich 1,6 % erzielte die saarländische Wirtschaft 2006 den schwächsten BIP-Anstieg unter den Bundesländern.

Abb. 8.2: Wirtschaftsleistung und Wirtschaftswachstum 2006 in den Bundesländern



1) Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen. – 2) Veränderung des preisbereinigten, verketteten BIP gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Nominales oder „reales“ BIP? – In jeweiligen Preisen oder preisbereinigt?

Das Bruttoinlandsprodukt kann in jeweiligen Preisen (nominal) oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen dargestellt werden. Bei der Bewertung der Waren und Dienstleistungen zu jeweiligen Preisen werden die Preise des jeweiligen Berichtsjahres, bei der Bewertung zu Vorjahrespreisen hingegen die Preise des jeweiligen Vorjahres zugrunde gelegt (Vorjahrespreisbasis). So wird zum Beispiel das preisbereinigte – vor VGR-Revision 2005 als „real“ bezeichnete – Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2006 in Preisen des Jahres 2005, das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2005 in Preisen des Jahres 2004 abgebildet. Dies hat den Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking) der Einzelergebnisse werden langfristige Vergleiche möglich. Insbesondere bei langfristigen Vergleichen bietet sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt als Vergleichsgröße an, um die tatsächliche mengenmäßige Entwicklung einer Volkswirtschaft bewerten zu können.

Vier Staaten stellen zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts der EU-27…

Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes oder einer Region wie auch der ökonomische Vergleich von Volkswirtschaften werden häufig am BIP, der Einwohnerzahl und den Erwerbstätigen festgemacht.

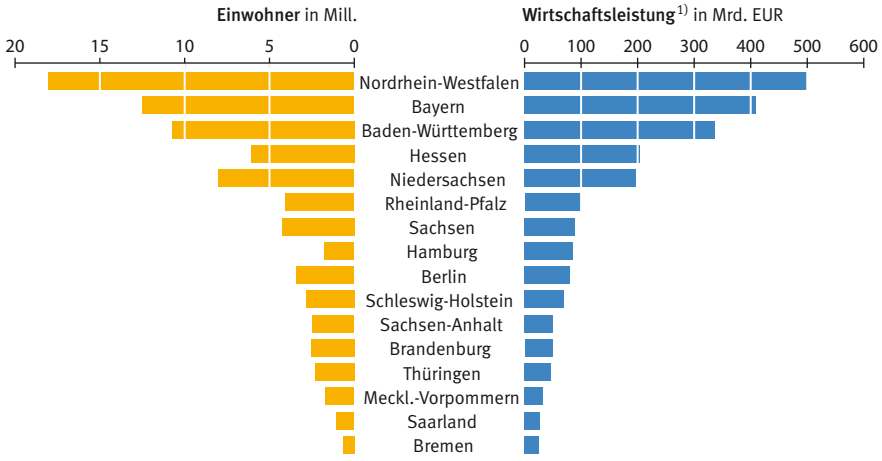
So liegt Deutschland im Kreis der 27 Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Union – mit insgesamt über 493 Mill. Einwohnern – sowohl nach der Höhe des BIP als auch nach der Bevölkerungszahl auf Platz eins und zählt mit Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Italien zu den vier größten Ländern Europas.

Mit einer Einwohnerzahl von insgesamt rund 265 Mill., gut der Hälfte (54 %) der Gesamtbevölkerung der EU-27, erbrachten diese vier Staaten im Jahr 2006 zusammen eine Wirtschaftsleistung von rund 7 483 Mrd. Euro. Das entspricht etwa zwei Drittel des gesamten Bruttoinlandsprodukts der EU.

… und drei Länder gut die Hälfte des gesamtdeutschen BIP

Unter den sechzehn deutschen Bundesländern erbrachten die nach der Zahl der Einwohner größten Länder Nordrhein-Westfalen (18 Mill.), Bayern (12,5 Mill.) und Baden-Württemberg (11 Mill.) im Jahr 2006 die höchste Wirtschaftsleistung. Der

Abb. 8.3: Bevölkerung und Wirtschaftsleistung 2006 in den Bundesländern



1) Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen.
Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder".

Wert der in diesen drei Ländern insgesamt erstellten Waren und Dienstleistungen belief sich auf knapp 1 250 Mrd. Euro, das ist mehr als die Hälfte (54 %) des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts 2006 von insgesamt 2 309 Mrd. Euro.

Noch ein Größenvergleich: Gemessen am BIP in jeweiligen Preisen lag die Wirtschaftsleistung allein des wirtschaftsstärksten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen 2006 mit knapp 502 Mrd. Euro bei gut einem Fünftel des Bundeswertes und entsprach somit in etwa der Wirtschaftsleistung aller neuen Bundesländer zusammen zuzüglich der Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen.

BIP je Einwohner: West-Ost-Gefälle

Ein aussagefähigerer Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaftskraft verschieden großer Volkswirtschaften und Regionen wird möglich durch Berechnungen auf Pro-Kopf-Basis, das heißt wenn man die Absolutwerte des regionalen Bruttoinlandsprodukts auf die jeweilige Bevölkerungszahl beziehungsweise auf die Erwerbstätigen der Region bezieht. Betrachtet man zum Beispiel die Wirtschaftsleistung je Einwohner der Bundesländer, ergibt sich im Länderranking ein ganz anderes Bild als bei den Absolutwerten. An der Spitze liegen dann nicht die bevölkerungsreichen Flächenländer, sondern die wirtschaftsstarken und besonders dienstleistungsorientierten Stadtstaaten Hamburg und Bremen, gefolgt von Hessen mit der Finanzmetropole Frankfurt.

Tab. 8.1: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2006
in jeweiligen Preisen (EUR)

Hamburg	49 318
Bremen	38 107
Hessen	33 614
Bayern	32 815
Baden-Württemberg	31 388
Nordrhein-Westfalen	27 811
Saarland	26 759
Rheinland-Pfalz	24 843
Schleswig-Holstein	24 670
Niedersachsen	24 646
Berlin	23 715
Sachsen	20 815
Sachsen-Anhalt	20 409
Thüringen	19 797
Brandenburg	19 386
Mecklenburg-Vorpommern	19 112
Deutschland	**28 010**

Tab. 8.2: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 2006
in jeweiligen Preisen (EUR)

Hamburg	81 118
Hessen	67 126
Bremen	65 639
Bayern	63 896
Baden-Württemberg	61 993
Nordrhein-Westfalen	59 202
Schleswig-Holstein	56 524
Rheinland-Pfalz	56 046
Niedersachsen	55 430
Saarland	55 133
Berlin	51 406
Sachsen-Anhalt	50 431
Brandenburg	48 775
Sachsen	46 540
Thüringen	45 853
Mecklenburg-Vorpommern	45 732
Deutschland	**58 999**

VGR-Revision 2005

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in fünf- bis zehnjährigen Abständen überarbeitet, um neue Konzepte einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren und neue Datenquellen zu erschließen. Mit der Revision 2005 hat der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" seine Methodik und Berechnungsgrundlagen den geänderten internationalen Standards der Preis- und Volumenmessung angeglichen und den neuen Konventionen im Rahmen des europaweit rechtsverbindlichen „Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen" (ESVG) angepasst. Die wesentlichen Neuerungen sind:

- Einführung einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) und Verkettung zur Darstellung deflationierter Werte (bisher in Preisen eines festen Basisjahres, zuletzt in Preisen von 1995),
- neue Preismessmethoden (unter anderem Hedonik),
- neue Berechnung und Aufteilung der Bankdienstleistungen („Finanzserviceleistung, indirekte Messung" – FISIM) nach verwendeten Sektoren und Wirtschaftsbereichen,
- neue Datenquellen, wie zum Beispiel Strukturinformationen aus der neuen jährlichen Dienstleistungsstatistik für die unternehmensnahen Dienstleister sowie für die Wirtschaftsbereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung.
- Im Februar 2006 wurden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" erstmals Ergebnisse der Revision 2005 mit überarbeiteten Werten ab 1991 veröffentlicht. Die Auswirkungen der erwähnten, datenbedingten und methodischen Änderungen auf die Regionalergebnisse lassen sich im Einzelnen jedoch nicht getrennt quantifizieren.

Innerhalb Deutschlands bewegt sich das auf die jeweilige Einwohnerzahl bezogene Bruttoinlandsprodukt 2006 in jeweiligen Preisen zwischen den Bundesländern in einer Spanne von 69 % bis 176 % im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt. Demnach ist zwischen den Ländern ein ausgeprägtes Regionalgefälle der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung zu beobachten. Insbesondere zwischen Ost und West bestehen nach wie vor unübersehbare Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftskraft.

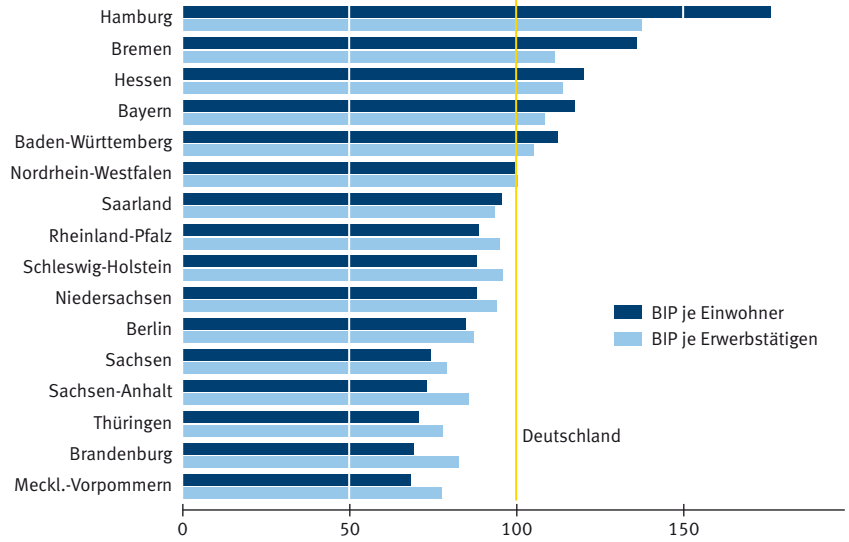
Die Aussagekraft der Kenngröße „BIP je Einwohner" für wirtschaftliche Regionalvergleiche wird allerdings dadurch relativiert, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung in manchen Regionen durch Berufseinpendler auf ein Niveau erhöht wird, das maßgeblich über der von der ansässigen Erwerbsbevölkerung erbrachten Wirtschaftsleistung liegt. In Regionen mit hohem Einpendlerüberhang, wie beispielsweise Hamburg oder Bremen wird das BIP je Einwohner im Ländervergleich somit überschätzt.

Der Effekt der Pendlerströme auf die Höhe der regionalen Wirtschaftsleistung zeigt sich deutlich beim Vergleich des auf die Zahl der Einwohner – am jeweiligen Wohnort erfasst – bezogenen nominalen Bruttoinlandsprodukts mit dem BIP je Erwerbstätigen der Region am jeweiligen Arbeitsort. Die Differenzen der Wirtschaftskraft zwischen den Ländern reduzieren sich beim BIP je Erwerbstätigen auf eine Spanne von 83 % bis 138 % des gesamtdeutschen Wertes.

Hamburg und Bremen mit höchster Wirtschaftskraft …

Insgesamt fünf der sechzehn Bundesländer erzielten 2006 eine deutlich höhere Wirtschaftsleistung pro Kopf als der Durchschnitt Deutschlands. In Baden-Württemberg überstieg das nominale BIP je Einwohner mit rund 31 400 Euro den Bundesdurchschnitt (28 000 Euro) um rund 12 % oder knapp 3 400 Euro. Bayern lag 4 800 Euro (17 %) und Hessen 5 600 Euro (20 %) über dem Bundeswert. Das mit Abstand höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner wiesen allerdings die Stadtstaaten Hamburg und Bremen auf. Bremen belegte Platz zwei mit 38 100 Euro pro Kopf, fast 10 100 Euro über dem deutschen Durchschnitt. An der Spitze lag Hamburg als die Dienstleistungsmetropole Norddeutschlands. Hier wurde 2006 ein BIP von gut 49 300 Euro je Einwohner (am Wohnort) erwirtschaftet, immerhin 21 300 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt.

Abb. 8.4: Pendlereffekt auf die regionale Wirtschaftsleistung
Bruttoinlandsprodukt[1] je Einwohner bzw. je Erwerbstätigen 2006 gegenüber Deutschland = 100



1) In jeweiligen Preisen, vorläufiges Ergebnis.

… aber auch höchstem Einpendlerüberhang

Der Vorsprung der Hansestadt verringert sich beträchtlich, wenn die in Hamburg erstellte Wirtschaftsleistung anstatt auf die ansässige Wohnbevölkerung auf die dort beschäftigten Erwerbstätigen bezogen wird. Mit über 81 100 Euro pro Kopf, einem im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt im Jahr 2006 um gut 22 100 Euro (fast 38 %) höheren BIP je Erwerbstätigen, liegt Hamburg aber auch bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität im Bundesländerranking ganz vorne. Die große Anteilsdifferenz zwischen den beiden Kennziffern BIP je Einwohner (176 %) bzw. BIP je Erwerbstätigen (138 %) weist auf die starke Bedeutung der von den Berufseinpendlern in Hamburg erbrachten Wirtschaftsleistung hin.

Eine ähnliche Situation herrscht in Bremen. Aber auch in Hessen, mit dem Bankenzentrum Frankfurt sowie in Bayern und Baden-Württemberg – unter den Bundesländern die Regionen mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland – ist ein starker Einpendlerüberhang festzustellen.

Der Osten holt auf – Produktivitätsabstand verringert sich

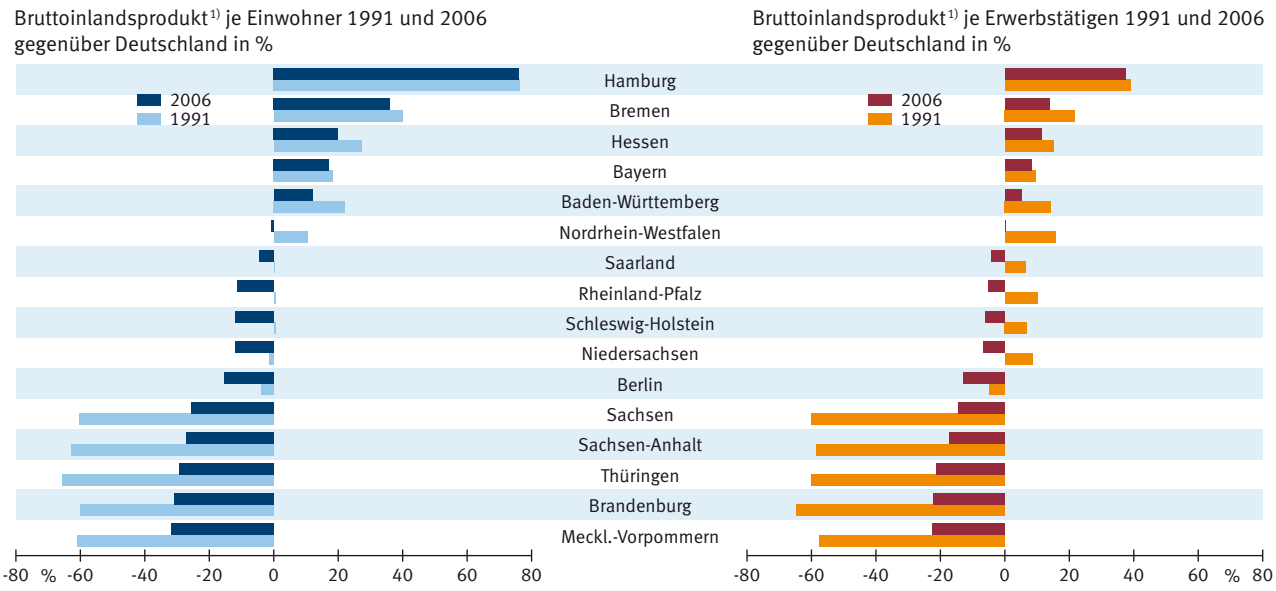
Zwar haben sich die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse in den neuen und alten Bundesländern in weiten Teilen angeglichen, erkennbar insbesondere auch hinsichtlich der Infrastruktur, jedoch bestehen bei den ökonomischen Rahmenbedingungen zwischen Ost und West noch immer deutliche Unterschiede:

Beispiel Verdienst: 2006 lagen die Ostlöhne und -gehälter mit rund 21 300 Euro durchschnittlichem Jahresbruttoverdienst je Arbeitnehmer noch knapp ein Viertel unter dem Westniveau (alte Bundesländer ohne Berlin).

Beispiel Arbeitsmarkt: Trotz der bundesweit allgemein positiven Beschäftigungsentwicklung war die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland noch etwa doppelt so hoch wie im Westen. Die Arbeitslosenquote betrug dort im Juli 2007 knapp 15 %. In Deutschland insgesamt war sie mit 8,9 % auf dem niedrigsten Julistand seit 12 Jahren.

Die Wirtschaftskraft im Osten lag, gemessen am nominalen BIP je Einwohner, im Jahr 2006 etwa um ein Drittel unter dem

Abb. 8.5: Regionale Wirtschaftskraftdifferenzen und Produktivitätsgefälle



1) in jeweiligen Preisen.

Westniveau. Die höchste Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung unter den fünf neuen Ländern erreichte Sachsen mit gut 20 800 Euro, rund 74 % des gesamtdeutschen Durchschnitts (28 000 Euro). Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, ohne ausgeprägte Industriestandorte, befanden sich mit lediglich 19 400 Euro bzw. 19 100 Euro je Einwohner – immerhin rund 10 500 Euro pro Kopf weniger als der Durchschnitt der alten Bundesländer – am Ende der Rangliste.

Bezieht man die Wirtschaftsleistung anstatt auf die Einwohner auf die Zahl der Erwerbstätigen, schneiden die fünf neuen Länder etwas besser ab. Zwar liegt der Osten auch hier noch knapp ein Viertel unter Westniveau, im Jahr 2006 mit durchschnittlich 47 400 Euro je Erwerbstätigen etwa 14 000 Euro niedriger, seit 1991 konnte die Ostwirtschaft ihren Abstand jedoch maßgeblich verringern. Im Jahr 1991 lag das auf die Zahl der Erwerbstätigen bezogene BIP in jeweiligen Preisen der fünf neuen Länder mit knapp 16 000 Euro lediglich bei etwas über einem Drittel des Durchschnittswerts des früheren Bundesgebiets von gut 45 200 Euro je Erwerbstätigen.

Arbeitsproduktivität zeigt hohe Dynamik im Osten

Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands wurde 2006 von jahresdurchschnittlich insgesamt gut 39,1 Mill. Erwerbstätigen erbracht. Das waren 0,7 % bzw. rund 283 000 Personen mehr als im Jahr 2005. Dabei war der Anstieg der Erwerbstätigkeit 2006 nicht nur auf die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung wie Minijobs bzw. Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten zurückzuführen, sondern erfreulicherweise zu einem Großteil auch auf den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse.

Bei der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, das ist die preisbereinigte Entwicklung des BIP bezogen auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen bzw. Erwerbstätigenstunden, zeigt sich eine deutlich höhere Dynamik bei den Ostländern.

Neue Berechnungen zum Arbeitsvolumen auf Bundesländerebene ermöglichen eine exaktere Messung der Arbeitsproduktivität auf Basis der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen. Bei der zunehmenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes u.a. durch vermehrte Geringfügig- und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse dürften Angaben zur Arbeitsproduktivität als sogenannte „Stundenproduktivität“ aussagekräftiger sein, als die Berechnung auf Grundlage der Erwerbstätigenzahl in Personen.

In den fünf neuen Bundesländern erhöhte sich die Stundenproduktivität demnach 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 %. Der Anstieg in den alten Ländern (einschließlich Berlin) entsprach mit lediglich + 2,0 % nahezu der gesamtdeutschen Entwicklung. Auch bei längerfristiger Betrachtung – ab dem Jahr 1998 liegen Regionalwerte zum Arbeitsvolumen vor – zeichnet sich in den Ostländern eine dynamischere Entwicklung der Arbeitsproduktivität ab als im Westen. Im Durchschnitt der neuen Länder erhöhte sich die Stundenproduktivität von 1998 bis 2006 mit einem Anstieg um rund 27 % doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt (+ 13 %), während in den alten Bundesländern nur eine Steigerung von 11 % erreicht wurde. Im Ländervergleich nehmen Thüringen und Sachsen-Anhalt mit rund 28 % bzw. 32 % Produktivitätsanstieg die Spitzenplätze ein.

Zu einem gewissen Teil sind die vergleichsweise hohen Produktivitätssteigerungen in den neuen Ländern auch auf den so genannten „Basiseffekt“ zurückzuführen: Aufgrund der deutlichen Niveauunterschiede bei den Ausgangswerten, fallen die hier auf ein geringeres Basisniveau bezogenen Wachstumsraten ent-

sprechend höher aus. So lag das auf die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen bezogene BIP (in jeweiligen Preisen) der neuen Länder im Jahr 1998, dem Basisjahr der Vergleichsrechnung, mit durchschnittlich knapp 24 Euro je Arbeitsstunde mehr als ein Drittel niedriger als im früheren Bundesgebiet (37 Euro). Inzwischen haben die Ostländer jedoch kräftig aufgeholt: Bis zum Jahr 2006 verringerte sich der Ost-West-Unterschied bei durchschnittlich gut 31 Euro je Arbeitsstunde in den neuen Ländern gegenüber knapp 43 Euro in den Westländern auf rund ein Viertel.

Die Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität auf der Basis der Erwerbstätigenzahl in Personen zeigt, dass die Produktivität, gemessen am preisbereinigten BIP je Erwerbstätigenstunde im Vergleich zur Pro-Kopf-Produktivität eine wesentlich höhere Dynamik aufweist. Im bundesdeutschen Durchschnitt ergab sich seit dem Jahr 2000 ein Anstieg des preisbereinigten BIP je Erwerbstätigen um gut 8 % und für die alten Bundesländer (einschließlich Berlin) mit 6,5 % Plus ein etwas niedrigerer Zuwachs. Demgegenüber lag das Wachstum der Pro-Kopf-Produktivität in den neuen Ländern mit fast 19 % im Zeitraum 1998 bis 2006 deutlich höher, blieb aber doch um rund 8 Prozentpunkte unter dem Wert der Stundenproduktivität. In der deutlich günstigeren Entwicklung der Produktivität je Erwerbstätigenstunde spiegelt sich die Verringerung der je Erwerbstätigen durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden um gut 4 % in den alten Bundesländern und über 6 % in den neuen Ländern wider.

Bruttowertschöpfung

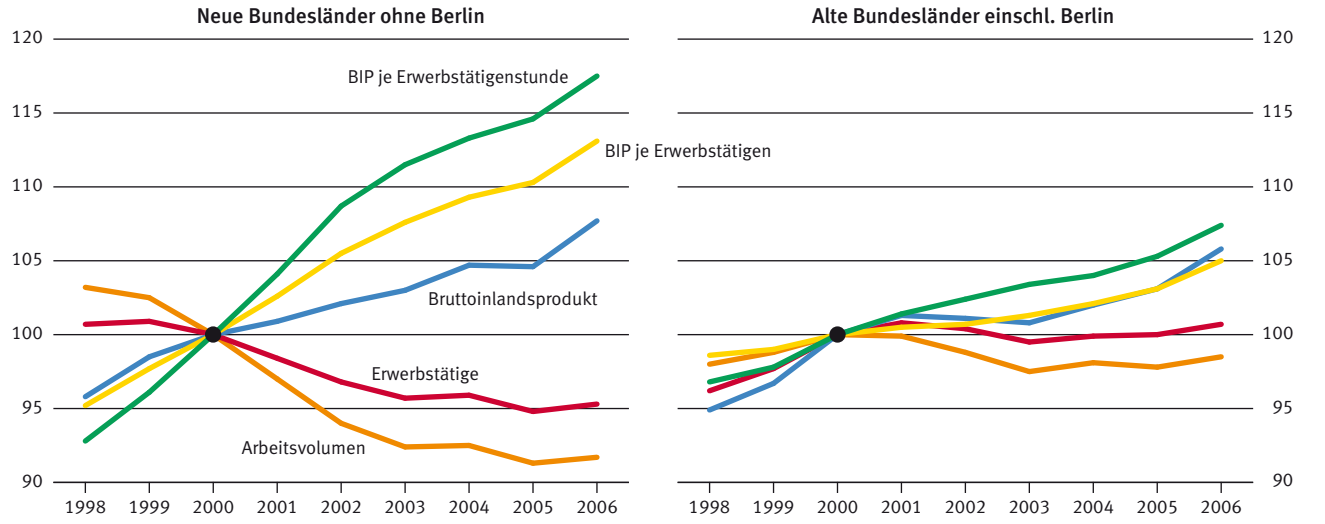
Welche Wirtschaftsbereiche trugen den Aufschwung 2006? Wie im vorigen Abschnitt zum BIP gezeigt, war die Wirtschaftsleistung Deutschlands in jeweiligen Preisen, im Jahr 2006 um 3,0 % auf 2 309 Mrd. Euro angestiegen. Preisbereinigt ergab sich ein Wachstum von 2,9 % gegenüber dem Vorjahr. Ging die positive Entwicklung dabei eher von den Dienstleistungsbereichen wie zum Beispiel dem Groß- und Einzelhandel, dem Gastgewerbe, und dem Kredit- und Versicherungsgewerbe aus, oder waren eher Industrie und Baugewerbe die treibenden Kräfte? Gibt es regionale Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur und welche Regionen in Deutschland sind die Wachstumszentren?

Strukturwandel der Wirtschaft – Dienstleister bei 70 % Bruttowertschöpfungs-Anteil

Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zur gesamten Wirtschaftsleistung wird beschrieben durch deren Bruttowertschöpfung (BWS). Die BWS entspricht der innerhalb einer abgegrenzten Region insgesamt erbrachten wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Sie wird rechnerisch aus der Differenz der Produktionswerte und der dabei eingesetzten Vorleistungen ermittelt, und umfasst grundsätzlich alle erzeugten Waren und Dienstleistungen.

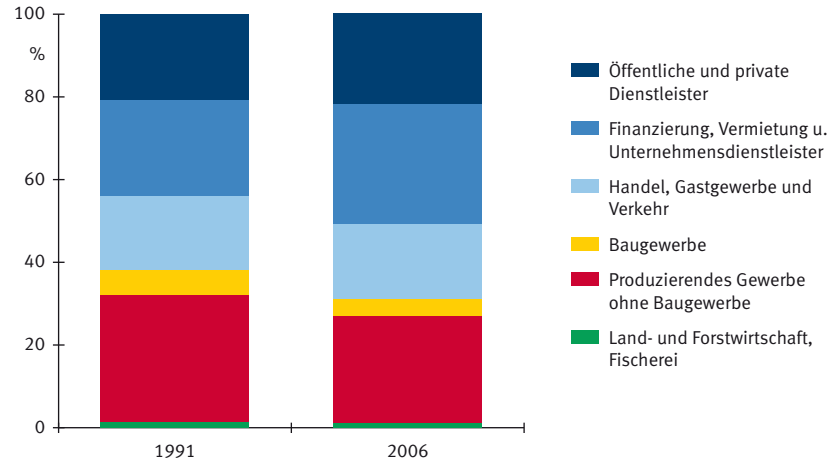
Im längerfristigen Vergleich lässt sich an der BWS der Wirtschaftsbereiche ein beachtlicher Strukturwandel der Wirtschaft ablesen. Den mit Abstand größten Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung stellen die Dienstleister. Der Dienstleistungssektor – im Einzelnen sind das die Bereiche „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“, „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie die „öffentlichen und privaten Dienstleister“ – hatte im Jahr 2006 in Deutschland insgesamt einen Anteil von 69,1 % an der nominalen gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. 1991 lag der Anteil noch bei 62,0 %. Der seit der Wiedervereinigung erreichte Höchststand war im Jahr 2003 und lag bei einem Anteil des Dienstleistungssektors von 70,1 %. Die Bedeutung des primären und sekundären Sektors hat sich dagegen deutlich verringert. Vor allem das Produzierende Gewerbe verlor in etwa in dem Maß an Bedeutung, wie die Dienstleistungsbereiche dazu gewonnen haben. Seit 1991 sank der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) von knapp 31 % um rund 6 Prozentpunkte bis Mitte der 90er-Jahre auf

Abb. 8.6: Dynamik der Arbeitsproduktivität „Ost-West“ im Vergleich
Erwerbstätige, Arbeitsvolumen und Bruttoinlandsprodukt[1] 1998 bis 2006 (2000 = 100)



1) Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt, verkettet.

Abb. 8.7: Anteile der Wirtschaftsbereiche an der BWS[1] in Deutschland
1991 und 2006



1) Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen.

unter 25 %. Aktuell verzeichnet das Produzierende Gewerbe aufgrund der hohen konjunkturellen Industriedynamik wieder einen leichten Anteilsanstieg auf zuletzt rund 26 % im Jahr 2006. Das Baugewerbe fiel seit einem zwischenzeitlichen Höchststand von 7 % im Jahr 1994 auf unter 4 % zurück und die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei liegt inzwischen im Bundesdurchschnitt bei unter 1 % BWS-Anteil.

Die nach Bundesländern differenzierte Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche bringt deren ökonomische und regional unterschiedlich große Bedeutung zum Ausdruck. Sie ist somit für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eine wichtige Kenngröße zur Analyse der regionalen Wirtschaftsentwicklung und ihrer strukturellen Veränderungen innerhalb der vergangenen Jahre.

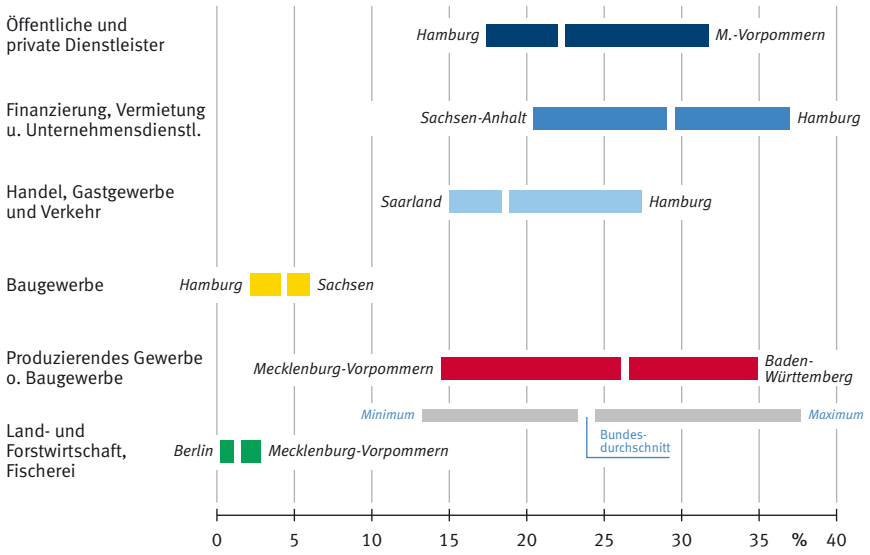
Industrieland Baden-Württemberg und dienstleistungsbetonte Stadtstaaten

Neben dem Dienstleistungssektor wies das Produzierende Gewerbe zwischen den Ländern sehr unterschiedliche Anteile an der BWS 2006 auf. Die Spanne betrug 20,5 Prozentpunkte für das darunter fallende Verarbeitende Gewerbe 21,4 Prozentpunkte Differenz zwischen den Anteilswerten der Länder. Vergleichsweise wenig industrialisiert sind demnach die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, mit einem Wertschöpfungsbeitrag des Verarbeitenden Gewerbes von lediglich rund 12 %. Von deutlich größerer wirtschaftlicher Bedeutung ist die Industrie im Saarland mit knapp 30 % BWS-Anteil des Verarbeitenden Gewerbes. Vor allem aber in Baden-Württemberg tragen die Industrieunternehmen stark zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes bei und zwar rund ein Drittel. Industrieorientiert sind auch Rheinland-Pfalz und Bayern mit jeweils rund 26 % Anteil der nominalen Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten BWS.

Die geringste Bandbreite der BWS-Anteile zwischen den Bundesländern weist die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei auf. Sie differierten 2006 zwischen 0,1 % bis knapp 0,3 % in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg bis hin zu 2,7 % in Mecklenburg-Vorpommern. Vergleichsweise geringe strukturelle Unterschiede bestehen auch beim Baugewerbe. Mit einem Anteil von rund 2 % bis 3 % an der BWS in den Stadtstaaten bis knapp 6 % in Sachsen betrug der Abstand zwischen den niedrigsten und höchsten Werten des Wertschöpfungsbeitrags in 2006 hier nicht einmal mehr 4 Prozentpunkte.

Entsprechend der Entwicklung auf Bundesebene hat sich auch in den Ländern die wirtschaftliche Bedeutung der Dienstleistungsbereiche innerhalb der letzten Jahre kontinuierlich erhöht. Insgesamt variierten die Dienstleistungsanteile an der BWS im Jahr 2006 von rund 82 % in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg bis zu lediglich knapp über 60 % in Baden-Württemberg, dem bundesweit industriestärksten Standort. Bei diesem Vergleich ist jedoch zu berücksichtigen, dass in Baden-Württemberg von der Industrie zahlreiche Dienstleistungsfunktionen wie Forschung und Entwicklung selbst erbracht werden und die Städte Berlin und Hamburg im Hinblick auf ihre überragende zentralörtliche Bedeutung traditionell einen hohen Dienstleistungsanteil aufweisen.

Abb. 8.8: Regionale Divergenzen der Wirtschaftsstruktur 2006
Anteile der Wirtschaftsbereiche an der BWS[1] insgesamt in %



1) Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen.

Unter den Flächenländern sind Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hessen am stärksten dienstleistungsorientiert. Jeweils etwa drei Viertel ihrer gesamten Wirtschaftsleistung stammen aus den Dienstleistungsbereichen. Dabei dominieren in Hessen insbesondere der Bankensektor und die Unternehmensdienstleister, die 2006 etwa die Hälfte zur gesamten Wertschöpfung der Dienstleister bzw. rund 37 % zur BWS aller Wirtschaftsbereiche des Landes beitrugen.

Wirtschaftsstruktur Ost–West

Historisch bedingt und entsprechend der regional vorherrschenden Standortfaktoren hat sich die Wirtschaftsstruktur innerhalb Deutschlands von Land zu Land ganz unterschiedlich ausgebildet. So bestehen zwischen den alten und neuen Bundesländern auch 2006 noch deutliche Strukturunterschiede, trotz der nach der Wiedervereinigung seit 1991 zu beobachtenden fortschreitenden wirtschaftsstrukturellen Angleichung.

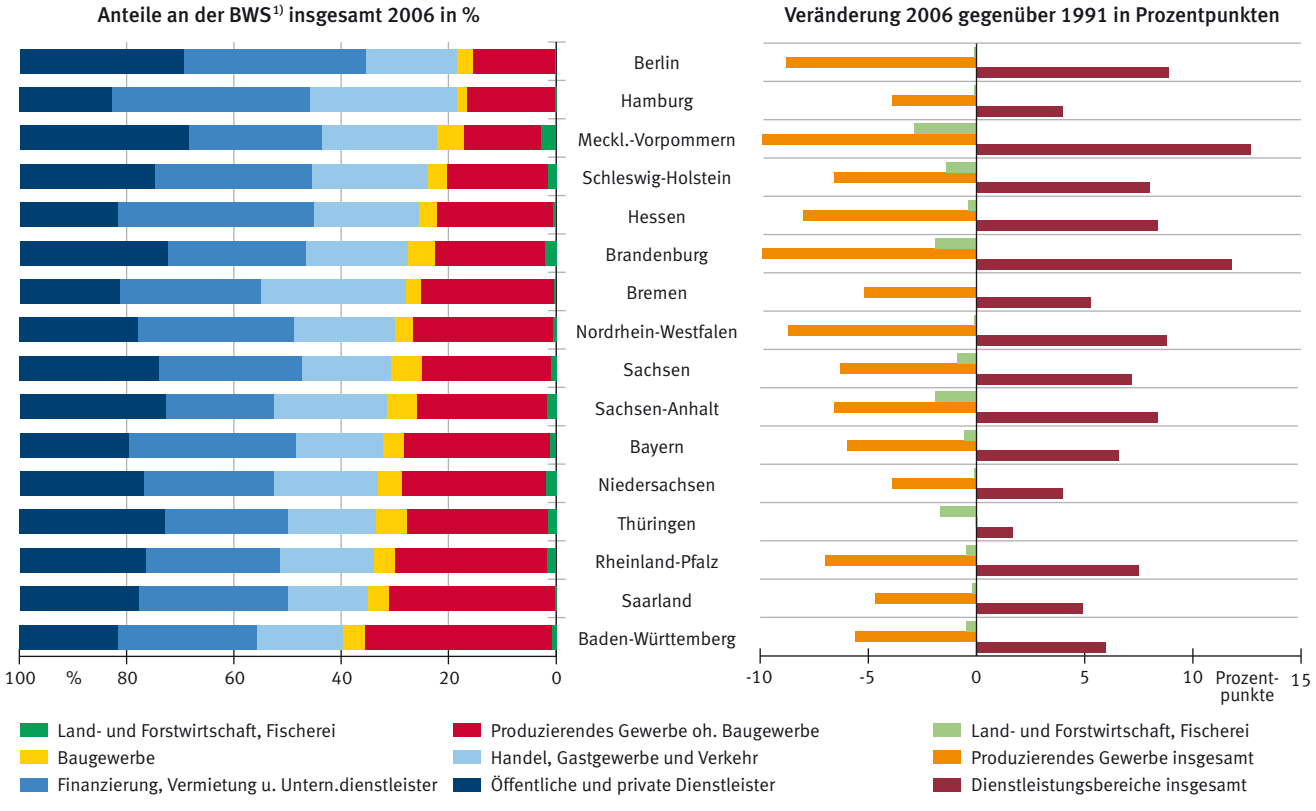
So hatten vor allem die Bereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ und das „Verarbeitende Gewerbe“ im früheren Bundesgebiet eine wesentlich größere wirtschaftliche Bedeutung als in den neuen Ländern. In den alten Bundesländern stellten diese beiden Wirtschaftsbereiche 2006 über die Hälfte (54 %) der gesamten Wertschöpfung, der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ allein fast 30 %. In den neuen Ländern blieb dieser Bereich knapp unter einem Viertel an der BWS und beide Bereiche zusammen kamen lediglich auf einen Wertschöpfungsanteil von rund 43 %, das heißt 11 Prozentpunkte weniger (jeweils ohne Berlin). Das Verarbeitende Gewerbe trug 19 % zur gesamten Wirtschaftsleistung bei, gegenüber rund 25 % im früheren Bundesgebiet.

Deutlich stärker aufgestellt sind die neuen Länder dagegen bei den „Öffentlichen und privaten Dienstleistern“ mit einem Wertschöpfungsbeitrag 2006 von über 27 % gegenüber knapp 21 % im früheren Bundesgebiet. Obgleich die traditionell größere Bedeutung des Baugewerbes in den Ostländern mittlerweile beträchtlich geschrumpft ist, hatte die Bauwirtschaft mit 5,6 % im Jahr 2006 hier noch einen leicht höheren Anteil an der Wirtschaftsleistung als im früheren Bundesgebiet ohne Berlin (3,8 %). 1991 war der Unterschied deutlicher: Damals betrug der Anteil in den neuen Ländern gut 12 % an der Gesamt-BWS gegenüber knapp 6 % in den alten Bundesländern.

Wachstum 2006 auf breiter Basis ...

Der Aufschwung in Deutschland 2006 erfolgte auf einer breiten Basis. Alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (–3,5 %) trugen positiv zur Wirtschaftsentwicklung bei. Selbst im Baugewerbe scheint der jahrelange Abwärtstrend mit einem Anstieg der preisbereinigten BWS von 4,8 % gegenüber dem Vorjahr gestoppt. Lediglich das Verarbeitende Gewerbe wies mit +5,7 % einen höheren Zuwachs auf. In den zusammengefassten Bereichen „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“

Abb. 8.9: Bruttowertschöpfung[1] nach Wirtschaftsbereichen in den Bundesländern 2006



1) Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

(+3,3 %), „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ (+1,7 %) sowie „Öffentliche und private Dienstleister“ (+0,4 %) erhöhte sich ebenfalls die Wirtschaftsleistung. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche um 2,7 %.

... mit starken Impulsen der Industrie und dem Baugewerbe

Der Wirtschaftsaufschwung 2006 wurde vor allem von der Industrie getragen. Die größten Wachstumsimpulse setzten hier die Industrieunternehmen in den neuen Bundesländern. In den Ostländern entwickelte sich die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe 2006 mit +11,6 % preisbereinigtem Anstieg gegenüber dem Vorjahr wesentlich dynamischer als im früheren Bundesgebiet mit durchschnittlich nur +4,9 % (jeweils ohne Berlin). Die höchsten Zuwachsraten erreichten dabei Sachsen und Sachsen-Anhalt mit über 14 % bzw. über 12 %. In beiden Ländern trägt die Industrie jeweils rund ein Fünftel zur BWS insgesamt bei.

Die Baubranche, die in den neuen Ländern in den letzten Jahren mit erheblich größeren Wertschöpfungsrückgängen konfrontiert ist als im früheren Bundesgebiet, hat sich 2006 selbst in den neuen Ländern etwas erholt, blieb mit durchschnittlich 4,4 % Zuwachs gegenüber 2005 aber unter dem im früheren Bundesgebiet erzielten Anstieg von 4,9 %.

Auch in den Dienstleistungsbereichen, die 2006 ebenfalls positiv zur Konjunkturentwicklung in Deutschland beigetragen haben, fiel der Zuwachs in den neuen Ländern mit 1,2 % im Durchschnitt aller Bereiche etwas geringer aus als im früheren Bundesgebiet (+1,8 %). Das marginale Plus bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern (0,4 %) ging gar allein auf die Steigerung in den alten Bundesländern zurück, im Durchschnitt der neuen Länder stagnierte die preisbereinigte BWS hier auf Vorjahresniveau.

Tertiarisierung gestoppt?

In den letzten Jahren hat sich der strukturelle Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungswirtschaft zunehmend verlangsamt und scheint zuletzt völlig zum Stillstand gekommen zu sein. Aufgrund der weitgehend konjunkturell bedingten Bedeutungszunahme des Industriesektors ist tendenziell in jüngster Zeit sogar eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten.

Nachdem vor allem in den alten Bundesländern seit Mitte der 90er Jahre lediglich noch ein vergleichsweise schwacher Anstieg des Anteils der Dienstleistungsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen von 66,2 % (1995) auf 69,4 % (2003) zu verzeichnen war, fiel der BWS-Anteil der Dienstleistungsbereiche innerhalb der vergangenen drei Jahre nach Erreichen des bisherigen Höchststandes in 2003 erstmals wieder um rund einen Prozentpunkt zurück.

Die sich jüngst strukturell abzeichnende Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Industrie gegenüber dem Dienstleistungssektor ist die Folge der unterschiedlichen Entwicklung der Wirtschaftsleistung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Das Verarbeitende Gewerbe erzielte seit dem Jahr 2000 deutlich höhere jährliche Zuwächse der preisbereinigten Bruttowertschöpfung als die Dienstleister: So konnte die Industrie in den alten Ländern (einschließlich Berlin) von 2000 bis 2006 insgesamt einen preisbereinigten Wertschöpfungsanstieg um knapp 11 % verbuchen und die fünf neuen Länder erzielten sogar einen Zuwachs um fast 43 %, während sich für die Dienstleistungsbereiche in diesem Zeitraum lediglich ein Anstieg um jeweils rund 8 % ergab.

Inwieweit diese Tendenz fortbesteht, bleibt abzuwarten. Jedoch dürfte langfristig eher von einer anhaltenden Tertiarisierung auszugehen sein, insbesondere vor dem Hintergrund eines noch höheren Tertiarisierungsgrades Frankreichs (rund 77 %), des Vereinigten Königreiches (rund 76 %) und der Niederlande mit 74 % Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt 2005

Einkommen und Löhne

Über wie viel Einkommen verfügen die privaten Haushalte in Deutschland? Wie hoch sind die regionalen Einkommensdisparitäten? Kommt es bei den Löhnen und Gehältern zur Angleichung der neuen an die alten Bundesländer? Wie stark greift der Staat in die Einkommensumverteilung ein? Gesamtwirtschaftliche Fragestellungen wie diese lassen sich mit den Ergebnissen der regionalen VGR beantworten. Neben der so genannten Entstehungsrechnung der VGR lässt sich das BIP auch von der Einkommensseite her darstellen. Die so genannte Verteilungsrechnung geht dabei nicht von den Gütertransaktionen aus, sondern knüpft an den verschiedenen Einkommensarten an.

Vom Bruttolohn zum verfügbaren Einkommen

Zentrale Größen der Verteilungsrechnung sind das Primäreinkommen der privaten Haushalte, welches sämtliche Einkünfte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen vor Steuern und Sozialabgaben berücksich-

Vom Arbeitnehmerentgelt zum verfügbaren Einkommen

Das von den Arbeitgebern geleistete Arbeitnehmerentgelt (Lohnkosten) umfasst die Bruttolöhne und -gehälter sowie die Arbeitgeberbeiträge zur Sozial- und Lebensversicherung und an Pensionskassen, in der Summe also sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den innerhalb eines Wirtschaftsgebietes beschäftigten Arbeitnehmern aus ihren Arbeits- oder Dienstverhältnissen zugeflossen sind.

Die Bruttolöhne und -gehälter (Verdienste) enthalten die von den im Inland ansässigen Betrieben und Unternehmen geleisteten Nettolöhne und -gehälter der beschäftigten Arbeitnehmer einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer, Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer sowie Sachleistungen, die den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

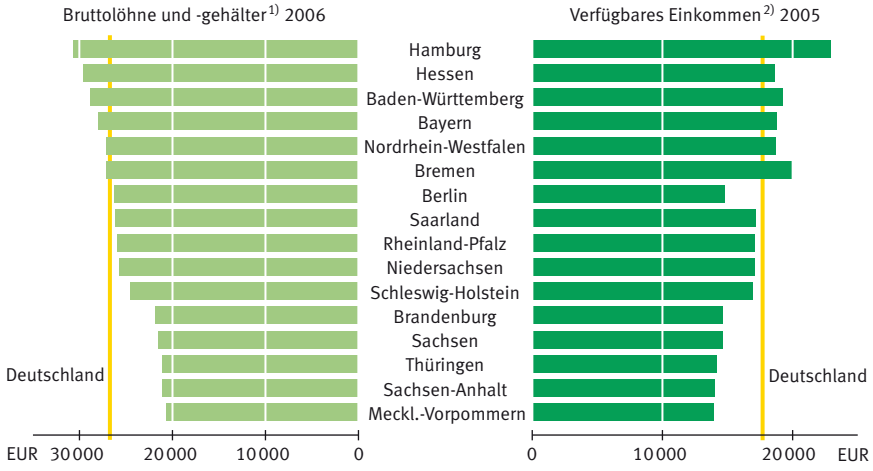
Das Primäreinkommen der privaten Haushalte enthält die Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, die den inländischen privaten Haushalten zugeflossen sind. Zu diesen Einkommen gehören im Einzelnen das Arbeitnehmerentgelt, die Selbstständigeneinkommen der Einzelunternehmen und Selbstständigen (einschließlich der Vergütung für die mithelfenden Familienangehörigen), der Betriebsüberschuss aus Vermietung, Verpachtung und selbst genutztem Wohneigentum sowie die netto empfangenen Vermögenseinkommen.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen und andererseits Einkommen- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind, abgezogen werden.

tigt, sowie das verfügbare Einkommen, in dem zudem die Maßnahmen der Umverteilung enthalten sind. In weit überwiegendem Umfang sind dies empfangene monetäre Sozialleistungen, unter anderem der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie der Sozialhilfe, aber auch die geleisteten Transfers der privaten Haushalte, insbesondere direkte Steuern. Das verfügbare Einkommen stellt damit einen besonders aussagefähigen Indikator für den „monetären Wohlstand" der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen letztendlich für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht.

Größter Bestandteil der Primäreinkommen privater Haushalte ist das so genannte „Arbeitnehmerentgelt", die sich im Produktionsprozess ergebende Entlohnung der Arbeit. Es setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt (ANE) stellt somit nicht nur eine Einkommensgröße dar, sondern ist auch ein wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kostenfaktor. Die Entwicklung und Höhe der Lohnkosten – das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer – ist insbesondere im regionalen Vergleich von großem Interesse und wesentliche Grundlage politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen, wie zum Beispiel der Standortwahl von Unternehmen.

Abb. 8.10: Einkommens- und Lohndisparitäten in den Bundesländern



1) Durchschnittliche Jahresbruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland). – 2) Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte.

Höchster Verdienst in Hamburg und Hessen

In Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg wurden 2006 die höchsten Durchschnittslöhne und -gehälter gezahlt. In der Hansestadt lag der durchschnittliche Jahresbruttoverdienst im Jahr 2006 bei über 30 700 Euro je Arbeitnehmer, mehr als 4 000 Euro oder 15 % über dem Bundesdurchschnitt (knapp 26 700 Euro). Mit rund 29 600 bzw. 28 900 Euro folgten die jahresdurchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter in Hessen und Baden-Württemberg auf den Rängen zwei und drei, rund 11 % bzw. 8 % höher als der Bundeswert.

Demgegenüber befanden sich die ostdeutschen Arbeitnehmer mit durchschnittlichen Jahresverdiensten um rund 21 300 Euro am unteren Ende der Lohnskala. Das Verdienstniveau im Osten blieb damit auch 2006 noch deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet (jeweils ohne Berlin). Die neuen Länder erreichten vergangenes Jahr einen Angleichungsstand der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter an das Westlohnniveau (27 615 Euro) von knapp 78 % und an den Bundesdurchschnitt von rund 80 %. Die geringsten Löhne und Gehälter mit lediglich 20 600 Euro je Arbeitnehmer wurden 2006 in Mecklenburg-Vorpommern gezahlt, fast 10 100 Euro weniger als in Hamburg.

Im Durchschnitt stiegen die jährlichen Bruttolöhne und -gehälter in Deutschland 2006 um 0,7 % oder knapp 200 Euro gegenüber dem Vorjahr. Den kräftigsten Anstieg mit einem Plus von 1,7 % gab es für die niedersächsischen Arbeitnehmer, während die Verdienste in Berlin auf Vorjahresniveau stagnierten.

Die Industrie zahlt am besten …

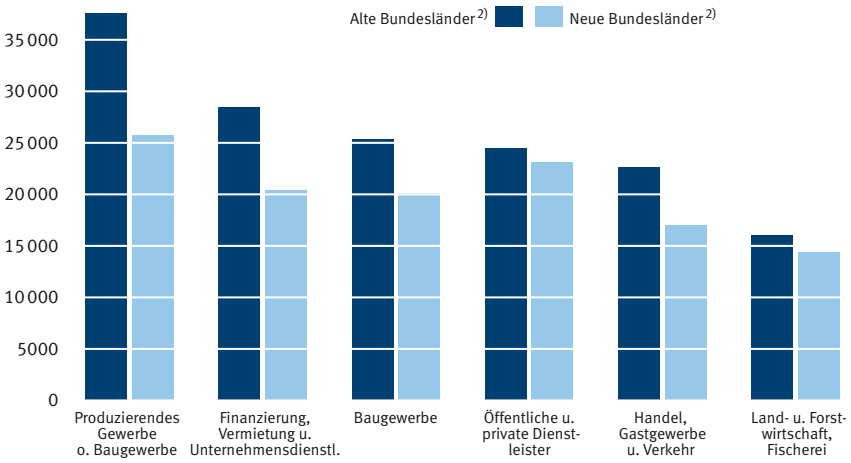
Die deutlichen Differenzen in der Höhe der 2006 jahresdurchschnittlich gezahlten Bruttolöhne und -gehälter zwischen den Bundesländern und insbesondere noch zwischen den Ländern im früheren Bundesgebiet und den Ostländern erklären sich großteils aus den regionalen Unterschieden der Wirtschaftsstruktur und den zum Teil erheblichen Lohnspannen zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Nach wie vor zahlt in Deutschland die Industrie mit am besten. So wurden im Jahr 2006 die mit Abstand höchsten Durchschnittslöhne im Verarbeitenden Gewerbe (36 000 Euro) bzw. im Produzierenden Gewerbe insgesamt (ohne Baugewerbe) gezahlt. Mit durchschnittlich gut 36 300 Euro je Arbeitnehmer lagen die Jahresverdienste im Produzierenden Gewerbe rund 9 700 Euro höher als im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche und gut 14 500 Euro über dem Lohnniveau im zusammengefassten Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr" (21 800 Euro). Im Baugewerbe und bei den „öffentlichen und privaten Dienstleistern" erreichten die Bruttolöhne und -gehälter 2006 mit rund 24 200 Euro im Durchschnitt lediglich rund zwei Drittel des im Produzierenden Gewerbes gezahlten Lohnniveaus.

… bei geringstem Angleichungsstand Ost/West

Im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche lag das Lohnniveau Ost 2006 gut ein Fünftel unter den Westlöhnen. Den geringsten Angleichungsstand der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter an den Bundesdurchschnitt wies dabei das in den neuen Ländern vor allem durch kleinere und mittelgroße Betriebe und Industrieunternehmen geprägte Verarbeitende Gewerbe aus: Hier wurden 2006 jährlich rund 25 000 Euro je Arbeitnehmer gezahlt, lediglich gut zwei Drittel des Westniveaus. Das bedeutet Pro-Kopf über 12 300 Euro weniger. Im öffentlichen Dienst und den sonstigen privaten Dienstleistern bestehen demgegenüber kaum noch Unterschiede im Lohn- und Gehaltsniveau zwischen Ost und West. Hier haben sich die Ostverdienste

Abb. 8.11: Lohnniveau West/Ost nach Wirtschaftsbereichen
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer[1] 2006



1) In jeweiligen Preisen.
2) Ohne Berlin.

2006 mit gut 23 100 Euro je Beschäftigten bis auf lediglich rund 5 % Differenz zum Westen angeglichen.

Standort Ost weiterhin vorteilhaft – Lohnkosten gut ein Viertel geringer

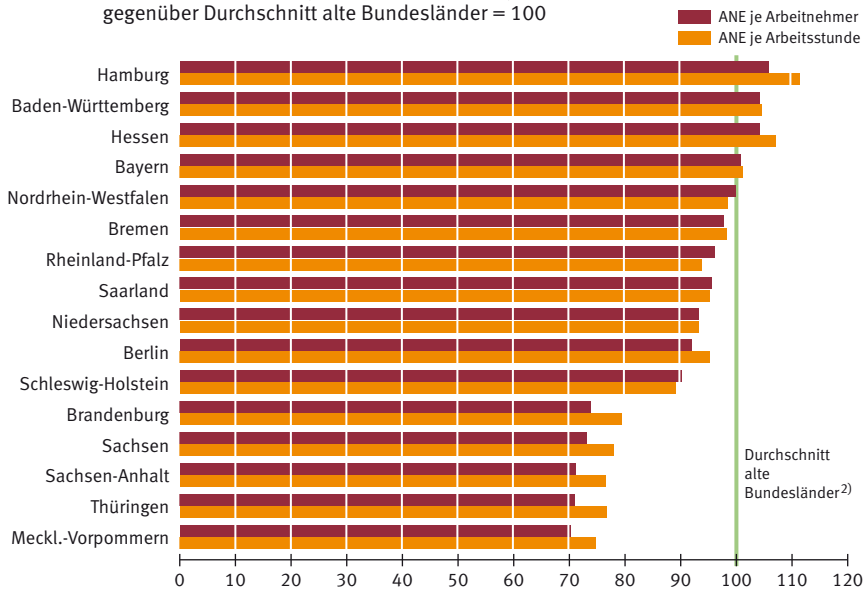
Die der deutschen Wirtschaft im Jahr 2006 insgesamt entstandenen Lohnkosten, das sogenannte „Arbeitnehmerentgelt", die Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber, beliefen sich auf einen Gesamtwert von gut 1 146 Mrd. Euro und haben sich damit im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,4 % erhöht. Bezogen auf die Zahl der insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer (34,7 Mio.) ergaben sich demnach im vergangenen Jahr durchschnittliche Lohnkosten in Deutschland in Höhe von rund 33 000 Euro pro Kopf. Demgegenüber lagen die Lohnkosten im Durchschnitt der fünf neuen Länder 2006 bei lediglich rund 26 400 Euro je Arbeitnehmer und waren damit rund ein Fünftel niedriger. Aus Sicht der Wirtschaft ist der Standort Ost diesbezüglich unverändert vorteilhaft.

Der Lohnkostenvorteil der Ostwirtschaft gegenüber dem Westen ist in den vergangenen Jahren allerdings deutlich geschrumpft, wenngleich sich die Annäherung des Lohnkostenniveaus Ost/West auch seit Mitte der 90er Jahre erheblich verlangsamt hat. Wurde 1991 nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern noch nicht einmal die Hälfte des Westlohnniveaus gezahlt, verringerte sich der Lohnabstand bis 1995 auf etwa ein Viertel des in den alten Ländern (jeweils ohne Berlin) gezahlten Durchschnittsentgeltes. Seit Ende der 90er Jahre scheint der Angleichungsprozess jedoch zu stagnieren, denn die Lohnkostendifferenz der neuen Länder hat sich bei gut einem Fünftel zu den Durchschnittswerten des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer im Westen eingependelt.

Effektiv, also bezogen auf die geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmer, zeichnet sich jedoch ein noch deutlich höherer Lohnkostenvorteil des Standorts Ost ab. Aufgrund der in den fünf neuen Ländern im Vergleich zu den Ländern im früheren Bundesgebiet höheren Anzahl an geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer verringern sich die effektiv geleisteten Arbeitsstunden bezogenen Lohnkosten entsprechend. Im Jahr 2005 wurden in den ostdeutschen Ländern durchschnittlich insgesamt rund 1 440 Arbeitsstunden je Arbeitnehmer geleistet. Dies entspricht einer etwa um 100 Stunden bzw. gut 7 % längeren Arbeitszeit als im Westen.

Die Arbeitskosten in Ostdeutschland betrugen im Jahr 2005 durchschnittlich rund 18,30 Euro je Arbeiternehmerstunde. Sie lagen damit rund ein Viertel unter dem Bundesdurchschnitt und rund 28 % niedriger als in Westdeutschland (ohne Berlin), wo die Arbeitskosten rund 25,30 Euro je Arbeitnehmerstunde betrugen. Der westdeutsche Kostennachteil ist gegenüber 2000 aufgrund der geringeren Kostendynamik um gut 2 Prozentpunkte kleiner geworden. Im Zeitraum 2000 bis 2005 stiegen die Lohnkosten je Arbeitnehmerstunde in den neuen Ländern um fast 10 % im Vergleich zu lediglich rund 6 % Plus im früheren Bundesgebiet, was aber auch darauf zurückzuführen ist, dass im Durch-

Abb. 8.12: Lohnkostenvergleich West/Ost
Arbeitnehmerentgelt[1] je Arbeitsstunde bzw. je Arbeitnehmer 2006
gegenüber Durchschnitt alte Bundesländer = 100



1) In jeweiligen Preisen.
2) Ohne Berlin.

schnitt je Arbeitnehmer 2005 im Vergleich zu 2000 in den fünf neuen Ländern gut 4 % weniger Arbeitsstunden geleistet wurden, gegenüber lediglich 1,5 % Minus im Durchschnitt der alten Bundesländer.

Per Saldo gut 34 Mrd. Euro Einkommensabfluss durch Pendler

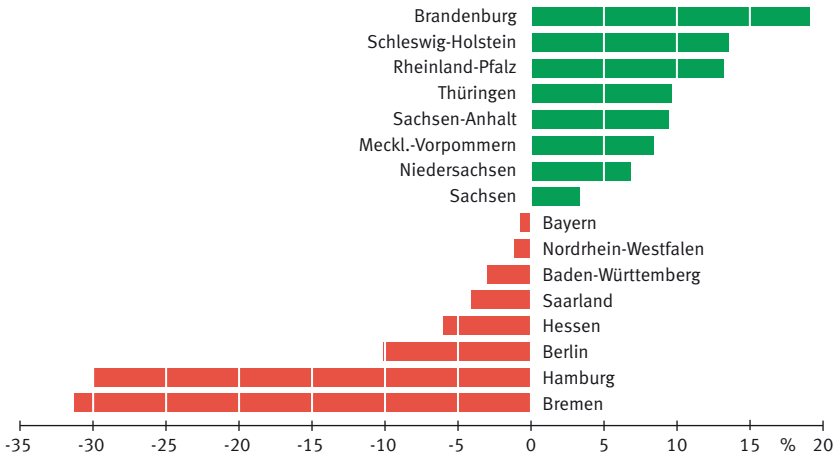
Wie bereits beim Vergleich des auf die Einwohnerzahl (am Wohnort) bezogenen Bruttoinlandsprodukts mit dem BIP je Erwerbstätigen (am Arbeitsort) gezeigt, weisen vor allem Hamburg, Bremen sowie Hessen, Baden-Württemberg und Bayern unter anderem durch ihren hohen Einpendlerüberschuss eine vergleichsweise hohe regionale Wirtschaftsleistung auf. Umgekehrt fließt ein Teil der hier – durch die Berufseinpendler – erwirtschafteten Einkommen bzw. des empfangenen Arbeitnehmerentgelts in die Wohnortregionen der Pendler ab, also zum Teil in andere Bundesländer oder in das Ausland.

Das insgesamt empfangene Arbeitnehmerentgelt der beschäftigten Arbeitnehmer wird regional sowohl für den Arbeitsort als auch für den Wohnort nachgewiesen. Die gesamtwirtschaftliche Betrachtung wechselt dabei von der Produktions- und Kostenseite (Arbeitsortprinzip) zur Frage, was den Arbeitnehmern unabhängig von ihrem Arbeitsort an Einkommen aus ihren Arbeits- bzw. Dienstverhältnissen zufließt (Wohnortprinzip). Für eine bestimmte Region ergibt sich der Unterschied zwischen beiden Größen aus den Pendlerströmen, also den Arbeitnehmern, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten. Das Arbeitnehmerentgelt ist somit Schnittstelle der Entstehungs- und Verteilungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Per Saldo den höchsten Einkommensabfluss zeigen demnach unter den Flächenländern Hessen, das Saarland sowie Baden-Württemberg. Während die in Hessen insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer im Jahr 2005 ein Arbeitnehmerentgelt in Höhe von rund 97,5 Mrd. Euro empfingen, bezogen die hier wohnhaften Arbeitnehmer nur rund 91,7 Mrd. Euro, das heißt der Rest, gut 5,8 Mrd. Euro oder 6,0 %, sind abgeflossen. Baden-Württemberg verlor 2005 rund 5,2 Mrd. Euro (3,0 %) und aus dem Saarland flossen rund 600 Mill. Euro (4,1 %) ab, ein Teil davon wohl auch in das Nachbarland Frankreich. Mit Abstand die höchsten „Einkommensverluste“ durch die Berufseinpendler mussten jedoch die Stadtstaaten hinnehmen: Aus Bremen und Hamburg flossen mit über 14,3 Mrd. Euro jeweils etwa 30 % des insgesamt gezahlten Arbeitnehmerentgelts in das Umland ab. In Berlin waren es 4,4 Mrd. Euro, also mehr als 10 %.

„Gewinner“ der Pendlereinkommenssalden, das heißt Länder mit einem Einkommenszufluss, waren demgegenüber insbesondere die neuen Bundesländer, allen voran Brandenburg mit gut 5,6 Mrd. Euro oder 19 % Plus des dort empfangenen Arbeitnehmerentgelts. Insgesamt gingen 2005 so per Saldo durch die Pendlerströme gut 13,5 Mrd. Euro an die fünf neuen Bundesländer. Aber auch Länder des früheren Bundesgebietes wie Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen konnten 2005 einen „Zugewinn“ verbuchen.

Abb. 8.13: Einkommenssalden der Pendlerströme
Differenz[1)] zwischen Arbeitnehmerentgelt am Wohnort und Arbeitsort 2005



1) Bezogen auf das empfangene Arbeitnehmerentgelt am Wohnort (Plus) bzw. am Arbeitsort (Minus) in %.

Vermögenseinkommen nehmen zu – Arbeitseinkommen gehen zurück

Die Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte in Deutschland sind nach wie vor die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, also das aus den beruflichen Arbeits- oder Dienstverhältnissen empfangene Arbeitnehmerentgelt. Mit insgesamt rund 1 130 Mrd. Euro hatte es 2005 in Deutschland einen Anteil von gut zwei Drittel (68,4 %) am so genannten „Primäreinkommen der privaten Haushalte“. Allerdings hat sich die Bedeutung des Arbeitseinkommens in den vergangenen Jahren aufgrund des starken Anstiegs der Einkünfte aus Vermögen merklich verringert. Während das Arbeitnehmerentgelt im Zeitraum 1995 bis 2005 nominal insgesamt um rund 13 % angestiegen ist, verzeichneten dagegen die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in Deutschland einen Zuwachs um 55 %. Der Anteil der Vermögenseinkünfte am Primäreinkommen hat sich damit im Vergleich zu 1995 um fast 5 Prozentpunkte auf annähernd 20 % erhöht. Somit stammt inzwischen im Bundesdurchschnitt rund ein Fünftel des Einkommens privater Haushalte aus Vermögen, im Jahr 2005 insgesamt 325 Mrd. Euro.

Die Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit (einschließlich des Betriebsüberschusses selbst genutzten Wohneigentums) sind neben den Arbeits- und Vermögenseinkommen weiterer Einkommensbestandteil privater Haushalte. Sie waren 2005 mit insgesamt rund 197 Mrd. Euro nominal nur geringfügig höher als 1995 (+ 0,6 %). Bis Mitte der 90er Jahre waren die Einkünfte aus Vermögen bzw. die Selbstständigeneinkünfte mit einem Anteil am Primäreinkommen von jeweils rund einem Siebtel in etwa gleich stark, danach fielen die Selbstständigeneinkünfte bis 2005 jedoch um rund 2 Prozentpunkte auf nur noch etwa ein Achtel (12 %) des Einkommens privater Haushalte.

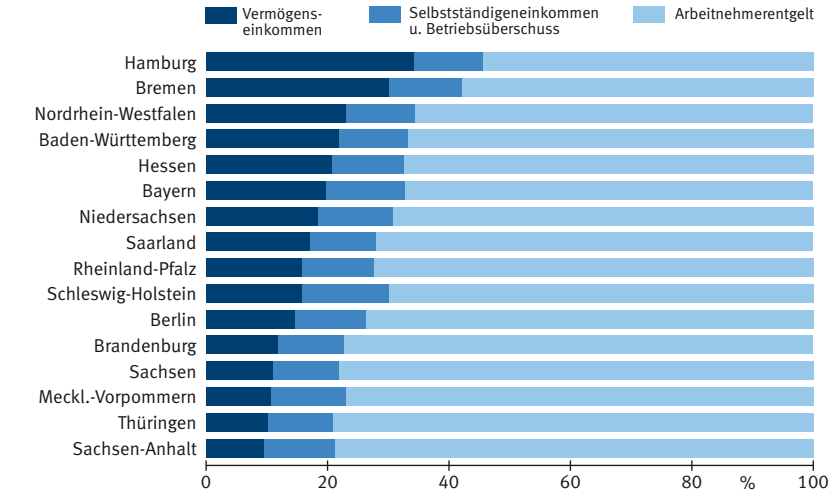
Besonders kräftig verschoben hat sich das Verhältnis aus Arbeits- und Vermögenseinkünften in Hamburg und Hessen. Im Zeitraum 1995 bis 2005 nahm der Anteil

des Arbeitseinkommens in der Hansestadt um fast 8 Prozentpunkte und in Hessen um rund 5 Prozentpunkte ab. Im Stadtstaat Hamburg stammt damit nur noch gut die Hälfte des Primäreinkommens aus empfangenem Arbeitnehmerentgelt.

Einkommen der Hanseaten zu einem Drittel aus Vermögen

Die Einkommensstruktur der privaten Haushalte in Deutschland unterscheidet sich regional deutlich. Die Einwohner der Hansestädte Hamburg und Bremen beziehen bundesweit die höchsten Anteile ihres Einkommens aus Vermögen: Im Jahr 2005 waren es in Hamburg gut ein Drittel, in Bremen knapp über 30 %. Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen folgen mit Einkommensanteilen aus Vermögen von jeweils gut einem Fünftel.

Abb. 8.14: Einkommensstruktur nach Bundesländern
Anteile am Primäreinkommen der privaten Haushalte 2005 [1)]

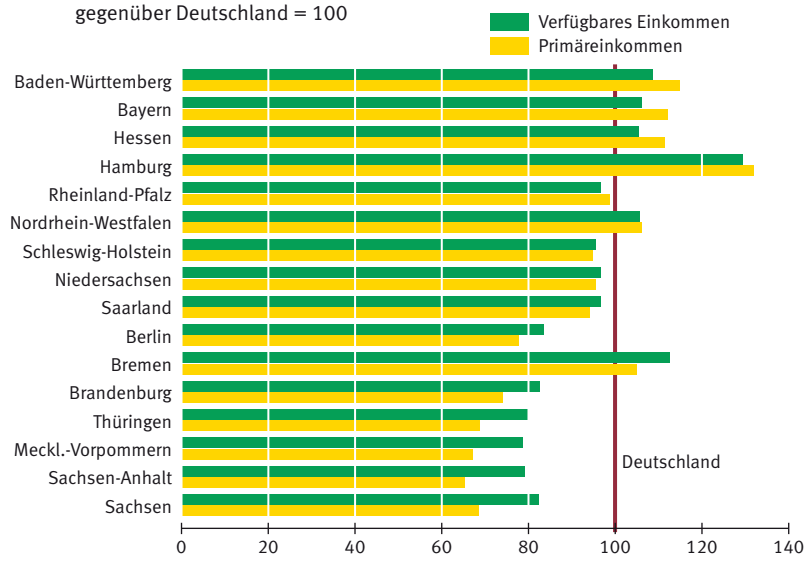


1) In jeweiligen Preisen.

Ein deutlicher Unterschied besteht zwischen den alten und neuen Bundesländern. Die privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet beziehen einen wesentlich höheren Anteil ihres Einkommens aus Vermögen als in den alten Ländern. Mit insgesamt rund 298 Mrd. Euro (21 %) war der Anteil der Vermögenseinkommen am Primäreinkommen im Durchschnitt der Westländer 2005 etwa doppelt so hoch wie im Osten (jeweils ohne Berlin) mit knapp 20 Mrd. Euro (11 %). Dabei stieg das Vermögenseinkommen zwischen 2005 und 1995 in den alten Bundesländern besonders rasant, und zwar um nominal rund 60 %. In den neuen Bundesländern gab es „lediglich“ ein Plus von rund 31 %. Die bundesweit höchste Steigerungsrate der Vermögenseinkünfte mit + 83 % zwischen 1995 und 2005 verzeichnete Hamburg entsprechend des zuvor aufgezeigten Bedeutungsrückgangs des Arbeitseinkommens.

Relativ ausgeglichen sind die Anteile des Selbstständigeneinkommens (einschließlich Betriebsüberschuss aus Vermietung) zwischen West und Ost. Im früheren Bundesgebiet bezogen die privaten Haushalte 2005 rund 12 % ihres Einkommens aus selbstständiger Tätigkeit, in den neuen Ländern waren es mit gut 11 % nur etwas weniger.

Abb. 8.15: Einkommensumverteilung zwischen den Ländern
Einkommen [1)] der privaten Haushalte je Einwohner 2005
gegenüber Deutschland = 100



1) Primäreinkommen bzw. verfügbares Einkommen in jeweiligen Preisen.

Umverteilung verringert Einkommensdisparität Ost/West

Das aus der Umverteilungsrechnung resultierende verfügbare Einkommen der privaten Haushalte dient, wie bereits oben erwähnt, zur Messung des „monetären Wohlstands“ der Bevölkerung eines Wirtschaftsgebietes. Es ist, vereinfacht ausgedrückt, der Teil des Primäreinkommens, der den privaten Haushalten nach der staatlichen Umverteilung durch Steuern und Sozialabgaben sowie Renten, Arbeitslosen- und Sozialhilfe und anderen Transfers zur freien Verwendung verbleibt, das heißt für Konsumzwecke oder zum Sparen. Das verfügbare Einkommen eignet sich daher besonders für Regionalvergleiche des je Einwohner erzielten Einkommens und für Fragen der Einkommensverteilung.

Nach den Umverteilungsmaßnahmen des Staates (einschließlich der Sozialversicherung) verblieben 2005 in einigen Ländern im früheren Bundesgebiet lediglich noch gut fünf Sechstel des Primäreinkommens der privaten Haushalte als verfügbares Einkommen. Im Einzelnen waren dies Baden-Württemberg, Bayern und Hessen mit jeweils knapp 84 %. Im Durchschnitt der alten Länder (ohne Berlin) lag das verfügbare Einkommen 2005 etwa 14 % unter

dem Niveau des Primäreinkommens. In der Summe wurde den privaten Haushalten dieser Länder durch Steuern und Sozialabgaben mehr als eineinhalbmal so viel an Einkommen entzogen wie ihnen über Sozialtransfers wieder zugeführt wurde. Über die Finanzierung öffentlicher Staatsaufgaben, wie zum Beispiel dem Bildungs- oder Gesundheitswesen, fließt ein Teil zwar an die privaten Haushalte dieser Länder zurück, der Großteil kommt jedoch über den Länderfinanzausgleich und als Umverteilung innerhalb der Sozialversicherungssysteme anderen Bundesländern zugute. So zeigen die Ergebnisse der Verteilungsrechnung der regionalen VGR den Umfang der über die Sozialtransfers laufenden Einkommensumverteilung zwischen den West- und Ostländern wie auch zwischen den alten Ländern untereinander.

2005 knapp 24 Mrd. Euro an West-Ost-Sozialtransfers

Im Durchschnitt der fünf neuen Länder überstiegen die von den privaten Haushalten 2005 empfangenen Sozialtransfers die insgesamt geleisteten Steuern und Abgaben, so dass die verfügbaren Einkommen sogar höher ausfielen (+ 4 %) als die Primäreinkommen. Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern kommt es folglich im Rahmen der Solidargemeinschaft zu einer nicht unerheblichen Einkommensumverteilung. Aber auch einige Länder im früheren Bundesgebiet profitieren von den Umverteilungseffekten. Allen voran Bremen, das sich beim Vergleich des Primäreinkommens mit dem verfügbaren Einkommen je Einwohner 2005 von 105 % des bundesdeutschen Durchschnitts auf knapp 113 % verbessern konnte. Ebenfalls deutlich günstiger stellt sich die Einkommenssituation nach der Umverteilung von Steuern und Sozialabgaben etc. in Berlin und im Saarland dar sowie in geringerem Umfang noch in Niedersachsen.

Die Umverteilung zwischen den Ländern im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern, bezogen auf die innerhalb der Sozialversicherungsmaßnahmen laufenden Einkommenstransfers, belief sich im Jahr 2005 auf knapp 24 Mrd. Euro. Um diesen Betrag übertrafen die von den privaten Haushalten in den neuen Ländern insgesamt empfangenen Sozialleistungen die Summe der von ihnen geleisteten Sozialbeiträge und Steuern, wohingegen in den alten Ländern (ohne Berlin) 2005 fast 17 Mrd. Euro mehr an Transfers geleistet als empfangen wurden.

Durch die Umverteilungseffekte kommt es zu einer deutlichen regionalen Angleichung der Einkommensdisparitäten insbesondere zwischen den neuen und alten Bundesländern. Erreichten die fünf neuen Länder beim Primäreinkommen je Einwohner 2005 lediglich etwa knapp zwei Drittel (64,1 %) des Westniveaus, näherten sie sich beim verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen doch auf gut drei Viertel (77,3 %) an die alten Bundesländer an.

Ost-Einkommen rund ein Viertel unter Westniveau

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland erreichte 2005 insgesamt rund 1 460 Mrd. Euro, nominal 1,7 % mehr als ein Jahr zuvor. Real, also preisbereinigt ergab sich angesichts der im Jahresdurchschnitt 2005 um 2,0 % gestiegenen Verbraucherpreise dagegen ein leichter Einkommensrückgang.

Auch hier bestehen regional beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Einkommensentwicklung. Während den Privathaushalten der alten Bundesländer mit dem überdurchschnittlichen Anstieg ihrer verfügbaren Einkommen um nominal + 2,1 % in 2005 sogar ein geringer „realer“ Einkommenszuwachs verblieb, hatten die Einwohner der fünf neuen Länder dagegen bereits beim nominalen verfügbaren Einkommen einen Rückgang um 0,7 % zu beklagen. Rechnet man den bundesdurchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg mit ein, hatten die Privathaushalte im Osten 2005 fast 3 % weniger Einkommen für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung als ein Jahr zuvor. Der Osten scheint von der allgemeinen Einkommenserhöhung abgehängt. Im Durchschnitt der alten Bundesländer (ohne Berlin) ist das verfügbare Einkommen im Zeitraum 2000 bis 2005 nominal insgesamt um fast 12 % angestiegen, während in den fünf neuen Ländern lediglich ein Plus von 4 % zu verzeichnen waren. Den Spitzenplatz im Länderranking der Einkommensentwicklung nimmt Hamburg ein, mit über 21 % Gesamtzuwachs seit dem Jahr 2000.

Umgerechnet auf jeden Einwohner Deutschlands belief sich das pro Kopf verfügbare Einkommen 2005 auf durchschnittlich 17 700 Euro. Im Ranking aller Bundesländer lagen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit gut 22 900 Euro bzw. 19 900 Euro verfügbarem Einkommen je Einwohner auf den Plätzen 1 und 2, dicht gefolgt von Baden-Württemberg mit rund 19 300 Euro auf dem dritten Platz. Die Bevölkerung in diesen drei Ländern verfügt damit um ein zwischen 9 % und 29 % höheres Pro-Kopf-Einkommen als im Bundesdurchschnitt. Am Ende der Einkommensskala lagen die fünf neuen Länder. Mit einem durchschnittlich verfügbaren Einkommen von rund 14 300 Euro je Einwohner lagen sie 2005 annähernd ein Fünftel unter dem gesamtdeutschen Wert bzw. fast 23 % unter dem Einkommensniveau der Westländer ohne Berlin.

9 Arbeitsmarkt

Wie viele Menschen wollen arbeiten und wie viele davon sind tatsächlich erwerbstätig? Wie sieht es mit Minijobs und Teilzeitarbeit aus? Wo ist die Arbeitslosigkeit am höchsten und sind eher Männer oder Frauen davon betroffen? Diese und andere Fragen beantwortet das folgende Kapitel.

Erwerbsbeteiligung

Vor allem die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Diese Bevölkerungsgruppe markiert eine obere Grenze für das gesamtwirtschaftliche Arbeitskräftepotenzial. Mit Ausnahme von Brandenburg hat das Arbeitskräftepotenzial in allen ost-deutschen Bundesländern seit der Wiedervereinigung infolge von Wanderungsverlusten und demographischer Alterung abgenommen (siehe Tab. 9.1). Auch in Nordrhein-Westfalen, Bremen und im Saarland wurde 2006 ein bemerkenswerter Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüber 1991 festgestellt.

Tab. 9.1: Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren

	April 1991	2006 [1]	Veränderung
	in 1 000		in %
Bayern	7 909	8 320	*5,2*
Baden-Württemberg	6 787	7 127	*5,0*
Hamburg	1 151	1 197	*4,0*
Rheinland-Pfalz	2 584	2 661	*3,0*
Niedersachsen	5 075	5 213	*2,7*
Berlin	2 362	2 411	*2,1*
Schleswig-Holstein	1 818	1 853	*1,9*
Brandenburg	1 740	1 771	*1,8*
Hessen	4 008	4 038	*0,7*
Nordrhein-Westfalen	12 046	11 839	*– 1,7*
Bremen	461	437	*– 5,2*
Sachsen	3 118	2 868	*– 8,0*
Meckl.-Vorpommern	1 281	1 176	*– 8,2*
Thüringen	1 740	1 592	*– 8,5*
Saarland	752	678	*– 9,8*
Sachsen-Anhalt	1 912	1 676	*– 12,3*
Deutschland	**54 743**	**54 858**	***0,2***

1) Jahresdurchschnitt; vorläufige Ergebnisse.

Ergebnisse des Mikrozensus

Ob und wie sich diese Menschen am Erwerbsleben beteiligen, sind zentrale Fragen der Arbeitsmarktberichterstattung.

Quellen der Arbeitsmarktstatistik

Um die jeweilige Situation am Arbeitsmarkt analysieren zu können und den nationalen und internationalen Anforderungen gerecht zu werden, werden in Deutschland eine Vielzahl von erwerbs- und arbeitsmarktstatistischen Quellen zu Grunde gelegt:

Das Zahlenmaterial über die Bevölkerung und Erwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter stammt aus den Ergebnissen des **Mikrozensus.** Der Mikrozensus liefert als Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland unter anderem Informationen über die Bevölkerungsstruktur sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung, auch wenn der Rand des Arbeitsmarktes (marginale Beschäftigungen) bisher nur zum Teil erfasst werden kann und Entwicklungen aufgrund methodisch-/organisatorischer Änderungen nur über längere Zeiträume interpretierbar sind.

Die regionale Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach wirtschaftsfachlicher Gliederung wird mit **Ergebnissen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR)** veranschaulicht. Diese Regionalberechnungen werden jährlich (Jahresdurchschnittswerte) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführt. Sie sind auf die Eckzahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes abgestimmt.

Einen Überblick über die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten allgemein, der Beschäftigung von Frauen sowie der Voll- und Teilzeitbeschäftigten ermöglicht die **Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.** Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst wird mit Ergebnissen der **Personalstandstatistik** beschrieben.

Für die Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigten, der registrierten Arbeitslosen sowie der offenen Stellen und Kurzarbeiter werden die Ergebnisse der **Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit** genutzt.

Mit Hilfe des Erwerbskonzepts lassen sich diese Fragen beantworten. Danach gliedert sich die Bevölkerung in Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen. Wie Tab. 9.2 zeigt, nahm im Beobachtungszeitraum die Erwerbsbeteiligung in elf der 16 Bundesländern zu. Zu diesen elf Ländern zählen alle Länder des früheren Bundesgebiets und Brandenburg. In den übrigen neuen Ländern und Berlin lebten dagegen 2006 zum Teil deutlich weniger Erwerbspersonen als noch 15 Jahre zuvor.

Tab. 9.2: Erwerbspersonen[1] im Alter von 15 bis 64 Jahren

	April 1991	2006 [2]	Veränderung
	in 1 000		in %
Rheinland-Pfalz	1 792	1 992	*11,2*
Baden-Württemberg	4 891	5 426	*10,9*
Niedersachsen	3 442	3 802	*10,5*
Hamburg	821	905	*10,2*
Nordrhein-Westfalen	7 796	8 531	*9,4*
Bayern	5 863	6 377	*8,8*
Schleswig-Holstein	1 286	1 394	*8,4*
Hessen	2 793	3 006	*7,6*
Saarland	468	479	*2,4*
Bremen	308	312	*1,3*
Brandenburg	1 394	1 395	*0,1*
Berlin	1 818	1 774	*– 2,4*
Meckl.-Vorpommern	975	925	*– 5,1*
Sachsen	2 496	2 226	*– 10,8*
Thüringen	1 395	1 227	*– 12,0*
Sachsen-Anhalt	1 513	1 289	*– 14,8*
Deutschland	**39 053**	**41 060**	***5,1***

1) Erwerbspersonen: Erwerbstätige und sofort verfügbare Erwerbslose.
2) Jahresdurchschnitt; vorläufige Ergebnisse.

Ergebnisse des Mikrozensus

Der Umfang der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung hängt von der demographischen Entwicklung sowie vom Erwerbsverhalten der Menschen ab. Die Analyse des Erwerbsverhaltens erfolgt mittels alters- und geschlechtsspezifischer Erwerbsquoten. Diese sind definiert als Anteil der Erwerbspersonen an allen Personen eines bestimmten Alters und Geschlechts und gelten als Maß für die Stärke der Erwerbsorientierung. Die größten Veränderungen haben sich seit der Wiedervereinigung bei den jüngeren und älteren Personen ergeben.

Erwerbsquoten der 15- bis 24-Jährigen gesunken, insbesondere im Osten

Die Erwerbsquoten der 15- bis 24-jährigen Männer und Frauen in den ostdeutschen Bundesländern sind seit der Wiedervereinigung besonders stark gesunken. Dies dürfte mit längeren Verweildauern im Schulsystem und dem damit verbundenen späteren Berufseinstieg zusammenhängen. Ebenfalls rückläufig – allerdings moderater – entwickelten sich die Erwerbsquoten der jungen Männer und Frauen in den westdeutschen Bundesländern.

Im Jahresdurchschnitt 2006 lag die Erwerbsbeteiligung der unter 20-jährigen Männer zwischen 17,7 % (Bremen) und 44,6 % (Bayern), die der Frauen zwischen 19,8 % (Nordrhein-Westfalen) und 36,5 % (Mecklenburg-Vorpommern). Bei den 20- bis 24-jährigen Männern wurden Erwerbsquoten zwischen 66,6 % (Bremen) und 84,7 % (Mecklenburg-Vorpommern) ermittelt, während sich die Erwerbsquoten der Frauen in der gleichen Altersgruppe zwischen 57,1 % (Saarland) und 70,7 % (Brandenburg) bewegten.

Begriffsdefinitionen

Zu den registrierten **Arbeitslosen** zählen alle Arbeitsuchenden im Alter von 15 bis 64 Jahren, die keine Beschäftigung haben oder weniger als 15 Wochenstunden arbeiten, eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen zur Verfügung stehen und nicht arbeitsunfähig erkrankt sind. Außerdem ist die Registrierung bei einer Agentur für Arbeit erforderlich.

Bei der Ermittlung der **Arbeitslosenquoten** wird der Kreis der Erwerbstätigen als Bezugsgröße unterschiedlich abgegrenzt. Die Bundesagentur für Arbeit ermittelt seit 1982 eine Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (alle Erwerbstätigen und Arbeitslosen) und seit 1948 bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (alle abhängigen Erwerbstätigen und Arbeitslosen). Zu den zivilen Erwerbstätigen zählen alle Selbstständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Beamten (ohne Soldaten), Angestellte, Arbeiter und Auszubildenden. Die beiden Quoten unterscheiden sich also durch die Ein- bzw. Nichteinbeziehung der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. In diesem Kapitel wird die Quote herangezogen, die sich auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezieht.

Die **Erwerbspersonen** umfassen die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen.

Zu den **Erwerbstätigen** zählen alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschl. Soldaten und Soldatinnen sowie mithelfender Familienangehöriger), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben.

Erwerbslose (ILO-Definition) sind Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind oder nicht.

Die Unterschiede zwischen den Erwerbslosen und den Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitsuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine geringfügige Tätigkeit ausüben (weniger als 15 Wochenstunden) nach ILO-Definition nicht als Erwerbslose sondern als Erwerbstätige.

Die Grundlage der Statistik der **geringfügig entlohnten Beschäftigten** bildet das Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer. Seit dem 1. April 1999 sind für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Mit dem Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist zum 1. April 2003 die geringfügig entlohnte Beschäftigung neu geregelt worden. Im Wesentlichen wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- die Geringfügigkeitsgrenze wurde von 325 Euro auf 400 Euro monatlich angehoben,
- der Arbeitgeber zahlt 25 % pauschale Abgaben (12 % Gesetzliche Rentenversicherung, 11 % Gesetzliche Krankenversicherung und 2 % Steuern),
- für Minijobs in privaten Haushalten wurde eine geringere Abgabenquote von 12 % (je 5 % zur Gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung und ebenfalls 2 % Steuern) und ein vereinfachtes Meldeverfahren (Haushaltsscheckverfahren) eingeführt,
- neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung ist die Ausübung einer geringfügig entlohnten Beschäftigung möglich (Nebenjob), ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung sozialversicherungspflichtig wird.

Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen sind Erwerbstätige, die im Abrechnungszeitraum, in den der Stichtag fällt, Anspruch auf Kurzarbeitergeld hatten.

Als **Langzeitarbeitslose** gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet waren.

Offene Stellen sind zu besetzende Arbeitsplätze, die die Arbeitgeber dem Arbeitsamt gemeldet haben.

Der **öffentliche Dienst** umfasst das Personal von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden, das der Zweckverbände sowie des Bundeseisenbahnvermögens (unmittelbarer öffentlicher Dienst) ebenso wie das der Sozialversicherungsträger und der rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform (mittelbarer öffentlicher Dienst). Zum Personal des öffentlichen Dienstes zählen Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen, Soldaten und Soldatinnen, Angestellte sowie Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Beschäftigten des Bundes werden dem Bundesland zugeordnet, in dem sich ihr Dienst- bzw. Arbeitsort befindet.

Zum Personenkreis der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** zählen alle Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Pflege- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Als **Teilzeitarbeit** gilt eine Beschäftigung, die einen Arbeitnehmer vereinbarungsgemäß nicht voll, aber regelmäßig zu einem Teil der normalerweise üblichen bzw. tariflich festgesetzten Arbeitszeit in Anspruch nimmt. Hierzu zählt auch Heimarbeit.

Erwerbsquoten der 55- bis 64-Jährigen erheblich gestiegen, insbesondere in den neuen Ländern

Im Gegensatz zu den Erwerbsquoten der jüngeren Generation sind die Erwerbsquoten der älteren Menschen gestiegen. Gegenüber 1991 zeichnen sich beide Geschlechter in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen durch eine gestiegene Erwerbsorientierung aus. Mit Ausnahme des Landes Rheinland-Pfalz und der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg wurden in allen Ländern – insbesondere in den neuen Ländern – deutliche Zunahmen bei der Erwerbsbeteiligung der 55- bis 59-jährigen Männer festgestellt. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen in dieser Altersgruppe war in allen Bundesländern höher als vor 15 Jahren. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Frühausgliederung der Erwerbstätigen aus dem Erwerbsleben durch die Heraufsetzung der Rentenaltersgrenzen und die damit verbundenen Rentenabschläge bei Frühverrentung stark rückläufig ist.

Jahresdurchschnittlich betrachtet war die Erwerbsbeteiligung der 55- bis 59-jährigen Männer und Frauen 2006 im Saarland am niedrigsten (Männer 72,2 %, Frauen 54,2 %); die höchsten Erwerbsquoten dieser Altersgruppe wurden in Baden-Württemberg (Männer 85,6 %) und Sachsen (Frauen 81,2 %) nachgewiesen. In der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen lagen die höchsten Erwerbsquoten der Männer und Frauen in Hamburg (Männer 49,1 %, Frauen 28,9 %). Die niedrigste Erwerbsbeteiligung dieser Altersgruppe wurde in Sachsen-Anhalt (Männer 32 % und Frauen 15,1 %) beobachtet.

Tab. 9.3: Erwerbsquoten[1] der 15- bis 24-Jährigen, Jahresdurchschnitt 2006[2]

	Männer		Frauen	
	im Alter von ... bis unter ... Jahren			
	15 – 20	20 – 25	15 – 20	20 – 25
Bayern	44,6	73,8	35,8	69,9
Mecklenburg-Vorpommern	41,0	84,7	36,5	68,2
Sachsen	39,2	75,8	29,5	65,6
Baden-Württemberg	38,2	73,3	31,5	67,9
Thüringen	37,3	76,5	24,5	65,1
Rheinland-Pfalz	36,4	74,6	33,1	66,4
Sachsen-Anhalt	35,5	78,7	31,6	67,9
Brandenburg	34,5	79,9	27,3	70,7
Schleswig-Holstein	33,3	76,0	33,7	70,5
Saarland	32,2	71,1	22,6	57,1
Hessen	31,8	73,9	27,3	68,5
Niedersachsen	27,1	74,3	22,7	64,6
Nordrhein-Westfalen	27,0	72,0	19,8	66,5
Hamburg	26,5	71,3	24,0	65,1
Berlin	23,2	69,2	24,5	64,0
Bremen	17,7	66,6	20,5	57,8
Deutschland	**33,8**	**74,1**	**27,8**	**67,0**

1) Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung je Altersgruppe und Geschlecht.
2) Vorläufige Ergebnisse.

Ergebnisse des Mikrozensus

Tab. 9.4: Erwerbsquoten[1] der 55- bis 64-Jährigen, Jahresdurchschnitt 2006[2]

	Männer		Frauen	
	im Alter von ... bis unter ... Jahren			
	55 – 60	60 – 65	55 – 60	60 – 65
Baden-Württemberg	85,6	47,4	69,0	26,9
Thüringen	85,2	37,9	77,3	17,5
Sachsen	84,6	39,6	81,2	22,9
Brandenburg	83,5	39,6	80,9	21,7
Schleswig-Holstein	83,5	47,3	64,0	28,6
Bayern	82,6	44,0	65,2	25,4
Hessen	81,8	45,2	62,8	25,3
Mecklenburg-Vorpommern	81,8	36,8	74,6	16,2
Niedersachsen	81,7	40,2	59,8	24,7
Hamburg	81,5	49,1	67,0	28,9
Sachsen-Anhalt	81,4	32,0	76,4	15,1
Rheinland-Pfalz	80,3	45,8	60,2	25,6
Nordrhein-Westfalen	80,2	39,9	58,8	23,2
Berlin	77,6	40,8	68,8	28,4
Bremen	77,5	44,8	65,7	27,5
Saarland	72,2	42,8	54,2	27,7
Deutschland	**82,0**	**42,3**	**65,6**	**24,4**

1) Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung je Altersgruppe und Geschlecht.
2) Vorläufige Ergebnisse.

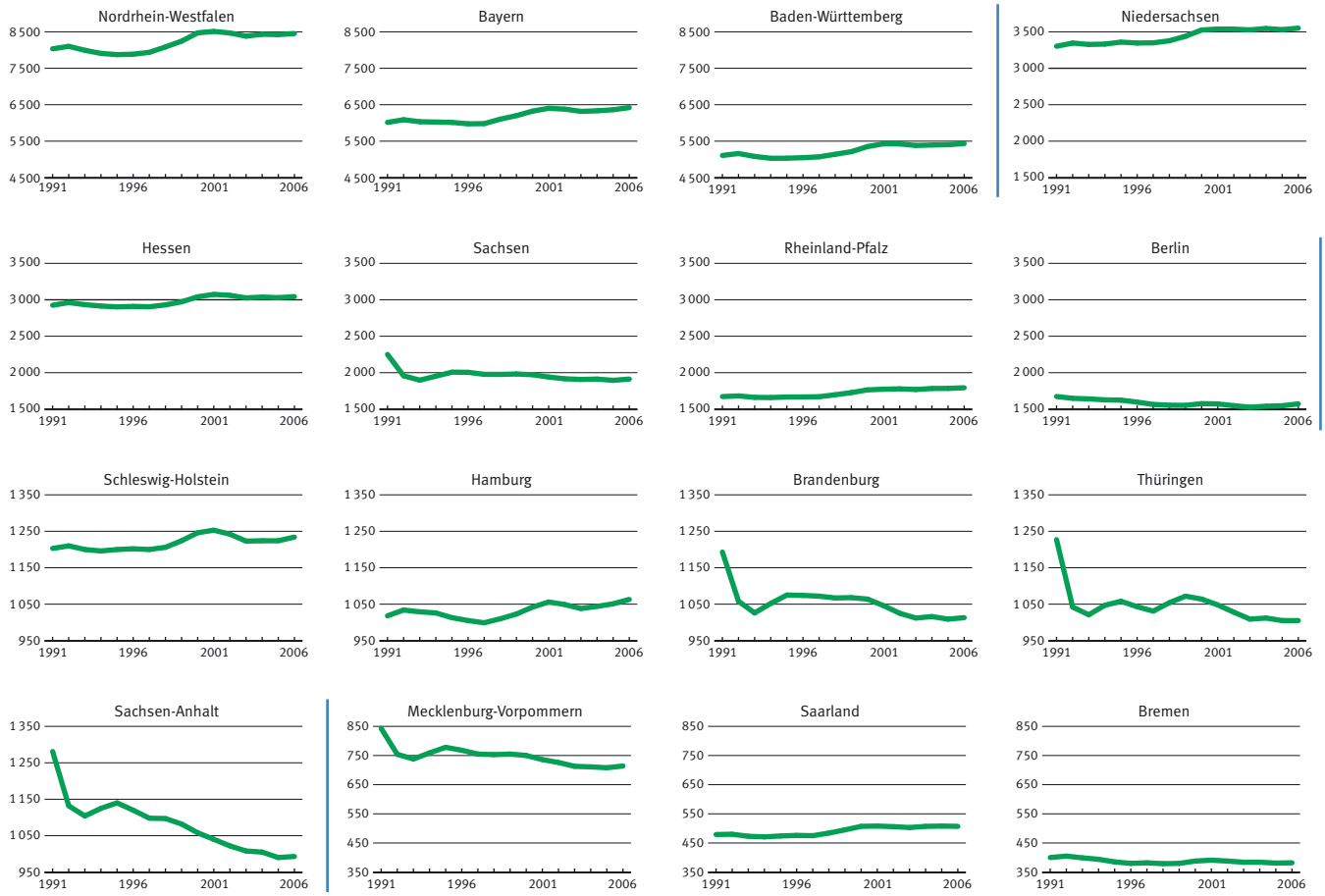
Ergebnisse des Mikrozensus

Erwerbstätigkeit

Konträre Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in Ost und West

Seit der Wiedervereinigung verlief die Entwicklung der Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern einschließlich Berlin sehr unterschiedlich. Nach Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) mussten die alten Länder (ohne Berlin) von 1991 bis 1996 zunächst einen Beschäftigungsrückgang um knapp 261 000 Arbeitsplätze oder 0,9 % hinnehmen. Danach setzte ein deutlicher Aufschwung ein, der bis 2001 rund 2 Mill. neue Arbeitsplätze schaffte und mit 31,9 Mill. Erwerbstätigen seinen Höchststand erreichte. Die ab dem Jahr 2001 einsetzende schwächere wirtschaftliche Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Erwerbstätigenzahl. Zwischen 2001 und 2003 gingen rund 384 000 Arbeitsplätze in den alten Ländern verloren. Erst ab 2004 war die Entwicklung des Arbeitsmarktes wieder positiv und stieg um 196 000 bzw. 0,6 % auf rund 31,9 Mill.

Abb. 9.1: Entwicklung der Erwerbstätigen am Arbeitsort in den Ländern 1991 bis 2006 – in Tausend
Jahresdurchschnitte des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder[1)]

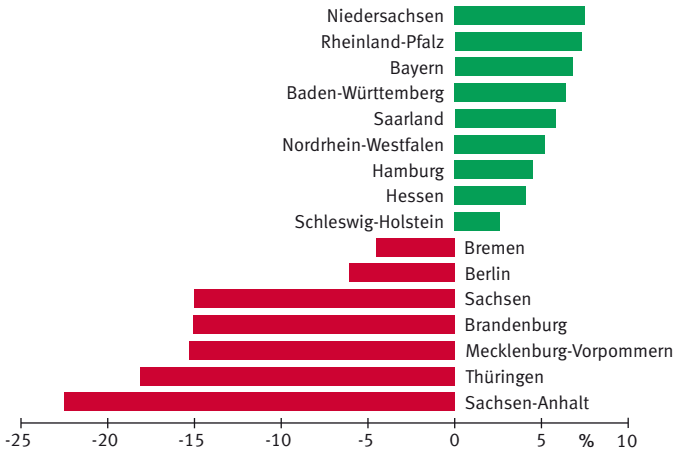


1) Ab 2003 vorläufige Werte. Rechenstand: August 2007.

Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 2006. Gegenüber dem Jahr 1991 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 1,7 Mill. bzw. 5,7 %.

In den neuen Ländern einschl. Berlin verlief die langfristige Entwicklung entgegengesetzt. Hier gingen zwischen 1991 und 2004 rund 1,3 Mill. Arbeitsplätze oder 15 % verloren. Wie in den alten Ländern gab es auch hier zuletzt einen leichten Anstieg auf 7,2 Mill. Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 2006 (1991: 8,5 Mill.). Der Anteil der Erwerbstätigen in den neuen Ländern an den Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt schrumpfte durch die beschriebene Entwicklung von 21,9 % (1991) auf 18,4 % (2006).

Abb. 9.2: Veränderung der Erwerbstätigenzahlen zwischen 1991 und 2006
Ergebnisse des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder[1)]



1) 2006 vorläufiger Wert. Rechenstand: August 2007.

Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft stark rückläufig, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den drei Wirtschaftssektoren „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (primärer Sektor), „Produzierendes Gewerbe“ (sekundärer Sektor) und „Dienstleistungen“ (tertiärer Sektor), so werden gravierende Änderungen im Zeitablauf offenkundig. Am auffälligsten ist der Rückgang im Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“. 1991 war in den westlichen Ländern noch jeder 29. Erwerbstätige im primären Sektor tätig, im Jahr 2006 nur noch jeder 47. In den neuen Ländern arbeitete 1991 noch jeder 17. Erwerbstätige in der Landwirtschaft, 2006 galt dies nur noch für jeden 43. (Deutschland insgesamt 2006: 46.). Besonders markant ist die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern: Dort hatte 1991 noch knapp jeder 9. Erwerbstätige seinen Arbeitsplatz in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, 2006 war es nur noch jeder 25. Insgesamt arbeiteten im Jahr 2006 in Deutschland 841 000 Menschen im primären Sektor, und zwar 674 000 in den alten und 167 000 in den neuen Ländern einschließlich Berlin.

Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe für Baden-Württemberg von größter Bedeutung

Auch im Produzierenden Gewerbe (einschließlich Baugewerbe) gingen viele Arbeitsplätze verloren. Während 1991 in Deutschland noch 36,6 % der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich arbeiteten, sank der Anteil 2006 auf 25,5 %. In den neuen Ländern einschließlich Berlin lag 1991 der Beschäftigtenanteil mit 37,3 % noch leicht über dem Gesamtwert für Deutschland; 2006 war dies mit 22 % nicht mehr der Fall. Den höchsten Anteil an Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe hatte 1991 Thüringen mit 43,5 %, dicht gefolgt von Baden-Württemberg und Sachsen mit jeweils knapp 43 %. 2006 führte Baden-Württemberg mit 32,9 % den Ländervergleich an, vor Thüringen (29 %), Bayern (28,8 %) und dem Saarland (28,5 %).

Berlin und Hamburg weisen bei Erwerbstätigen höchste Dienstleistungsquote auf

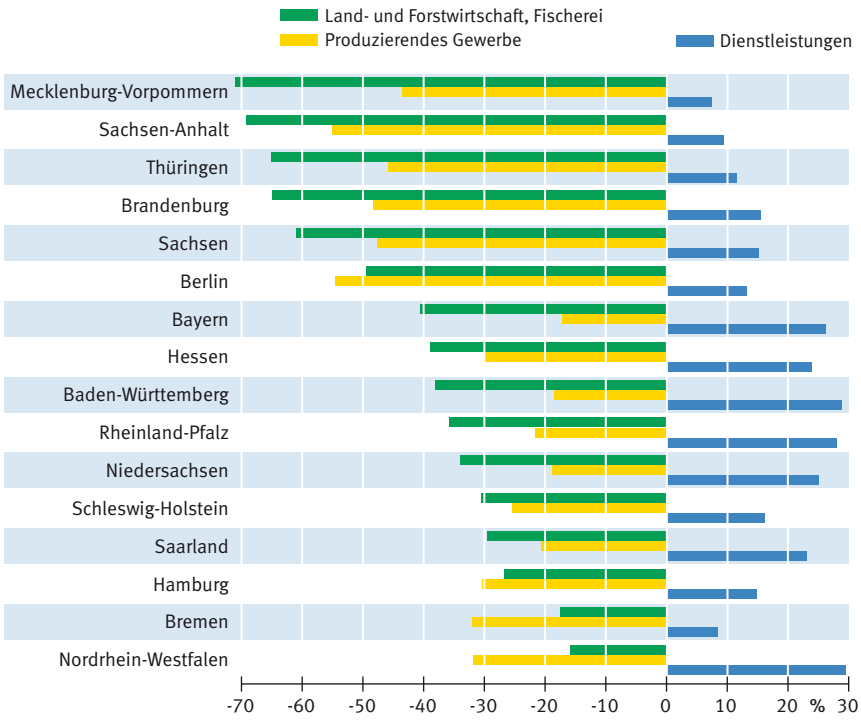
Mit der Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im primären und sekundären Sektor geht eine starke Zunahme im Dienstleistungssektor einher. In diesem heterogenen Bereich, der unter anderem die Bereiche Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungswesen, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie öffentliche und private Dienstleistungen umfasst, arbeiteten 2006 in Deutschland 72,3 % aller Erwerbstätigen; 1991 waren es erst 59,5 %. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist allerdings zu bedenken, dass die Arbeitsplatzzunahme vor allem durch eine stark wachsende Zahl von in Teilzeit sowie geringfügig Beschäftigter bewirkt wurde.

Der Anteil in den neuen Ländern einschließlich Berlin lag 1991 mit 56,9 % noch unter dem Bundeswert, stieg aber bis 2006 auf 75,4 % und lag damit darüber. Die höchsten Dienstleistungsanteile gab es 2006 in den Stadtstaaten Berlin mit 86 % und Hamburg mit 84,5 %; in Baden-Württemberg lag der Anteil mit 65,3 % am niedrigsten.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelt sich in allen Bundesländern außer Bayern rückläufig

Entscheidend für die Zukunft der gesetzlichen Renten- und Krankenkassen sowie der Arbeitslosenversicherung ist insbesondere die Erwerbsbeteiligung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.

Abb. 9.3: Veränderung der Erwerbstätigenzahlen nach Sektoren zwischen 1991 und 2006
Ergebnisse des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder[1)]



1) 2006 vorläufige Werte. Rechenstand: August 2007.

Tab. 9.5: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

	Juni 1994	Juni 2006	Veränderung
	in 1 000		in %
Bayern	4 269	4 320	*1,2*
Baden-Württemberg	3 762	3 741	*– 0,5*
Saarland	344	340	*– 1,3*
Rheinland-Pfalz	1 178	1 158	*– 1,7*
Hamburg	771	752	*– 2,4*
Niedersachsen	2 400	2 320	*– 3,3*
Hessen	2 169	2 096	*– 3,4*
Schleswig-Holstein	818	780	*– 4,6*
Nordrhein-Westfalen	5 887	5 561	*– 5,5*
Bremen	299	272	*– 9,1*
Sachsen	1 661	1 343	*– 19,2*
Thüringen	884	713	*– 19,3*
Berlin	1 291	1 025	*– 20,6*
Meckl.-Vorpommern	636	504	*– 20,8*
Brandenburg	903	706	*– 21,8*
Sachsen-Anhalt	968	725	*– 25,1*
Deutschland	**28 238**	**26 355**	*– 6,7*

Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Diese war zwischen 1994 und 2006 in fast allen Bundesländern rückläufig. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind allerdings die neuen Bundesländer und Berlin. Hier haben die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Zeitraum zwischen 19,2 % (Sachsen) und 25,1 % (Sachsen-Anhalt) abgenommen. In den Ländern des früheren Bundesgebiets bewegten sich die Rückgänge zwischen 0,5 % (Baden-Württemberg) und 9,1 % (Bremen). Lediglich in Bayern konnten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1994 und 2006 um 1,2 % zulegen. Deutschlandweit erfolgte ein Rückgang von 6,7 %.

Starke Zunahme sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Alter von 60 und mehr Jahren, insbesondere in den neuen Ländern

Die hohe Erwerbsbeteiligung der Älteren (siehe Tab. 9.4) wirkt sich auch auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der 60-Jährigen und Älteren aus. Während die Sozialversicherungspflichtigen insgesamt seit 1994 rückläufig sind, konnten die über 60-Jährigen in diesem Zeitraum enorme Zuwächse verzeichnen. Vermutlich sind hier auch die bereits erwähnte Heraufsetzung der Rentenaltersgrenzen und die damit verbundenen Kürzungen bei früherem Ausscheiden aus dem Berufsleben dafür verantwortlich. So wurden zwischen 1994 und 2006 rund 336 000 oder 66,3 % mehr sozialversicherungspflichtige Ältere gezählt als 12 Jahre zuvor. Besonders starke Zunahmen der über 60-Jährigen zeigten die neuen Länder auf. Hier erfolgten Zunahmen zwischen 142,9 % (Sachsen) und 185,1 % in Thüringen. Auch in den alten Bundesländern wird wieder länger gearbeitet. Hier nahmen die 60-Jährigen und Älteren zwischen 50,7 % (Baden-Württemberg) und 114,3 % (Saarland) zu.

Tab. 9.6: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Alter von 60 und mehr Jahren

	Juni 1994	Juni 2006	Veränderung
	in 1 000		in %
Thüringen	7,4	21,1	*185,1*
Sachsen-Anhalt	8,1	21,6	*166,7*
Meckl.-Vorpommern	4,9	12,8	*161,2*
Brandenburg	8,4	20,8	*147,6*
Sachsen	17,7	43,0	*142,9*
Saarland	4,2	9,0	*114,3*
Bremen	6,0	10,5	*75,0*
Schleswig-Holstein	17,2	29,7	*72,7*
Hamburg	18,7	31,3	*67,4*
Bayern	75,7	124,8	*64,9*
Niedersachsen	44,4	71,6	*61,3*
Nordrhein-Westfalen	119,3	182,3	*52,8*
Rheinland-Pfalz	23,3	35,5	*52,4*
Hessen	42,8	65,1	*52,1*
Baden-Württemberg	83,7	126,1	*50,7*
Berlin	24,7	37,1	*50,2*
Deutschland	**506,5**	**842,3**	***66,3***

Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Zunehmende Beschäftigung von Frauen im früheren Bundesgebiet

In den neuen Ländern einschl. Berlin waren Frauen etwas geringer von dem beschriebenen Beschäftigungsabbau betroffen als Männer. Während zwischen 1994 und 2006 bei den sozialversicherungspflichtigen Frauen Rückgänge zwischen 12,3 % (Sachsen) und 20 % (Sachsen-Anhalt) festgestellt wurden, lagen die Rückgänge bei den Männern zwischen 24,8 % (Sachsen) und 29,5 % (Sachsen-Anhalt) erheblich höher. Mit Ausnahme der Stadtstaaten Bremen und Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein konnten dagegen alle westdeutschen Bundesländer bei den Frauen einen Beschäftigungsgewinn zwischen 0,1 % (Nordrhein-Westfalen) und 5,7 % (Saarland) erzielen.

Tab. 9.7: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Männer und Frauen 2006 gegenüber 1994 in %

	Männer	Frauen
Saarland	– 5,8	5,7
Rheinland-Pfalz	– 5,8	3,8
Bayern	– 0,6	3,5
Baden-Württemberg	– 1,8	1,1
Hessen	– 6,3	0,7
Niedersachsen	– 6,1	0,4
Nordrhein-Westfalen	– 9,4	0,1
Hamburg	– 3,8	– 0,7
Schleswig-Holstein	– 7,8	– 0,8
Bremen	– 12,0	– 4,9
Sachsen	– 24,8	– 12,3
Meckl.-Vorpomern	– 27,8	– 12,7
Berlin	– 26,3	– 14,5
Thüringen	– 22,1	– 16,1
Brandenburg	– 25,7	– 17,5
Sachsen-Anhalt	– 29,5	– 20,0
Deutschland	**– 9,7**	**– 2,8**

Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Trotz Beschäftigungsabbau bei den Frauen in den neuen Ländern hat der Frauenanteil unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in allen Bundesländern zugenommen. Er lag 2006 um bis zu 4,7 Prozentpunkte (Mecklenburg-Vorpommern) über dem Wert von 1994. Die Anteilswerte der Frauen unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den westlichen Bundesländern im Jahr 2006 (zwischen 42 % im Saarland und 47 % in Schleswig-Holstein) nähern sich dadurch den Größenordnungen der Frauenquoten in den ostdeutschen Ländern an. Letztere liegen jedoch mit zwischen 48,2 % (Thüringen) und 51,3 % (Mecklenburg-Vorpommern) auch 2006 höher.

Tab. 9.8: Anteile der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen

	Juni 1994	Juni 2006
Berlin	47,9	51,6
Meckl.-Vorpommern	46,6	51,3
Sachsen-Anhalt	46,6	49,8
Sachsen	45,3	49,1
Brandenburg	46,1	48,8
Thüringen	46,4	48,2
Schleswig-Holstein	45,2	47,0
Hamburg	44,7	45,4
Rheinland-Pfalz	42,6	45,0
Bayern	43,7	44,7
Niedersachsen	42,9	44,5
Hessen	42,5	44,3
Baden-Württemberg	43,2	44,0
Nordrhein-Westfalen	40,9	43,3
Bremen	41,2	43,1
Saarland	39,3	42,0
Deutschland	**43,4**	**45,3**

Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Vollzeitbeschäftigung nimmt ab, Teilzeitbeschäftigung steigt

Starke Rückgänge der Beschäftigung wurden teilweise durch Zuwächse der Teilzeitbeschäftigung und der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung ausgeglichen. Die Vollzeitbeschäftigung nahm unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1999 und 2006 deutschlandweit um 1,99 Mill. Personen bzw. 8,3 % ab. Besonders stark betroffen von dieser Abnahme waren die neuen Bundesländer (siehe Abb. 9.4). So wurde zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt jeder

vierte Vollzeitarbeitsplatz abgebaut. Die Teilzeitbeschäftigung unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm dagegen im betrachteten Zeitabschnitt in allen Bundesländern zu. Die stärksten Zunahmen konnten allerdings in den alten Bundesländern und nicht in den neuen realisiert werden. Durch die beschriebene Entwicklung verringerten sich die Einnahmen bei den Sozialversicherungsträgern entsprechend.

Verdrängen Minijobs reguläre Beschäftigung?

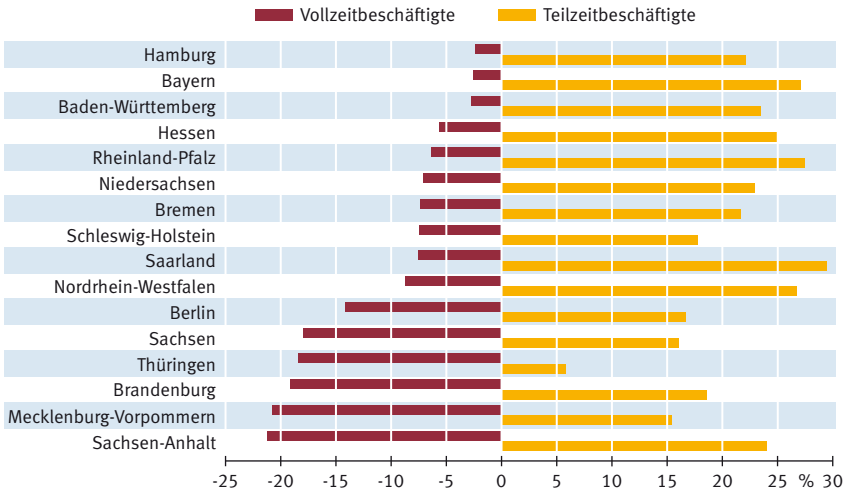
Seit der Wiedervereinigung ist die Entwicklung der Erwerbstätigkeit durch arbeitsmarktpolitisch geförderte und marginale Beschäftigungsformen geprägt. Insbesondere die „geringfügige Beschäftigung" im Sinne des Sozialgesetzbuches hat nach der gesetzlichen Neuregelung vom April 2003 nochmals an Bedeutung gewonnen.

So wird das Zusammentreffen von zunehmender geringfügiger Beschäftigung und abnehmender voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zwischen 1999 und 2006 in allen Ländern deutlich (siehe Abb. 9.5).

Während in fast allen Ländern ein Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen erfolgte, entwickelten sich die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigungen dynamisch. In den westlichen Bundesländern lagen die Zuwächse im Beobachtungszeitraum zwischen 49,1 % (Baden-Württemberg) und 78,3 % (Nordrhein-Westfalen). In den östlichen Ländern einschl. Berlins ist diese Entwicklung noch dramatischer. Hier stieg die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten gewaltig an. Es wurden Zuwächse zwischen 92,5 % (Sachsen) und 122,7 % (Brandenburg) festgestellt.

Die steigende Zahl von Minijobs geht demnach mit einer Reduzierung regulärer Beschäftigungen einher. Ob und inwieweit sozialversicherungspflichtige Beschäftigung tatsächlich durch Minijobs verdrängt wird, müssen weitere Untersuchungen belegen, die unter anderem vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführt werden.

Abb 9.4: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Voll- und Teilzeitbeschäftigten
30.6.2006 gegenüber 30.6.1999



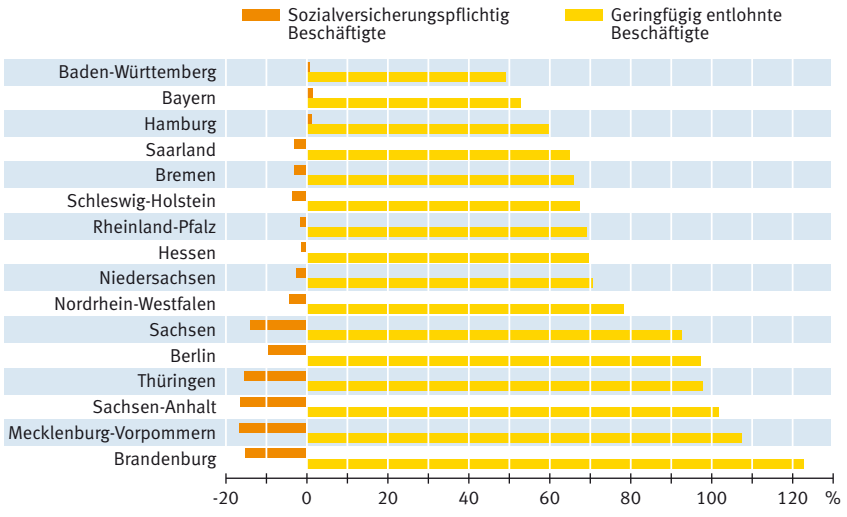
Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Frauen vor allem in geringfügig entlohnter Beschäftigung und Teilzeitarbeit

Die zunehmende Beschäftigung von Frauen im früheren Bundesgebiet ist vor allem auf Zuwächse bei den geringfügig entlohnten Beschäftigten und den Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen. Geringfügig entlohnte Beschäftigungen werden überwiegend von Frauen ausgeübt. Während der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Ländern des früheren Bundesgebiets am 30. Juni 2006 nur zwischen 42 % (Saarland) und 47 % (Schleswig-Holstein) lag, betrugen die Frauenanteile bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten zwischen 63,1 % (Hamburg) und 71,2 % (Bayern).

Betrachtet man die Entwicklung bei den Teilzeitbeschäftigten, so kann man in fast allen Bundesländern große Zuwächse feststellen. Obwohl der Männeranteil hier in den letzten Jahren zugenommen hat, liegt der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten immer noch zwischen 74,6 % (Berlin) und 86,7 % (Niedersachsen). Die meisten teilzeitbeschäftigten Frauen sind in öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie im Handel und Gastgewerbe tätig.

Abb 9.5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte – Veränderung 30.6.2006 gegenüber 30.6.1999



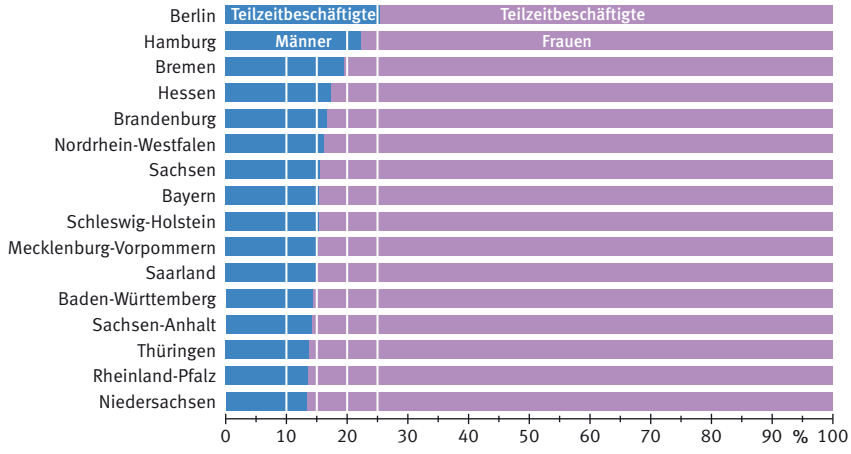
Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Tab. 9.9: Sozialversicherungspflichtige – darunter in Teilzeitbeschäftigung – sowie ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am 30.6.2006

	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer		Darunter in Teilzeitbeschäftigung		Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	
	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen	insgesamt	Frauen
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Nordrhein-Westfalen	5 560 958	*43,3*	925 229	*83,8*	1 233 300	*68,1*
Bayern	4 319 703	*44,7*	738 700	*84,6*	736 905	*71,2*
Baden-Württemberg	3 741 117	*44,0*	615 880	*85,7*	685 784	*68,7*
Niedersachsen	2 320 167	*44,5*	435 731	*86,7*	507 495	*68,9*
Hessen	2 095 917	*44,3*	376 937	*82,7*	362 667	*68,0*
Sachsen	1 342 567	*49,1*	220 554	*84,5*	188 966	*59,4*
Rheinland-Pfalz	1 158 037	*45,0*	216 754	*86,4*	253 316	*70,1*
Berlin	1 024 464	*51,6*	201 942	*74,6*	141 390	*55,2*
Schleswig-Holstein	780 220	*47,0*	152 040	*84,6*	172 893	*65,9*
Hamburg	752 282	*45,4*	131 459	*77,7*	100 385	*63,1*
Sachsen-Anhalt	724 769	*49,8*	113 697	*85,9*	89 613	*59,7*
Thüringen	713 267	*48,2*	106 474	*86,3*	94 591	*60,7*
Brandenburg	705 763	*48,8*	107 934	*83,3*	96 417	*56,2*
Mecklenburg-Vorpommern	503 624	*51,3*	80 162	*84,8*	68 371	*56,3*
Saarland	339 614	*42,0*	54 157	*85,1*	72 002	*70,7*
Bremen	271 867	*43,1*	52 064	*80,5*	49 501	*63,9*
Deutschland	**26 354 336**	***45,3***	**4 529 714**	***84,1***	**4 853 596**	***67,2***

Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Abb. 9.6: Sozialversicherungspflichtige Männer und Frauen am 30.6.2006 in Teilzeitbeschäftigung



Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Tab. 9.10: Anteile der Frauen im öffentlichen Dienst am 30.6.2006

	in %
Sachsen-Anhalt	64,8
Sachsen	62,3
Thüringen	60,9
Brandenburg	60,7
Meckl.-Vorpommern	57,0
Berlin	55,8
Baden-Württemberg	54,8
Hessen	51,8
Nordrhein-Westfalen	50,3
Bremen	49,2
Bayern	49,0
Niedersachsen	48,1
Rheinland-Pfalz	47,4
Saarland	47,0
Hamburg	46,8
Schleswig-Holstein	46,2
Deutschland	**52,3**

Ergebnisse der Personalstandstatistik

Frauenanteil im öffentlichen Dienst steigt

Bei insgesamt rückläufigen Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst stieg der Anteil der Frauen in den letzten acht Jahren kontinuierlich an. 1998 betrug der Frauenanteil deutschlandweit noch 50,3 %; 2006 waren es bereits 52,3 %. 1960 waren sogar nur 27 % der im öffentlichen Dienst des damaligen Bundesgebietes Beschäftigten Frauen.

In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst (2006: 61,5 %) traditionell höher als im früheren Bundesgebiet (50,5 %). Den höchsten Anteil wies mit 64,8 % Sachsen-Anhalt auf. Ursache für die verhältnismäßig niedrigen Frauenquoten in einigen Bundesländern sind die dort ansässigen Bundeswehrstützpunkte, da der Frauenanteil an den Soldaten der Bundeswehr immer noch sehr niedrig ist.

Registrierte Arbeitslosigkeit

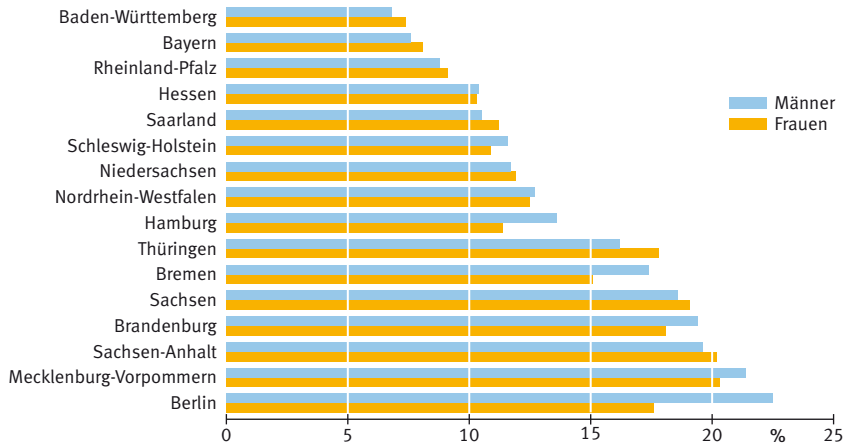
Arbeitslosenzahl seit der Wiedervereinigung in allen Bundesländern gestiegen

Seit den 70er Jahren ist es in Deutschland nicht mehr gelungen, im Zuge der konjunkturellen Schwankungen einen befriedigend hohen Beschäftigungsstand zu erreichen und damit die Arbeitslosigkeit entscheidend zu verringern. Vielmehr verfestigte sich der Trend, dass mit jedem weiteren Konjunktureinbruch der Sockel der Arbeitslosigkeit deutlich wächst, ohne jedoch nach Eintreten wirtschaftlicher Besserung auf das vorherige Niveau zurückzugehen. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands trat auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost das Problem der Arbeitslosigkeit in offener Form zutage. Aufgrund des Strukturumbruchs kam es zu einem weiteren starken Anstieg der Unterbeschäftigung.

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung lag die Zahl der bei den Arbeitsagenturen registrierten Arbeitslosen unter der „3-Millionen-Marke“ (2,6 Mill.). Gleichzeitig gab es allerdings 1,8 Mill. Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen mit einem Arbeitsausfall von überwiegend 100 %. Bis 1997 stiegen die Arbeitslosen auf 4,384 Mill. im Jahresdurchschnitt an. Danach trat bis zum Jahr 2001 eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt ein, die sich allerdings

wegen welt- und binnenwirtschaftlicher Schwächen im Jahr 2002 nicht weiter stabilisieren konnte. Nicht zuletzt wegen der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ab Januar 2005 erreichte die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit 2005 in Deutschland ihren bisherigen Höchststand mit knapp 4,9 Mill. Der sogenannte Hartz-IV-Effekt verursachte eine jahresdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit von ca. 380 000. Seit 2006 profitiert der Arbeitsmarkt wieder vom konjunkturellen Aufschwung der Wirtschaft. Grundlage dieser Aufwärtsentwicklung sind kräftige Exportzunahmen und eine angestiegene Binnennachfrage. Das Vorjahresniveau der Arbeitslosigkeit wurde deutlich unterschritten. Im Jahresdurchschnitt 2006 waren 4,487 Mill. Personen arbeitslos gemeldet. Gleichzeitig wurden 67 000 Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen für 2006 gemeldet.

Abb 9.7: Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen – Jahresdurchschnitt 2006



Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Westliche Länder: Starke Zuwächse der registrierten Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz

In den westlichen Ländern (ohne Berlin-West) hat sich die Arbeitslosigkeit zwischen 1991 und 2006 um 88,4 % erhöht und lag im Jahresdurchschnitt 2006 bei 3 Mill. Die größten Zuwächse hatten hier die südlichen Länder, die eher ein niedriges Arbeitslosenniveau aufzeigen. So nahm die Arbeitslosigkeit zwischen 1991 und 2006 in Hessen um 130,6 %, in Baden-Württemberg um 118,9 %, in Bayern um 107,9 % und in Rheinland-Pfalz um 97,9 % zu. Die genannten Länder weisen allerdings nach wie vor die niedrigsten Arbeitslosenquoten aus (siehe Abb. 9.8). Die niedrigsten Zuwächse zwischen 1991 und 2006 hatten das Saarland mit 38,1 % und die Stadtstaaten Hamburg mit 52,3 % und Bremen mit 50,8 %, wo sich die Arbeitslosigkeit bereits auf hohem Niveau stabilisiert hatte.

Östliche Länder : Auch hohe Zuwächse der registrierten Arbeitslosigkeit in Berlin, Brandenburg und Sachsen

Die Arbeitslosigkeit hat sich in den östlichen Ländern und Berlin seit 1991 um 47,2 % auf knapp 1,5 Mill. im Jahresdurchschnitt 2006 erhöht. Große Zuwächse wurden hier vor allem in den Ländern Berlin (63,1 %), Brandenburg (60,4 %) und Sachsen (54,2 %) festgestellt. Allerdings kommt auch hier der wirtschaftliche Aufholprozess langsam in Gang. Rund 33 % aller Arbeitslosen verteilten sich im Jahresdurchschnitt 2006 auf die neuen Länder einschl. Berlin. 1991 waren es noch 39 %.

Arbeitslosenquoten im Osten doppelt so hoch wie im Westen

Die Arbeitslosenquote als wichtiger Arbeitsmarktindikator zeigt große Diskrepanzen zwischen den östlichen und den westlichen und teilweise auch zwischen den nördlichen und südlichen Bundesländern auf. Deutschlandweit erreichte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2006 gemessen an den abhängigen Erwerbspersonen 12 %. Die Arbeitslosenquoten in den westlichen Ländern lagen dabei zwischen 7,1 % in Baden-Württemberg und 16,3 % in Bremen. In den östlichen Ländern dagegen betrug sie zwischen 17 % in Thüringen und 20,8 % in Mecklenburg-Vorpommern. Ohne die hohe Pendlerbereitschaft von Ost nach West – am 30. Juni 2006 wurden knapp 300 000 beschäftigte Auspendler aus den neuen Ländern einschl. Berlin nachgewiesen – wäre die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern noch höher.

Entwicklung offener Stellen in allen Ländern außer Baden-Württemberg und Bayern positiv

Im Durchschnitt des Jahres 2006 betrug die Zahl offener Stellen in Westdeutschland 564 000; das war ein um 55,5 % höheres Stellenangebot als 1991. Mit Ausnahme der Länder Baden-Württemberg und Bayern wurden in allen westlichen Bundesländern zum Teil starke Zunahmen bei den gemeldeten Stellen verzeichnet. Mit 253 % gegenüber 1991 lag Hamburg an der Spitze. Noch mehr Stellenangebote wurden den Arbeitsagenturen 2006 in den östlichen Bundesländern und Berlin gemeldet. Hier wurden Zunahmen gegenüber 1991 bis 293,5 % (Mecklenburg-Vorpommern) festgestellt.

Frauen von Arbeitslosigkeit wieder häufiger betroffen als Männer

In vielen Bundesländern lag die Frauenarbeitslosenquote 2006 wieder über derjenigen der Männer (zwischen 0,2 Prozentpunkten in Niedersachsen und 0,7 Prozentpunkten im Saarland). Dagegen war es in Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein umgekehrt. In diesen Ländern lagen die Arbeitslosenquoten der Frauen zwischen 0,1 Prozentpunkten (Hessen) und 4,9 Prozentpunkten (Berlin) niedriger als die der Männer.

Der Anteil der arbeitslosen Frauen an allen Arbeitslosen ist zwischen 1991 und 2006 langsam zurückgegangen. Während 1991 der Frauenanteil noch 50,8 % betrug, nahm er bis 2006 auf 47,9 % ab. In den westlichen und in den östlichen Ländern lagen die Frauenquoten ebenfalls bei je 47,9 %. Die niedrigsten Frauenanteile wiesen die Stadtstaaten Berlin (43,4 %), Bremen (44,3 %) und Hamburg (44,8 %) auf.

Abb. 9.8: Entwicklung der Arbeitslosenquoten 1991 bis 2006

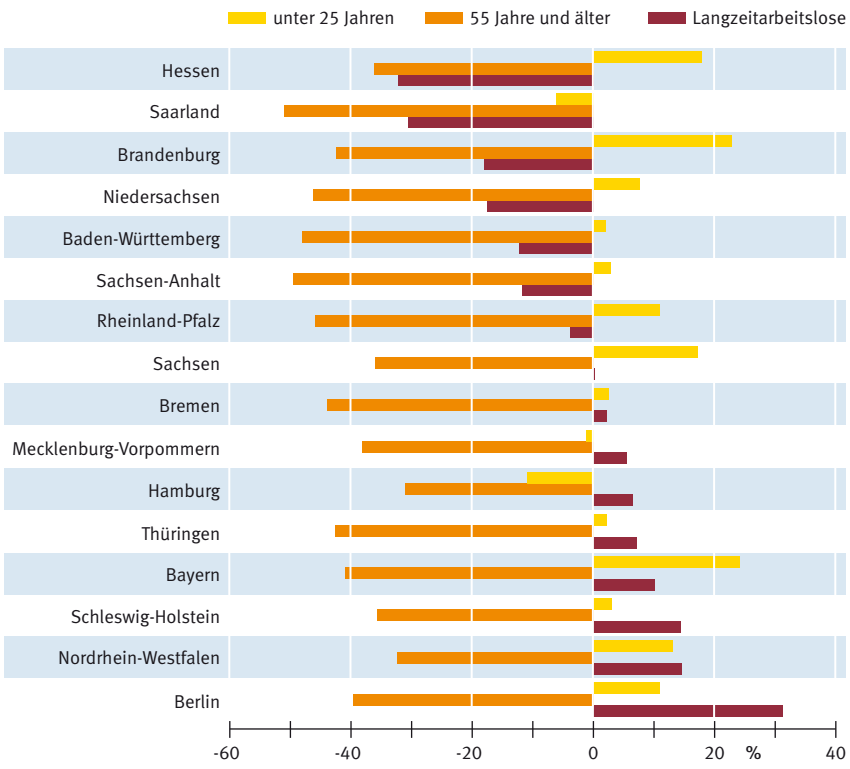
Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Tab. 9.11: Arbeitslose Männer und Frauen
Jahresdurchschnitt 2006

	Insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl	Anteil in %	
Thüringen	188 440	*49,1*	*50,9*
Baden-Württemberg	348 717	*49,9*	*50,1*
Bayern	446 448	*50,2*	*49,8*
Sachsen	371 872	*50,4*	*49,6*
Sachsen-Anhalt	231 897	*50,5*	*49,5*
Rheinland-Pfalz	162 951	*51,7*	*48,3*
Niedersachsen	417 847	*52,0*	*48,0*
Saarland	49 682	*52,0*	*48,0*
Hessen	284 187	*52,2*	*47,8*
Meckl.-Vorpommern	167 909	*52,6*	*47,4*
Brandenburg	226 413	*52,7*	*47,3*
Schleswig-Holstein	140 783	*53,0*	*47,0*
Nordrhein-Westfalen	1 012 715	*53,3*	*46,7*
Hamburg	95 988	*55,2*	*44,8*
Bremen	47 710	*55,7*	*44,3*
Berlin	293 497	*56,6*	*43,4*
Deutschland	**4 487 057**	***52,1***	***47,9***

Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Abb. 9.9: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach ausgewählten Personenkreisen – Veränderung 2006 gegenüber 1998



Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit

Immer mehr Langzeitarbeitslose in den neuen Bundesländern

Zwischen 1998 und 2006 konnte die Arbeitslosigkeit der Personen im Alter von 55 und mehr Jahren in allen Bundesländern erheblich reduziert werden (zwischen –31 % in Hamburg und –51,1 % im Saarland). Dies ist insbesondere auf Vorruhestandsregelungen zurückzuführen. Demgegenüber hat sich die Arbeitslosigkeit von jüngeren Personen und von Langzeitarbeitslosen in den Ländern teils unterschiedlich entwickelt (siehe Abb. 9.9).

Die Arbeitslosigkeit von jüngeren Arbeitslosen hat eine besondere Bedeutung für den Verlauf des gesamten späteren Erwerbslebens der Betroffenen. Für diese Personengruppe sind Qualifikation und eine nahtlose Eingliederung in Erwerbsarbeit im Anschluss an die Ausbildung angesichts der demografischen Entwicklung für den Arbeitsmarkt besonders dringlich. Die Arbeitslosigkeit dieser Personengruppe konnte – insbesondere durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – seit 1998 lediglich in den Ländern Hamburg (–10,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (–1,2 %) und Saarland (–6,2 %) reduziert werden.

Von Langzeitarbeitslosigkeit sind insbesondere Ältere ab 50 Jahren (ca. 35 %) und Personen mit fehlender beruflicher Qualifikation (ca. 44 %) betroffen. Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen konnte zwischen 1998 und 2006 nur in sieben Bundesländern abgebaut werden. Die Rückgänge lagen zwischen 3,8 % (Rheinland-Pfalz) und 32,2 % (Hessen). Die größten Zunahmen bei den Langzeitarbeitslosen wurden in den Ländern Berlin (31,2 %), Nordrhein-Westfalen (14,6 %), Schleswig-Holstein (14,5 %) und Bayern (10,2 %) festgestellt.

Arbeitskosten

Was zahlen Arbeitgeber für eine Stunde Arbeit? Welchen Einfluss hat die Unternehmensgröße auf die Höhe der Arbeitskosten? Wie groß ist der Unterschied der Arbeitskostenniveaus zwischen einzelnen Bundesländern? Diese und mehr Fragen können durch die Arbeitskostenerhebung beantwortet werden.

Höchste Arbeitskosten in Hamburg, Arbeit ist in Thüringen am günstigsten

Im Jahr 2004 kostete in Deutschland eine Stunde Arbeit durchschnittlich 28,18 Euro. Bei einer differenzierten Betrachtung der Arbeitskosten nach Regionen zeigt sich ein deutliches West-Ost-Gefälle. Im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin zahlten die Arbeitgeber 29,36 Euro für eine Stunde Arbeit. In den neuen Bundesländern kostete eine Arbeitsstunde die Arbeitgeber 21,08 Euro. Die höchsten Kosten für eine Stunde Arbeit wurden in Hamburg mit einem Spitzenwert von 31,80 Euro bezahlt, in Thüringen waren sie mit 20,41 Euro am geringsten (siehe Abb. 9.10). Zudem lag jedes westdeutsche Bundesland über dem Arbeitskostenniveau der neuen Länder.

Hamburg verzeichnet seit 1992 im Produzierenden Gewerbe, Handel und Kredit- und Versicherungsgewerbe die höchsten Arbeitskosten

Im früheren Bundesgebiet wurden 1992 bis 2004 in Schleswig-Holstein die niedrigsten und in Hamburg die höchsten Arbeitskosten ermittelt. Die Rangfolge der Arbeitskosten hat sich in den westdeutschen Bundesländern jedoch teilweise deutlich verändert: So hatte 1992 nur Hamburg höhere Arbeitskosten als Nordrhein-Westfalen, im Jahr 2004 lag Nordrhein-Westfalen beim Arbeitskostenniveau an siebter Stelle.

In den neuen Bundesländern hält Brandenburg seit der erstmaligen Erfassung der Arbeitskosten nach der Wiedervereinigung den Spitzenplatz, Thüringen hatte in diesem Zeitraum stets die niedrigsten Kosten. Die Rangfolge der neuen Länder ist aufgrund ähnlicher jährlicher Veränderungsraten fast unverändert geblieben (siehe Abb. 9.11).

Berlin nimmt bei dieser Betrachtung eine Sonderrolle ein. Bei der ehemals geteilten Stadt kommt es zu einer Mischung aus den ost- und westdeutschen Entwicklungen. Lagen die Veränderungsraten der Arbeitskosten bis 2000 zwischen denen von Ost- und Westdeutschland so befand sich Berlin im Jahr 2004 auf Rang 6 und lag damit im Mittelfeld der alten Bundesländer.

Abb. 9.10: Arbeitskosten je geleisteter Stunde im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 2004 nach Bundesländern

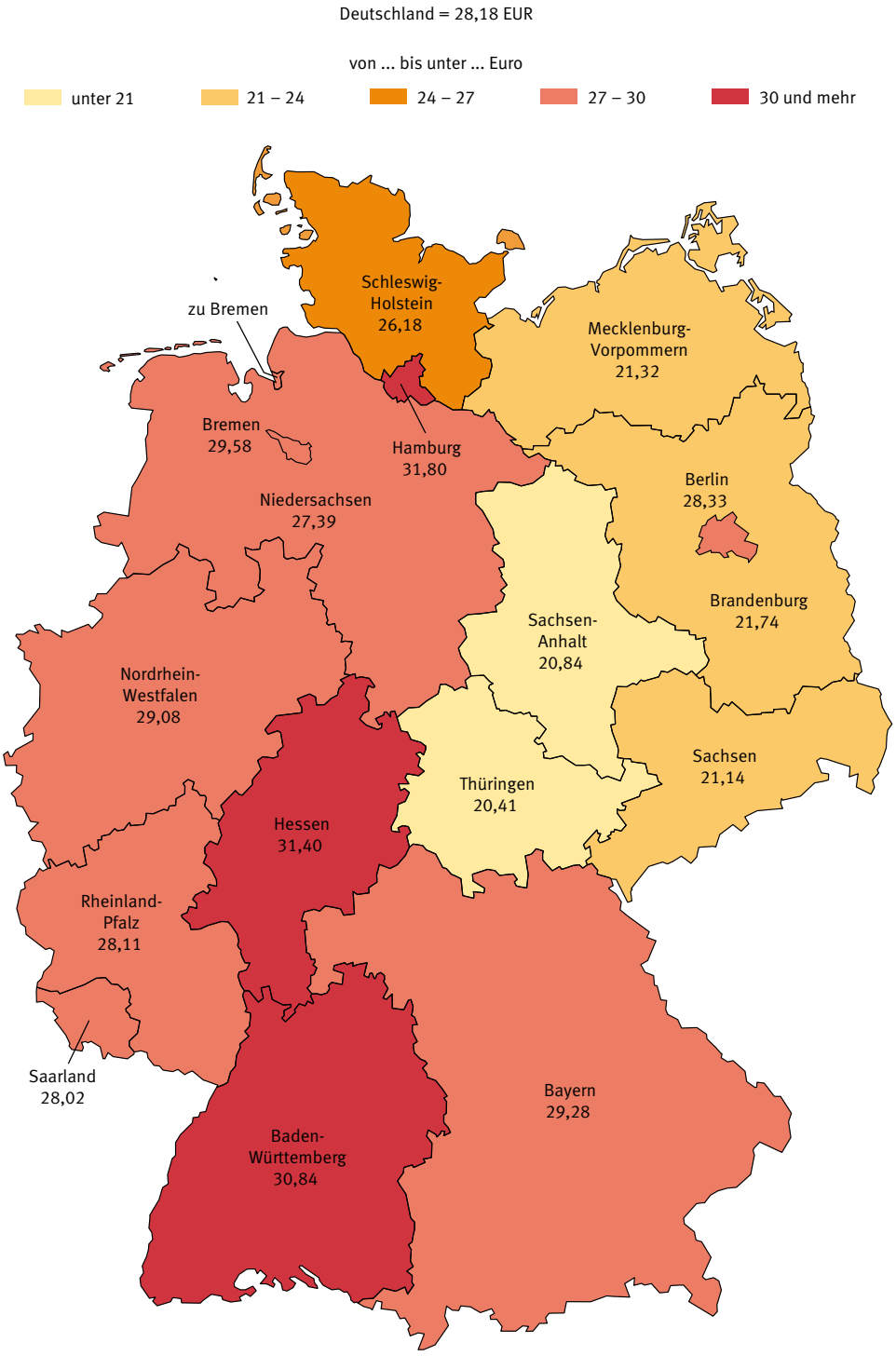
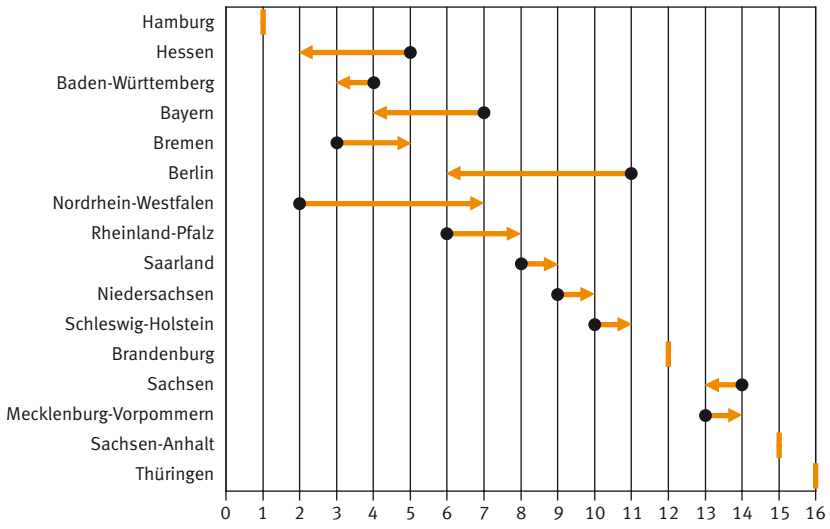


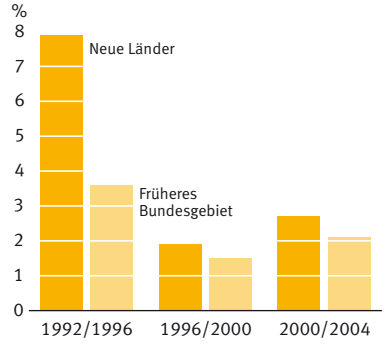
Abb. 9.11: Rangfolge des Arbeitskostenniveaus 1992 und 2004 – Spitze des Pfeils = 2004



Arbeitskosten in Ost und West nähern sich nur noch langsam an

Der Abstand der Arbeitskosten zwischen den neuen und alten Bundesländern verringerte sich von 1992 bis 2004 um 11,7 Prozentpunkte. 2004 lagen die Arbeitskosten der fünf neuen Bundesländer in den Wirtschaftsbereichen Produzierendes Gewerbe, sowie Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe um 35,4 % unter denen des früheren Bundesgebietes (einschließlich Berlin). Dieser Abstand hat sich seit 1992 (47,1%) kontinuierlich (1996: 37,9 %, 2000: 36,9 %) verringert. Dabei war in den vier Jahren nach 1992 die stärkste Annäherung zu beobachten. Das durchschnittliche jährliche Wachstum der Arbeitskosten betrug in diesen vier Jahren in den neuen Bundesländern 7,9 % und war somit um mehr als vier Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet (3,6 %) (siehe Abb. 9.12). Von den genannten Wirtschaftsbereichen wurde die stärkste Annäherung der Arbeitskosten im Kredit- und Versicherungsgewerbe erzielt. Im Vergleich zu den alten Bundesländern stiegen die Kosten für eine Stunde Arbeit in den neuen Bundesländern von 1996 bis 2004 nur noch geringfügig stärker an.

Abb. 9.12: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Arbeitskosten je geleistete Stunde im Produzierenden Gewerbe, Handel und Kredit- und Versicherungswesen



Was beschreibt die Arbeitskostenerhebung?

Bei der Arbeitskostenerhebung werden die verschiedenen Bestandteile der Arbeitskosten erfragt. Zu den Arbeitskosten zählen die Lohnbestandteile, wie zum Beispiel das Entgelt für die geleistete Arbeit, die Sonderzahlungen oder die vermögenswirksamen Leistungen: Auch die Arbeitgeberpflichtbeiträge zu den einzelnen Sozialversicherungen und die Aufwendungen der Arbeitgeber im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung werden als Teile der Sozialbeiträge der Arbeitgeber mit einbezogen. Darüber hinaus wird die Anzahl der Vollzeitarbeitsplätze und der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden erfragt.

Die Arbeitskostenerhebung gibt Auskunft darüber, wie hoch die Kosten für die Beschäftigung eines Vollzeitarbeitnehmers sind und wie hoch der Preis für eine Arbeitsstunde in Deutschland ist. Außerdem zeigt sie, wie sich die Arbeitskosten in Deutschland zusammensetzen.

Wie werden die Daten für die Arbeitskostenerhebung ermittelt?

Die Arbeitskostenerhebung wird seit 1958 durchgeführt. Seit dem Berichtsjahr 2004 werden regelmäßig alle vier Jahre Unternehmen mit mindestens zehn Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (Wirtschaftszweige C bis O der NACE Rev.1, der europäischen Wirtschaftszweigklassifikation) einbezogen. Da die Erfassung sukzessive erweitert wurde, beziehen sich in dieser Veröffentlichung Analysen und Vergleiche zwischen 1992 und 2004 auf das Produzierende Gewerbe und nur einen Ausschnitt des Dienstleistungsbereichs, nämlich den Handel und das Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Die Arbeitskostenerhebung ist eine dezentral durchgeführte Statistik. Für die Erhebung, Prüfung und Aufbereitung der Länderergebnisse sind die Statistischen Landesämter zuständig. Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist die methodische Vorbereitung und Weiterentwicklung dieser Statistik sowie die Zusammenführung der Länderergebnisse zu einem Bundesergebnis und dessen Veröffentlichung. Die Arbeitskostenerhebung ist eine einstufige, geschichtete Stichprobenerhebung mit Auskunftspflicht. Schichtungsmerkmale sind Bundesland, Wirtschaftszweig und Unternehmensgrößenklasse. Für die Erhebung 2004 wurden 30 000 Unternehmen ausgewählt. Davon entfielen auf das Produzierende Gewerbe rund 14 500 und auf die erfassten Dienstleistungsbereiche rund 15 500 Unternehmen. Der Auswahlsatz betrug 10,4 %. In den Wirtschaftsabschnitten „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ (NACE-Abschnitte L und M) wurde auf Befragungen verzichtet. Stattdessen wurden Auswertungen verschiedener administrativer Datenquellen (unter anderem Personalstandstatistik, Finanzstatistik) zur Darstellung der Arbeitskosten herangezogen.

Arbeitskosten steigen mit der Unternehmensgröße

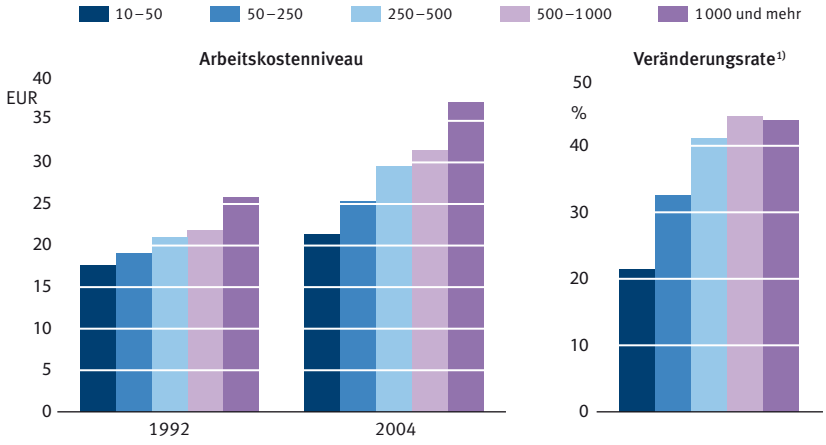
Die Kosten für den Faktor Arbeit steigen mit der Unternehmensgröße. Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich betrugen 2004 die Kosten für eine geleistete Arbeitsstunde in Deutschland in Großunternehmen mit 1 000 und mehr Arbeitnehmern 32,79 Euro und damit 54,8 % mehr als in Unternehmen mit 10 bis unter 50 Arbeitnehmern.

Ein Vergleich zwischen den Jahren 1992 und 2004 für das Produzierende Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe zeigt darüber hinaus, dass bei Großunternehmen der Anstieg bei den Arbeitskosten deutlich stärker war als in den beiden „kleinen“ Größenklassen. Dabei wies die Größenklasse mit 500 bis unter 1 000 Arbeitnehmer das größte Wachstum (45,1%) auf. Folglich nahmen die Abstände bei den Arbeitskostenniveaus zwischen der kleinsten und der

größten Unternehmensgrößenklasse zwischen 1992 und 2004 stark und kontinuierlich zu. Waren die Arbeitskosten in Großunternehmen mit 1000 und mehr Arbeitnehmern im Jahr 1992 um 47 % höher als in Unternehmen mit 10 bis unter 50 Arbeitnehmern, waren es 1996 bereits 62 %, im Jahr 2000 schon 69 % und im Jahr 2004 schließlich 74 % (siehe Abb. 9.13).

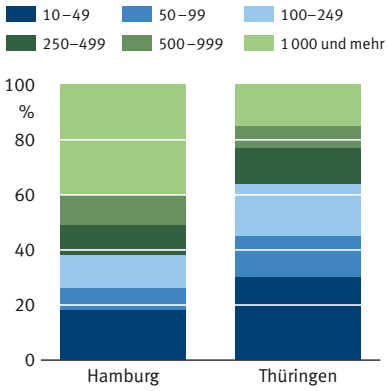
Der Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitskosten und der Größe des Unternehmens ist eine bedeutende erklärende Variable bei der Streuung der Arbeitskosten nach Regionen. Wie oben dargestellt, waren 2004 die Arbeitskosten in Hamburg am höchsten, in Thüringen am niedrigsten. Ein Grund dafür ist die in beiden Bundesländern stark unterschiedliche Verteilung der Arbeitnehmer auf Unternehmen unterschiedlicher Größenklassen: Während in Hamburg 40 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Großunternehmen mit 1000 und mehr Arbeitnehmern arbeiteten, betrug deren Anteil in Thüringen nur 15 %. Umgekehrt sind 30 % dieser Arbeitnehmer in Thüringen bei Unternehmen mit 10 bis unter 50 Arbeitnehmern beschäftigt, dieser Anteil lag in Hamburg nur bei 18 % (siehe Abb. 9.14). Da Großunternehmen aufgrund ihrer Größenvorteile in der Lage sind, während einer Arbeitsstunde mehr Waren zu erzeugen bzw. Dienstleistungen zu erbringen, können sie die Arbeitsstunde ihren Arbeitnehmern auch höher entlohnen. Somit sind die Arbeitskosten in Regionen mit vielen Großunternehmen vergleichsweise hoch.

Abb. 9.13: Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde in ausgewählten Wirtschaftsabschnitten nach Unternehmensgrößenklassen (von ... bis unter ... Arbeitnehmer) 1992 und 2004



1) Um den Kalendereffekt bereinigt.

Abb. 9.14: Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Unternehmen unterschiedlicher Größenklassen (von ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigte)



Jeder dritte Arbeitnehmer in den alten Bundesländern arbeitete in Großunternehmen, in den neuen Bundesländern jeder Siebte

Dieser Zusammenhang ist auch einer der Gründe für das bereits skizzierte West-Ost-Gefälle bei den Arbeitskosten. Während 2004 im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin mehr als jeder dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (34 %) in Unternehmen mit mehr als 1000 Arbeitnehmern beschäftigt war, hatte in den neuen Ländern nur knapp jeder Siebte (14 %) seinen Arbeitsplatz in einem Großunternehmen.

10 Unternehmen

Unternehmensbestand

Wirtschaftsstrukturen in den einzelnen Regionen Deutschlands können anhand detaillierter räumlicher Angaben sowie Informationen über die wirtschaftliche Aktivität von Unternehmen und Betrieben des statistischen Unternehmensregisters und der Umsatzsteuerstatistik dargestellt werden.

Sie bilden eine Grundlage zur Beurteilung der Wirtschaftskraft einzelner Branchen und Regionen. Dabei sind die Anzahl der Unternehmen, das Umsatzvolumen sowie die Anzahl der Beschäftigten die wichtigsten Merkmale, die diese Erhebungen für Nutzer zur Verfügung stellen.

Mehr als die Hälfte aller Unternehmen sind in Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg angesiedelt

In Deutschland gab es laut dem Unternehmensregister im Jahr 2004 insgesamt 3 427 000 aktive Unternehmen. Nicht überraschend haben die meisten Unternehmen in Deutschland ihren Sitz in den Flächenstaaten Nordrhein-Westfalen (722 000), Bayern (592 000) und Baden-Württemberg (456 000).

Insgesamt hatte damit mehr als die Hälfte der Unternehmen in einem dieser drei Flächenländer ihren Unternehmenssitz.

Tab. 10.1: Anzahl der Unternehmen 2004 [1)]

Nordrhein-Westfalen	722 488
Bayern	591 793
Baden-Württemberg	456 377
Niedersachsen	289 547
Hessen	275 255
Rheinland-Pfalz	184 988
Sachsen	161 727
Berlin	142 380
Schleswig-Holstein	118 881
Hamburg	94 601
Brandenburg	90 821
Thüringen	87 363
Sachsen-Anhalt	82 039
Mecklenburg-Vorpommern	61 898
Saarland	40 001
Bremen	26 453
Deutschland	**3 426 612**

1) Stand des Unternehmensregisters 31.12.2006.

Was ist das Unternehmensregister?

Das Unternehmensregister ist eine Datenbank mit Unternehmen und Betrieben aus nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Es enthält Angaben zum steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Weitgehend unberücksichtigt bleiben Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Quellen zur Pflege sind zum einen Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder der Finanzbehörden, und zum anderen Daten aus einzelnen Bereichsstatistiken, wie aus den statistischen Rückläufen der Erhebungen im Produzierenden Gewerbe, im Handel und Gastgewerbe sowie im Dienstleistungsbereich.

Das Unternehmensregister dient der rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt als Auswertungsinstrument zur Entlastung der Wirtschaft bei. In seiner Eigenschaft als Auswertungsinstrument ermöglicht das Register, aktuelle Strukturen der Wirtschaft mit Hilfe von Angaben zur Anzahl der Unternehmen mit Umsatz bzw. Beschäftigten untergliedert nach Bundesländern und Wirtschaftszweigen darzustellen. Die Inhalte des Unternehmensregisters erlauben demnach eine Untergliederung der Unternehmen in Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit Hilfe von Beschäftigten- und Umsatzgrößenklassen. So kann beispielsweise die Bedeutung des Mittelstandes in Deutschland gemessen werden.

Der Unternehmensbegriff in der amtlichen Statistik und im Register

Ein Unternehmen wird in der amtlichen Statistik als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss. Das Unternehmen umfasst alle Betriebe und schließt freiberuflich Tätige mit ein.

Im Unternehmensregister gilt ein Unternehmen als wirtschaftlich aktiv, wenn es im entsprechenden Bezugsjahr (hier 2004) über einen steuerbaren Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügte. Nicht als Unternehmen gezählt werden solche, die überwiegend in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, Öffentliche Verwaltung, Verteidigung oder Sozialversicherung tätig sind (Abschnitte A, B und L der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)). Auch private Haushalte mit Hauspersonal (Abschnitt P) sowie exterritoriale Organisationen und Körperschaften (Abschnitt Q) sind nicht berücksichtigt.

In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen zusammen waren 2004 insgesamt 263 000 Unternehmen und damit rund 8 % aller deutschen Unternehmen ansässig.

Berlin beheimatete 142 000 Unternehmen (54 %), Hamburg 95 000 (36 %) und Bremen 26 000 (10 %).

Unternehmensdichte in Hamburg und Bayern am höchsten

Die Unternehmensdichte – die Anzahl der Unternehmen je 1 000 Einwohner – ist im Stadtstaat Hamburg mit 55 und in Bayern mit 48 Unternehmen je 1 000 Einwohner am höchsten. In Nordrhein-Westfalen liegt die Unternehmensdichte bei 40 und in Baden-Württemberg bei 43 Unternehmen je 1 000 Einwohner.

In Sachsen-Anhalt sind mit 33 Unternehmen je 1 000 Einwohner verhältnismäßig wenige Unternehmen angesiedelt. Ähnlich ist die Struktur in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern: Dort gibt es pro 1 000 Einwohner nur 35 bzw. 36 Unternehmen.

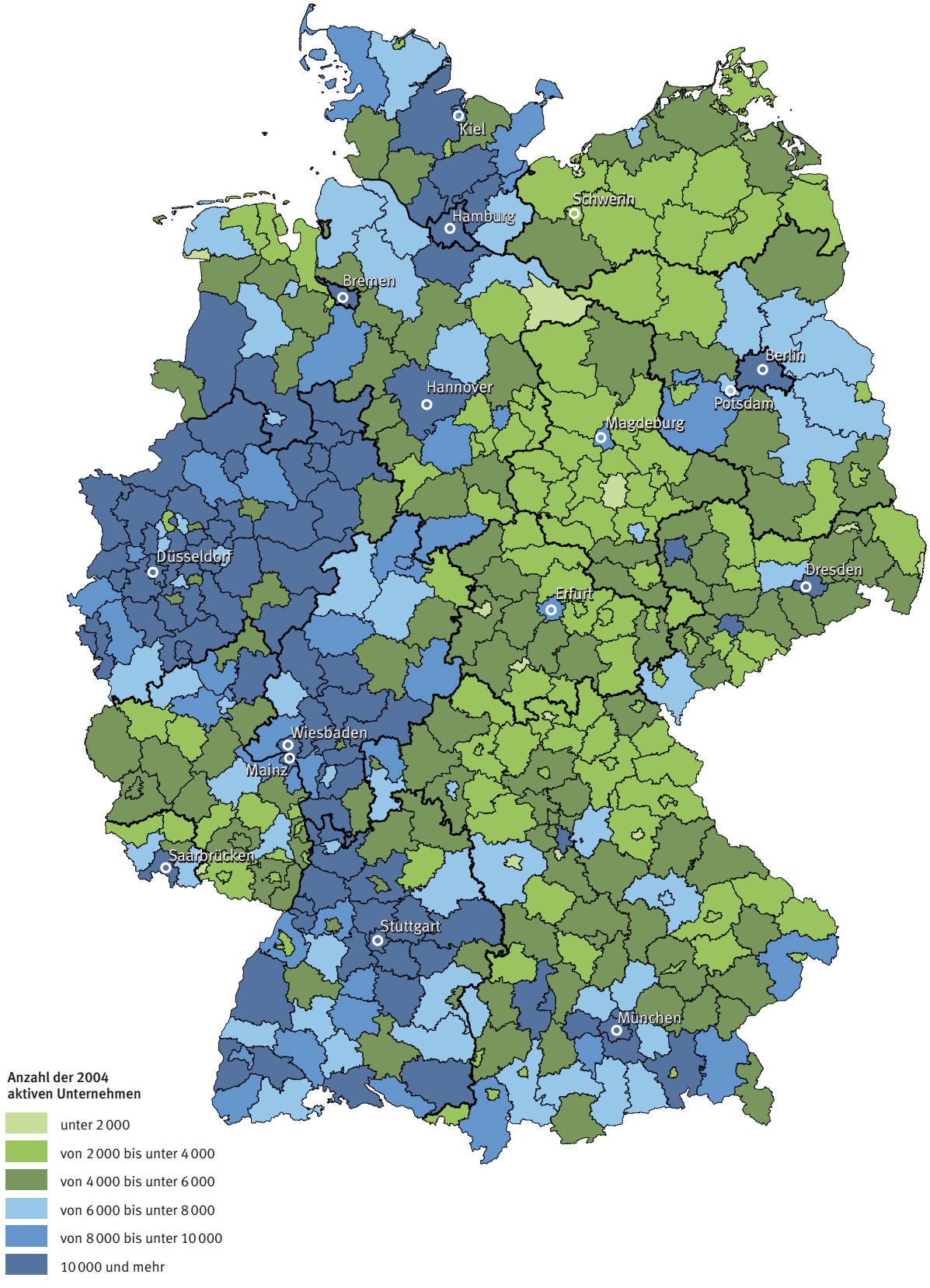
Deutlich mehr Unternehmen in den Ballungszentren

Das statistische Unternehmensregister enthält auch tief gegliederte Informationen über die regionale Verteilung von Unternehmen. Die regionale Darstellung des Unternehmensbestandes bezieht sich in Abbildung 10.2 auf den Sitz des Unternehmens. Dabei wird deutlich, dass in den Großstädten Deutschlands, wie beispielsweise in Hamburg, Berlin oder München, und in deren Ballungsräumen deutlich mehr Unternehmen niedergelassen sind als in den ländlich strukturierten Kreisen. Wesentlich mehr Unternehmen haben ihren Unternehmenssitz im Süden und Westen der Bundesrepublik Deutschland.

In Sachsen und Thüringen überdurchschnittlich viele Unternehmen im Produzierenden Gewerbe

Um einen besseren Überblick über die Wirtschaftsstrukturen in den Bundesländern zu erhalten, kann eine Einteilung der Wirtschaft in die Bereiche „Produzierendes Gewerbe“, „Handel und Gastgewerbe“ sowie „Übrige Dienstleistungen“ getroffen werden. Im Bundesdurchschnitt zeigt

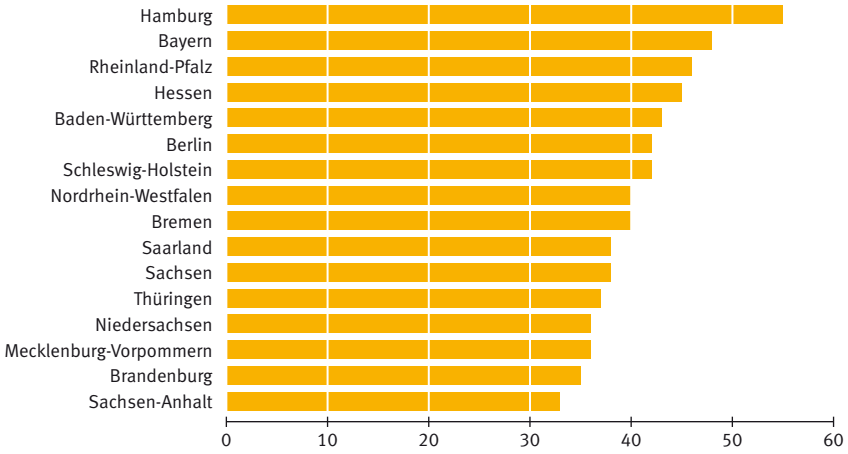
Abb. 10.1: Im Jahr 2004 aktive Unternehmen[1)] in Deutschland nach Kreisen und kreisfreien Städten



1) Unternehmen der Wirtschaftsabschnitte C–K und M–O mit steuerbarem Umsatz und/oder mit sozialversicherungsgpflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2004.

Quelle der Verwaltungsgrenzen: VG250 zum Stand vom 31.12.2005
© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

Abb. 10.2: Anzahl der Unternehmen je 1 000 Einwohner 2004[1)]



1) Stand des Unternehmensregisters 31.12.2006.

sich 2004, dass 19 % der Unternehmen im Produzierenden Gewerbe, 30 % im Handel und Gastgewerbe und 51 % der Unternehmen in übrigen Dienstleistungen tätig waren.

In Sachsen und Thüringen waren mit 25 und 26 % überdurchschnittlich viele Unternehmen im Produzierenden Gewerbe vertreten. Dagegen waren – wie für die Stadtstaaten zu erwarten – nur 12 % der Unternehmen Hamburgs und 14 bzw. 15 % der Unternehmen in Berlin und Bremen diesem Wirtschaftsbereich zugeordnet.

Handel und Gastgewerbe bedeutend für Saarland, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen

Die Unternehmen des Handels und Gastgewerbes waren im Saarland (35 %), in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen (jeweils 33 %) stark vertreten. In Berlin, Hamburg und Sachsen lag der Anteil dieser Unternehmen dagegen mit 26 bis 28 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

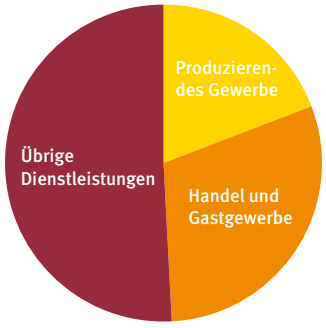
Stadtstaaten wieder federführend in den übrigen Dienstleistungen

Im Bereich der übrigen Dienstleistungen wiesen u. a. Thüringen (43 %), Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt (jeweils 45 %) einen geringeren Unternehmensanteil auf als der Durchschnitt Deutschlands. Die Stadtstaaten waren naturgemäß durch einen hohen Anteil von Unternehmen in diesem Bereich geprägt: Mit jeweils über 60 % in Berlin und Hamburg und ca. 56 % in Bremen überwogen dort die Dienstleistungsanbieter.

Hohe Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen insbesondere in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen

Mit rund 91 % kann der weit überwiegende Teil der Unternehmen deutschlandweit als Kleinstunternehmen bezeichnet werden. 6,9 % der Unternehmen zählten 2004 bundesweit zu den kleinen, und nur 1,5 bzw. 0,3 % waren mittlere bzw. große Unternehmen. Für insgesamt 99,7 % der Unternehmen trafen damit die Kriterien für Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu. Dies zeigt, dass – bezogen auf die Anzahl der Unternehmen – die Bedeutung von KMU in Deutschland sehr groß ist. Nach Bundesländern betrachtet gilt dies insbesondere für Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie Thüringen.

Abb. 10.3: Anteile der Unternehmen 2004[1)] am Produzierenden Gewerbe, Handel und Gastgewerbe und an den übrigen Dienstleistungen



1) Stand des Unternehmensregisters 31.12.2006.

Einteilung der Wirtschaftsabschnitte in die Bereiche „Produzierendes Gewerbe“, „Handel und Gastgewerbe“ und „Übrige Dienstleistungen“

Das **Produzierende Gewerbe** umfasst folgende Wirtschaftsabschnitte:

- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Abschnitt C der WZ 2003),
- Verarbeitendes Gewerbe (Abschnitt D),
- Energie- und Wasserversorgung (Abschnitt E) und
- Baugewerbe (Abschnitt F).

Dem **Handel und Gastgewerbe** sind zugeordnet:

- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (Abschnitt G) und
- Gastgewerbe (Abschnitt H).

Zu den **übrigen Dienstleistungen** zählen:

- Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Abschnitt I),
- Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitt J),
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt (Abschnitt K),
- Erziehung und Unterricht (Abschnitt M),
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (Abschnitt N) und
- Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (Abschnitt O).

Tab. 10.2: Prozentuale Verteilung der Unternehmen auf Beschäftigtengrößenklassen 2004 [1)]

	Unternehmen mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
	0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
Bremen	93,0	5,6	1,2	0,3
Bayern	92,2	6,2	1,3	0,3
Niedersachsen	91,9	6,3	1,4	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	91,9	6,5	1,3	0,3
Hamburg	91,4	6,8	1,4	0,4
Hessen	91,3	6,8	1,5	0,4
Thüringen	91,2	7,2	1,3	0,2
Baden-Württemberg	91,1	7,3	1,4	0,2
Nordrhein-Westfalen	91,0	7,1	1,6	0,4
Saarland	90,7	7,3	1,6	0,4
Rheinland-Pfalz	90,5	7,7	1,6	0,2
Brandenburg	90,4	7,7	1,9	0,3
Schleswig-Holstein	90,3	7,7	1,8	0,2
Sachsen	90,2	7,9	1,6	0,3
Sachsen-Anhalt	89,3	8,5	1,9	0,3
Berlin	88,7	8,6	2,1	0,5
Deutschland	**91,3**	**6,9**	**1,5**	**0,3**

1) Stand des Unternehmensregisters 31.12.2006.

Unternehmensumsatz

Ansiedlung der umsatzstärksten Unternehmen vorwiegend in den alten Bundesländern

16 % der Bevölkerung lebten 2004 in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost). Von den knapp 3,0 Mill. umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen hatten 14 % (403 182) ihren Geschäftssitz in den neuen Ländern, erzielten jedoch mit 260 Mrd. Euro lediglich 6 % des Gesamtumsatzes aller Unternehmen (4 348 Mrd. Euro).

Das Ungleichgewicht bei der Umsatzverteilung zwischen den Bundesländern ist insbesondere auf die Ansiedlung der Geschäftsleitungen von Großunternehmen zurückzuführen. In der Umsatzsteuerstatistik wird der gesamte Umsatz eines Unternehmens (auch von dessen Filialen oder Zweigbetrieben) von dem für die Geschäftsleitung zuständigen Finanzamt zentral erfasst. Nur 4 % der Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 250 Mill. Euro hatten im Jahr 2004 ihre Geschäftsleitung in den neuen Ländern. Fast drei Viertel (1 185) der 1 676 Unternehmen mit mehr als 250 Mill. Euro Jahresumsatz waren in den vier Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen angesiedelt und erzielten zusammen einen Umsatz von 1 364 Mrd. Euro. Allein in Nordrhein-Westfalen hatten 459 dieser Großunternehmen ihren Hauptsitz und meldeten der Finanzverwaltung Umsätze in Höhe von 548 Mrd. Euro.

Tab. 10.3: Anzahl und Umsatz der Unternehmen 2004

	Steuerpflichtige [1)]	Umsätze [2)]	Anteil an Steuerpflichtigen	Anteil am Umsatz
	Anzahl	Mill. Euro	in %	in %
Nordrhein-Westfalen	628 567	1 138 528	*21,3*	*26,2*
Bayern	526 174	716 150	*17,8*	*16,5*
Baden-Württemberg	412 020	712 485	*13,9*	*16,4*
Niedersachsen	253 250	391 423	*8,6*	*9,0*
Hessen	235 001	372 082	*7,9*	*8,6*
Rheinland-Pfalz	151 108	155 320	*5,1*	*3,6*
Sachsen	135 984	88 510	*4,6*	*2,0*
Berlin	113 917	115 205	*3,9*	*2,6*
Schleswig-Holstein	99 157	108 331	*3,4*	*2,5*
Brandenburg	78 836	52 814	*2,7*	*1,2*
Hamburg	78 801	281 668	*2,7*	*6,5*
Thüringen	72 763	43 975	*2,5*	*1,0*
Sachsen-Anhalt	65 294	43 576	*2,2*	*1,0*
Meckl.-Vorpommern	50 305	31 422	*1,7*	*0,7*
Saarland	34 138	44 639	*1,2*	*1,0*
Bremen	21 858	51 379	*0,7*	*1,2*
Deutschland	**2 957 173**	**4 347 506**	***100***	***100***

1) Steuerpflichtige mit jährlichen Umsätzen über 17 500 Euro.
2) Ohne Umsatzsteuer.

Was bietet die Umsatzsteuerstatistik?

In der Umsatzsteuerstatistik werden alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen erfasst, die im Statistikjahr Umsatzsteuervoranmeldungen abgegeben und einen Jahresumsatz von über 17 500 Euro erwirtschaftet haben. Mit ihren Angaben über die Entwicklung der Umsätze in nahezu allen Bereichen der Volkswirtschaft ist die Umsatzsteuerstatistik nicht nur ein Instrument der Fiskalpolitik, sondern dient auch der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung. Die Umsatzsteuerstatistik bietet darüber hinaus den Vorteil tief gegliederter steuerlicher Merkmale sowie regelmäßiger und methodisch vergleichbarer Ergebnisse seit 1950. Zu beachten bei den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik ist, dass diese nicht für Konjunktur- und Wirtschaftskraftaussagen zu verwenden sind. Die Ergebnisse werden bspw. durch Unternehmenszusammenschlüsse oder Verlagerungen von Geschäftssitzen beeinflusst, denen ggf. keine realwirtschaftlichen Veränderungen zugrunde liegen müssen.

Abweichende Fallzahlen gegenüber dem Unternehmensregister ergeben sich aus methodischen Gründen. So werden im Unternehmensregister insbesondere zusätzlich Unternehmen ohne Verpflichtung zur Abgabe von Umsatzsteuer-Voranmeldungen, aber mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nachgewiesen. Des weiteren können Unternehmen aus methodischen Gründen unterschiedlichen Wirtschaftszweigen zugeordnet sein.

Entwicklung der Umsätze und des Unternehmensbestands nach Bundesländern seit 1992

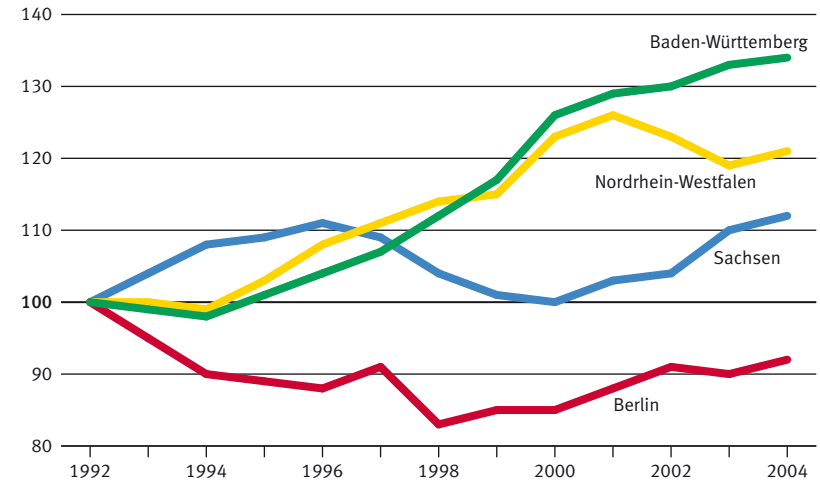
Abbildung 10.4 zeigt ausgehend vom Jahr 1992 die Entwicklung des durchschnittlichen Umsatzes der Unternehmen in ausgewählten Bundesländern. Dabei werden deutliche Unterschiede erkennbar: In Berlin (Ost und West) war der Umsatz bis zum

Tab. 10.4: Anzahl und Umsatz der Unternehmen mit Umsätzen über 250 Mill. Euro 2004

	Steuerpflichtige	Umsätze [1]	Anteil an Steuerpflichtigen	Anteil am Umsatz
	Anzahl	Mill. Euro	in %	in %
Nordrhein-Westfalen	459	548 458	*27,4*	*28,2*
Baden-Württemberg	299	328 924	*17,8*	*16,9*
Bayern	251	307 040	*15,0*	*15,8*
Hessen	176	179 700	*10,5*	*9,2*
Niedersachsen	127	172 155	*7,6*	*8,8*
Hamburg	109	195 492	*6,5*	*10,0*
Rheinland-Pfalz	61	50 793	*3,6*	*2,6*
Schleswig-Holstein	45	30 495	*2,7*	*1,6*
Berlin	44	53 974	*2,6*	*2,8*
Bremen	24	21 434	*1,4*	*1,1*
Sachsen	24	18 324	*1,4*	*0,9*
Saarland	20	17 226	*1,2*	*0,9*
Brandenburg	14	12 770	*0,8*	*0,7*
Sachsen-Anhalt	12	5 077	*0,7*	*0,3*
Meckl.-Vorpommern	6	2 732	*0,4*	*0,1*
Thüringen	5	3 380	*0,3*	*0,2*
Deutschland	**1 676**	**1 947 975**	***100***	***100***

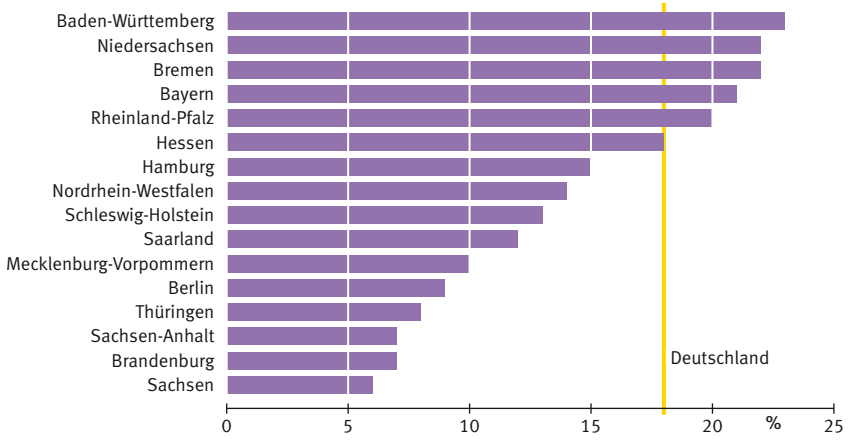
1) Ohne Umsatzsteuer.

Abb. 10.4: Entwicklung des durchschnittlichen Umsatzes je Unternehmen (1992=100) [1]



1) 1993 und 1995 geschätzt, Umsatz ohne Umsatzsteuer.

Abb. 10.5: Exportquoten [1] 2004



1) Verhältnis des steuerfreien Umsatzes mit Vorsteuerabzug zum Gesamtumsatz in Prozent.

Exportquoten

Die in der Umsatzsteuerstatistik ausgewiesenen „steuerfreien Lieferungen und Leistungen mit Vorsteuerabzug" stellen in erster Linie Exportumsätze dar. Somit lassen sich mit dem Quotienten aus steuerfreien Lieferungen und Leistungen (steuerfreier Umsatz) mit Vorsteuerabzug und den Lieferungen und Leistungen (Umsatz) Exportquoten darstellen.

Jahr 1998 nahezu kontinuierlich rückläufig und lag hier bei 919 000 Euro gegenüber 1,10 Mill. Euro 1992 (–16,7 %). Bis 2004 hat sich der durchschnittliche Umsatz wieder auf 1,01 Mill. Euro erhöht.

In Sachsen gab es hingegen bis 1996 einen Umsatzanstieg der Unternehmen von 581 000 Euro auf 645 000 Euro (11,0 %). Nach Umsatzrückgängen in den folgenden Jahren wurde dieser durchschnittliche Umsatz erst 2004 wieder übertroffen.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den großen Flächenländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg gab es von 1992 bis 2004 einen Anstieg des durchschnittlichen Jahresumsatzes um 34,3 % auf 1,73 Mill. Euro. Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen verlief bis 2001 ähnlich. Jedoch in den Jahren 2002 und 2003 gab es einen Rückgang um –5,6 % auf 1,78 Mill. Euro, der auch durch einen geringen Anstieg im Jahr 2004 nicht wieder aufgeholt werden konnte.

Exportquoten nach Bundesländern

Rund ein Fünftel (18 %) des Umsatzes von Unternehmen wurden in Deutschland durch Exporte erzielt. In den Ländern Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bremen und Bayern wurde sogar mehr als jeder fünfte Euro Umsatz durch Exporte erwirtschaftet. In Sachsen waren es hingegen lediglich 6 von 100 Euro. Ursächlich für diese Unterschiede ist vor allem die regionale Verteilung besonders exportintensiver Branchen wie beispielsweise dem Fahrzeugbau, bei dem 52 % des Gesamtumsatzes durch Exporte erzielt wurden. Die Geschäftssitze dieser Unternehmen, die zusammen fast 90 % des Branchenumsatzes versteuern, konzentrierten sich im Wesentlichen auf die vier Bundesländer Baden-Württemberg, Niedersachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Unternehmensgründungen

Im Jahr 2006 wurden in Deutschland 882 000 Gewerbe angemeldet. Das war mehr als die Hälfte aller rund 1,6 Mill. Gewerbeanzeigen. Rund 84 % (738 000) der Anmeldungen erfolgten, um einen neuen Betrieb zu gründen. Bei den übrigen 16% der Anmeldungen wurde die Übernahme eines Betriebes, eine Umwandlung, ein Gesellschaftereintritt oder ein Rechtsformwechsel angezeigt.

Kleinbetriebe dominieren das Gründungsgeschehen

Bei etwa 78 % der 738 000 Neugründungen handelte es sich um Klein- oder Nebenerwerbsbetriebe. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Gründungen damit um 1,5 % ab. Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit den Änderungen der Fördermaßnahmen für Gründungen durch die Bundesagentur für Arbeit. So wurden zum 1. August 2006 der Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) und das Überbrückungsgeld durch den so genannten Gründungszuschuss abgelöst, an den strengere Bedingungen für eine Förderung geknüpft sind. Auch sinkt seit 2006 die Zahl der Arbeitslosen deutlich, so dass Neugründungen, die früher mangels Perspektiven auf einen Arbeitsplatz aus der Arbeitslosigkeit heraus erfolgten, im Jahr 2006 wegfielen.

Unter allen Neuanmeldungen des Jahres 2006 wird jedoch lediglich bei 162 000 eine größere wirtschaftliche Bedeutung vermutet, die wahrscheinlich auch neue Arbeitsplätze schafft.

Zahl der Neugründungen insgesamt gesunken

Die Zahl der Neugründungen von Betrieben sank bundesweit 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 %. In der Mehrzahl der Länder kam es dabei entsprechend dem Bundestrend zu einer Abnahme der Gründungen, am stärksten betroffen war Mecklenburg-Vorpommern mit einem Rückgang von 11,5 %. In Berlin (+4,6 %), Bremen (+3,5 %), Rheinland-Pfalz (+1,8 %) und Schleswig-Holstein (+1,1 %) hingegen wurden mehr Gründungen verzeichnet als 2005.

Insolvenzen

Das Insolvenzgeschehen spiegelt den wechselvollen Verlauf der Wirtschaft in Deutschland wider. Allerdings gelten die Insolvenzzahlen – im Gegensatz zu den Gründungszahlen – nicht als wirtschaftlicher Frühindikator, sondern sie folgen der wirtschaftlichen Entwicklung mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung.

Seit Beginn der 90er Jahre stiegen die Unternehmensinsolvenzen stark an. Die Zusammenbrüche bekannter Unternehmen, die zum Teil mit hohen Arbeitsplatzverlusten einhergingen, fanden in der Öffentlichkeit große Beachtung. Dies drückte sich zeitweise in 2-stelligen Zuwachsraten bei den Insolvenzen aus. Lediglich im Jahr 1999, als die neue Insolvenzordnung und damit in allen Bundesländern das neue Insolvenzrecht Gültigkeit erlangte, wurde der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen kurzzeitig gestoppt. Danach folgte ein kräftiger Anstieg, bis 2003 mit 39 320 Unternehmenszusammenbrüchen ein Höchststand erreicht wurde. Seit dem Jahr 2004 entspannte sich die Situation wieder. Für das Jahr 2006 fiel der Rückgang um 17,6 % besonders stark aus: die Zahl der Insolvenzfälle reduzierte sich auf 30 357.

Erfreuliche Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2006[1)]

In den neuen Ländern (ohne Berlin) gingen 2006 die Unternehmensinsolvenzen um 19,3 % zurück, im Westen waren es –17,1 %. Das Insolvenzgeschehen der Bundesländer untereinander lässt sich mit der so genannten Insolvenzhäufigkeit, also mit der Zahl der Unternehmensinsolvenzen je 10 000 bestehender umsatzsteuerpflichtiger Unternehmen, vergleichen. Dabei zeigt sich ein deutliches Nord-Süd- und Ost-West-Gefälle, wobei die wirtschaftliche Lage von Unternehmen in Baden-Württemberg mit 58 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen am stabilsten ist. Von den neuen Ländern weist Thüringen mit 105 Insolvenzen die niedrigste Insolvenzhäufigkeit auf, das heißt, dass es trotz der relativ günstigeren Entwicklung der Insolvenzzahlen in den neuen Ländern – gemessen am Unternehmensbestand – immer noch erheblich mehr Unternehmenszusammenbrüche gibt als im früheren Bundesgebiet. Zu den relativ meisten Insolvenzen kam es 2006 in Niedersachsen (115) und in Sachsen-Anhalt (170).

Insolvenzrecht

Seit Januar 1999 gilt in Deutschland eine einheitliche Insolvenzordnung. Sie löste die bis dahin im früheren Bundesgebiet gültige Konkurs- und Vergleichsordnung sowie die Gesamtvollstreckungsordnung in den neuen Ländern und Ost-Berlin ab.

Mit Hilfe der Insolvenzordnung kann im Falle einer Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung von natürlichen und juristischen Personen die Vollstreckung in das Vermögen dieser Personen in einem geordneten Verfahren geregelt werden. Ziel eines gerichtlichen Verfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder – in einer abweichenden Regelung – die Erstellung eines Insolvenzplans zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens. Dem privaten Schuldner soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, sich von seinen Verbindlichkeiten zu befreien, d. h. eine sogenannte Restschuldbefreiung zu erlangen. Die Verbraucherinsolvenzen werden im Kapitel „Haushalte“ angesprochen.

1) Aufgrund von Nachmeldungen der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Saarland für das Jahr 2006 sind die Ergebnisse für diese Länder sowie für Deutschland als vorläufig zu betrachten.

11 Wirtschaftsbereiche

Landwirtschaft

Die Ergebnisse der Agrarstatistiken bilden für den Rat und die Kommission der Europäischen Union sowie die nationalen Entscheidungsträger (z. B. das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) eine unverzichtbare Grundlage zur Bewertung der Agrarpolitik. Für die Gemeinsame Agrarpolitik stellte die Europäische Union 2007 knapp die Hälfte des gesamten Budgets, etwa 55 Mrd. Euro, zur Verfügung. Die Ergebnisse der Agrarstatistiken erlauben Rückschlüsse auf die strukturellen und sozialen Anpassungen in der Landwirtschaft. Zudem liefern sie Entscheidungshilfen für Maßnahmen der Markt- und Preispolitik. Statistische Daten ermöglichen überdies eine Abschätzung künftiger Entwicklungen in der Landwirtschaft und der damit verbundenen Agrarausgaben.

Bayern und Baden-Württemberg in der Landwirtschaft vorne

In Deutschland gab es im Mai 2005 knapp 400 000 landwirtschaftliche Betriebe, die etwa 17 Mill. Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschafteten. Die Fläche umfasst Ackerland, Wiesen und Weiden, so genanntes Dauergrünland sowie Dauerkulturen.

Mehr als 9 von 10 Betrieben lagen im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin). Allein in Bayern wirtschafteten rund 130 000 Betriebe, gefolgt von Baden-Württemberg mit rund 61 000 Betrieben. Zusammen liegt damit knapp die Hälfte (48 %) aller deutschen Landwirtschaftsbetriebe in Süddeutschland. An dritter Stelle steht Niedersachsen (53 000 Betriebe), knapp dahinter liegt Nordrhein-Westfalen, wo 51 000 Betriebe wirtschaften. Entsprechend wird in den genannten vier Flächenländern auch mehr als die Hälfte (rd. 50 %) der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaftet Bayern und Niedersachsen verfügen mit über 3,2 bzw. 2,6 Mill. Hektar über die zwei größten Anteile an der in Deutschland landwirtschaftlich genutzten Fläche. Ganz anders sieht es in den Stadtstaaten und dem Saarland aus. Deren Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche beträgt lediglich 0,6 %.

Tab. 11.1: Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Deutschland 2005
in ha

Bayern	3 248 227
Niedersachsen	2 634 501
Nordrhein-Westfalen	1 511 861
Baden-Württemberg	1 446 464
Mecklenburg-Vorpommern	1 358 119
Brandenburg	1 336 335
Sachsen-Anhalt	1 174 257
Schleswig-Holstein	1 007 366
Sachsen	913 120
Thüringen	799 422
Hessen	771 810
Rheinland-Pfalz	718 883
Saarland	78 628
Stadtstaaten	24 966
Deutschland	**17 023 959**

Betriebe in den neuen Ländern durchschnittlich sechsmal so groß wie im Westen

Die unterschiedliche historische Entwicklung der Landwirtschaft in den Bundesländern führte zu deutlichen Unterschieden in der Betriebsstruktur, die insbesondere an den Betriebsgrößen deutlich wird. Insgesamt gibt es in den neuen Ländern im Vergleich zum früheren Bundesgebiet wesentlich weniger landwirtschaftliche Betriebe, die jedoch über größere Flächen verfügen. So bearbeiten beispielsweise 5 000 Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 1,4 Mill. Hektar. In Brandenburg kommen 7 000 Betriebe auf eine Fläche von 1,3 Mill. Hektar.

Betriebsstruktur

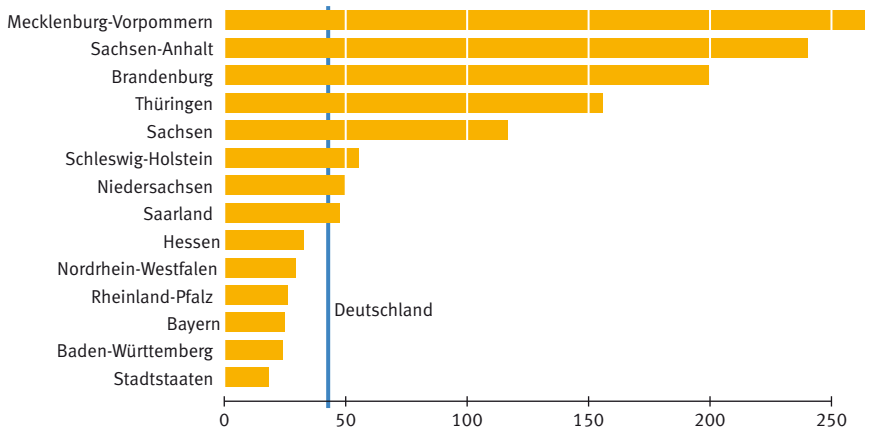
Landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland unterscheiden sich erheblich in ihren Betriebsformen und Betriebsgrößen, in den natürlichen Produktionsbedingungen und in der Intensität der Produktion. Der Boden ist die Grundlage der pflanzlichen Produktion, er ist zusammen mit der Zahl der Betriebe ein wesentliches Merkmal der Betriebsstruktur.

Die Betriebsstruktur stellt keine feste Größe dar, sondern unterliegt aufgrund wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen einem kontinuierlichen Wandel. Auf der wirtschaftlichen Seite beeinflussen die Rationalisierungserfolge durch den Einsatz von produktiveren Maschinen, verbesserten Produktionsverfahren und Betriebsmitteln sowie züchterischem Fortschritt die Agrarstruktur. Die politischen Rahmenbedingungen werden im Wesentlichen von der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union bestimmt.

Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug in den neuen Ländern im Jahr 2005 rund 188 Hektar, wobei in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die Flächenausstattung mit durchschnittlich 264 und 240 Hektar je Betrieb am höchsten war.

Eine völlig andere Größenstruktur haben die alten Bundesländer mit durchschnittlich rund 31 Hektar je landwirtschaftlichem Betrieb. Auch hier gibt es zwischen den Bundesländern Unterschiede: Im Süden herrschten 2005 flächenmäßig kleine und mittlere Betriebe vor. In Baden-Württemberg kam ein Betrieb durchschnittlich auf 24 Hektar, in Bayern auf 25 Hektar und in Rheinland-Pfalz auf 26 Hektar. Im Norden gab es mit durchschnittlich 55 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in

Abb. 11.1: Durchschnittliche Betriebsgröße landwirtschaftlicher Betriebe 2005
Landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb in ha



Schleswig-Holstein und 50 Hektar in Niedersachsen dagegen relativ viele größere landwirtschaftliche Betriebe.

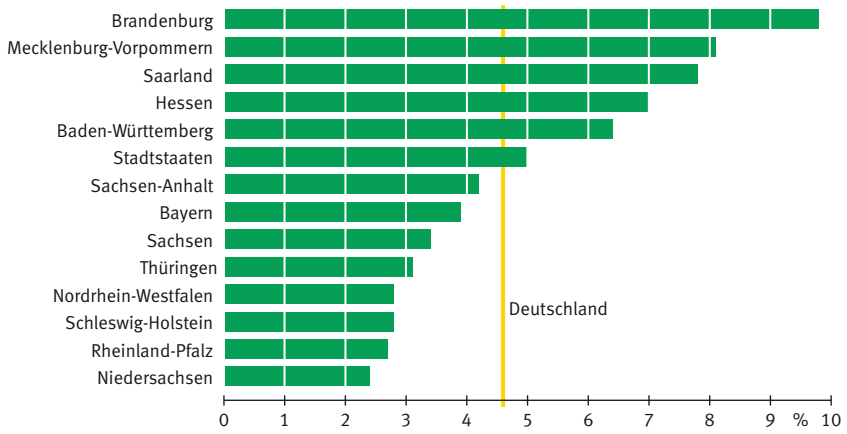
Jeder 33. Betrieb in Deutschland wirtschaftet ökologisch

Ökologischer Landbau ist besonders auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Er erhält und schont die natürlichen Ressourcen in besonderem Maße und hat vielfältige positive Auswirkungen auf Natur und Umwelt. Zu den Anbauregeln gehört unter anderem der Verzicht auf leichtlösliche mineralische Düngemittel und synthetische Pflanzenschutzmittel, sowie auf genetisch veränderte Organismen. Im Jahr 2005 wirtschafteten in Deutschland rund 14 000 Betriebe mit ökologischem Landbau. Das waren 3,4 % der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt. Mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von rund 782 000 Hektar verfügten sie damit über einen Anteil von 4,6 % der Fläche aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Öko-Landbau

Eine ökologische Bewirtschaftung liegt dann vor, wenn der Betrieb sich dem Kontrollverfahren nach der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 zum ökologischen Landbau oder nachfolgender Rechtsverordnungen unterwirft und nach deren Grundsätzen pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse produziert. Der Betrieb unterliegt dann einem obligatorischen Kontrollverfahren durch eine staatlich zugelassene Kontrollstelle.

Abb. 11.2: Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an landwirtschaftlich genutzter Fläche eine Landes insgesamt 2005



Mehr als die Hälfte (rd. 50 %) aller Öko-Betriebe wirtschafteten 2005 in Bayern und Baden-Württemberg. Absolut gesehen war die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Brandenburg (131 000 Hektar), Bayern (128 000 Hektar) und Mecklenburg-Vorpommern (110 000 Hektar) am größten. Regionale Schwerpunkte des ökologischen Landbaus in Deutschland lagen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hessen: Mit 11,9 % (Mecklenburg-Vorpommern), 8,7 % (Brandenburg) und 5,7 % (Hessen) wiesen diese drei Länder im Bundesvergleich überdurchschnittlich hohe Anteile an Öko-Betrieben unter allen Landwirtschaftsbetrieben auf. Gleiches gilt für die ökologisch genutzte Fläche der Betriebe in diesen Ländern. Sie betrug 9,8 % in Brandenburg, 8,1 % in Mecklenburg-Vorpommern und 7,0 % in Hessen. Auch im Saarland werden 7,8 % und damit ein im Bundesvergleich überdurchschnittlicher Anteil der Fläche ökologisch genutzt. In den für die Landwirtschaft Deutschlands bedeutsamen Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz waren die Öko-Anteile sowohl an den Betrieben als auch an der Fläche am geringsten.

Tab. 11.2: Landwirtschaftlich und ökologisch wirtschaftende Betriebe 2005

	Landwirtschaftliche Betriebe	Ökologisch wirtschaftende Betriebe	
	insgesamt	insgesamt	in %
Mecklenburg-Vorpommern	5 151	611	*11,9*
Brandenburg	6 668	581	*8,7*
Hessen	23 648	1 340	*5,7*
Sachsen-Anhalt	4 887	254	*5,2*
Baden-Württemberg	60 617	2 988	*4,9*
Saarland	1 659	76	*4,6*
Thüringen	5 124	187	*3,6*
Sachsen	7 820	266	*3,4*
Bayern	129 747	4 171	*3,2*
Nordrhein-Westfalen	51 161	1 091	*2,1*
Schleswig-Holstein	18 244	380	*2,1*
Niedersachsen	53 146	1 083	*2,0*
Rheinland-Pfalz	27 347	500	*1,8*
Stadtstaaten	1 362	35	*2,6*
Deutschland	**396 581**	**13 563**	***3,4***

Größtes Weinanbaugebiet in Rheinland-Pfalz, Obstanlagen größtenteils in Baden-Württemberg

Auf lediglich 1 % (198 000 Hektar) aller landwirtschaftlichen Flächem (17 Mill. Hektar) in Deutschland standen Dauerkulturen, zu denen Rebland (97 000 Hektar), Obstanlagen (66 000 Hektar), Baumschulen (21 000 Hektar) und Weihnachtsbaumkulturen (15 000 Hektar) gehören. Dauerkulturen weisen zwar im Vergleich zur gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nur eine geringe Anbaufläche auf, sind aber regional von großer Bedeutung: In Rheinland-Pfalz befanden sich rund zwei Drittel (63 000 Hektar) des bundesdeutschen Reblandes, und ein Drittel (21 000 Hektar) aller Obstanlagen wurden in Baden-Württemberg bewirtschaftet. Baumschulen nahmen sowohl in Niedersachsen (5 000 Hektar oder 22 % der gesamten Anbaufläche) als auch in Schleswig-Holstein (4 000 Hektar oder 20 % der gesamten Anbaufläche) die größte Fläche ein. Weihnachtsbaumkulturen wurden im Bundesvergleich vor allem in Nordrhein-Westfalen (4 000 Hektar oder 27 % der gesamten Anbaufläche) kultiviert.

Der größte Anteil an landwirtschaftlicher Fläche in Deutschland insgesamt entfiel mit 11,9 Mill. Hektar auf Ackerland (70 %) und Wiesen und Weiden, so genanntem Dauergrünland mit 4,9 Mill. Hektar (29 %).

Bayern und Niedersachsen produzieren ein Drittel der deutschen Getreideernte

Getreide nimmt als eine der wichtigsten Nahrungsgrundlagen für Mensch und Tier den größten Teil des Ackerlandes ein. Im Jahr 2007 wurden 6,2 Mill. Hektar Getreide (Weizen, Gerste, Roggen, Hafer) angebaut. Hohe Getreideerträge gewinnen vor dem Hintergrund des Klimawandels sowie der Diskussion über Nahrungsmittel- und Energiepflanzenerzeugung zusätzlich an Bedeutung. So liegen für die landwirtschaftlichen Betriebe neue Betätigungsfelder in der Erzeugung von erneuerbaren Energien aus Getreide. Im Jahr 2007 wurden jedoch – nach vorläufigem Ergebnis – lediglich 37,2 Mill. t Getreide geerntet. Die Erntemenge lag damit um 11 % unter dem langjährigen Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2006 (41,8 Mill. t). Verursacht wurde diese geringe Erntemenge vor allem durch die ausgeprägte Frühjahrstrockenheit und anhaltende Niederschläge während der Ernte. Bayern und Niedersachsen steuerten zusammen mit 6,8 Mill. t bzw. 5,2 Mill. t knapp ein Drittel zur deutschen Gesamternte 2007 bei. Zusammen mit Nordrhein-Westfalen (3,5 Mill. t) und Sachsen-Anhalt (3,3 Mill. t) erwirtschafteten diese vier Länder mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Getreideerzeugung.

Tab. 11.3: Ernteerträge[1)]

	Silomais		Getreide		Raps	
	2006	im Mittel 2000 – 2005	2007	im Mittel 2001 – 2006	2007	im Mittel 2001 – 2006
	in 1 000 t					
Bayern	15 216	14 631	6 775	6 559	686	518
Niedersachsen	12 019	10 525	5 217	6 563	478	362
Nordrhein-Westfalen	5 643	6 217	3 512	4 264	268	201
Schleswig-Holstein	3 635	3 229	2 147	2 682	472	412
Baden-Württemberg	3 606	3 281	2 966	2 975	307	236
Meckl.-Vorpommern	2 696	2 511	3 078	3 995	873	877
Brandenburg	2 504	3 114	2 124	2 582	396	356
Sachsen	2 190	2 362	2 364	2 380	451	407
Sachsen-Anhalt	1 796	2 017	3 291	3 763	571	483
Thüringen	1 528	1 650	2 316	2 443	410	385
Hessen	1 288	1 193	1 915	2 056	232	193
Rheinland-Pfalz	859	763	1 308	1 398	144	110
Saarland	104	127	118	131	13	9
Stadtstaaten	.	.	.	.	.	.
Deutschland	**53 112**	**51 652**	**37 156**	**41 819**	**5 305**	**4 551**

1) Gerundete Werte.

Biodiesel auf dem Vormarsch: Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Sachsen-Anhalt erzielen rund 40 % der Rapsernte in Deutschland

Die Produktion von Biodiesel aus Raps (Raps-Methyl-Ester) ist eines der Schlagworte in der Diskussion um erneuerbare Energien. Aus Raps werden aber vor allem Öle und Fette für die menschliche Ernährung sowie Schrot und Presskuchen für die Tierfütterung gewonnen. Mit einer Anbaufläche von 1,5 Mill. Hektar nimmt der Raps (einschl. Rübsen) in Deutschland inzwischen eine bedeutende Stellung unter den Ackerkulturen ein und ist hierzulande die wichtigste Ölpflanze. Im Jahr 2007 wurden 5,3 Mill. t Raps nach dem vorläufigen Ergebnis erzeugt. Das waren fast 17 % mehr als im langjährigen Mittel 2001 bis 2006. In der Europäischen Union ist Deutschland der größte Rapserzeuger unter den 27 Mitgliedstaaten.

Schwerpunkte des Rapsanbaus in Deutschland befanden sich 2007 in Mecklenburg-Vorpommern (873 200 t), Bayern (685 500 t) und Sachsen-Anhalt (571 200 t). In diesen drei Ländern wurde 40 % der bundesdeutschen Rapsernte insgesamt erzielt. Für den Rapsanbau wichtige Regionen sind aber auch in anderen Ländern, vor allem in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen zu finden.

Bayern und Niedersachsen erwirtschaften rund die Hälfte des bundesdeutschen Silomaises

Traditionell wird Silomais als wichtiges Futtermittel für Rinder eingesetzt. Neuerdings kommt auch für Silomais die Nutzung als Energiepflanze zur Biogaserzeugung hinzu. Silomais wurde in Deutschland im Jahr 2006 auf rund 1,3 Millionen Hektar Anbaufläche angebaut. Mit Abstand führend im Maisanbau waren Bayern mit einer Erntemenge von 15,2 Mill. t und Niedersachsen mit 12,0 Mill. t im Jahr 2006. In diesen Ländern wurde über die Hälfte der gesamten deutschen Silomaisernte erzielt. Einen großen Anteil an der Gesamternte 2006 hatten zudem Nordrhein-Westfalen (5,6 Mill. t), Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein (jeweils 3,6 Mill. t). Diese drei Länder steuerten fast ein weiteres Viertel zum Gesamtertrag 2006 bei.

Landwirtschaft im Westen „Familiensache“, im Osten häufig ein Full-time job

In der Landwirtschaft waren im Jahr 2005 rund 1,3 Mill. Arbeitskräfte beschäftigt. Zu den Beschäftigten zählen sowohl Familienarbeitskräfte als auch familienfremde Arbeitskräfte einschließlich Saisonarbeitskräfte.

Bedingt durch die große Zahl der Betriebe waren in Süddeutschland mit 42 % auch die meisten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte beschäftigt. In Bayern waren rund 332 000 Personen und in Baden-Württemberg über 208 000 Personen in der Landwirtschaft tätig. Danach folgten mit zusammen 26 % aller Beschäftigten die Flächenländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Aufgrund der unterschiedlichen Betriebsstruktur weisen die Betriebe in den neuen Ländern auch eine vergleichsweise geringe Anzahl an Beschäftigten auf. So arbeiteten 2005 zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen jeweils weniger als 30 000 Personen in Landwirtschaftsbetrieben.

Hervorzuheben ist jedoch, dass sich der Umfang der Beschäftigung in den neuen Ländern deutlich von dem des früheren Bundesgebietes unterscheidet: So war in

den ostdeutschen Ländern beinahe die Hälfte (47 %) der tätigen Personen in der Landwirtschaft vollbeschäftigt, wohingegen im früheren Bundesgebiet lediglich 23 % der Personen einer Vollbeschäftigung nachgingen. Zugleich wurden in den neuen Bundesländern vorwiegend familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt. 126 000 Personen oder 76 % aller Beschäftigten in den neuen Ländern zählten hierzu. Im früheren Bundesgebiet dagegen überwogen Familienarbeitskräfte. 744 000 Personen oder 67 % der Beschäftigten im früheren Bundesgebiet waren Familienarbeitskräfte.

Tab. 11.4: Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben 2005

Bayern	332 300
Baden-Württemberg	208 300
Niedersachsen	176 000
Nordrhein-Westfalen	156 900
Rheinland-Pfalz	108 300
Hessen	68 500
Schleswig-Holstein	52 100
Sachsen	41 900
Brandenburg	39 700
Mecklenburg-Vorpommern	28 700
Sachsen-Anhalt	27 700
Thüringen	27 200
Saarland	4 500
Stadtstaaten	4 400
Deutschland	**1 276 400**

Jedes vierte Rind steht in einem bayerischen Stall

In Deutschland haben insbesondere Rinder und Schweine eine wichtige Stellung in der Nutztierhaltung. Unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist Deutschland der größte Erzeuger von Milch und Schweinefleisch und auf Platz zwei bei der Erzeugung von Rindfleisch. Die übrigen Nutztierarten wie Schafe, Pferde und Ziegen haben in Deutschland eine vergleichsweise geringere ökonomische Bedeutung.

Tab. 11.5: Viehbestand 2007 [1)]
in 1 000

	Schweine	Rinder
Niedersachsen	8 203	2 497
Nordrhein-Westfalen	6 446	1 348
Bayern	3 698	3 481
Baden-Württemberg	2 231	1 019
Schleswig-Holstein	1 482	1 144
Sachsen-Anhalt	1 000	337
Brandenburg	810	568
Hessen	780	473
Thüringen	763	342
Meckl.-Vorpommern	740	541
Sachsen	615	483
Rheinland-Pfalz	318	385
Saarland	15	53
Stadtstaaten	1	18
Deutschland	**27 103**	**12 689**

1) 3. Mai 2007 (vorläufiges Ergebnis).

Im Mai 2007 wurden – nach vorläufigen Ergebnissen – 12,7 Mill. Rinder, 27,1 Mill. Schweine und 2,4 Mill. Schafe gehalten. Die Viehhaltung konzentriert sich im Wesentlichen auf das frühere Bundesgebiet: 82 % der Rinder, 86 % der Schweine und 72 % der Schafe standen in westdeutschen Betrieben.

Rund ein Viertel (27 %) aller gehaltenen Rinder stehen in bayerischen, ein weiteres Fünftel (20 %) in niedersächsischen Ställen. In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg wurden zusammen weitere 28 % aller Rinder in Deutschland gehalten.

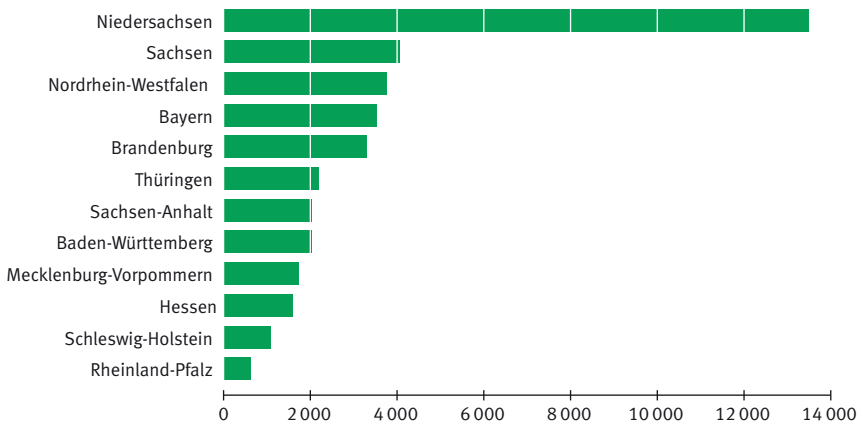
Rinder werden in Deutschland vor allem für die Milchviehwirtschaft gehalten, demgegenüber spielt die Mutterkuhhaltung eine geringere Rolle. Auch Milchkühe werden überwiegend in Bayern (1,2 Mill.) und Niedersachsen (0,7 Mill.) gehalten.

Die Schweinehaltung ist vor allem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Zweig der Veredlungswirtschaft: Die meisten Schweine standen im Mai 2007 in Niedersachsen (30 %) und in Nordrhein-Westfalen (24 %). In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Schweine um über 5 % oder 321 000 Tiere gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser relativ starke Anstieg ist unter anderem eine Kompensation des durch die Schweinepest im Frühjahr 2006 reduzierten Schweinebestandes.

Niedersachsen ist Zentrum der Hennenhaltung

Am 1. Dezember 2006 verfügten rund 1 300 Betriebe über 39,6 Mill. Hennenhaltungsplätze, in denen 32,5 Mill. Hennen gehalten wurden. Niedersachsen ist dabei das Zentrum der Hennenhaltung. Rund ein Drittel aller Stallplätze lagen in niedersächsischen Hennenhaltungsbetrieben. Sachsen und Nordrhein-Westfalen folgen mit einem weiteren Anteil von zusammen 20 %.

Abb. 11.3: Anzahl der Hennenhaltungsplätze [1)] in Deutschland 2006 – in Tausend



1) In Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; Stichtag: 1. Dezember 2006.

Produzierendes Gewerbe

In fast allen ostdeutschen Bundesländern nehmen Beschäftigung und Umsatz zu

Im Jahr 2006 gab es in Deutschland im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe insgesamt 46 439 Betriebe von Unternehmen, in denen im Allgemeinen 20 und mehr Personen beschäftigt waren. Das waren 1,8 % weniger als noch im Vorjahr. Die meisten Betriebe waren in Nordrhein-Westfalen (22 %) und Baden-Württemberg (18 %) ansässig. Der stärkste Rückgang der Betriebe, verglichen mit 2006, war in Rheinland-Pfalz (–3,4 %) und Thüringen (–3,1 %) zu verzeichnen. Am stärksten zugelegt bei der Zahl der Betriebe hat 2006 der Stadtstaat Hamburg (+2,2 %).

Die meisten Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe gab es 2006 in den bevölkerungsstarken Bundesländern Nordrhein-Westfalen (1,3 Mill.), Baden-Württemberg und Bayern (jeweils rund 1,2 Mill.). Verglichen mit dem Vorjahr verringerte sich in diesem Wirtschaftsbereich die Zahl der Beschäftigten 2006 insgesamt in Deutschland um 0,6 %.

Im Verarbeitenden Gewerbe konnte in Deutschland 2006 insgesamt ein deutliches nominelles Umsatzplus (6,7 % zum Vorjahr) verbucht werden. Die stärksten Zuwachsraten entfielen hierbei auf Sachsen (14,2 %) und Sachsen-Anhalt (16,1 %). Einen Umsatzrückgang gab es hingegen in Bremen (–4,4 %).

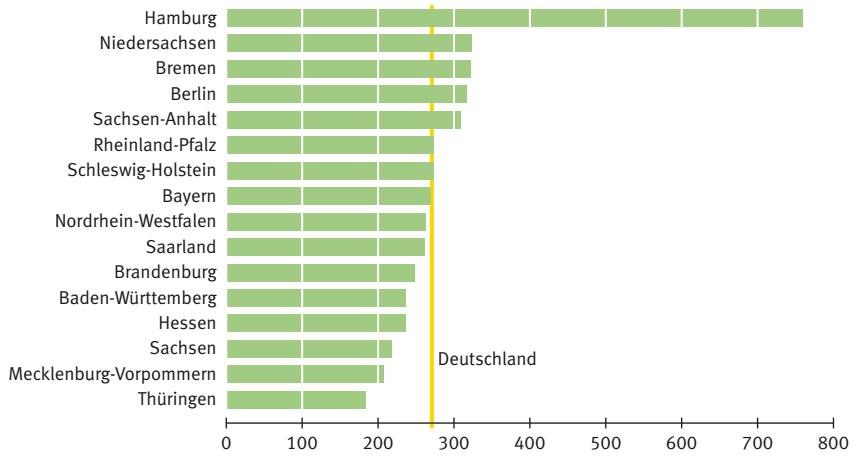
Setzt man den Umsatz ins Verhältnis zu den Beschäftigten erhält man die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten). Die mit Abstand höchste Produktivität im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes hatte Hamburg mit 760 000 Euro je Beschäftigten.

Tab. 11.6: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2006[1)]

	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	Veränderung Vorjahr
	Anzahl	Anzahl	1 000 EUR	in %
Sachsen-Anhalt	1 373	112 899	34 427 448	*16,1*
Sachsen	2 896	234 084	50 966 092	*14,2*
Mecklenburg-Vorpommern	716	52 419	10 828 821	*12,5*
Hamburg	518	95 427	72 514 623	*11,1*
Brandenburg	1 068	85 399	20 699 764	*10,5*
Thüringen	1 834	147 323	27 035 239	*9,7*
Baden-Württemberg	8 523	1 196 779	283 988 016	*8,4*
Niedersachsen	3 820	511 349	169 923 129	*7,9*
Bayern	7 488	1 155 240	312 303 824	*7,6*
Schleswig-Holstein	1 308	125 327	34 189 937	*6,6*
Rheinland-Pfalz	2 040	270 453	73 921 752	*6,4*
Hessen	3 018	403 937	95 391 137	*6,0*
Saarland	482	95 851	23 693 071	*4,3*
Nordrhein-Westfalen	10 210	1 253 547	329 702 841	*2,2*
Berlin	806	97 640	30 981 424	*1,9*
Bremen	339	55 753	17 979 006	*– 4,4*
Deutschland	**46 439**	**5 893 427**	**1 588 546 124**	***6,7***

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Abb. 11.4: Produktivität (Umsatz in Euro je Beschäftigten) im Verarbeitenden Gewerbe 2006[1)]



1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Produzierendes Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe umfasst in der Abgrenzung der amtlichen Statistik die Industrie und das produzierende Handwerk. Statistisch erfasst werden im Allgemeinen nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Innerhalb des Produzierenden Gewerbes lassen sich die Teilbereiche „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe", „Energie- und Wasserversorgung" sowie das „Baugewerbe" unterscheiden.
Das **Verarbeitende Gewerbe** sowie der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden (nachfolgend verkürzt „Verarbeitendes Gewerbe") ist innerhalb des Produzierenden Gewerbes der bedeutendste Bereich: Er lässt sich nach der Art der hergestellten Güter weiter untergliedern in die Bereiche „Vorleistungsgüter" (z. B. Metallerzeugung), „Investitionsgüter" (z. B. Maschinenbau) sowie „Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten" (z. B. Möbelherstellung oder Ernährungsgewerbe).
Beim **Baugewerbe** wird zwischen dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe unterschieden. Zum Bauhauptgewerbe zählen der Hoch- und Tiefbau sowie die vorbereitenden Baustellenarbeiten, während unter das Ausbaugewerbe weiterführende Tätigkeiten bis hin zur Fertigstellung der Bauten zur Gebrauchsfähigkeit fallen.

Betrieb

Ein **Unternehmen** wird in der amtlichen Statistik – wie bereits im Kapitel zu den Unternehmen erklärt – als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolges der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss. Das Unternehmen kann aus einem oder mehreren Betrieben bestehen.
Ein **Betrieb** ist eine örtlich getrennte Niederlassung des Unternehmens, einschließlich der zugehörigen oder in der Nähe liegenden Verwaltungs- und Hilfsbetriebe. Die Betriebe eines Unternehmens können in einem oder auch in unterschiedlichen Bundesländern liegen.

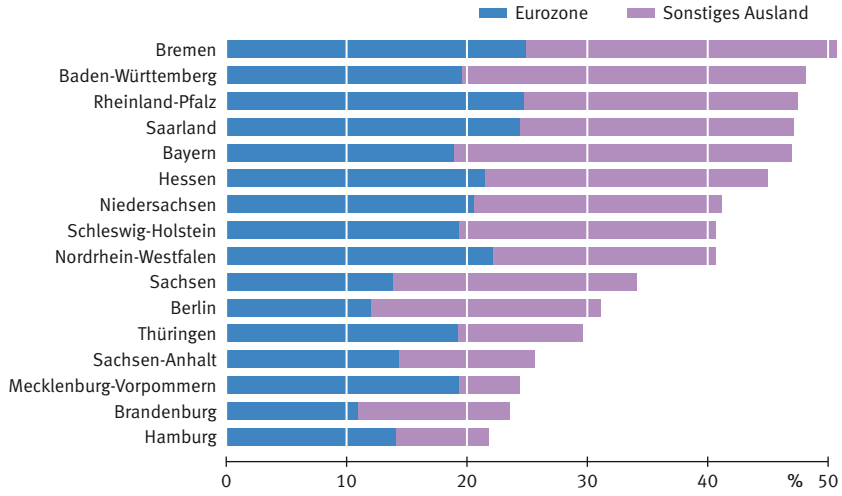
Höchste Exportquote in Bremen

Untergliedert man den Umsatz nach seiner Absatzrichtung in Inlands- und Auslandsumsatz, so lässt sich die Exportquote errechnen. Die Exportquote der deutschen Industrie insgesamt lag im Jahr 2006 bei 41,9 %. Der Stadtstaat Bremen hatte von allen Bundesländern die höchste Exportquote (50,7 %). Hier sind vor allem wichtige exportabhängige Wirtschaftszweige (Luft- und Raumfahrzeugbau, Schiffbau) ansässig. Ebenfalls überdurchschnittliche Exportquoten hatten Baden-Württemberg (48,1 %), Rheinland-Pfalz (47,4 %) und das Saarland (47,1 %).

Umsatz mit Eurozone wichtig für Hamburg und Thüringen

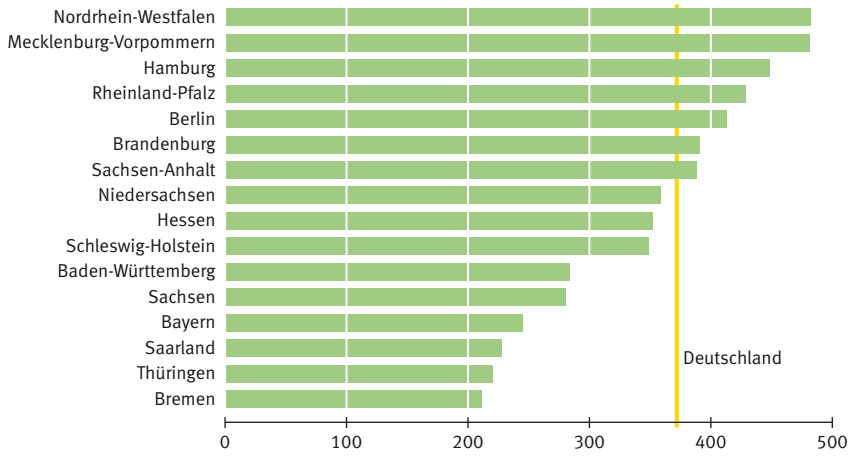
Seit Einführung des Euro ist auch interessant, ob der Auslandsumsatz im Handel mit den Ländern der Eurozone oder mit dem sonstigen Ausland erzielt wurde. Deutschlandweit wurden 47 % des Auslandumsatzes 2006 im Handel mit den Ländern der Eurozone verbucht. Innerhalb der Bundesländer lag der Anteil im Handel mit der Eurozone am Auslandsumsatz in den Ländern Hamburg und Thüringen mit fast 65 % sehr hoch, in Mecklenburg-Vorpommern lag der Eurozonenumsatz sogar bei fast 80 %. Dagegen hat Berlin fast 62 % seines Auslandsumsatzes im Handel mit dem sonstigen Ausland erzielt.

Abb. 11.5: Exportquote und Anteile des Auslandsumsatzes nach Eurozone und sonstigem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe 2006[1)]



1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Abb. 11.6: Produktivität (Umsatz in Euro je Beschäftigten) in der Chemischen Industrie 2006[1)]



1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Chemische Industrie insbesondere in Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung

Die meisten Betriebe der Chemischen Industrie gab es 2006 in Nordrhein-Westfalen. Bezogen auf das Bundesgebiet insgesamt betrug der Anteil rund 25 %. Etwa 25 % aller Beschäftigten der Chemischen Industrie hatten ihren Arbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen. Sie erwirtschafteten fast ein Drittel (32,5 %) des gesamten Umsatzes in dieser Branche in Deutschland. Darüber hinaus waren viele Betriebe der Chemischen Industrie in Baden-Württemberg und Bayern ansässig (jeweils ca. 14 %).

Tab. 11.7: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz in der Chemischen Industrie 2006[1)]
Anteil an Deutschland insgesamt in %

	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
Nordrhein-Westf.	24,9	25,1	32,5
Rheinland-Pfalz	4,9	12,4	14,3
Hessen	9,9	13,2	12,5
Baden-Württemberg	13,5	13,2	10,1
Bayern	14,0	13,9	9,1
Niedersachsen	9,2	6,3	6,1
Sachsen-Anhalt	5,4	3,3	3,4
Berlin	2,3	2,7	3,0
Schleswig-Holstein	3,5	3,1	2,9
Hamburg	2,3	1,6	2,0
Sachsen	4,3	2,3	1,7
Brandenburg	1,6	1,1	1,2
Thüringen	2,3	1,2	0,7
Meckl.-Vorpommern	0,6	0,3	0,4
Bremen	0,6	0,2	0,1
Saarland	0,6	0,2	0,1
Deutschland	**100**	**100**	**100**

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Baden-Württemberg führend im Maschinenbau

In diesem wichtigen Wirtschaftsbereich der Investitionsgüterindustrie wurden über 70 % des Umsatzes in den Bundesländern Baden-Württemberg (29,0 %), Nordrhein-Westfalen (22,3 %) und Bayern (22,0 %) erzielt. Allerdings hat hier Baden-Württemberg und nicht Nordrhein-Westfalen den höchsten Anteil hinsichtlich der Zahl der Betriebe, der Beschäftigen und des Umsatzes.

Tab. 11.8: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Maschinenbau 2006[1)]
Anteil an Deutschland insgesamt in %

	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
Baden-Württemberg	23,7	28,2	29,0
Nordrhein-Westf.	23,2	21,8	22,3
Bayern	13,7	20,6	22,0
Hessen	6,9	5,9	5,6
Niedersachsen	6,7	5,4	5,0
Rheinland-Pfalz	4,2	3,5	3,5
Sachsen	6,1	3,7	3,1
Schleswig-Holstein	2,6	2,3	2,5
Hamburg	1,3	1,4	1,6
Berlin	1,4	1,1	1,2
Saarland	1,1	1,3	1,1
Thüringen	3,1	1,6	1,0
Sachsen-Anhalt	2,6	1,3	0,9
Bremen	0,9	0,8	0,8
Brandenburg	1,5	0,7	0,4
Meckl.-Vorpommern	1,0	0,4	0,3
Deutschland	**100**	**100**	**100**

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Medizin-, Mess-, Steuertechnik, Optik, Herstellung von Uhren: Umsatzstarke Betriebe in Hessen

Auch in dieser Branche dominieren die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen, was die Zahl der Betriebe und die der Beschäftigten betrifft. Betrachtet man jedoch den Umsatz, dann liegt Hessen, in dem nur 7,7 % der Betriebe dieser Branche ansässig sind, mit einem Anteil von 11,1 % hinter Baden-Württemberg (28,6 %) und Bayern (25,7 %) an dritter Stelle der Rangliste.

Tab. 11.9: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz in der Medizin-, Mess-, Steuertechnik, Optik, Herstellung von Uhren 2006[1)]
Anteil an Deutschland insgesamt in %

	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz
Baden-Württemberg	22,3	28,5	28,6
Bayern	14,6	20,0	25,7
Hessen	7,7	11,5	11,1
Nordrhein-Westf.	16,8	11,5	8,5
Schleswig-Holstein	4,1	4,4	5,8
Niedersachsen	7,3	5,3	4,1
Berlin	3,8	3,3	3,3
Thüringen	4,8	3,8	3,2
Hamburg	1,9	2,2	2,9
Sachsen	5,5	2,7	1,7
Saarland	0,9	1,4	1,6
Rheinland-Pfalz	3,4	2,3	1,5
Brandenburg	2,4	1,2	0,8
Bremen	0,8	0,5	0,6
Sachsen-Anhalt	2,3	1,0	0,5
Meckl.-Vorpommern	1,4	0,6	0,3
Deutschland	**100**	**100**	**100**

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Im Baugewerbe …

Beim Baugewerbe wird zwischen dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe unterschieden. Zum Bauhauptgewerbe zählen der Hoch- und Tiefbau sowie die vorbereitenden Baustellenarbeiten, während unter das Ausbaugewerbe weiterführende Tätigkeiten bis hin zur Fertigstellung der Bauten zur Gebrauchsfähigkeit fallen.

… führt Bayern die Rangliste an

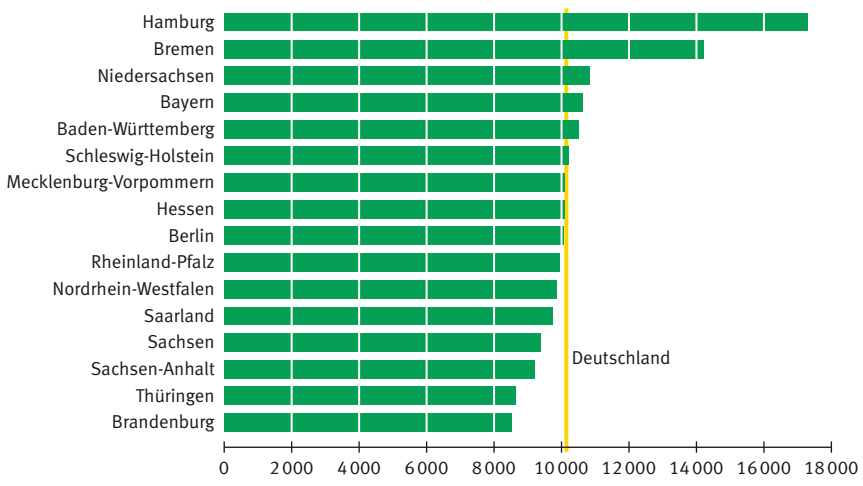
Ende Juni 2006 gab es in Deutschland 76 034 Betriebe, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit im Baugewerbe ausübten. Dabei waren die meisten Betriebe in Bayern (19,6 %) und Nordrhein-Westfalen (14,3 %) angesiedelt. Von den rund 729 000 Beschäftigten im deutschen Baugewerbe waren mehr als die Hälfte in den vier Ländern Bayern (18,4 %), Nordrhein-Westfalen (16,1 %), Baden-Württemberg (11,8 %) und Niedersachsen (10,1 %) tätig. In diesen Ländern wurden auch rund 58 % des gesamten Umsatzes dieser Branche erwirtschaftet.

Tab. 11.10: Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Baugewerbe

	Ende Juni 2006				Jahr 2005	
	Betriebe	Anteil	Beschäftigte	Anteil	Gesamtumsatz	Anteil
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Mill. EUR	in %
Bayern	14 880	*19,6*	134 257	*18,4*	14 268	*18,7*
Nordrhein-Westfalen	10 897	*14,3*	117 415	*16,1*	12 885	*16,9*
Baden-Württemberg	7 072	*9,3*	85 672	*11,8*	9 169	*12,0*
Sachsen	6 448	*8,5*	58 051	*8,0*	5 427	*7,1*
Niedersachsen	6 286	*8,3*	73 768	*10,1*	7 906	*10,4*
Hessen	5 768	*7,6*	47 128	*6,5*	5 082	*6,7*
Brandenburg	4 694	*6,2*	34 743	*4,8*	3 037	*4,0*
Rheinland-Pfalz	3 843	*5,1*	36 751	*5,0*	3 927	*5,1*
Berlin	3 578	*4,7*	18 170	*2,5*	2 294	*3,0*
Thüringen	3 575	*4,7*	30 590	*4,2*	2 659	*3,5*
Sachsen-Anhalt	3 002	*3,9*	31 248	*4,3*	2 922	*3,8*
Schleswig-Holstein	2 557	*3,4*	21 470	*2,9*	2 085	*2,7*
Mecklenburg-Vorpommern	1 685	*2,2*	18 213	*2,5*	1 724	*2,3*
Hamburg	814	*1,1*	8 521	*1,2*	1 455	*1,9*
Saarland	722	*0,9*	9 130	*1,3*	931	*1,2*
Bremen	213	*0,3*	3 935	*0,5*	562	*0,7*
Deutschland	**76 034**	***100***	**729 062**	***100***	**76 331**	***100***

Ergebnisse der jährlichen Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe

Abb. 11.7: Produktivität (Umsatz in Euro je Beschäftigten) im Baugewerbe 2006



Handel und Gastgewerbe

Handel in Deutschland erwirtschaftet rund 10 % des Bruttoinlandsprodukts

Der Handel nimmt eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Produktion und Verbraucher ein und liefert einen Beitrag von rund 10 % zum Bruttoinlandsprodukt. Die monatliche Umsatzentwicklung im Handel stellt somit einen wichtigen Indikator zur Beurteilung der konjunkturellen Wirtschaftsentwicklung dar, wobei dem Umsatz im Einzelhandel wegen des Absatzes von Gütern und Dienstleistungen an Privatpersonen eine besondere Bedeutung zukommt: Die monatlichen Einzelhandelsumsätze bilden in weiten Teilen die Entwicklung der Binnennachfrage ab.

Ergebnisse über die Umsatzentwicklung im Großhandel werden zwar auch in der Gliederung nach Bundesländern bereitgestellt. Allerdings stellen diese Länderergebnisse nur zum Teil die vor Ort getätigten Umsätze dar, denn Großhändler erzielen im Allgemeinen auch Umsätze durch den Export von Waren. Der Großhandel hat daher Distributionswege aufgebaut, die es ihm ermöglichen, den Einzelhandel oder die Produktionsbetriebe unabhängig von ihren Standorten zu beliefern. Die folgenden Länderergebnisse im Binnenhandel beziehen sich daher auf den Einzelhandel.

Umsatzanteile im Einzelhandel entsprechen weitgehend den Bevölkerungsanteilen

Im Jahr 2006 setzten die rund 410 000 Unternehmen des Einzelhandels rund 334 Mrd. Euro um. Gut ein Fünftel des gesamten Einzelhandelsumsatzes wurde in Nordrhein-Westfalen erzielt. In Baden-Württemberg und Bayern wurden jeweils weitere 15 % umgesetzt, so dass auf die drei Bundesländer gut die Hälfte des gesamten Einzelhandelsumsatzes entfiel. Weitere 9 % des Umsatzes wurden jeweils in Niedersachsen und Hessen erzielt. Bei der Mehrzahl der Bundesländer entsprach der Umsatzanteil in etwa dem Bevölkerungsanteil. In Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen war dagegen der Umsatzanteil deutlich höher. Auf die neuen Bundesländer mit einem Anteil in Höhe von 16 % an der gesamten Wohnbevölkerung in Deutschland entfielen lediglich 13 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Diese Differenz lässt sich auch durch die nach wie vor bestehenden unterschiedlichen Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern erklären, die sich auf die Kaufkraft in den Bundesländern auswirkte.

Während die oben genannten Angaben beschreiben, welchen Umsatz die Einzelhandelsunternehmen und deren Filialen in den einzelnen Bundesländern erzielten, gibt die Darstellung der Einzelhandelsunternehmen nach dem so genannten Sitzlandprinzip darüber Auskunft, in welchem Bundesland die großen Handelsunternehmen angesiedelt sind und wo der Umsatz des jeweiligen Unternehmens steuerlich verbucht wird.

Handelsstatistik

Die Handelsstatistik umfasst monatliche und jährliche Stichprobenerhebungen. Erfasst werden alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Handel betreiben. **Einzelhandel** betreibt, wer Handelswaren überwiegend an private Haushalte absetzt. **Großhandel** betreibt, wer Handelswaren in eigenem Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel) überwiegend an andere Abnehmer als private Haushalte (z. B. gewerbliche Betriebe, Einzelhändler) absetzt.

Konjunkturstatistik

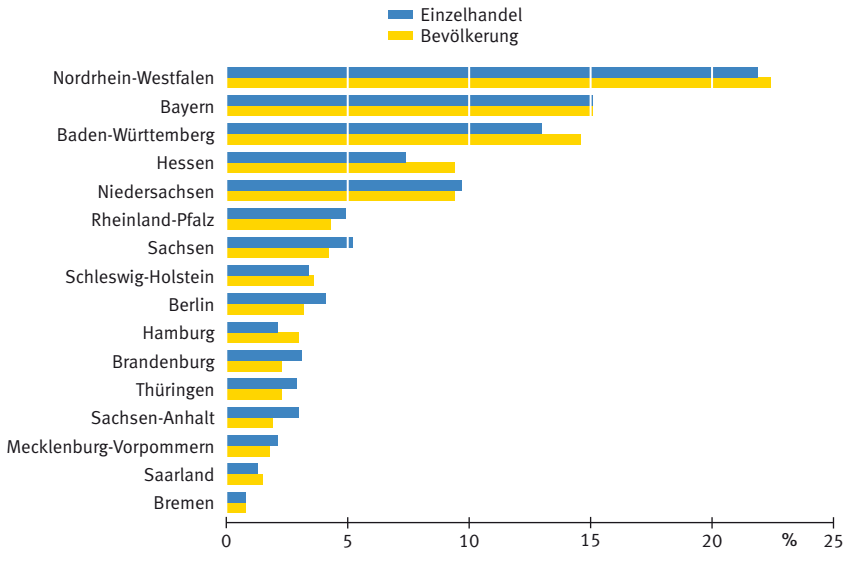
Zum Erhebungsprogramm der Monatserhebung im Handel gehören die Erfassung des Monatsumsatzes sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigen. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Handel ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Monatserhebung im Handel wird in Abgrenzung zur jährlichen *Struktur*erhebung auch als *Konjunktur*erhebung bezeichnet.

Westdeutsche Unternehmen dominieren Einzelhandel

Die umsatzstarken Einzelhandelsunternehmen haben ihren Sitz überwiegend in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Auf die dort ansässigen Handelsunternehmen entfielen 2006 über zwei Drittel des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Hingegen erwirtschafteten die in den fünf neuen Bundesländern ansässigen Einzelhandelsunternehmen anteilig zusammen nur 13 % des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Der Einzelhandel in Deutschland wurde damit im Wesentlichen von umsatzstarken westdeutschen Unternehmen dominiert.

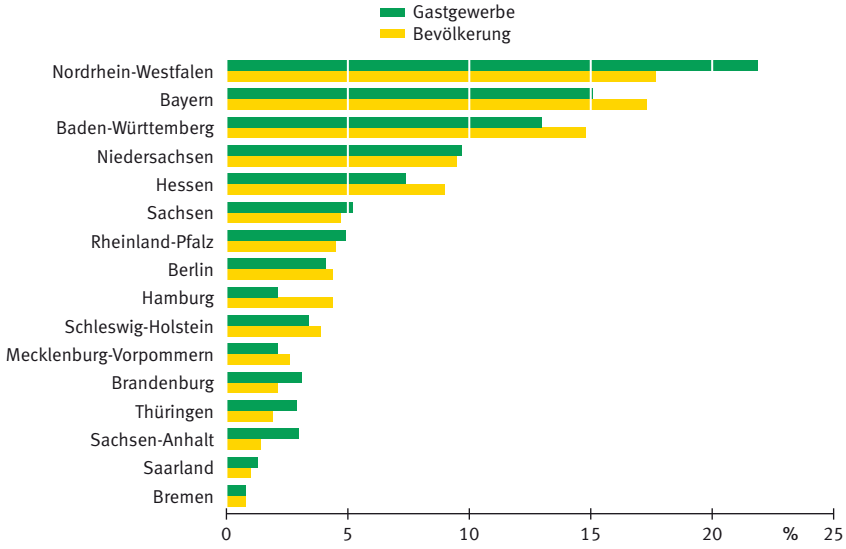
In den Jahren 2005 und 2006 steigerte sich der Umsatz der deutschen Einzelhändler nominal um 1,8 % bzw. 0,9 % gegenüber

Abb. 11.8: Anteile der Unternehmen am Einzelhandelsumsatz und an der Bevölkerung 2006 in %



dem jeweiligen Vorjahr. Diese Umsatzentwicklung stellt lediglich die durchschnittliche Entwicklung des Einzelhandels in Deutschland dar, wobei es auf regionaler Ebene zu erheblichen Abweichungen kam. Tatsächlich wiesen einige Bundesländer im Jahr 2006 eine günstigere Entwicklung als der Bundesdurchschnitt auf: So lagen die Umsätze der Einzelhändler in Berlin (3,9 %), Rheinland-Pfalz (3,0 %) und Schleswig-Holstein (2,9 %) erheblich über dem Wert für das Bundesgebiet insgesamt. Auch in den Bundesländern Baden-Württemberg (2,2 %), Brandenburg (1,7 %), Hamburg (1,6 %) und Sachsen (1,3 %) wurde 2006 eine überdurchschnittliche Umsatzsteigerung erzielt. Weniger als im Vorjahr wurde im Jahr 2006 nur in den Bundesländern Bremen, Thüringen (jeweils –0,1 %), Hessen (–0,6 %) und Bayern (–0,7 %) umgesetzt.

Abb. 11.9: Anteile am Gastgewerbeumsatz und an der Bevölkerung 2006 in %



Von diesen regional unterschiedlichen Entwicklungen kann allerdings nicht auf einen regionalen Trend im Sinne eines Nord-Süd- oder West-Ost-Gefälles in Deutschland geschlossen werden.

Gastgewerbe wird vorwiegend von kleineren und mittleren Unternehmen geprägt

Das Gastgewerbe umfasst die Bewirtung und die Beherbergung von Gästen und ist somit ein wesentlicher Anbieter touristischer Leistungen im Inland. Der wichtigste Wirtschaftszweig innerhalb des Gastgewerbes ist das Gaststättengewerbe, auf das 2006 rund 51 % des Umsatzes im Gastgewerbe entfielen. Zu diesem Bereich gehören die Getränke- und Speisegastronomie. Weitere 39 % des Umsatzes wurden vom Beherbergungsgewerbe erzielt, das Übernachtungsmöglichkeiten für Erholungs- und Geschäftsreisen anbietet. Die Kantinen und Caterer als dritte Gruppe der Branche, die unter anderem auch die Fluggesellschaften mit vorgefertigten Speisen versorgen, erwirtschafteten 10 % des Gesamtumsatzes. Das Gastgewerbe ist ebenso wie der Einzelhandel durch kleinere und mittlere Unternehmen geprägt. Dies wird anhand der Beschäftigtenzahlen deutlich: Im Durchschnitt waren in einem Unternehmen im Gastgewerbe 7 Personen tätig, während es im Einzelhandel 9 Personen waren. Betrachtet man dagegen die Umsätze, dann wird eine größere Konzentration im Einzelhandel erkennbar: Während in diesem Bereich gut 205 000 Unternehmen mit bis zu 5 Beschäftigten (knapp 75 % aller Unternehmen) lediglich 11 % des Gesamtumsatzes im Einzelhandel erwirtschafteten, erzielten die gut 115 000 Unternehmen mit bis zu 5 Beschäftigten des Gastgewerbes (71 % der Unternehmen) in 2004 immerhin einen Anteil von 26 % am Gesamtumsatz. Der Anteil des Gastgewerbes am realen Bruttoinlandsprodukt lag im Jahr 2006 bei knapp 2 %.

35 % des Gastgewerbeumsatzes werden in Bayern und Nordrhein-Westfalen erzielt

Im Jahr 2006 setzten die rund 260 000 Unternehmen des Gastgewerbes etwa 41 Mrd. Euro um. Dabei entfiel ein gutes Drittel (35 %) des Gesamtumsatzes auf die Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen. Ein weiteres Drittel (33 %) wurde in Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen umgesetzt. Bei dieser Umsatzverteilung wird berücksichtigt, in welchem Bundesland der Umsatz getätigt wird. Während im Einzelhandel die Umsatzanteile in etwa den Bevölkerungsanteilen entsprechen, trifft das im Gastgewerbe nur bei sehr wenigen Bundesländern zu. Ein wichtiger Grund dafür ist das Ausmaß des Tourismus innerhalb eines Landes, von dem der Gastgewerbeumsatz noch deutlich stärker abhängt als der Einzelhandelsumsatz. So erzielte beispielsweise Bayern mit einem Bevölkerungsanteil von 15 % rund 17 % und Baden-Württemberg mit 13 % Bevölkerungsanteil rund 15 % des Gastgewerbeumsatzes. Aber auch in Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein lagen die Umsatzanteile über den Bevölkerungsanteilen.

Gastgewerbe in dreizehn Bundesländern mit Umsatzzuwächsen in 2006

Das Gastgewerbe verzeichnete im Jahr 2006 einen nominalen Umsatzzuwachs von 1,4 % gegenüber 2005, nach Umsatzeinbußen in den Jahren 2004 (–1,8 %) und 2005 (–0,4 %). Eine nach Branchen differenzierte Betrachtung zeigt, dass das Beherbergungsgewerbe sowie die Kantinen und Caterer Umsatzzuwächse von 3,8 % bzw. 3,3 % verbuchten, während das Gaststättengewerbe 0,8 % weniger als im Jahr 2005 umsetzte. Die positive Entwicklung im Beherbergungsgewerbe wurde maßgeblich durch die Fußball-Weltmeisterschaft beeinflusst, Kantinen und

Gastgewerbestatistik

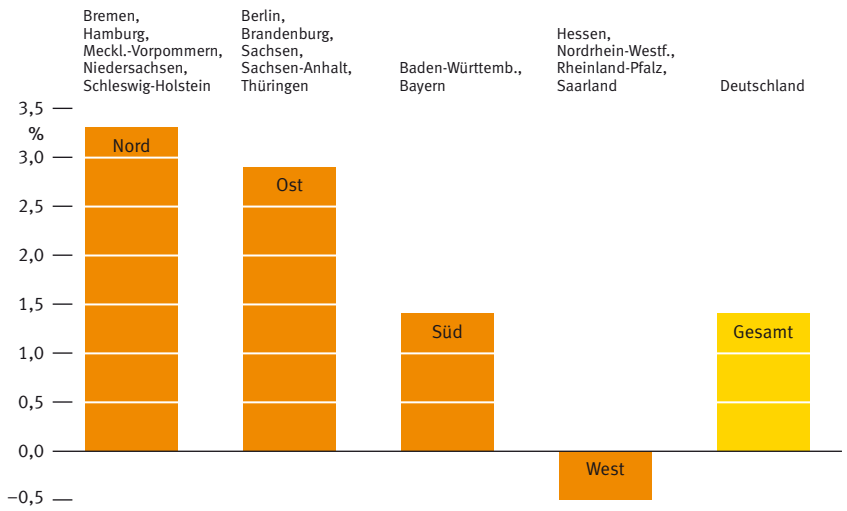
Der Erhebungsbereich der Gastgewerbestatistik wird auf der Grundlage der nationalen Wirtschaftszweigklassifikation abgegrenzt (Abteilung 55), die mit der EU-Wirtschaftsklassifikation NACE übereinstimmt. Erfasst werden alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen (einschl. Kantinen und Catering) anbieten. Darunter sind Unternehmen zu verstehen, die entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) anbieten oder die Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle abgeben.

Caterer profitierten im Wesentlichen von der nach wie vor guten konjunkturellen Entwicklung im Bereich der Flugreisen.

Bei einer regionalen Betrachtung der gesamten Umsatzentwicklung im Jahr 2006 im Gastgewerbe zeigt sich in dreizehn der sechzehn Bundesländer ein Umsatzzuwachs; die höchsten Steigerungen wurden in den Ländern Bremen (6,3 %), Hamburg (5,9 %) und Sachsen (4,8 %) erzielt. Nur drei Bundesländer wiesen Umsatzverluste auf, und zwar das Saarland (–1,1 %), Nordrhein-Westfalen (–1,0 %) und Rheinland-Pfalz (–0,2 %).

Bei einer Zusammenfassung der Bundesländer zu Regionen zeigte das Gastgewerbe 2006 ein ausgeprägtes Gefälle zwischen den Regionen Nord, Ost, Süd und der Region West. Gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt von nominal 1,4 % verbuchte Norddeutschland mit nominal 3,3 % und der Osten mit 2,9 % überdurchschnittliche Umsatzzuwächse. In Süddeutschland wurde dagegen mit 1,4 % der gleiche Wert wie im Bundesdurchschnitt registriert. Im Gegensatz dazu verzeichneten die Gastgewerbeunternehmen im Westen Deutschlands einen Umsatzrückgang von 0,5 %.

Abb. 11.10: Umsatzentwicklung im Gastgewerbe 2006
Nominale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Unternehmen

Rechtlich selbstständige Wirtschaftseinheiten einschl. etwaiger bereichsfremder Unternehmensteile und Tätigkeiten. Unternehmen mit verschiedenen Tätigkeiten (z. B. Kombination von Groß- und Einzelhandel) werden nach ihrem *wirtschaftlichen Schwerpunkt* eingeordnet. Die fachliche Zuordnung erfolgt zu dem Wirtschaftsbereich, der diejenige Tätigkeit umfasst, auf die der größte Teil der im Unternehmen entstandenen Wertschöpfung entfällt.

Umsatz

Gesamtbetrag aller in Rechnung gestellten Lieferungen und Leistungen (Eigengeschäft) sowie Provisionseinnahmen und Kostenvergütungen (Fremdgeschäft) des Unternehmens einschl. des Eigenverbrauchs. Der Umsatz wird ohne Umsatzsteuer ausgewiesen.

Außenhandel

Außenhandelsstatistiken sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung und somit ein wichtiges Instrument für zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträger. Sie ermöglichen beispielsweise subnationalen, nationalen und internationalen Behörden die Vorbereitung bi- und multilateraler Verhandlungen, helfen Unternehmen bei der Durchführung von Marktstudien und der Festlegung ihrer Handelsstrategie. Gleichfalls sind sie eine unverzichtbare Informationsquelle für Zahlungsbilanzstatistiken, die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung oder Konjunkturanalysen.

Deutliche Ost-West-Unterschiede

Der Außenhandel der Bundesländer wies im Jahr 2006, sechzehn Jahre nach der Wiedervereinigung, immer noch große Ost-West-Unterschiede auf. So gingen nur 5,8 % der Gesamtausfuhren aus den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) in das Ausland. Aus dem Westen (inklusive Berlin) waren es hingegen 75,1 %. Der Rest sind Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte Ursprungsbundesländer. 2001 exportierten die neuen Bundesländer 4,8 % der Gesamtausfuhren.

Bei den Einfuhren betrug der Anteil der ostdeutschen Bundesländer 5,9 % und der der westdeutschen 90,5 % an den Gesamteinfuhren. Die Differenz zu 100 % umfasst für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte Zielbundesländer. Fünf Jahre zuvor hatte der Anteil der neuen Bundesländer 4,5 % an den Gesamteinfuhren betragen.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch bei der Analyse des Pro-Kopf-Außenhandels der Bundesländer. So lag 2006 bei den Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit ihren großen Häfen der Pro-Kopf-Außenhandel zwischen 80 % und 283 % über dem Bundesdurchschnitt. Die ostdeutschen Bundesländer hatten hingegen einen sehr unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Außenhandel, der zwischen 23 % und 53 % des Bundesdurchschnitts lag.

Tab. 11.11: Ausfuhren und Einfuhren der Bundesländer im Jahr 2006

	Ausfuhren		Einfuhren	
	in Mill. Euro	in %	in Mill. Euro	in %
Nordrhein-Westfalen	159 577	*17,9*	169 854	*23,0*
Baden-Württemberg	141 538	*15,9*	115 428	*15,6*
Bayern	140 368	*15,7*	115 966	*15,7*
Niedersachsen	67 345	*7,5*	65 362	*8,9*
Hessen	44 764	*5,0*	64 066	*8,7*
Rheinland-Pfalz	36 362	*4,1*	23 537	*3,2*
Hamburg	27 739	*3,1*	58 085	*7,9*
Sachsen	19 590	*2,2*	13 488	*1,8*
Schleswig-Holstein	17 373	*1,9*	23 570	*3,2*
Saarland	12 361	*1,4*	10 951	*1,5*
Bremen	12 074	*1,4*	12 994	*1,8*
Berlin	11 484	*1,3*	7 905	*1,1*
Sachsen-Anhalt	10 002	*1,1*	9 606	*1,3*
Thüringen	9 275	*1,0*	6 025	*0,8*
Brandenburg	8 745	*1,0*	10 971	*1,5*
Mecklenburg-Vorpommern	3 898	*0,4*	3 450	*0,5*
Rest[1)]	170 479	*19,1*	26 419	*3,6*
Deutschland insgesamt	**892 973**	***100***	**737 675**	***100***

1) Rest bei den Ausfuhren: Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte inländische Ursprungsländer; bei den Einfuhren: für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte inländische Zielländer.

Ausfuhr von Nahrungsmitteln im Osten bedeutender als im Westen

Betrachtet man die einzelnen Bundesländer, so ergeben sich teilweise erhebliche Abweichungen vom Bundesdurchschnitt. Ostdeutsche Bundesländer hatten 2006 im Vergleich zu den westdeutschen einen überdurchschnittlich großen Anteil an den Ausfuhren von Gütern der Ernährungswirtschaft und einen unterdurchschnittlich kleinen Anteil an den Ausfuhren von Gütern der gewerblichen Wirtschaft.

Diese Unterschiede sind darauf zurück zu führen, dass die ostdeutschen Bundesländer einen – im Vergleich zu Gesamtdeutschland – größeren Anteil ihrer Bruttowertschöpfung in der Land- und Fortwirtschaft sowie in der Fischerei erwirtschaften.

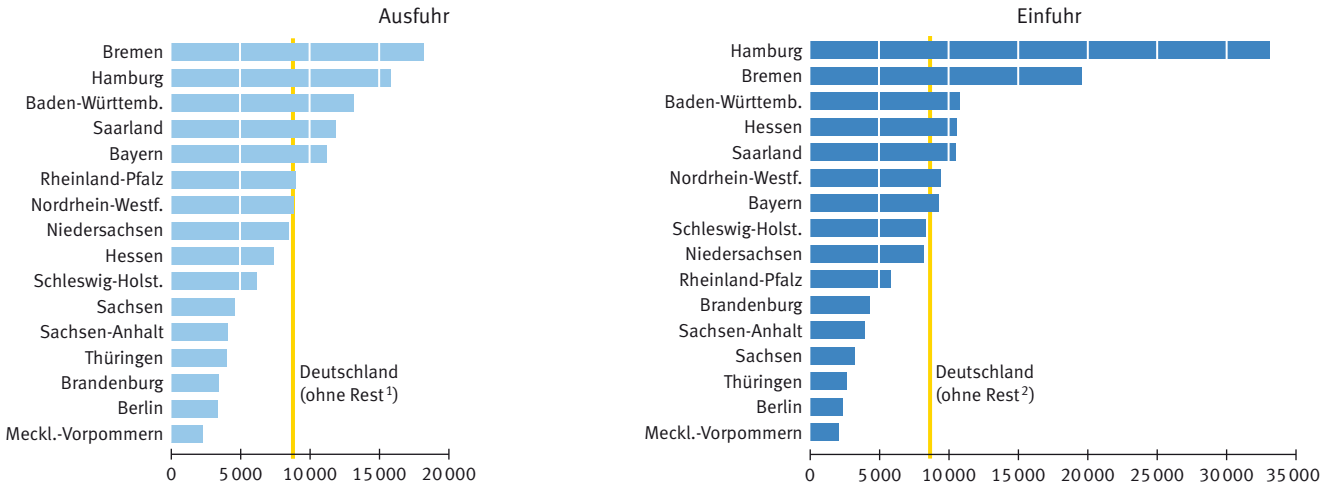
Außenhandel legte insbesondere in den neuen Bundesländern überdurchschnittlich zu

Die ostdeutschen Bundesländer Sachsen-Anhalt (+116,8 %), Brandenburg (+88,8 %), Thüringen (+83,7 %) und Sachsen (+48,3 %) haben bei den Exporten zwischen 2001 und 2006 deutlich zugelegt, verglichen mit den Gesamtausfuhren Deutschlands (+39,9 %). Aber auch einige westdeutsche Bundesländer hatten ähnlich hohe Wachstumsraten, zum Beispiel Schleswig-Holstein (+56,0 %), Bayern (+42,8 %) und Rheinland-Pfalz (+41,8 %). Das schlechteste Exportwachstum im Vergleich zu den Gesamtausfuhren hatten die Stadtstaaten Hamburg (+16,7 %) und Bremen (+18,3 %).

Im Vergleich zu den Gesamteinfuhren Deutschlands (+35,0 %) nahmen die Importe besonders stark in den Bundesländern Sachsen-Anhalt (+114,0 %), Schleswig-Holstein (+95,3 %), Brandenburg (+83,9 %), Mecklenburg-Vorpommern (+68,2 %) und Sachsen (+67,7 %) zu. Am schwächsten entwickelten sich die Importe in den Bundesländern Hessen (+19,2 %), Berlin (+19,4 %) und Bremen (+20,5 %).

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss beachtet werden, dass Veränderungsraten dargestellt werden. Betrachtet man absolute Zuwächse bzw. Verluste der einzelnen Bundesländer, so ergibt

Abb. 11.11: Pro-Kopf-Außenhandel in Euro im Jahr 2006



1) Rest: *Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte inländische Ursprungsländer.* 2) Rest: *Für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte inländische Zielländer.*

Tab. 11.12: Außenhandel nach Warengruppen der Ernährungs- und gewerblichen Wirtschaft 2006 – in Prozent

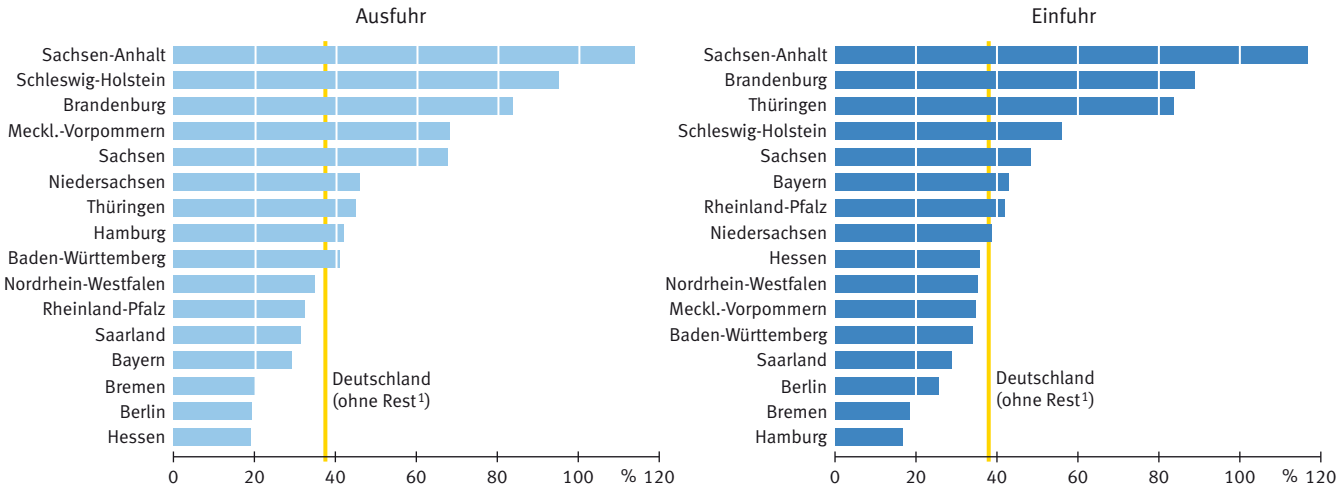
	Ausfuhren			Einfuhren		
	Bundesdurchschnitt [1]	West (inkl. Berlin)	Ost (ohne Berlin)	Bundesdurchschnitt [1]	West (inkl. Berlin)	Ost (ohne Berlin)
Lebende Tiere	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1,5	1,7	2,4	1,9	1,9	1,6
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	2,1	2,1	4,2	4,0	4,0	4,4
Genussmittel	0,8	0,8	0,3	1,0	1,0	0,8
Güter der Ernährungswirtschaft	**4,5**	**4,6**	**7,1**	**7,0**	**7,1**	**7,0**
Rohstoffe	1,0	0,7	1,3	10,7	10,2	24,3
Halbwaren	5,6	6,0	8,7	8,6	8,7	9,2
Vorerzeugnisse	13,1	14,1	18,9	10,8	10,6	12,9
Enderzeugnisse	73,6	72,7	62,2	59,0	59,9	43,9
Fertigwaren	86,6	86,8	81,2	69,8	70,6	56,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft	**93,3**	**93,5**	**91,2**	**89,1**	**89,6**	**90,3**
Nicht aufgliederbare Warenverkehre	**2,2** [2]	**1,8**	**1,7**	**3,9** [2]	**3,3**	**2,7**
Waren insgesamt	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

1) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte inländische Ursprungsländer bei den Ausfuhren und für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte inländische Zielländer bei den Einfuhren.
2) Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

sich eine andere Reihenfolge: Im Zeitraum 2001 bis 2006 wiesen die Bundesländer Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bei den Ausfuhren absolut gesehen die höchsten Zuwächse auf. Bei den absoluten Einfuhren lagen besonders die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen vorne.

Dennoch zeigt die Analyse der Veränderungsraten interessante Aspekte, wie zum Beispiel dass bei den Ausfuhren mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern fast alle und bei den Einfuhren alle ostdeutschen Bundesländer überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnen konnten. Allerdings wurden diese hohen Zuwachsraten von einem immer noch auf Basis eines relativ niedrigen absoluten Niveaus realisiert.

Abb. 11.12: Veränderungsraten der Aus- bzw. Einfuhren im Zeitraum 2001 bis 2006



1) Ohne Rest: bei den Ausfuhren ohne *Waren ausländischen Ursprungs* und *nicht ermittelte inländische Ursprungsländer*; bei den Einfuhren ohne *für das Ausland bestimmte Waren* und *nicht ermittelte inländische Zielländer*.

Tourismus

Der Tourismus hat eine erhebliche ökonomische Bedeutung, wobei es zwischen den Bundesländern deutliche Unterschiede gibt. Insgesamt war 2006 für die Beherbergungsbetriebe in Deutschland ein Rekordjahr: Sie konnten 125,2 Mill. Gäste begrüßen und 351,2 Mill. Übernachtungen verbuchen und erreichten damit jeweils die höchsten Werte seit 1992, dem ersten Jahr mit gesamtdeutschen Zahlen. Im Vergleich zu 2005 stiegen die Gästeankünfte um 3,9 % und die Übernachtungen um 2,1 %.

Stärkste Steigerung in Stadtstaaten

Unter den Bundesländern ragten die Stadtstaaten mit den höchsten Zuwächsen bei der Zahl der Übernachtungen hervor: sie erreichten Zuwächse von bis zu 11,5 %. Niedrigere, aber immer noch deutlich überdurchschnittliche Zuwächse verzeichneten die Flächenländer Sachsen-Anhalt (6,7 %) und Sachsen (6,3 %). Rückläufig waren die Gästeübernachtungen 2006 lediglich in Thüringen (–1,4 %).

Beherbergungsstatistik

Die Monatserhebung im Tourismus erfasst die Beherbergungsbetriebe in Deutschland, die zu den wichtigsten Anbietern touristischer Leistungen zählen. Sie liefert monatlich Angaben über die Ankünfte und Übernachtungen von Gästen sowie zu den Übernachtungskapazitäten, also der Zahl der Betten oder bei Campingplätzen der Stellplätze. Außerdem werden bei Betrieben der Hotellerie noch die Zahl der angebotenen Gästezimmer zum 31.7. eines Jahres erfasst.

In der Monatserhebung im Tourismus werden ausschließlich Beherbergungsbetriebe befragt, die mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend beherbergen können. Alle hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich daher auch ausschließlich auf diesen Berichtskreis.

Die Beschränkung auf die größeren Beherbergungsbetriebe entlastet die kleinen Beherbergungsbetriebe mit weniger als 9 Schlafgelegenheiten (Privatquartiere) vom Verwaltungsaufwand, liefert aber dennoch verlässliche Informationen über aktuelle und langfristige Entwicklungen im deutschen Beherbergungsgewerbe. Über die Gesamtzahl aller Übernachtungen von Touristen in Deutschland und seinen Regionen kann die Monatserhebung im Tourismus allerdings keine Aussagen treffen. Denn eine Reihe von Übernachtungsformen wird durch sie nicht erfasst, wie zum Beispiel Übernachtungen in Privatquartieren, Übernachtungen bei Freunden, Bekannten und Verwandten oder Übernachtungen in selbst genutzten Zweitwohnsitzen.

Bayern ist Hauptreiseziel in Deutschland

Trotz einer nur unterdurchschnittlichen Zuwachsrate – gemessen an den Übernachtungszahlen aller Gäste – war Bayern auch 2006 das bedeutendste Reiseziel unter den Bundesländern. Dort gab es insgesamt 74,7 Mill. Übernachtungen, das entspricht einem Anteil von 21,3 % an allen Übernachtungen. Mit etwa halb so vielen Übernachtungen folgen die großen Flächenländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Bayern ist im übrigen Marktführer bei den Übernachtungen von Gästen sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland: Jeweils mehr als ein Fünftel aller Übernachtungen deutscher (21,0 %) und ausländischer (22,8 %) Gäste entfielen auf Beherbergungsbetriebe in Bayern.

In Mecklenburg-Vorpommern sieben Mal so viele Übernachtungen je 1000 Einwohner wie im Saarland

Der Blick auf die relative Bedeutung des Tourismus, gemessen an der Zahl der Übernachtungen je 1000 Einwohner, zeigt sehr große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Wie im Vorjahr war sie 2006 am höchsten in Mecklenburg-Vorpommern, wo auf 1000 Einwohner fast sieben Mal so viele Übernachtungen kamen wie im Saarland, dem Bundesland mit der niedrigsten Zahl an Übernachtungen je 1000 Einwohner.

Tab. 11.13: Entwicklung der Gästeübernachtungen 2006
Veränderung zu 2005 in %

Hamburg	11,5
Berlin	8,8
Bremen	6,8
Sachsen-Anhalt	6,7
Sachsen	6,3
Hessen	3,2
Schleswig-Holstein	3,1
Nordrhein-Westfalen	2,2
Saarland	1,9
Brandenburg	1,8
Niedersachsen	1,8
Mecklenburg-Vorpommern	1,1
Baden-Württemberg	0,9
Bayern	0,2
Rheinland-Pfalz	0,0
Thüringen	–1,4
Deutschland	**2,1**

Ausländische Gäste zieht es vor allem nach Bayern

Gäste aus dem Ausland werden für den Tourismus in Deutschland immer wichtiger. 2006 entfielen auf diese Gästegruppe 52,9 Mill. Übernachtungen, die einem Anteil von 15,1 % an allen Übernachtungen entsprechen. Nicht zuletzt aufgrund der Fußball-Weltmeisterschaft stieg die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland überproportional um 9,8% an.

Die Bedeutung der Gäste aus dem Ausland für den Tourismus schwankt stark zwischen den einzelnen Bundesländern. In Berlin sorgten sie 2006 für mehr als jede dritte Übernachtung. In Mecklenburg-Vorpommern dagegen entfielen weniger als 3 % aller Übernachtungen auf diese

Abb. 11.13: Anteil an Übernachtungen nach Bundesländern 2006

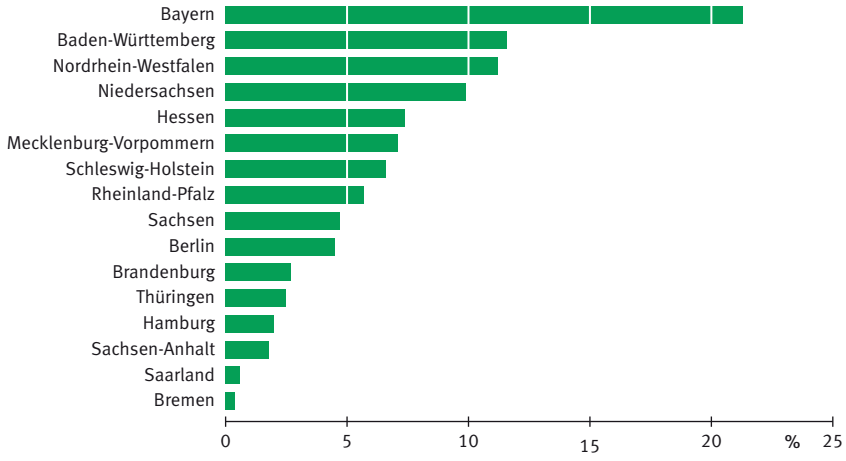
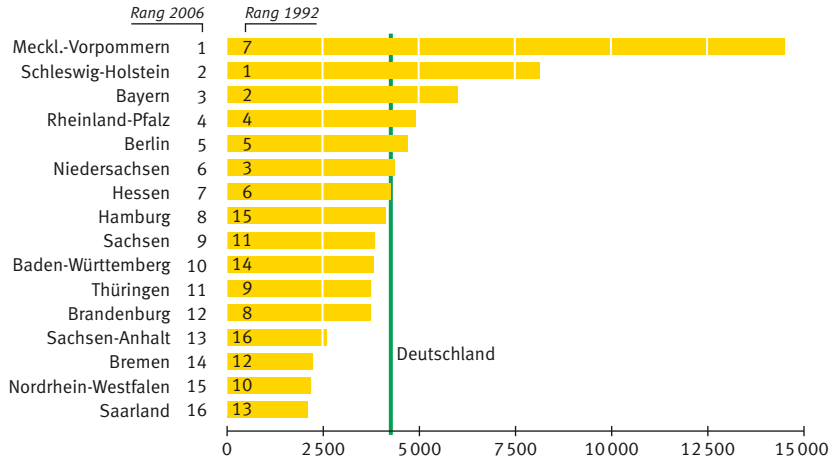


Abb. 11.14: Tourismusintensität 2006 – Übernachtungen je 1 000 Einwohner



Gästegruppe. Auch in den anderen neuen Ländern, sowie im Saarland, in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein lag 2006 der Anteil der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Kurtourismus im Saarland besonders wichtig

Eine besondere Form des Tourismus ist der Kurtourismus: hier stehen Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit im Vordergrund. Kurtourismus findet zumeist in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken statt, auf die in Deutschland 2006 rund 42,7 Mill. Übernachtungen entfielen. Das waren immerhin 12,2 % aller Übernachtungen. Auch der Kurtourismus spielt in den einzelnen Bundesländern eine unterschiedlich große Rolle. In den Stadtstaaten ist er bedeutungslos, da es hier keine Vorsorge- und Rehabilitationskliniken gibt. In den Flächenländern liegt der Anteil dieser Kliniken an den Übernachtungen im Allgemeinen zwischen 10,0 % (Bayern) und 19,1 % (Thüringen). Eine Ausnahme bildet das Saarland, wo 35,3 % aller Übernachtungen auf die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken entfielen.

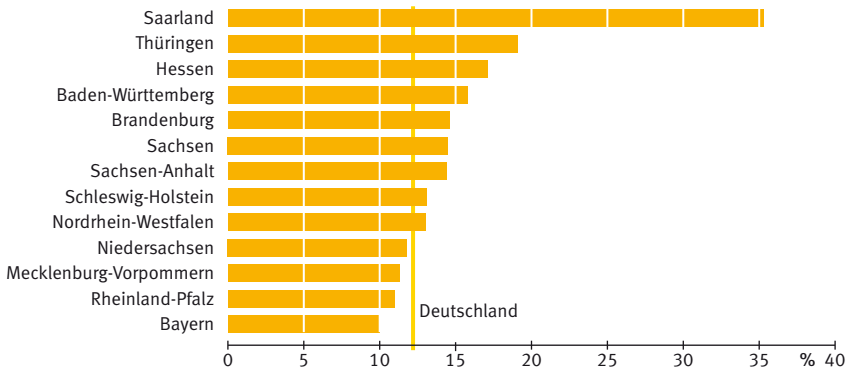
Tab 11.14: Übernachtungen ausländischer Gäste 2006

	Übernachtungen	Anteil	Veränderung zu 2005
	in 1 000	in %	
Bayern	12 055	*22,8*	*9,5*
Nordrhein-Westf.	7 740	*14,6*	*9,0*
Baden-Württemberg	7 261	*13,7*	*10,5*
Berlin	5 925	*11,2*	*17,9*
Hessen	5 441	*10,3*	*6,9*
Rheinland-Pfalz	4 856	*9,2*	*2,6*
Niedersachsen	2 605	*4,9*	*5,8*
Hamburg	1 562	*2,9*	*19,1*
Sachsen	1 327	*2,5*	*13,5*
Schleswig-Holstein	1 225	*2,3*	*11,1*
Meckl.-Vorpommern	696	*1,3*	*7,6*
Brandenburg	666	*1,3*	*12,3*
Thüringen	531	*1,0*	*4,6*
Sachsen-Anhalt	424	*0,8*	*25,4*
Bremen	349	*0,7*	*14,6*
Saarland	285	*0,5*	*6,2*
Deutschland	**52 947**	***100***	***9,8***

Weniger als vier von zehn Betten ausgelastet

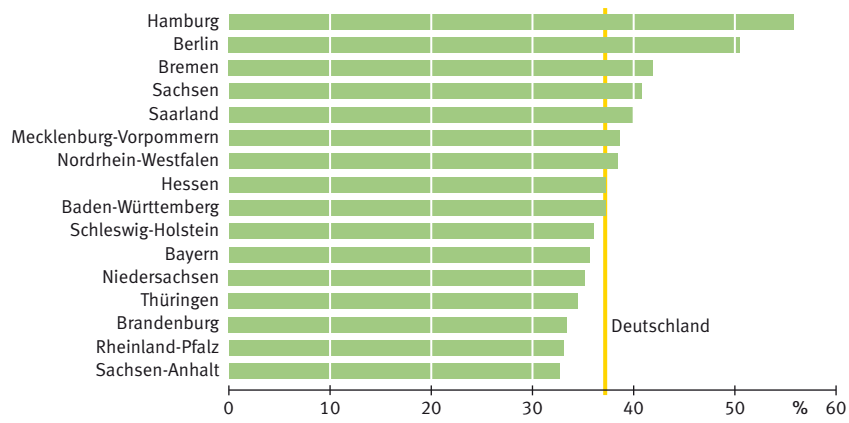
Die Kapazitätsauslastung – gemessen an der jahresdurchschnittlichen Auslastung der rund 2,6 Mill. Betten – lag 2006 in den deutschen Beherbergungsbetrieben (ohne Camping) bei 37,2 %. Im Vorjahr lag die Auslastung bei 36,7 %. In den Bundesländern schwankt dieser Wert 2006 zwischen 55,8 % in Hamburg und 32,7 % in Sachsen-Anhalt. Neben Hamburg hatte auch Berlin eine vergleichsweise hohe Kapazitätsauslastung von über 50 %. Mit deutlichem Abstand folgt Bremen, gefolgt von Sachsen (40,8 %), das damit 2006 das Flächenland mit der höchsten Kapazitätsauslastung war.

Abb. 11.15: Anteil der Übernachtungen in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken[1] an allen Übernachtungen in den jeweiligen Bundesländern 2006 – in Prozent



1) In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Vorsorge- und Rehabilitationskliniken.

Abb. 11.16: Kapazitätsauslastung angebotener Betten im Beherbergungsgewerbe 2006



Ausgewählte Dienstleistungen

Mit der Entwicklung des technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität geht in der Volkswirtschaft eine Verlagerung der drei Produktionssektoren Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen einher. Der Dienstleistungssektor, auch als „tertiärer Sektor" bezeichnet, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Im Gegensatz zu den anderen Sektoren produziert der Dienstleistungsbereich keine materiellen Güter, sondern erbringt (Dienst-)leistungen für die Bevölkerung, für Unternehmen und den öffentlichen Sektor. Das Angebot an Dienstleistungen ist überaus vielfältig, umfasst Leistungen sehr unterschiedlicher Art und entwickelt sich sehr dynamisch entsprechend der wechselnden Anforderungen.

Dienstleistungssektor

Der Dienstleistungssektor umfasst die Wirtschaftsbereiche

- Handel und Gastgewerbe (Abschnitt G und H der Klassifikation der Wirtschaftszweige),
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Abschnitt I),
- Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitt J),
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (Abschnitt K),
- Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung (aus Abschnitt L),
- Erziehung und Unterricht (Abschnitt M),
- Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (Abschnitt N),
- Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (Abschnitt O).

Dienstleistungssektor wächst auf Kosten traditioneller Wirtschaftssektoren

Schon in den Kapiteln zur Gesamtwirtschaft, zum Arbeitsmarkt und zu den Unternehmen ist deutlich geworden, dass der Dienstleistungssektor in Deutschland auf Kosten der traditionellen Wirtschaftssektoren wächst. War zum Beispiel im Jahr 1950 knapp ein Drittel der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich tätig, so waren es 2005 bereits rund 72 %. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe um 17 Prozentpunkte von 43 % auf 26 % und in der Landwirtschaft sogar um knapp 23 Prozentpunkte von 25 % auf 2 %.

Starke Strukturveränderungen innerhalb des Dienstleistungssektors

Auch innerhalb des sehr heterogenen Dienstleistungssektors hat sich in den letzten Jahren die Struktur erheblich verändert. Während anfangs typischerweise konsumnahe Dienstleistungen, wie Leistungen im Handel und Gastgewerbe, vorrangig von privaten Haushalten in Anspruch genommen wurden, hat sich der Schwerpunkt heute zunehmend zu den unternehmensnahen Dienstleistungen verlagert. Dabei nimmt die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien eine Schlüsselrolle ein.

Der Dienstleistungssektor prägt die Struktur und die Entwicklung der Wirtschaft immer stärker, weil er im Rahmen der sich vertiefenden Arbeitsteilung Leistungen für alle Wirtschaftsbereiche zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bereitstellt. Das gilt auch für die vielfältigen beratenden Dienstleistungen, wie beispielsweise die Rechts-, Steuer- oder Unternehmensberatung, die für das Funktionieren einer Marktwirtschaft unverzichtbar sind.

Im Zeitraum von 1970 bis 2005 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich von knapp 12 Mill. auf fast 28 Mill. mehr als verdoppelt. Damit war dieser Wirtschaftssektor der „Job-Motor" der deutschen Wirtschaft. Am stärksten gestiegen ist die Zahl der Arbeitsplätze bei den so genannten Unternehmensdienstleistern. Das sind Unternehmen, deren Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit im Kredit- und Versicherungsgewerbe (Abschnitt J der Klassifikation der Wirtschaftszweige) sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen, in der Vermietung beweglicher Sachen oder der Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Abschnitt K) liegt. In diesem Marktsegment gab es 2005 fast viermal so viele Erwerbstätige wie 1970.

In der Unternehmenslandschaft zeigt sich die wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen sowohl durch zahlreiche Unternehmensneugründungen als auch durch Outsourcing, also der Auslagerung von Unternehmensteilen mit unternehmensnahen Dienstleistungsfunktionen aus bestehenden Unternehmen der anderen Wirtschaftssektoren. Outsourcing findet vorzugsweise im Produzierenden Gewerbe statt, und zwar mit dem Ziel, einerseits die Kosten durch Einbeziehung externer Spezialisten zu reduzieren und andererseits die (Dienst-)leistungserstellung zu verbessern.

Wichtige Dienstleistungsbereiche und ihre statistische Abbildung

Der statistische Nachweis der Leistungsfähigkeit des Dienstleistungssektors ist in Deutschland noch uneinheitlich. Während zum Beispiel die Bereiche Handel und Gastgewerbe bereits seit Jahren in Statistiken erfasst werden, gehören die Abschnitte I und K der Wirtschaftszweigklassifikation erst seit dem Jahr 2000 dazu.

Im Einzelnen sind das:

Wirtschaftabschnitt I:
Verkehr und Nachrichtenübermittlung

- Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen
- Schifffahrt
- Luftfahrt
- Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung
- Nachrichtenübermittlung

Wirtschaftsabschnitt K:
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen

- Grundstücks- und Wohnungswesen
- Vermietung beweglicher Sachen
- Datenverarbeitung und Datenbanken
- Forschung und Entwicklung
- Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen

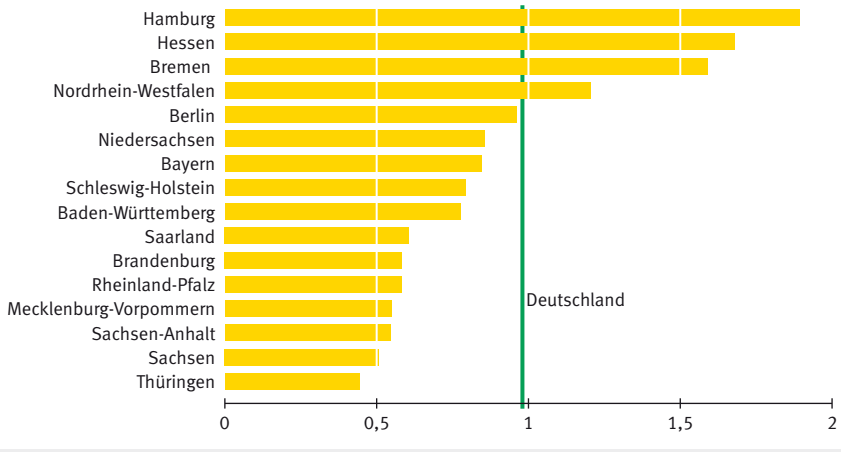
Die Aufzählung zeigt das heterogene Spektrum der wirtschaftlichen Tätigkeiten der Einheiten in den beiden betrachteten Wirtschaftsabschnitten I und K. Die Vielfältigkeit der Tätigkeiten zeigt sich insbesondere im Bereich der Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen.

Zur **Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen** zählen im Einzelnen:

- Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung, Markt- und Meinungsforschung, Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften
- Architektur- und Ingenieurbüros
- technische, physikalische und chemische Untersuchung
- Werbung
- Personal- und Stellenvermittlung
- Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien
- Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln
- Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen

Diese Entwicklung lässt sich sehr gut am Beispiel der Verkehrs- und Unternehmensdienstleister nachweisen. Unter Verkehrs- und Unternehmensdienstleistern werden sehr heterogene wirtschaftliche Tätigkeiten zusammengefasst, deren Strukturen in Deutschland auch historisch gewachsen sind und in Abhängigkeit von den Einwohnerzahlen und der Siedlungsstruktur sehr unterschiedlich auf die einzelnen Bundesländer verteilt sind. In der Klassifikation der Wirtschaftszweige sind diese Tätigkeiten den Wirtschaftsabschnitten I und K zugeordnet.

Abb. 11.17: Umsatz je Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K 2005
in Millionen Euro



Mit Abstand die meisten Verkehrs- und Unternehmensdienstleister in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern

Im Jahr 2005 gab es in Deutschland knapp 680 100 Unternehmen und Einrichtungen in den Wirtschaftsabschnitten I „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ und K „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen“. Diese erwirtschafteten Umsätze bzw. Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit in Höhe von 667,2 Mrd. Euro und hatten mehr als 6,0 Mill. Beschäftigte.

Mehr als die Hälfte dieser Unternehmen (56 %) hatten ihren Sitz in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern. Lediglich 9 % der Firmen waren in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen ansässig. Auch in den fünf neuen Bundesländern war der Anteil mit 11 % der Unternehmen sehr gering.

Tab. 11.15: Unternehmen, Umsatz und Beschäftigte in den Wirtschaftsabschnitten I und K 2005

	Unternehmen	Umsatz aus selbstständiger Tätigkeit	Beschäftigte am 30.09.2005
	Anzahl	Mrd. Euro	Anzahl
Nordrhein-Westfalen	160 900	193,7	1 692 500
Baden-Württemberg	111 400	86,4	824 600
Bayern	111 100	93,9	766 700
Hessen	53 200	89,4	676 400
Niedersachsen	49 100	41,9	437 200
Berlin	30 600	29,4	285 600
Rheinland-Pfalz	28 900	16,8	204 700
Sachsen	28 100	14,3	232 600
Hamburg	23 500	44,4	239 800
Schleswig-Holstein	20 900	16,6	152 700
Brandenburg	14 500	8,4	98 900
Thüringen	13 800	6,1	102 300
Sachsen-Anhalt	10 600	5,8	100 100
Mecklenburg-Vorpommern	9 300	5,1	72 300
Saarland	7 500	4,6	63 100
Bremen	6 600	10,5	80 800
Deutschland	**680 100**	**667,2**	**6 030 500**

Hamburger Unternehmen erzielen höchste Umsätze

Jedes Unternehmen aus den Abschnitten I und K der Klassifikation der Wirtschaftszweige hat 2005 im Durchschnitt Umsätze bzw. Einnahmen in Höhe von 981 000 Euro aus selbstständiger Tätigkeit erwirtschaftet. In den vier Bundesländern Hamburg, Hessen, Bremen und Nordrhein-Westfalen lagen die durchschnittlichen Umsätze deutlich über 1 Mill. Euro je Unternehmen, führend darunter Hamburg mit durchschnittlich knapp 1,9 Mill. Euro. In den übrigen 12 Ländern fielen die Umsätze je Unternehmen im Durchschnitt mit rund 960 000 Euro in Berlin bis hin zu rund 443 000 Euro in Thüringen deutlich geringer aus. Damit erreichten Unternehmen in Thüringen durchschnittlich nur 23 % des Umsatzniveaus der in Hamburg ansässigen Unternehmen.

Diese Niveauunterschiede sind im Wesentlichen Folge der unterschiedlichen Struktur und Größe der in den einzelnen Bundesländern angesiedelten Unternehmen. So sind für die relativ hohen Werte in Hamburg und Bremen vor allem die dort beheimateten Unternehmen des Seeverkehrs und der Hafenwirtschaft verantwortlich, zusammen mit den deutschlandweit operierenden Speditionsunternehmen. In Hessen und Nordrhein-Westfalen wird die Umsatzhöhe durch die in diesen Ländern angesiedelten Großunternehmen der Deutschen Post AG, Telekom, Lufthansa und Deutschen Bahn AG geprägt. Hinzu kommen bedeutende Industrie- und Finanzstandorte, die einen erheblichen Bedarf an Dienstleistungen nach sich ziehen.

Marktbestimmende Großunternehmen im Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Einige marktbestimmende Großunternehmen wie die Deutsche Bahn, Lufthansa, Post und Telekom verursachen einen hohen Umsatzdurchschnitt der Unternehmen im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung. So waren im Jahr 2005 bundesweit knapp 92 800 Unternehmen mit 1,9 Mill. Beschäftigten tätig, die Umsätze bzw. Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit in Höhe von 277,5 Mrd. Euro erwirtschafteten. Der Umsatz je Unternehmen betrug im Mittel 3,0 Mill. Euro; je Unternehmen waren durchschnittlich 20 Personen beschäftigt.

Demgegenüber stehen aber auch Wirtschaftszweige, die sich aus vielen kleinen Unternehmen zusammensetzen. Hierzu gehören z.B. das Taxigewerbe, die Reisebüros und die Kurierdienste.

Höchster Umsatz in Nordrhein-Westfalen

Ordnet man die Umsätze der Unternehmen des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung demjenigen Land zu, in dem die Unternehmen ihren Sitz haben, so weist Nordrhein-Westfalen 2005 mit 38,9 % mit Abstand den höchsten Umsatzanteil in Deutschland auf, gefolgt von Hessen (15,6 %). Damit erwirtschafteten die in diesen beiden Bundesländern angesiedelten Unternehmen über die Hälfte der in Deutschland in diesem Wirtschaftsbereich erzielten Umsätze. Größere Unternehmen haben aber in der Regel Niederlassungen in mehreren Bundesländern, sind so genannte Mehrländerunternehmen. So arbeiten etwa die Telekom und die Deutsche Post, die beide ihren Unternehmenssitz in Nordrhein-Westfalen haben, in ganz Deutschland und haben Niederlassungen in allen Bundesländern. Um die Leistungskraft der einzelnen Bundesländer real darzustellen, werden daher die Unternehmensergebnisse dahingehend bereinigt, dass nur die Leistungen von im Bundesland ansässigen Niederlassungen erfasst werden. Das bedeutet für die genannten Beispiele, dass die Unternehmensdaten der Telekom und der Deutschen Post auf alle 16 Bundesländer, entsprechend der Leistung der im betroffenen Bundesland angesiedelten Niederlassungen, aufgeteilt werden. Im Ergebnis erhält man in der Zusammenfassung die Leistungen der in den einzelnen Bundesländern ansässigen Niederlassungen aller Unternehmen des Wirtschaftsbereiches unabhängig vom Hauptsitz der Unternehmen.

Nach dieser Berechnung ergibt sich bei der Umsatzstärke eine andere Rangfolge der Länder: Nordrhein-Westfalen hat zwar mit einem stark gesunkenen Anteil von nunmehr nur noch 26,0 % immer noch den ersten Platz inne, dann folgen jedoch mit einem Anteil von 12,5 % Bayern und erst dann mit 11,5 % Hessen. Die Leistungen der beiden Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen haben nun nur noch einen Umsatzanteil von 37,5 % an den in Deutschland in diesem Wirtschaftsbereich erzielten Umsätzen.

Höchste Produktivität in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein

Setzt man den im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung erwirtschafteten Umsatz, der von den Niederlassungen eines Bundeslandes erzielt wurde, in Bezug zu den Beschäftigten dieser Niederlassungen, so ergibt sich die Produktivität der einzelnen Bundesländer in diesem Wirtschaftsbereich. Hamburg nimmt hier mit Abstand den ersten Rang ein, gefolgt von Bremen und Schleswig-Holstein. Die Schlusslichter dieser Rangfolge bilden die fünf neuen Bundesländer.

Setzt man die Umsätze der im jeweiligen Bundesland angesiedelten Wirtschaftseinheiten zu den Einwohnern des betreffenden Bundeslandes in Beziehung, so zeigt sich, dass auch in dieser Rangfolge die Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit deutlichem Abstand die höchsten Werte aufweisen. Demgegenüber erreicht Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland Deutschlands, nur gut ein Viertel des Niveaus Hamburgs. Am Ende des Rankings liegen auch bei dieser Betrachtung die neuen Bundesländer.

Tab. 11.16: Umsatzanteil im Wirtschaftsabschnitt I 2005

	Umsatz nach	
	Unternehmenssitz	Sitz der Niederlassungen
	Anteil in %	
Nordrhein-Westfalen	38,9	26,0
Hessen	15,6	11,5
Bayern	8,5	12,5
Hamburg	8,2	9,2
Niedersachsen	6,7	8,8
Baden-Württemberg	6,5	10,7
Schleswig-Holstein	3,2	3,7
Rheinland-Pfalz	2,8	2,6
Bremen	2,5	2,4
Berlin	2,2	3,6
Sachsen	1,3	2,8
Brandenburg	1,0	1,5
Meckl.-Vorpommern	0,7	0,9
Sachsen-Anhalt	0,7	1,4
Thüringen	0,7	1,2
Saarland	0,4	1,1
Deutschland	**100**	**100**

Abb. 11.18: Produktivität (Umsatz je Beschäftigter) in den Wirtschaftsabschnitten I und K 2005
in Tausend Euro

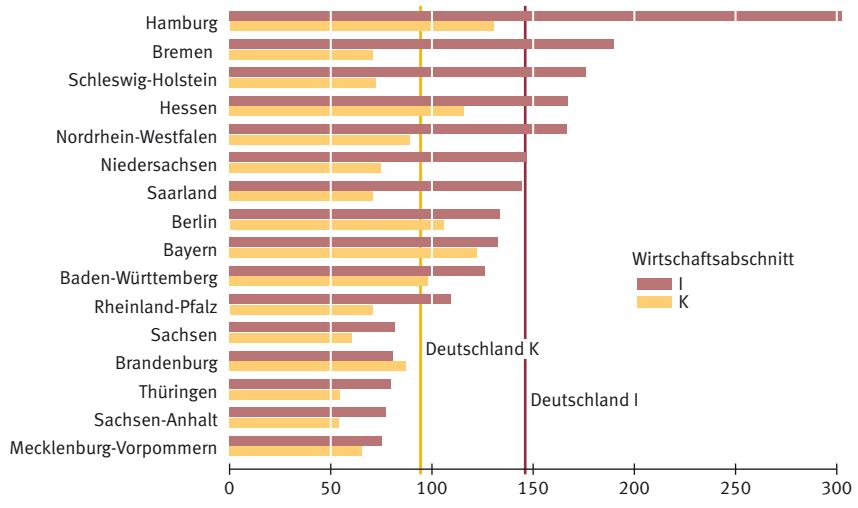
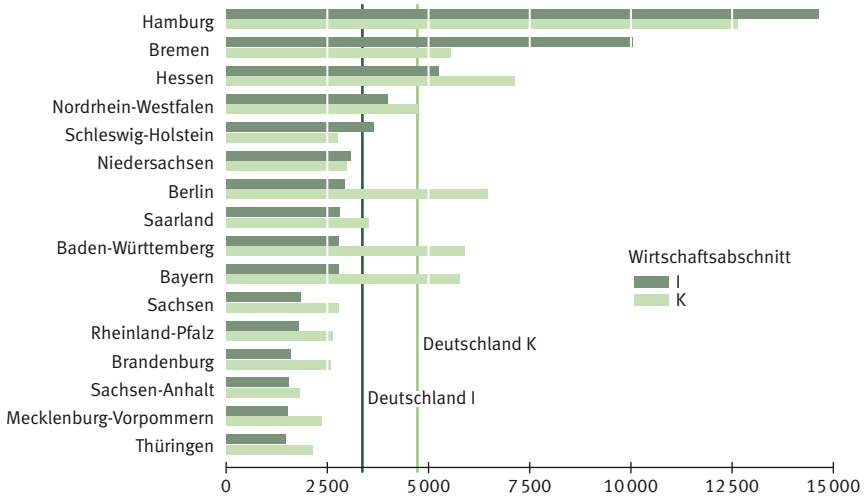


Abb. 11.19: Umsatz je Einwohner in den Wirtschaftsabschnitten I und K 2005
in Euro



Viele kleine Unternehmensdienstleister im Wirtschaftsabschnitt K

Im Wirtschaftsabschnitt K „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen" sind Unternehmen und Einrichtungen mit sehr unterschiedlichem Leistungsprofil zusammengefasst. Schwerpunkte bilden das Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, die vor allem Freiberufler wie Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Architekten und Ingenieure leisten.

So waren im Jahr 2005 in Deutschland mehr als 587 300 Unternehmen und Einrichtungen im Wirtschaftsabschnitt K tätig. Sie erzielten zusammen einen Umsatz bzw. Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit von 389,7 Mrd. Euro und beschäftigten 4,1 Mill. Personen. Mit durchschnittlich sieben Beschäftigten und einem Durchschnittsumsatz von 663 500 Euro je Unternehmen wird dieser Bereich fast ausschließlich durch kleine Wirtschaftseinheiten repräsentiert. Knapp 15 % der Beschäftigten waren Eigentümer und mithelfende Familienangehörige. Drei Viertel der Unternehmen hatten einen Jahresumsatz von jeweils weniger als 250 000 Euro.

Die kleingliedrige Struktur im Wirtschaftsabschnitt K hat zur Folge, dass hier weniger Mehrländerunternehmen tätig sind als im Wirtschaftsabschnitt I „Verkehr und Nachrichtenübermittlung". Der Anteil der Bundesländer am Gesamtumsatz ändert sich daher auch nur geringfügig, wenn die Unternehmen nach ihrem Unternehmenssitz bzw. dem Sitz ihrer Niederlassungen regional zugeordnet werden. Nur in den drei Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen und Berlin ist der von den Niederlassungen erwirtschaftete Gesamtumsatz niedriger als der nach Unternehmenssitz ausgewiesene Umsatz. Demgegenüber befinden sich vor allem in Bayern, Sachsen und Rheinland-Pfalz Niederlassungen von Unternehmen, die ihren Hauptsitz in anderen Bundesländern haben.

Tab. 11.17: Umsatzanteil im Wirtschaftsabschnitt K 2005

	Umsatz nach	
	Unternehmenssitz	Sitz der Niederlassungen
	Anteil in %	
Nordrhein-Westfalen	22,0	22,0
Bayern	18,1	18,5
Baden-Württemberg	17,5	16,2
Hessen	11,8	11,1
Berlin	6,0	5,6
Niedersachsen	6,0	6,1
Hamburg	5,5	5,7
Sachsen	2,7	3,1
Rheinland-Pfalz	2,3	2,7
Schleswig-Holstein	2,0	2,0
Brandenburg	1,5	1,7
Thüringen	1,1	1,3
Sachsen-Anhalt	1,0	1,1
Bremen	0,9	0,9
Saarland	0,9	0,9
Meckl.-Vorpommern	0,8	1,0
Deutschland	**100**	**100**

Höchste Produktivität in Hamburg, Bayern und Hessen

Ein Vergleich der Produktivität der Unternehmensdienstleister im Jahr 2005 zeigt deutlich geringere Niveauunterschiede als bei den Unternehmen im Wirtschaftsabschnitt I. So erreichten die Wirtschaftseinheiten des Abschnitts K in Sachsen-Anhalt knapp 42 % des Niveaus des führenden Bundeslandes Hamburg (im Abschnitt I lediglich knapp 26 %). Generell sind auch die Niveauunterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern hier geringer. Beispielsweise lag die Produktivität in Brandenburg 2005 sogar vor der Produktivität fünf alter Bundesländer.

Höchster Umsatz je Einwohner in Hamburg

Die Tätigkeiten der Unternehmen im Abschnitt K, wie z. B. Rechtsanwälte, Steuerberater und Architekten, werden nicht ausschließlich Unternehmen angeboten, sondern auch der Bevölkerung. Daher sollte der Umsatz eines Bundeslandes besonders in diesem Bereich auch stark mit der Bevölkerungszahl korrelieren. Tatsächlich wies Hamburg im Jahr 2005 mit Abstand den höchsten Umsatz je Einwohner auf. Das legt die Vermutung nahe, dass Hamburger Unternehmen auch von Personen, die im Hamburger Umland wohnen (zum Beispiel in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen) in Anspruch genommen werden.

12 Öffentliche Finanzen

Auf Länder und Kommunen entfallen 38 % der öffentlichen Schulden

Mehr als ein Drittel aller öffentlichen Einnahmen und Ausgaben flossen durch die Kassen der 16 Bundesländer und der rund 13 400 Kommunen. Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten im Jahr 2006 Einnahmen von insgesamt 351,5 Mrd. Euro (ohne Kredite und Rücklagenmittel). Zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben entstanden ihnen gleichzeitig Ausgaben in Höhe von 358,5 Mrd. Euro.

Einnahmen und Ausgaben der Länder

Zu den „öffentlichen Haushalten" zählen der Bund sowie die Finanzanteile an der Europäischen Union, die Sondervermögen des Bundes, die Länder einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die gesetzliche Sozialversicherung. Ebenfalls dazu gehören die kommunalen Zweckverbände, die in der vierteljährlichen Kassenstatistik jedoch nicht erfasst werden und damit in den Ergebnissen für die Jahre 2005 und 2006 nicht enthalten sind. Beim Vergleich der Einnahmen und Ausgaben nach Ländern werden die Finanzen des jeweiligen Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen betrachtet (bereinigt um die Zahlungen zwischen den öffentlichen Haushalten). Damit sollen Vergleichsstörungen durch die unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen kommunaler und staatlicher Ebene vermieden werden. Vergleiche zwischen den Ländern und im Zeitablauf werden allerdings davon beeinträchtigt, dass öffentliche Einrichtungen in unterschiedlichem Ausmaß aus Landes- und Kommunalhaushalten ausgegliedert sind.

Die öffentlichen Haushalte der Länder mussten 2006 ein Finanzierungsdefizit (einschl. des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) von 7,1 Mrd. Euro hinnehmen. Es wurde durch eine Nettokreditaufnahme von 6,2 Mrd. Euro sowie durch Entnahmen aus Rücklagen und durch kurzfristige Kassenkredite gedeckt. Insgesamt betrug der Schuldenstand der Länderhaushalte Ende 2006 479,5 Mrd. Euro, zu dem sich Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe von 81,9 Mrd. Euro addierten. Zusammen waren dies 38,1 % aller öffentlichen Schulden – jedoch ohne die kurzfristigen Kassenkredite in Höhe von 30,2 Mrd. Euro, die zur Deckung vorübergehender Kassenanspannungen aufgenommen wurden.

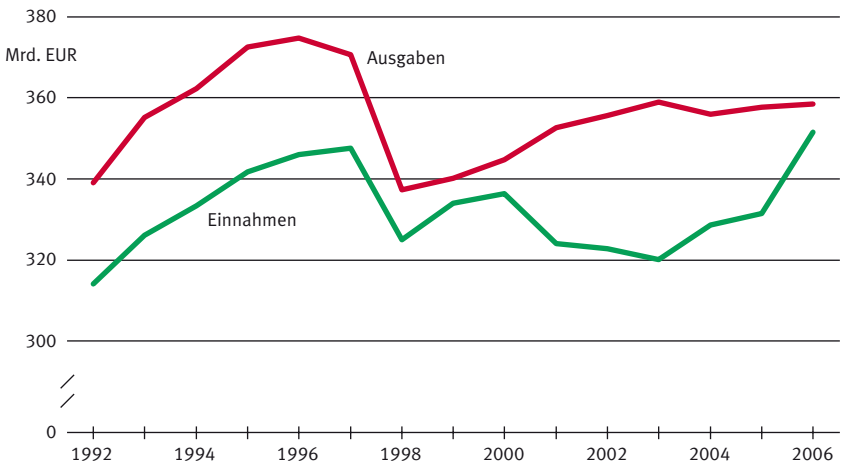
Tab. 12.1: Öffentliche Einnahmen und Ausgaben 2006 [1]

	Einnahmen [2]	Ausgaben [2]	Finanzierungssaldo	Nettokreditaufnahme [3]
	Mill. EUR			
Nordrhein-Westfalen	73 480	77 711	– 4 231	2 656
Bayern	54 186	52 311	1 871	– 174
Baden-Württemberg	45 925	46 007	– 61	1 514
Niedersachsen	31 143	31 222	– 83	349
Hessen	28 975	28 913	81	– 1 168
Sachsen	21 087	19 530	1 557	– 1 501
Berlin	18 676	20 449	– 1 770	1 691
Rheinland-Pfalz	15 134	16 277	– 1 143	864
Brandenburg	12 007	12 242	– 228	– 559
Sachsen-Anhalt	11 630	11 994	– 364	537
Schleswig-Holstein	10 928	11 776	– 847	910
Thüringen	10 269	10 571	– 302	540
Hamburg	10 231	10 117	122	– 120
Meckl.-Vorpommern	8 333	8 311	22	– 258
Saarland	3 866	4 668	– 814	539
Bremen	3 207	4 027	– 888	347
Deutschland	**351 498**	**358 549**	**– 7 079**	**6 166**

1) Vierteljährliche Kassenergebnisse, Haushalte der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen, ohne kommunale Zweckverbände.
2) Stufenweise um Zahlungen zwischen den öffentlichen Haushalten bereinigt; die Summe der Einnahmen und Ausgaben ist daher nicht identisch mit der rechnerischen Summe aller Länder.
3) Negativwerte sind Kredittilgungen.

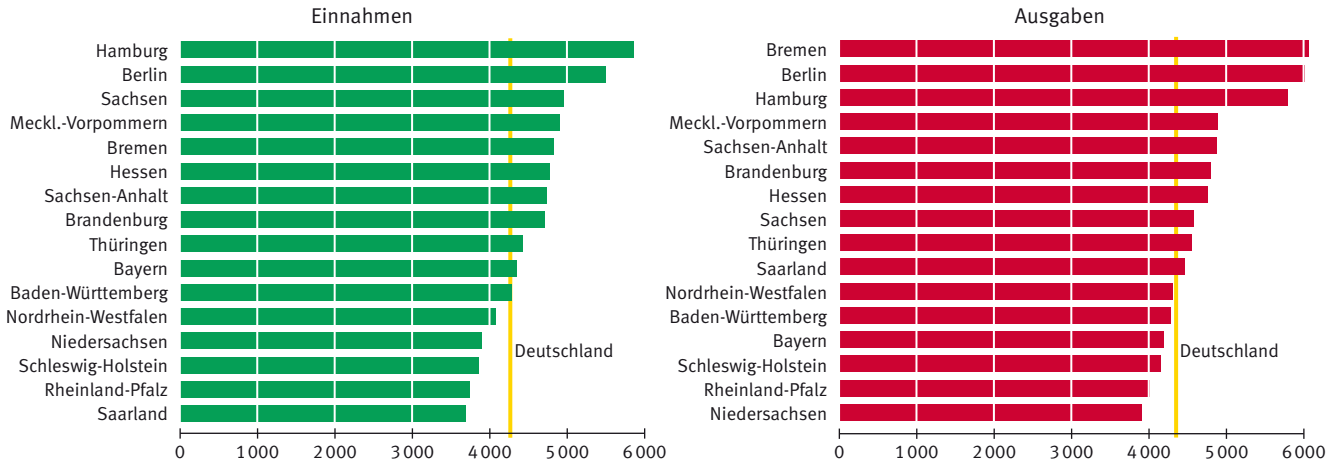
1992 war das erste Jahr, in dem auch Daten über die öffentlichen Finanzen der neuen Bundesländer vorlagen. Bis zum Jahr 2006 hat sich seitdem das Einnahmenvolumen der Länder- und Kommunalhaushalte zusammen um rund 12 % erhöht. Während die Steigerung der Einnahmen bis 2005 relativ gering war, verlief sie im letzten Jahr sehr positiv. Der Anstieg bei den Ausgaben für den gesamten Zeitraum lag bei rund 6 %, so dass das Finanzierungsdefizit von 24,9 Mrd. Euro 1992 auf 7,1 Mrd. im Jahr 2006 sank.

Abb. 12.1: Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen der Länder- und Gemeindehaushalte [1]



1) Bis 1997 einschl., ab 1998 ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen; 1992 bis 2004 Rechnungsergebnisse einschl. Zweckverbände, 2005 und 2006 zum Jahresergebnis kummulierte Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik; ohne kommunale Zweckverbände.

Abb. 12.2: Einnahmen und Ausgaben der Länder- und Gemeindehaushalte in Euro je Einwohner 2006[1)]



1) Vierteljährliche Kassenergebnisse, bereinigte Einnahmen bzw. Ausgaben der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände, ohne kommunale Zweckverbände. Stand der Einwohnerzahlen 30.6.2006.

Stadtstaaten haben die höchsten Ausgaben und Schulden pro Kopf

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich rechnerisch im Bundesdurchschnitt 2006 auf rund 4 300 Euro je Einwohner. Die durchschnittlichen Ausgaben je Einwohner lagen mit 4 400 Euro etwas darüber. Die Stadtstaaten Hamburg und Berlin, sowie die Flächenländer Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern verfügten über die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen (nach Durchführung des Finanzausgleichs) zwischen 4 900 und 5 900 Euro. Die niedrigsten Pro-Kopf-Einnahmen hatte das Saarland mit rund 3 700 Euro.

Die höchsten Ausgaben je Einwohner mit Werten zwischen knapp 5 800 und 6 100 Euro wurde von den Stadtstaaten aufgewendet. Danach folgten die fünf ostdeutschen Bundesländer, zwischen die sich Hessen auf dem 7. Platz einreihte. Die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben hatte Niedersachsen mit rund 3 900 Euro.

Rechnerisch rund 6 900 Euro je Einwohner betrugen Ende 2006 die öffentlichen Schulden der Länder- und Kommunalhaushalte zusammen. Die höchsten Schulden hatten die Stadtstaaten mit durchschnittlich 16 200 Euro pro Kopf. Die Werte lagen zwischen 12 400 Euro in Hamburg und 20 100 Euro in Bremen. Die niedrigste Verschuldung je Einwohner hatten Bayern (im früheren Bundesgebiet) mit 3 000 Euro und Sachsen in den neuen Ländern mit 3 700 Euro.

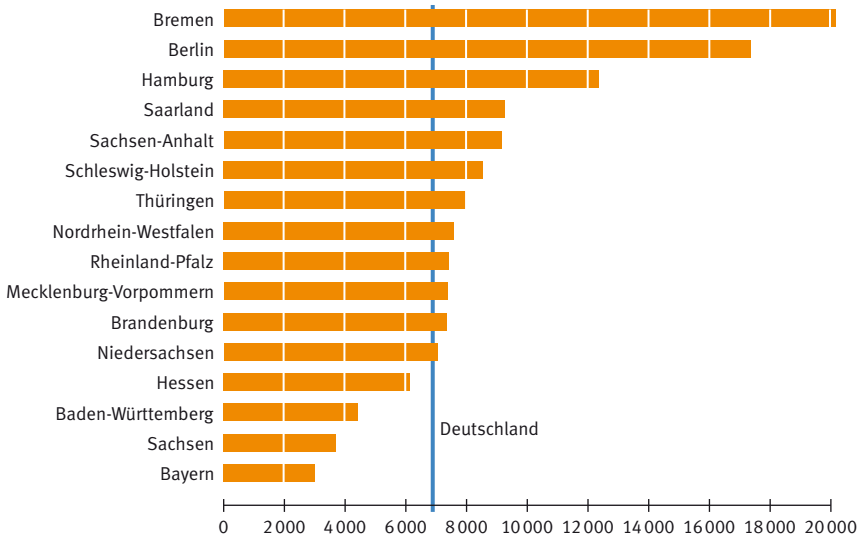
Einnahmen öffentlicher Haushalte

Die Mittel zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben stammen hauptsächlich aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben. Hinzu kommen Einnahmen aus öffentlichen Zuweisungen, Gebühren, aus wirtschaftlicher Tätigkeit sowie aus dem Verkauf von Vermögen. Reichen diese Einnahmen einer Periode zur Deckung der Ausgaben nicht aus, verbrauchen die öffentlichen Haushalte ihre gesparten Rücklagen oder greifen auf Fremdmittel zurück, nehmen also Kredite auf.

Steuereinnahmen vor allem für Flächenländer des früheren Bundesgebiets wichtigste Einnahmequelle

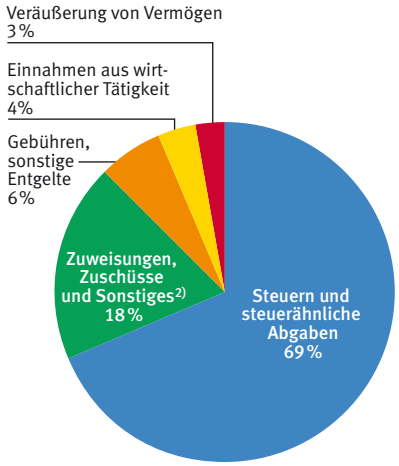
Haupteinnahmequelle der Länder und ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände sind Steuereinnahmen. 2006 machten sie (einschließlich der steuerähnlichen Abgaben) bundesweit insgesamt mehr als zwei Drittel (69 %) ihrer Gesamteinnahmen aus. Bei den Flächenländern des früheren Bundesgebietes lag dieser Anteil mit 73 % deutlich über dem der ostdeutschen Länder, die sich lediglich zu knapp der Hälfte aus Steuereinnahmen

Abb. 12.3: Schuldenstand[1)] der Länder- und Gemeindehaushalte in Euro je Einwohner am 31.12.2006



1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

Abb. 12.4: Einnahmen der Länder- und Gemeindehaushalte nach Arten 2006[1)]



1) Vierteljährlichen Kassenstatistik, ohne kommunale Zweckverbände.
2) Zuweisungen von anderen öffentlichen Haushalten, Zuschüsse aus dem privaten Bereich (z. B. Erschließungsbeiträge) und Sonstiges.

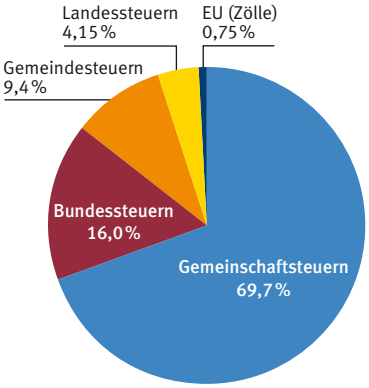
finanzierten. Im Osten spielten öffentliche Zuweisungen, wie z. B. die Bundesergänzungszuweisungen und die Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, eine größere Rolle bei der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. In den Stadtstaaten hatten die Steuereinnahmen einen Anteil von rund 61 % an den Gesamteinnahmen. Berlin und Bremen finanzierten sich zu einem hohen Anteil aus allgemeinen Zuweisungen des Bundes bzw. aus dem Länderfinanzausgleich. In Hamburg dagegen machten die Steuern mit 83 % einen deutlich höheren Teil der Einnahmen aus als im Durchschnitt der Flächenländer des früheren Bundesgebietes.

Kraftfahrzeugsteuer ertragreichste Landessteuer, Mineralölsteuer ertragreichste Bundessteuer

Insgesamt wurden 2006 in Deutschland 526,2 Mrd. Euro Steuern von den Gebietskörperschaften eingenommen. Den größten Teil machten die Gemeinschaftsteuern aus (366,8 Mrd. Euro). Das sind Steuern, die mehreren Gebietskörperschaften zustehen.

Innerhalb der Gemeinschaftsteuern waren die Lohn- und veranlagte Einkommensteuer mit 175,3 Mrd. Euro und die Umsatzsteuer (einschl. Einfuhrumsatzsteuer) mit 146,7 Mrd. Euro am ertragreichsten. Bei den reinen Bundessteuern (84,2 Mrd. Euro) erbrachte die Mineralölsteuer die

Abb. 12.5: Steuereinnahmen nach Ertragskompetenz 2006



höchsten Einnahmen (39,9 Mrd. Euro). Von den Gemeindesteuern (49,6 Mrd. Euro) hatte die Gewerbesteuer mit 38,4 Mrd. Euro und bei den Landessteuern (21,8 Mrd. Euro) die Kraftfahrzeugsteuer mit 8,9 Mrd. Euro den größten Stellenwert.

Höchstes Umsatzsteueraufkommen pro Kopf in Hamburg

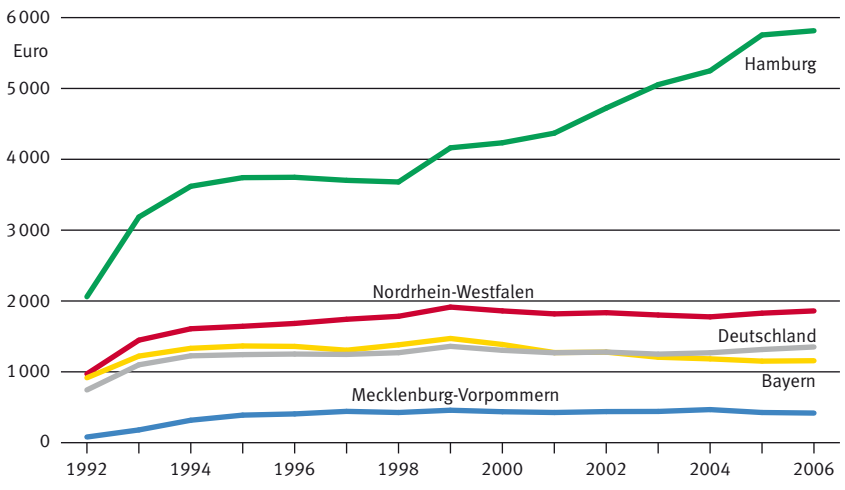
Die Umsatzsteuer wird stets bei dem für die Geschäftsleitung eines Unternehmens zuständigen Finanzamt erfasst – auch für Filialen oder Tochtergesellschaften. Das regionale Umsatzsteueraufkommen wird somit insbesondere durch den Sitz der Geschäftsleitung von Großunternehmen beeinflusst. So erklärt sich auch das deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegende Umsatzsteueraufkommen je Einwohner in

Tab. 12.2: Steuereinnahmen nach Steuerarten 2006 – in Mill. EUR

Steuereinnahmen insgesamt	**526 218**
Lohn- und veranlagte Einkommensteuer	175 294
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	146 688
Mineralölsteuer	39 916
Gewerbesteuer	38 369
Körperschaftsteuer	22 899
Tabaksteuer	14 387
Solidaritätszuschlag	11 277
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	10 045
Kraftfahrzeugsteuer	8 937
Zinsabschlag	7 595
Stromsteuer	6 273
Grunderwerbsteuer	6 125
Zölle	3 880
Erbschaftsteuer	3 763
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	353
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	795

Hamburg. Während im Jahr 2006 im Bundesdurchschnitt 1 351 Euro Umsatzsteuer je Einwohner eingenommen wurden, waren es in Hamburg 5 815 Euro.

Abb. 12.6: Umsatzsteueraufkommen je Einwohner



In den neuen Bundesländern war das Niveau des Umsatzsteueraufkommens insbesondere nach der Wiedervereinigung vergleichsweise niedrig. So wurden zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern 1992 nur 80 Euro Umsatzsteuer je Einwohner erzielt. Innerhalb von 5 Jahren hat sich dieses Steueraufkommen jedoch auf 442 Euro nahezu versechsfacht. In Baden-Württemberg und Bayern war das Steueraufkommen je Einwohner in den letzten Jahren rückläufig – im Bundesdurchschnitt wurde 2006 lediglich etwa der Wert des Jahres 1999 erzielt.

Tab. 12.3: Entwicklung des Finanzausgleichs 1995 und 2006

	Ausgleichsberechtigte Länder		Ausgleichspflichtige Länder		Bundesergänzungszuweisungen	
	1995	2006 [1]	1995	2006 [1]	1995	2006 [1]
	Mill. EUR					
Ausgleichsvolumen	**5 724**	**7 292**	**5 724**	**7 292**	**12 820**	**14 671**
Hessen	–	–	1 101	2 411	–	–
Bayern	–	–	1 295	2 085	–	–
Baden-Württemberg	–	–	1 433	2 047	–	–
Hamburg	–	–	60	618	–	–
Nordrhein-Westfalen	–	–	1 763	131	–	–
Saarland	92	115	–	–	1 039	118
Schleswig-Holstein	–	123	72	–	200	120
Niedersachsen	231	241	–	–	606	119
Rheinland-Pfalz	117	344	–	–	518	223
Bremen	287	416	–	–	1 088	196
Mecklenburg-Vorpommern	394	472	–	–	1 011	1 470
Sachsen-Anhalt	574	588	–	–	1 470	2 115
Brandenburg	442	608	–	–	1 336	1 982
Thüringen	521	613	–	–	1 345	1 962
Sachsen	907	1 071	–	–	2 299	3 486
Berlin	2 159	2 701	–	–	1 907	2 881

1) Vorläufiges Ergebnis.

Steuerverteilung und Finanzausgleich

Maßgeblich für die **horizontale Steuerverteilung** unter den Ländern ist grundsätzlich das örtliche Aufkommen. Ein Vergleich des Steueraufkommens der Länder ist nur eingeschränkt aussagekräftig, da einige Steuern nicht in dem Land erhoben werden können, dem sie steuersystematisch zugeordnet werden müssten. Von den Finanzbehörden werden daher über Zerlegungen Korrekturen vorgenommen. Die Lohnsteuer als Gemeinschaftsteuer steht zum Beispiel dem Wohnsitzland des Steuerpflichtigen zu, wird jedoch vom Arbeitgeber einbehalten und an dessen zuständiges Betriebsfinanzamt abgeführt. Die notwendige Verteilung des Lohnsteueraufkommens an die Wohnsitzländer wird als Lohnsteuerzerlegung bezeichnet und hat für Länder und Gemeinden ein Verteilungsvolumen von 4,5 Mrd. Euro.

Aber auch bei den Landes- und Gemeindesteuern werden die Zahlungseingänge zum Teil nicht in den Bundesländern verbucht, denen die Steuer letztlich zusteht. Ein Vergleich der Steuereinnahmen der einzelnen Bundesländer spiegelt somit lediglich die kassenmäßigen Steuerzuflüsse wieder und lässt keine Rückschlüsse auf die Wirtschaftskraft der Bundesländer zu. Die reinen Bundessteuern (Mineralölsteuer, Tabaksteuer etc.) sowie die Einfuhrumsatzsteuer lassen sich nicht nach Bundesländern aufteilen.

Aufgabe des **Finanzausgleichs** ist es, die auch nach der primären Steuerverteilung unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht einmal dadurch, dass Länder mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen Ausgleichszahlungen leisten **(horizontaler Finanzausgleich = Länderfinanzausgleich)** und zum anderen durch direkte Zahlungen des Bundes an finanzschwache Länder **(vertikaler Finanzausgleich = Bundesergänzungszuweisungen).**

Zentrale Zielgröße des Länderfinanzausgleichs ist die bundesdurchschnittliche Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen (siehe auch die Infobox „Einwohnerdichte und Länderfinanzausgleich“ im Kapitel Bevölkerung).

Hessen am stärksten durch Finanzausgleich belastet – Berlin profitiert am meisten

Im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Ländern wurde 2006 ein Volumen von 7,3 Mrd. Euro neu verteilt. Den fünf ausgleichspflichtigen Ländern Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen standen die fünf östlichen Bundesländer, die Stadtstaaten Berlin und Bremen sowie vier westdeutsche Flächenländer als Ausgleichsberechtigte gegenüber. Im Jahr 2006 erhielten die ausgleichsberechtigten Länder darüber hinaus Bundesergänzungszuweisungen im Volumen von fast 14,7 Mrd. Euro.

Stellt man die Steuereinnahmen von Gemeinden und Bundesländern vor und nach den Verteilungsvorgängen einander gegenüber, so wird die nivellierende Wirkung der Verteilung deutlich. Das Steueraufkommen der Bundesländer unterscheidet sich insbesondere vor der Steuerverteilung deutlich. In Hamburg werden je Einwohner 13 809 Euro Landes-, Gemeinde- und Gemeinschaftsteuern eingenommen, in Mecklenburg-Vorpommern nur 1 666 Euro (ohne Einfuhrumsatzsteuer, einschließlich Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern). Nach allen Verteilungsvorgängen (einschließlich Ergänzungszuweisungen und Finanzausgleich) sind die Unterschiede der Landes-,

Tab. 12.4: Steuereinnahmen 2006 in Euro je Einwohner

	Vor der Verteilung [1]	Nach der Verteilung
Hamburg	13 809	4 536
Hessen	7 380	3 234
Bremen	5 825	3 991
Nordrhein-Westfalen	5 779	3 035
Bayern	5 434	3 059
Baden-Württemberg	5 422	3 051
Saarland	4 569	2 929
Berlin	4 329	4 454
Rheinland-Pfalz	3 975	2 890
Schleswig-Holstein	3 909	2 833
Niedersachsen	3 525	2 764
Brandenburg	2 234	3 466
Sachsen	2 149	3 531
Sachsen-Anhalt	1 896	3 561
Thüringen	1 888	3 499
Meckl.-Vorpommern	1 666	3 530

1) Einschl. Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern.

Gemeinde- und anteiligen Gemeinschaftsteuern mit 4 536 Euro pro Einwohner in Hamburg und 2 764 Euro pro Einwohner in Niedersachsen deutlich geringer. Die Ergebnisse nach der Verteilung enthalten nicht die von den Gemeinschaftsteuern an den Bund und die Europäische Gemeinschaft abgeführten Beträge, da sich diese nach der Verteilung nicht auf die einzelnen Bundesländer aufteilen lassen.

Ausgaben öffentlicher Haushalte

Anteil der Personalausgaben in den westlichen Flächenländern am höchsten

Im Jahr 2006 gaben die Länder und Kommunen zusammen fast 358,5 Mrd. Euro aus. Größter Posten mit 135,1 Mrd. Euro waren die Personalausgaben für die mehr als 3,3 Mill. aktiven Beschäftigten sowie für die 0,7 Mill. Versorgungsempfänger. Das entsprach im Durchschnitt aller Länder einem Anteil von fast 38 % an den Gesamtausgaben. Der Anteil der Personalausgaben ist in den westlichen Flächenländern mit rund 39 % höher als in den fünf östlichen Flächenländern mit knapp 31 %. Der Hauptgrund hierfür liegt bei den Ausgaben für die Versorgungsempfänger in den alten Bundesländern; in den neuen Ländern gibt es noch relativ geringe Versorgungsansprüche.

Für soziale Leistungen gaben Länder und Kommunen 2006 insgesamt 44,4 Mrd. Euro aus. 42,6 Mrd. Euro betrugen ihre direkten Ausgaben für Investitionen. 12,5 Mrd. Euro flossen als Investitionszuschüsse zum Beispiel an Unternehmen. Zwei Drittel der Investitionsausgaben tätigten die öffentlichen Haushalte der Flächenländer des früheren Bundesgebietes, ein Viertel die der neuen Länder. Auf die Stadtstaaten entfielen ca. 8 % der Investitionsausgaben.

23 % der Länderausgaben fließen in die Bildung

Eine Betrachtung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen zeigt, dass der größte Einzelbetrag in das Bildungswesen floss (23 %). Ein Fünftel war für die Soziale Sicherung bestimmt, wozu z. B. die Aufwendungen für Familien- und Sozialhilfe, die Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsschutz gehören.

Öffentliche Schulden

Der Schuldenstand der Länder- und Kommunalhaushalte hat sich 2006 im Vergleich zu 1992 mehr als verdoppelt. Kräftig gewachsen sind vor allem die Schulden der Länderhaushalte (144 %), während die Schulden der kommunalen Haushalte im gleichen Zeitraum lediglich um 17 % zunahmen. Zum Jahresende 2006 erreichte ihr Stand 561,4 Mrd. Euro. Auf die Flächenländer des früheren Bundesgebietes entfielen hiervon gut zwei Drittel (379,3 Mrd. Euro). Die Stadtstaaten waren mit 94 Mrd. Euro und die neuen Länder mit 88 Mrd. Euro für das restliche Schuldendrittel verantwortlich.

Tab. 12.5: Ausgaben der Länder- und Gemeindehaushalte nach Aufgabenbereichen 2004

	in Mrd. EUR [1]	in %
Schulen, Hochschulen, übriges Bildungswesen	73,5	*23,3*
Soziale Sicherung	64,0	*20,2*
Allgemeine Finanzwirtschaft	42,1	*13,3*
Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz	29,6	*9,3*
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und Kommunale Gemeinschaftsdienste	21,5	*6,8*
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	12,2	*3,8*
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11,9	*3,8*
Wirtschaftsförderung [2]	12,2	*3,8*
Kultur, Kirchliche Angelegenheiten	7,8	*2,5*
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	2,7	*0,9*
Sonstiges [3]	39,7	*12,3*
Insgesamt	**317,2**	***100,0***

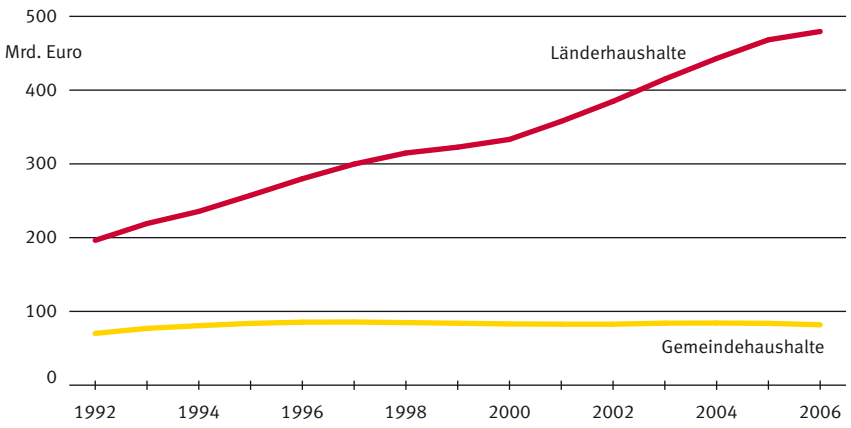
1) Nettoausgaben.
2) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen.
3) U. a. Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen.

Die Bedeutung der Kassenkredite, die gemäß haushaltsrechtlicher Vorschriften zur Deckung kurzfristiger Kassenschwankungen dienen, ist im Betrachtungszeitraum bei den Gemeinden und Gemeindeverbän-

Abb. 12.7: Ausgaben der Länder- und Gemeindehaushalte nach Arten 2006 [1]

1) Vierteljährlichen Kassenergebnisse, ohne kommunale Zweckverbände.
2) Zinsausgaben, Zuweisungen an andere öffentliche Haushalte, Zuschüsse an öffentliche Unternehmen und an soziale und ähnliche öffentliche Einrichtungen und Sonstiges.

Abb. 12.8: Entwicklung der Schulden [1] der Länder- und Gemeindehaushalte



1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

den stark gestiegen: 1992 erreichten sie einen Wert, der rund ein Fünfzigstel der Kreditmarktschulden betrug, 2006 war es schon ein Drittel. In vier der 13 Flächenländer war dieses Verhältnis 2006 sogar niedriger als 1:2. Im Saarland hatten die Gemeindehaushalte in der Summe sogar höhere Kassenkredite als Kreditmarktschulden.

Öffentliches Finanzvermögen

Das Finanzvermögen der Länder- und Gemeindehaushalte betrug zum Jahresende 2006 insgesamt 169,5 Mrd. Euro. Dabei lag der Vermögensanteil der Länder mit rund 55 % nur geringfügig über dem der Gemeinden und Gemeindeverbände. Differenziert nach Vermögensarten trugen die Anteilsrechte (wie Aktien, Investmentzertifikate und sonstige Anteilsrechte) mit einem Wert von 66,2 Mrd. Euro und die vergebenen Kredite in Höhe von 41,7 Mrd. Euro den größten Anteil am Finanzvermögen (zusammen 64 %). Die sonstigen Forderungen in Höhe von 29,3 Mrd. Euro erreichten einen Anteil von 17 %, gefolgt von den Bargeldbeständen und Einlagen mit einem Wert von 27,2 Mrd. Euro (16 %). Vergleichweise gering war das Wertpapiervermögen in Höhe von 5,1 Mrd. Euro und einem Anteil von rund 3 %.

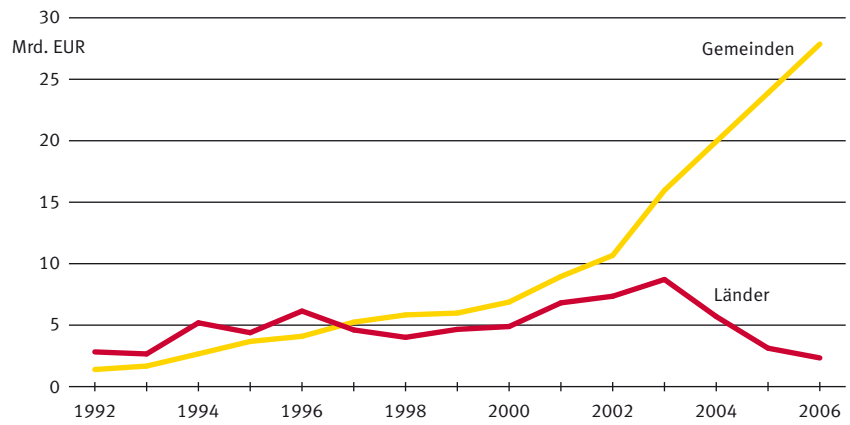



Abb. 12.9: Entwicklung der Kassenkredite der Länder- und Gemeindehaushalte